

1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

2012

ENERGIEKÄMPFE

ALBERTO ACOSTA | TADZIO MÜLLER | DIETER KLEIN | EWA CHARKIEWICZ | MICHAEL T. KLARE | ULRICH BRAND
MARCEL HÄNGGI | DAGMAR ENKELMANN | BODO RAMELOW
ANDREA YPSILANTI | LUISMI UHARTE | ERCAN AYBOGA U. A.

INHALT



Sheyla Juruna, Aktivistin einer vom Belo-Monte-Damm betroffenen Gemeinde, führt den Protest gegen den Präsidentenpalast in Brasilia an, Februar 2011, flickr/International Rivers

UMSTRITTEN

VORGESCHLAGEN

CLASS AND CARE

KÄMPFE

EDITORIAL

Die ausgerufene »Energiewende« in der BRD setzt auf Grünen Kapitalismus. Getrieben von Akzeptanzverlusten und Katastrophen wie Fukushima vollzieht die Regierung den Ausstieg aus der Atompolitik und den (zögerlichen) Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien – ein Markt, der weltweit auf etliche Billionen Dollar anwachsen wird. Wie die Dampf- und Textilmaschinen für den Beginn der Industriellen Revolution standen, wie Taylorisierung und Fließband die technische Basis für den Fordismus und die IT-Revolution für die Globalisierung bereitstellte, soll die globale Energiewende die Grundlage für einen ökologischen Umbau der Produktionsweise und neue Wertschöpfungsstrategien liefern. Nicht nur in der Bundesrepublik kämpfen dabei gerade jene um eine führende Rolle, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben: die fossilistischen Kapitalgruppen und die Oligopolisten der Stromversorgung. Favorisiert werden marktförmige Lösungen, die der Struktur und Macht der Konzerne entsprechen und das dezentralisierende *Potenzial* der neuen Technologien konterkarieren: großtechnische Projekte wie Desertec, riesige *Offshore*-Windparks, monopolisierte transkontinentale Supergrid-Netze für den großräumigen Stromexport und – die Atomkraft; wenn nicht hierzulande, dann als Exportgut in die aufstrebenden kapitalistischen Zentren China, Indien oder Brasilien. Letztere favorisieren ebenfalls Megaprojekte wie Atomenergie oder gigantische Staudämme, setzen auf Produktion von Biotreibstoffen auf Kosten von Nahrungsmitteln oder von Kohle, Öl und Lithium für die globale E-Autoentwicklung, wie z.B. in Bolivien. Zugleich wird der Fossilismus auf die Spitze getrieben, noch nach dem letzten Tropfen Öl gegraben: Bislang unprofitable Ölsande, riskante Tiefseebohrungen oder abgelegene Ölfelder werden durch steigende Ölpreise lukrativ – *Xtreme Energy* nennt dies Michael Klare.

Diese *false solutions* – falsche Lösungen, wie sie in den globalen Gegenbewegungen bezeichnet werden – produzieren eine Vielzahl sozial-ökologischer Konflikte entlang von Klassen, ethno-nationalen, geschlechtlichen und anderen Zuschreibungen. Wir fassen dies versuchsweise als *Energiekämpfe* zusammen – und folgen darin einer Strategie aus den Bewegungen: Sie setzen bei denen an, die nicht gefragt wurden, aber allerorten die Kosten der Energiewende tragen. Meist sind die Widerstände lokal, partikular, kaum vernetzt, die Bedingungen und worum gekämpft wird, oft kaum vergleichbar: gegen Ölkonzerne in Nigeria, den Bau des weltweit größten Atomkraftwerkes in Südindien, das Abtragen ganzer Dörfer durch Staudammprojekte oder – anders – den Braunkohleabbau; auch gegen die »Verspargelung der Landschaft« mit Windrädern und Gasverpressung in Brandenburg. Lassen sich die Widerstände verbinden, nicht nur äußerlich, sondern als Teil eines gemeinsamen, auf (soziale) Demokratisierung gerichteten Kampfes verstehen?

Einigkeit besteht bei Linken über die Notwendigkeit eines »Energiesystemwechsels« (Hermann Scheer). Umstritten sind die Schritte dorthin, nicht zuletzt *innerhalb* linker Bewegungen: Wie können soziale und ökologische Politiken zusammengebracht werden? Die Frage stellt sich in Lateinamerika wie in Brandenburg – je unterschiedlich. Der Extraktivismus verspricht im »globalen Süden« Wohlstandsgewinne und ermöglicht im »globalen Norden« die Fortführung einer konsumistischen Lebensweise – beide haben zerstörerische ökologische Folgen. Energiekämpfe sind auch Kämpfe ums Ganze.

Was sind gerechte Übergänge, die auch für die von der Klima- und Energiekrise am stärksten Betroffenen wie für die vom Umbau bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder eine Perspektive bieten (vgl. *Luxemburg* 1/2011)? Welche Begriffe können diese fassen, um welche Konzepte können sie sich organisieren? Vorgeschlagen werden Energiedemokratie und Energiesouveränität. Neben den Kämpfen gegen »fossilistische« oder zentralistische »Lösungen« können diese Orientierungen Projekte anleiten, die Einstiege in eine sozialökologische Transformation denkbar machen: Re-Kommunalisierung etwa und (Bio-)Energiedörfer. Diese Transformation muss eine Dezentralisierung der Energieproduktion mit einer Demokratisierung von Macht- und Eigentumsverhältnissen verbinden, ganz im Sinne Hermann Scheers (vgl. *Luxemburg* 1/2011), dem dieses Heft gewidmet ist.

VON ENERGIEKÄMPFEN, ENERGIEWENDEN UND ENERGIEDEMOKRATIE

TADZIO MÜLLER

Eine Momentaufnahme:[1] In Nigeria droht die Ölarbeitergewerkschaft *Pengassan* mit dem vollständigen Stopp der Ölförderung in Afrikas größtem Rohöl-Land, das Öl u.a. in die USA, nach Brasilien und Indien exportiert. Die Regierung soll Subventionen wieder einführen, ohne die sich über Nacht der Benzinpreis verdoppelt hatte. Die Arbeiter haben gute Chancen: Erst vor wenigen Monaten war die Bolivianische Regierung durch massiven Druck von der Straße gezwungen worden, eine ähnliche Brennstoffpreiserhöhung zurück zu nehmen. Währenddessen eskaliert die Auseinandersetzung um Irans Nuklearprogramm, in Teheran wird ein Atomphysiker von einer Autobombe zerrissen, Japan droht dem Land mit einer Reduktion der Ölimporte. Die brasilianische Regierung erhöht die Subventionen für Agrosprit aus Zuckerrohr, nur wenige Tage nachdem die USA Importzölle auf den gerne fälschlicherweise als »Biosprit« bezeichneten Kraftstoff abgeschafft haben. Weil der bundesdeutsche »Atomausstieg«

angeblich die Gewinnmargen der großen vier Energiekonzerne – EOn, RWE, Vattenfall und EnBW – schmälert, drängen diese nun mit noch größerer Macht auf die internationalen Märkte, um künftig einen großen Anteil ihres Stroms in Brasilien und Chile zu produzieren.

ENERGIEKÄMPFE

Seit Jahren drängt das Energiethema in das Zentrum der politischen Agenda, ob auf der geopolitischen Ebene – der »War on Terror« als »War for Energy« (Klare 2008) –, auf der bundesdeutschen Ebene (»Energiewende«) oder im Alltagsleben, wo mittlerweile »Stromwechselparties« wie früher Tupper-Parties veranstaltet werden. Ob Ölpest im Golf von Mexiko oder Atomausstieg in der BRD, ob Klimagipfel in Südafrika oder Aufstände in Zentralasien, Energiekämpfe – soziale Kämpfe um die Kontrolle über, den Zugang zu und den Preis von Energie – waren immer und werden immer mehr zentrales Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Verteilung und Ökologie, um Produktions- und Lebensweise. Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist auch die Geschichte von Energiekämpfen, denn »jede Energieform impliziert eine besondere Organisierung von Arbeit« sowie eine bestimmte gesellschaftliche Arbeitsteilung (Abramsky 2010, 10).

Die Zentralität von Energiekämpfen in gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen erschließt sich einfach: Energie ist eine hochprofitable Ware, Voraussetzung jeder Produktion ebenso wie Grundlage aller Reproduktion. Energie ist *Potenzial*, im Alltag die Möglichkeit, von A nach B zu gelangen oder die Wohnung zu heizen, Kaffee zu kochen; für Kapitale die Fähigkeit, menschliche Arbeit effizienter zu machen und sie teilweise zu ersetzen; für Regierungen die Möglichkeit, das Militär auf Auslandseinsätze zu schicken oder über die gezielte Verbilligung/Verteuerung von Wärme gesellschaftliche Kompromisse zu schmieden.

Energie spielt eine zentrale Rolle in Klassenkämpfen: Energie ist die Fähigkeit, menschliche Arbeit effizienter zu machen und unabdingbar für die Steigerung des relativen Mehrwerts (im Gegensatz zur Steigerung des absoluten Mehrwerts durch Verlängerung des Arbeitstages). Ihre Kontrolle stellt deshalb eine zentrale Machtressource in Arbeits- und Klassenkämpfen dar. Gerade weil etwa Aktionen von Beschäftigten der Kohle- und Ölindustrie ein so großes gesellschaftliches Störpotenzial haben, werden weltweit enorme Ressourcen aufgewandt, um sie zu kooptieren; wenn sie aufmüpfig werden, werden sie brutal unterdrückt. Energiekämpfe nehmen verschiedene Formen an: ob staatliche Subventionen für erneuerbare oder fossile Energien, ob feindliche Übernahmen eines Energiekonzerns durch einen anderen, sie werden von allen gesellschaftlichen Akteuren auf jeder gesellschaftlichen Ebene geführt.

ENERGIEKÄMPFE UND TRANSFORMATION

Die gegenwärtige Häufung, Intensivierung und Verdichtung von Energiekämpfen markiert den Übergang von einem auf fossilen Brennstoffen basierenden Energiesystem hin zu einem postfossilen, in dem erneuerbare Energien eine wachsende Rolle spielen – dabei verschwinden die alten Energieträger nicht, sondern werden vom neuen Energiesystem überlagert.

Die Transformation eines Energiesystems ist eng verbunden mit tiefgreifenden Veränderungen in der Struktur des globalen Kapitalismus und der Bedingungen gesellschaftlicher Kämpfe. Der merkantile Frühkapitalismus, der sich seit dem 16. Jahrhundert von Europa aus in die ganze Welt ausdehnte, basierte zunächst auf erneuerbaren Energien, d.h. auf Wind, Wasser und Biomasse (Caffentzis 2009). Die Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung Großbritanniens schien an die Grenzen dieses Energieregimes zu stoßen, weil Land sowohl zur Nahrungsmittel- als auch zur Treibstoffproduktion genutzt wurde. Die begrenzte Landmasse der britischen Inseln konnte diese Doppelfunktion nicht erfüllen. Ab 1780 wurde dieses Problem gelöst: Die Energie wurde nun unter der Erde gewonnen – aus Kohle.

Der Aufstieg des industriellen Kapitalismus, kapitalistischer Klassenverhältnisse sowie britischer Hegemonie fallen also zusammen mit der Entstehung des ersten fossilen Energiesystems; das globalisierte Massenproduktionssystem fordistischer Prägung unter US-Hegemonie wiederum mit dem Erdöl als zentralem Energieträger. Lenin definierte daher den Kommunismus als »Sowjetmacht plus Elektrifizierung«. Heute stellt sich erneut die Frage, welches Energiesystem mit welchem Typus von Gesellschaftsformation als Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe verbunden werden wird.

DIE KOMMENDE ENERGIEWENDE

Es sind drei globale Krisentendenzen, die ein Ende des kapitalistischen Fossilismus nahe legen bzw. verursachen könnten.

1| Die globale Energiekrise, deren Existenz mittlerweile sogar von der Internationalen Energieagentur anerkannt wird. Sie ist einerseits Resultat von steigender Nachfrage nach Energie im Kontext der rapiden Industrialisierungsprozesse vor allem in China und anderen neuen kapitalistischen Zentren wie Indien oder Brasilien; andererseits eines sinkenden Angebots, weil weltweit das Fördermaximum fossiler Brennstoffe (*peak fossils*) erreicht ist. Die extremen Vorhersagen der »Peakists« mögen bisher nicht eingetroffen sein, unter anderem, weil immer riskantere Bohrungen in immer entlegeneren Gegenden der Welt durchgeführt werden. Es lässt sich also nicht genau sagen, ab wann der absolute Rückgang beginnt, die Tendenz und die manifesten Folgen in Form steigender Preise aber lassen sich nicht bezweifeln.

2| Die eskalierende Klimakrise, deren zentrale Ursache ist, dass Gesellschaften, in denen die (privat- und/oder staats-) kapitalistische Produktionsweise dominiert, seit 250 Jahren enorme Mengen Kohlendioxid in die Atmosphäre pumpen. Dies erzeugt Verwerfungen – soziale Unruhen, Migrationsströme, die Störung globaler Produktionsketten, steigende Kosten, wachsende Konkurrenz und andere Faktoren – und darüber steigenden politischen Druck, diese Krise durch einen Umbau des globalen Energiesystems zu bearbeiten.

3| Die ökonomische Krise, auf welche die populärste Antwort der Vorschlag für eine grüne Modernisierung des Kapitalismus (Kaufmann/Müller 2009) ist. Der Staat soll die nötigen Rahmenbedingungen schaffen und Investitionen leisten, um einen auf erneuerbaren Energien beruhenden kapitalistischen Wachs-

tumszyklus anzuschieben. In der Bundesrepublik wollen oligopolistische Energieunternehmen zusammen mit der Finanzindustrie die erneuerbaren Energien unter ihr zentralisiertes Energiesystem subsumieren: Private Equity Fonds wie Blackstone investieren mehrere Milliarden Euro in Offshore-Windparks von EON, Vattenfall oder RWE vor der deutschen Küste. Eine Energieeinspeisevergütung von 150 Euro pro Megawattstunde, Übernahme der Kosten des Netzausbaus durch den Netzbetreiber, direkte Förderung durch die Bundesregierung und vergünstigte KfW-Kredite sollen hohe Profite ermöglichen.[2]

Eine vierte Entwicklung könnte ebenfalls eine globale Energiewende antreiben: der neue Zyklus von Demokratisierungskämpfen, der sich aus den Ruinen der neoliberalen Postdemokratie erhebt. Der Zusammenhang zwischen Demokratisierungsprozessen und einer möglichen Energiewende zeigt sich in der von Hermann Scheer so bezeichneten »Techno-Logik« von Energieträgern: Während fossile und nukleare Technologien eine starke Tendenz zur Zentralisierung aufweisen, ist es viel leichter, sich ein demokratisiertes, vergesellschaftetes und dezentralisiertes *erneuerbares* Energiesystem vorzustellen. Die Verknüpfung von Energiekämpfen mit dieser Welle von Demokratiebewegungen würde eine Stärkung der Tendenz zu dezentralen, demokratisch gesteuerten, erneuerbaren Energiesystemen bedeuten. Sicher sind Hinterhofwindräder leichter denkbar als Hinterhofatomkraftwerke. Allerdings erinnert Caffentzis (2009) daran, dass ein Energiesystem auf Basis regenerativer Energien keineswegs automatisch eine friedliche, gar postkapitalistische Welt begründen würde: »Das letzte Mal, als der Kapitalismus auf einem erneuerbaren Energieregime basierte – vom 16. bis zum Ende des 18.Jahrhunderts« – war eine Zeit der Kriege, des Völkermordes an Indigenen, des Handels mit afrikanischen Sklaven und der gewaltsamen Expropriation und Vertreibung der europäischen Bauern in die Städte. Gesellschaftliche Antagonismen werden sich verschieben – sie werden aber nicht verschwinden.

DIE LINKE UND DIE ENERGIEWENDE

Ein Blick auf die politische Landschaft hierzulande verstärkt den Eindruck, dass die Energiewende einen wichtigen Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Kämpfe darstellt, stehen doch die Vorzeichen für eine progressive Entwicklung im Energiesektor recht gut: Es findet sich eine Vielzahl von Akteuren, die emanzipatorische Energiekämpfe führen. Die Anti-Atom-Bewegung ist breit verankert, von lokalen Bauernorganisationen und (post)autonomen Subkulturen bis hin zum parlamentarischen Betrieb und dem gesellschaftlichen Alltagsverstand. Sie ist ungewöhnlich effektiv, schaffte sie es doch schon, zwei unwillige Regierungen zu einem gesetzlichen »Atomausstieg« zu zwingen, unabhängig davon wie real bzw. langsam der Ausstieg vonstatten geht (vgl. Schönberger im Heft). Darüber hinaus gibt es erfolgreiche Kämpfe gegen Kohlekraft: In den letzten Jahren konnten 17 von 34 geplanten Kraftwerksneubauten verhindert werden – auch dank sinkender Rentabilität von Kohlekraftwerken.[3] In den Parlamenten wiederum gibt es mit Die Linke und den Grünen Parteien, die zumindest eine emanzipatorische Energiewende vorantreiben könnten.



Etwas komplizierter ist das Feld der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Einerseits vertreten Gewerkschaften zumeist die Interessen ihrer Mitglieder im Atom- und Kohlesektor. So zum Beispiel im Jahre 2006, als sich die Chefs von ver.di, der IG BCE, IG Bau und IG Metall in einem offenen Brief an die Bundesregierung für »den langfristigen Erhalt des Kraftwerksstandorts Deutschland mit seinen Arbeitsplätzen« und damit gegen strengere klimapolitische Richtlinien aussprachen.[4] Manche, allen voran ver.di und die IG Metall, versuchen mittlerweile aktiv, den schnell wachsenden erneuerbaren Sektor zu organisieren, was die Kräfteverhältnisse verschieben könnte. Die IG Metall setzt in ihrem energiepolitischen Konzept auf eneuerbare Energien ohne Atomstrom[5]; ver.di setzt in ihrem Alternativszenario zur EON-Strategie2.0 (Berlin 2011) auf einen zunehmend »regulierten Bereich dezentraler Erzeugungsstrukturen«. Entsprechend soll auch der Konzern in Richtung eines »integrierten Systemdienstleisters für dezentrale, kundennahe Erzeugungsanlagen« umgebaut werden. Zugleich sollen die geplanten, »notwendigen Neubauten von Kohlekraftwerken nicht […] in Frage« gestellt werden.

Der wohl politisch wirkungsmächtigste Akteur dieser Energiewende ist die »grüne« Kapitalfraktion, die es zunehmend schafft, die politischen Kräfteverhältnisse in den Energieindustrien neu zu ordnen. Sie stammt aus der Alternativen- und Umweltbewegung, konnte sich über die Grüne Partei in die Staatsapparate einschreiben und durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das ihre Profite garantiert, ihren eigenen Ausbau vorantreiben. Sie muss Bestandteil eines progressiven Blocks im Energiesektor sein, denn ohne erneuerbare Energien keine Energiewende, aber das Verhältnis zu einer Branche, in der oft dramatisch schlechte Arbeitsbedingungen und hohe Ausbeutungsraten herrschen, kann von links kein unproblematisches sein – von der privatkapitalistischen Natur dieses Akteurs ganz zu schweigen.

Zu nennen wären auch die vielen lokalen Bürgerinitiativen, die mal gegen den Ausbau neuer Stromtrassen kämpfen, mal gegen die Ansiedlung neuer Windräder oder auch gegen so genannte Pumpspeicher, die notwendig sind, um die schwankend produzierten erneuerbaren Energien zu speichern, bis sie wirklich gebraucht werden. Empirisch gibt es



Beide Bilder: Protest gegen Atomkraft in Tokio, September 2011, flickr/ Justin Woolford

verschiedene Gründe, warum sich Menschen an diesen Kämpfen beteiligen: Manchen geht es vor allem darum, kein Windrad im Garten zu haben – soll die Energiewende doch woanders umgesetzt werden. Andere sind zwar von der Energiewende überzeugt, stehen aber dem Bau neuer Hochspannungsleitungen skeptisch gegenüber: Geht es hier nicht nur um eine Festigung des Oligopols der großen Anbieter? Wieder andere kämpfen gegen »von oben« durchgesetzte Pumpspeicher aus den selben Gründen, die viele Menschen in Stuttgart auf die Straße trieben: Nach 30 Jahren neoliberaler Entdemokratisierung ist das Gefühl, immer weniger Macht über das eigene Leben zu haben, weit verbreitet, wie auch der Wunsch, diese Macht in das eigene Alltagsleben zurückzuholen. Welche Rolle werden diese Akteure in der »Energiewende« spielen?

Und was macht in diesem Prozess die »Gegenseite«, so sie denn identifizierbar ist? Kurzfristiges Ziel der Energiekonzerne und ihrer Verbündeten in der Regierung ist es, die Wende so weit hinauszuzögern, dass erstere sich im erneuerbaren Sektor – den sie zum Großteil vernachlässigt hatten – so gut aufstellen, dass sie im neuen Energiesystem eine ähnlich dominante Rolle spielen wie im alten. Zu diesem Zweck wird von Regierungsseite die Zentralisierung der erneuerbaren Energien vorangetrieben, indem die Weichen für neue Stromtrassen und andere Investitionen so gestellt werden, dass am Ende vor allem großtechnologische Anlagen wie Desertec (tausende

Sonnenkollektoren in der Sahara) oder gigantische Offshore-Windparks wirklich profitabel sind. Langfristig besteht hier die Gefahr einer schwarz-grünen Hegemonie, die sich vor allem um eine solche grün-kapitalistische Energiewende herum bilden könnte (vgl. Rilling 2011; IfG 2011). Auf diesem Feld ergeben sich mögliche Überschneidungen »grüner« Interessen mit neomerkantilistischen Strategien: Deutschland als »erneuerbarer Exportweltmeister«?

In der Energiewende verschiebt sich also das politische Feld, auch in Bezug auf traditionell linke Themen wie die Eigentumsfrage: Der Ruf nach der Vergesellschaftung der Stromkonzerne wird wieder lauter (ob von Die Linke, attac oder der Interventionistischen Linken), die Frage der Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen wird immer wieder aufgeworfen, die Politisierung des Widerspruchs zwischen Kapitalakkumulation und menschenwürdigem Überleben in relativ stabilen öko-sozialen Systemen lässt sich kaum verdrängen. Die Formulierung einer sozial wie ökologisch verträglichen Energiepolitik ist eine zentrale Herausforderung für linke gesellschaftliche Akteure. Eine breite Palette möglicher Verbündeter bietet sich an, das sollte es leichter machen. Und: In keinem anderen zentralen Feld stehen die Vorzeichen derart gut für eine radikaldemokratische Politikwende. Hier gilt doch wieder Scheers Argument von der »Techno-Logik« der Erneuerbaren.

ENERGIEDEMOKRATIE

Wie nun diese verschiedenen Akteure und Interessen unter einen Hut bringen? Ob in Brandenburg oder Bolivien, im weiteren Sinne linke Regierungen stehen häufig vor der Wahl, Jobs für ihre gesellschaftliche Basis zu schaffen und Sozialprogramme zu finanzieren, aber dabei ökologische Zerstörung in Kauf zu nehmen, mithin die Zerstörung der Lebensgrundlagen genau derjenigen marginalisierten Menschen, für deren Interessen die Linke kämpfen sollte. Die wachstumskritische Antwort auf dieses Dilemma ist, dass wir insgesamt weniger Energie produzieren und konsumieren sollten. Wie aber lässt sich angesichts gesellschaftlicher Ungleichheiten, der Macht bestimmter Produktions- und Lebensweisen, weniger (Energie-)Konsum in wachsenden Zeitwohlstand bei gerechterer Verteilung übersetzen? Was sind gerechte Energiepreise? Die klassisch-grüne Position ist, das Einpreisen ökologischer »Externalitäten« zu fordern, was *de facto* eine Preiserhöhung für Energie bedeutet. Von links muss der Fokus auf der Vermeidung von Energiearmut liegen, was eine einfache Regulierung des Energiekonsums über den Preis zu einer ungerechten »falschen Lösung« werden lässt. *Eine* Möglichkeit wären sozial gestaffelte Strompreise mit relativ niedrigem Grundtarif für alle und rasch steigenden Preisen für Mehrverbrauch…

Wie wird die lokal kämpfende Bürgerinitiative überzeugt, dass hier ein Pumpspeicher oder eine Stromtrasse gebaut werden soll? Wie der grüne Kapitalist, dies gerade hier eben nicht zu tun? Wie die Gewerkschaft, wie die Arbeiterin, dass dieser oder jener industrielle Arbeitsplatz wegfallen muss? Wie die Umweltaktivistin, dass eine Grube nicht immer so schnell geschlossen werden kann, wie die Forderung *Leave the Coal in the Hole*



Protest gegen Atomkraft in Tokio, September 2011, flickr/ Justin Woolford

nahe legen würde? Klassischerweise überließ die Linke die *hegemoniale* Funktion, d.h. die Verallgemeinerung bestimmter Interessen und damit auch die Unterordnung anderer, entweder dem bürgerlichen Staat (Sozialdemokratie) oder der Partei (klassischer Leninismus). In einer Mosaiklinken muss dieser Prozess anders aussehen.

Wie also kann, bei derartig widerstreitenden Interessen und unklaren Positionen, eine breite progressive Koalition gesellschaftlicher Akteure im Kampf für eine soziale und ökologische Energiewende zusammengebracht werden? Antwort: unter der einigenden Klammer des Kampfes für Energiedemokratie, den sich vor einigen Jahren bereits die *attac*-Kampagne *Power to the People* auf die Fahnen geschrieben hatte, und der die Energiekämpfe noch einmal in den Kontext der globalen Bewegungen der letzten Jahre stellt. Der genaue Inhalt dieser Forderung ist umkämpft, aber einige Eckpunkte müssten sein (vgl. gegenstromberlin, 2012):

Ökologisierung: Der gesamte Energiesektor (d.h. Strom, Wärme und Transport) muss mit staatlicher Unterstützung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umgestellt werden. Bis wann dies möglich wäre, daran scheiden sich die Geister. Dass es schneller geschehen muss als bisher geplant, ist klar: Die Länder des Nordens müssen bis 2050 ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 90 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 reduzieren.

Demokratisierung: Der gesamte Energiesektor muss vergesellschaftet und so weit wie möglich (vgl. Debatte Hänggi u. Witt in diesem Heft) dezentralisiert, d.h. vor allem rekommunalisiert werden. Dies impliziert die Enteignung und Zerschlagung der großen Stromkonzerne sowie eine Rückführung energiepolitischer Handlungskompetenzen zu den Stadtwerken. Unter den gegebenen Bedingungen von »Verbetriebswirtschaftlichung« und Profitorientierung spielen öffentliche Unternehmen zwar oft eine unrühmliche Rolle, sie bieten aber doch ein existierendes Institutionengefüge für Demokratisierungsprozesse. Die Stadtwerke in Sacramento (Kalifornien) sind hier ein anschauliches Beispiel eines demokratisch geführten öffentlichen Unternehmens (vgl. Latza in diesem Heft).

Reduzierung: Es ist unzureichend, nur eine Umstellung des Energiesektors bei konstant steigendem Output auf erneuerbare Energien zu fordern. Wachstumskritik muss in der Forderung nach einer Reduktion von Energieproduktion und Energiekonsums münden – wobei die stoffliche und energetische Reduktion an Barrieren eines kapitalistischen Verwertungs- und Wachstumszwangs stößt.

Interssant am Ruf nach Energiedemokratie sind die *strategischen Möglichkeiten*, die er in Bezug auf die Konstitution einer Mosaiklinken (vgl. *Luxemburg* 1/2010), eines emanzipatorischen Blocks im Energiesektor eröffnet. Die genannten möglichen Akteure einer progressiven Energiewende sind aus verschiedenen Gründen in Energiekämpfe involviert, u.U. auf der Basis von Sachinteressen, die objektiv gegeneinander stehen. Der lokale Kampf gegen ein Kohlekraftwerk steht im Widerspruch zum gewerkschaftlichen Interesse an der Schaffung neuer Arbeitsplätze dort. Das Interesse am schnellen Ausbau von Windkraft steht u.U. im direkten Widerspruch zum Interesse derjenigen Landbesitzer, die nicht

wollen, dass ihnen »von oben« ein Windrad vor die Nase gesetzt wird.

In einem gemeinsamen Kampf für Energiedemokratie würden die Forderungen, die in den jeweiligen Energiekämpfen artikuliert werden, nicht zuerst aufgrund ihrer sachlichen Differenz, sondern aufgrund ihrer strategischen Gemeinsamkeiten konvergieren. In jedem Fall geht es darum, mehr Macht über das eigene Alltagsleben zu gewinnen: Die Initiativen gegen Kraftwerke oder Windparks agieren aus dem verständlichen Impuls, dass sie bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes und der Art und Weise, wie dort Energie produziert wird, ein Wörtchen mitreden wollen. Gewerkschaftliche Kämpfe für Wirtschaftsdemokratie im Energiesektor und gerechte Übergänge beim Abbau von Jobs in bestimmten Industrien sind gleichzeitig demokratisierende Energiekämpfe. Neue soziale Akteure und Bewegungen entstehen, wenn sich ihre (potenziellen) Bestandteile auf das ihnen Gemeinsame beziehen, und nicht auf das, was sie trennt. Der Ruf nach Energiedemokratie ermöglicht nicht nur, dass verschiedene Energiekämpfe sich aufeinander beziehen, er enthält auch die Anerkennung und Legitimierung verschiedener und u.U. widerstreitender Interessen in diesen Kämpfen, und die Notwendigkeit nicht des Sieges eines Akteurs über den anderen, sondern der Vermittlung zwischen ihnen. Es geht um einen politischen Konstruktionsakt: nicht nur um das Erkennen von empirisch gegebenen Interessen, sondern auch um ihre Reartikulation in einen progressiven Block hinein.

Epilog: Momentaufnahme 2. Teil: Am 18.1.2012 berichtet die *Financial Times*, dass die anhaltenden Benzinproteste in Nigeria erfolgreich sind. Präsident Goodluck Jonathan verspricht, die Preise um über ein Drittel zu senken und die Korruption im Ölsektor zu bekämpfen, die in den Augen vieler Nigerianerinnen für die hohen Preise und die schlechte Versorgung dieses ölproduzierenden Landes mit dem eigenen Produkt verantwortlich ist. Am Nachmittag berichtet der britische *Guardian*, dass eine Erkundungsplattform der Firma Chevron vor der nigerianischen Küste am Mittag explodierte. Zwei Arbeiter werden vermisst, die Regierung meldet die wohl schlimmste Ölkatastrophe seit einem Jahrzehnt.

Willkommen in der Welt der Energiekämpfe.

LITERATUR

Abramsky, Kolya, 2010: Introduction, in: ders. (Hg.), *Sparking a Worldwide Energy Revolution: Social struggles in the transition to a post-petrol world*, Oakland

Caffentzis, George, 2009: Notes on Obama's Energy Plan, in: *Turbulence*, Nr. 5

Gegenstromberlin, 2011: *Energiepolitische Thesen*, www.gegenstromberlin.net/2011/05/15/energiepolitische-thesen-gegen-den-fossil-nuklearen-wahn-energiedemokratie-jetzt/

IfG – Institut für Gesellschaftsanalyse, 2011: *Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte*, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf

Kaufmann, Stefan, und Tadzio Müller, 2009: *Grüner Kapitalismus: Krise, Klima und kein Ende des Wachstums*, Berlin

Klare, Michael, 2008: *Rising Powers, Shrinking Planet: The new geopolitics of energy*, New York

Rilling, Rainer, 2011: Wenn die Hütte brennt…, in: *Luxemburg*, 3/2011, 134ff

1 Aus der *Financial Times*, 12.1.2012.

2 Mario Candeias, *Szenarien grüner Transformation*, Beitrag zur 1. Transformationskonferenz des IfG, Berlin 2011.

3 Vgl. Bewegung auf http://kohle-protest.de.

4 www.campact.de/img/sprit/docs/2006-12-12-merkel-zuteilungsgesetz-2012.pdf.

5 www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/das-energiepolitische-konzept-der-ig-metall-7935.htm.

30-JÄHRIGER KRIEG?

GEOPOLITIK UND ENERGIE

MICHAEL T. KLARE

Von 1618 bis 1648 wütete in Europa der »Dreißigjährige Krieg«. Dieser war auch ein Kampf zwischen einem imperialen Herrschaftssystem und dem entstehenden Nationalstaat. Viele Historiker führen die Herausbildung des modernen Staatensystems auf den Westfälischen Frieden von 1648 zurück.

Derzeit beginnt ein neuer Dreißigjähriger Krieg. Er wird vielleicht nicht zu so viel Blutvergießen führen wie der im 16. Jahrhundert – obwohl auch Blut fließen wird –, aber er wird für die Zukunft des Planeten nicht weniger folgenreich sein. In den kommenden Jahrzehnten werden wir einen globalen Wettlauf um die wichtigsten Energieträger erleben, der zwischen den großen Energiekonzernen und ihren Abnehmerländern stattfinden und mit Sieg oder Vernichtung enden wird. Die Frage wird sein, wer in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts die weltweite Energieversorgung beherrscht. Die Sieger werden darüber entscheiden, wie – und wie schlecht – wir in diesen nicht allzu fernen Zeiten leben, arbeiten und spielen werden, und sie werden gewaltig davon profitieren. Die Verlierer werden beiseite gedrängt und zerstückelt.

Warum 30 Jahre? Weil neu erprobte Energiesysteme wie Wasserstoffenergie, Zellulose-Ethanol, Wellenkraft, Algenkraftstoff und weiterentwickelte Atomreaktoren so lange brauchen, um den Schritt vom Labor zur industriellen Großproduktion zu vollziehen. Manche dieser Systeme (und zweifellos auch andere, die wir noch nicht im Visier haben) werden den Selektionsprozess überstehen, andere nicht. Und wie er sich entwickeln wird, ist beim jetzigen Stand kaum abzusehen. Gleichzeitig dürfte die Nutzung konventioneller Brennstoffe wie Kohle und Öl, die CO_2 in die Atmosphäre pumpen, aufgrund der schrumpfenden Vorräte, aber auch

aufgrund der zunehmenden Besorgnisse über die wachsenden Gefahren von Kohlenstoffemissionen erheblich zurückgehen.

Der Prozess wird kriegerisch sein, weil die künftige Profitabilität, sogar das Überleben vieler der weltweit größten und kapitalkräftigsten Konzerne auf dem Spiel stehen wird und weil es in diesem Wettlauf für jede Nation um Leben und Tod gehen kann. Für gigantische Ölkonzerne wie BP, Chevron, ExxonMobil und Shell wird eine mögliche Abkehr vom Erdöl massive wirtschaftliche Konsequenzen haben. Sie werden neue Geschäftsmodelle einführen und neue Märkte erschließen müssen, die auf alternativen Energien basieren, um nicht zu kollabieren oder von stärkeren Konkurrenten geschluckt zu werden. Zur selben Zeit werden neue Konzerne entstehen, von denen manche den Ölgiganten an Reichtum und Größe nicht nachstehen dürften. Das Überleben von Nationalstaaten wird auf dem Spiel stehen, wenn sie auf konkurrierende Technologien setzen, sich an ihre vorhandenen Energieformen klammern oder um die globalen Energiequellen, -märkte und -vorräte konkurrieren. Da eine angemessene Energieversorgung von vitalem Interesse für die nationale Sicherheit ist, werden die Kämpfe um lebenswichtige Ressourcen – heute Öl und Erdgas, morgen vielleicht Lithium oder Nickel (für Elektroautos) – auch mit Waffengewalt geführt.

Wenn diese 30 Jahre vorbei sind, dürften die Grundlagen eines neuen Systems existieren, in dem sich das Leben auf unserem Planeten organisiert – diesmal anhand des Energiebedarfs. In der Zwischenzeit wird der Kampf um die Energievorräte immer heftiger werden, aus einem einfachen Grund: Das vorhandene Energiesystem kann den zukünftigen weltweiten Bedarf nicht decken. Es muss im großen Maßstab verdrängt oder ersetzt werden durch ein alternatives System erneuerbarer Energien, oder die Welt erlebt eine ökologische Katastrophe, die wir uns heute kaum vorstellen können.

DER VORHANDENE ENERGIEMIX

Um den Ernst der Lage richtig einzuschätzen, werfen wir zunächst einen Blick auf den weltweiten Energiemix.

Im Jahre 2010 verbrauchte die Welt nach Angaben von BP 13,2 Milliarden Tonnen Öleinheiten aus allen möglichen Quellen, davon 33,6 Prozent aus Erdöl, 29,6 Prozent aus Kohle, 23,8 Prozent aus Erdgas, 6,5 Prozent aus Wasserkraft, 5,2 Prozent aus Atomenergie und ganze 1,3 Prozent aus sämtlichen Formen erneuerbarer Energie. Auf fossile Brennstoffe – Öl, Kohle und Gas – entfielen 10,4 Milliarden Tonnen oder 87 Prozent des Gesamtverbrauchs.

Schon der Versuch, diesen Energieverbrauch mit dem gleichen Verhältnis von Brennstoffanteilen aufrechterhalten zu wollen, wäre ein nahezu hoffnungsloses

Unterfangen. Ein um 40 Prozent gesteigertes Energieaufkommen zu erreichen, wie es die meisten Analysten für notwendig halten, um den vorhandenen Bedarf der älteren Industriemächte und die wachsende Nachfrage in China und anderen rasch sich entwickelnden Ländern zu decken, ist schlicht unmöglich.

Zwei Grenzen verhindern die Aufrechterhaltung des bestehenden Energieprofils: die letztendlich eintretende Ölverknappung und der globale Klimawandel. Die meisten Energieanalysten gehen davon aus, dass die konventionelle Ölförderung – auf Ölfeldern oder in flachen Küstengewässern – in den nächsten Jahren einen Höhepunkt erreicht und dann unwiderruflich zurückgeht. Zusätzliche Brennstoffe werden in Form von »unkonventionellem« Erdöl geliefert – Teersand-, Schiefer- und Tiefsee-Öl, das durch teure, unsichere und möglicherweise umweltschädliche Verfahren gewonnen wird –, aber das wird das Zusammenschrumpfen der Ölreserven nur hinauszögern, nicht abwenden. Im Jahre 2042, also in 30 Jahren, wird das Öl weit weniger sprudeln als heute. Es wird auch nicht annähernd dazu in der Lage sein, wie bisher 33,6 Prozent des (dann weit größer gewordenen) weltweiten Energiebedarfs zu decken.

Währenddessen wird der eskalierende Klimawandel immer mehr Schäden anrichten – durch heftige Wirbelstürme, ansteigende Meeresspiegel, längere Dürreperioden, tödliche Hitzewellen, verheerende Waldbrände –, welche die zögerlichen Politiker schließlich zum Handeln zwingen. Das wird zweifellos eine Einschränkung von Treibhausgasemissionen bedeuten, sei es in Form von CO_2-Abgaben, Emissionshandelsplänen oder von anderen noch unvorstellbaren restriktiven Maßnahmen. Im Jahre 2042 werden diese zunehmenden Einschränkungen mit dazu beitragen, dass fossile Brennstoffe nicht einmal annähernd die bisherigen 87 Prozent des weltweiten Energiebedarfs decken.

DIE WICHTIGSTEN KONKURRENTEN

Wenn Kohle und Erdöl ihre Position als weltweit führende Energiequellen verlieren, was wird an ihre Stelle treten? Hier einige der wichtigsten Konkurrenten:
Erdgas: Viele Energieexperten und Politiker sehen im Erdgas eine fossile »Brückentechnologie«, weil es weniger Treibhausgase freisetzt als Kohle und Öl. Zudem sind die weltweiten Erdgasvorräte dank neuer Technologien (z.B. dem »Fracking«, vgl. Krüger in diesem Heft), mit denen sich früher für unzugänglich gehaltene Schiefergasreserven ausbeuten lassen, weit größer als gedacht. So hatte zum Beispiel das US-Energieministerium im Jahre 2011 prognostiziert, dass Erdgas bis 2035 die Kohle als zweitwichtigste amerikanische Energiequelle verdrängt, auch wenn beide immer noch hinter dem Erdöl zurückbleiben würden. Mittlerweile sprechen manche von einer »Erdgasrevolution«, die das Erdöl weltweit aus seiner führenden Stellung – zumindest für eine gewisse Zeit – verdrängen wird. Das

Fracking stellt aber eine Gefahr für das Trinkwasser dar, was breiteren Widerstand hervorrufen könnte, während Schiefergas am Ende wirtschaftlich weniger attraktiv sein könnte, als man derzeit annimmt.

Kernkraft: Vor der Erdbeben/Tsunami-Katastrophe vom 11. März 2011 und den Kernschmelzen im japanischen Atomkraftwerk Fukushima sprachen viele Analysten von einer »Renaissance« der Kernenergie, die in den nächsten Jahrzehnten zum Bau von Hunderten neuer Atomreaktoren führen werde. Manche dieser Anlagen, in China und anderswo, werden wahrscheinlich gebaut, während die Pläne für andere – zum Beispiel in Italien und der Schweiz – offenbar schon zu den Akten gelegt wurden. Auch wenn man in den USA ständig zu hören bekommt, dass US-Reaktoren absolut sicher sind, gibt es in vielen dieser Anlagen immer wieder Hinweise auf Sicherheitsmängel. Angesichts der zunehmenden öffentlichen Besorgnis, was die Gefahr eines katastrophalen Unfalls betrifft, ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass die Kernenergie im Jahre 2042 zu den großen Gewinnern gehört.

Trotzdem setzen sich Kernkraftenthusiasten für den Bau »modularer« (in Fertigbauteilen vorproduzierter) Kleinreaktoren ein, die angeblich viel billiger als herkömmliche sind und erheblich weniger radioaktiven Müll produzieren. Obwohl die Technologie und Sicherheit dieser »Reaktoren vom Fließband« erst noch erprobt werden muss, sehen ihre Befürworter darin eine Alternative sowohl zu herkömmlichen Großreaktoren mit ihren Atommüllhalden als auch zu Kohlekraftwerken mit ihrem hohen CO_2-Ausstoß.

Wind- und Solarenergie: Klar ist, die Welt wird in 30 Jahren in höherem Maße als heute auf Wind- und Solarkraft setzen. Nach Angaben der Internationalen Energiebehörde (IEA) wird der Anteil dieser Energiequellen am weltweiten Energieverbrauch, der im Jahre 2008 bei einem Prozent lag, bis 2035 auf vier Prozent steigen. Angesichts der vorhandenen Krise und der in Sonne und Wind gesetzten Erwartungen sind das allerdings kleine Brötchen. Damit diese alternativen Energiequellen erheblich höhere Anteile am Energiemix bekommen, sind wirkliche Durchbrüche nötig. Dazu gehört eine erhebliche Verbesserung von Windturbinen und Solarkollektoren, von Speichertechnik (um die bei Sonne und Wind erzeugte Energie bei Nacht oder bei anderer Witterung besser zu nutzen) und ein viel leistungsfähigeres und ausgedehnteres Stromnetz (um die aus sonnen- oder windbegünstigten Lagen kommende Energie effizient auf andere Orte zu verteilen). China, Deutschland und Spanien haben die nötigen Investitionen in Wind- und Solarenergie getätigt, die ihnen im neuen Dreißigjährigen Krieg entsprechende Vorteile sichern könnten – aber nur, wenn die technologischen Durchbrüche tatsächlich kommen.

Agrosprit und Algen: Viele Experten sagen Agrotreibstoffen eine große Zukunft voraus, besonders dann, wenn das Ethanol der »ersten Generation«, das haupt-

sächlich auf Mais- und Zuckerrohrfermentierung basiert, durch Brennstoffe der »zweiten Generation« verdrängt wird, die aus pflanzlicher Zellulose und durch genmanipulierte Algen gewonnen werden. Abgesehen davon, dass der Fermentierungsprozess Wärme benötigt (also gleichzeitig Energie verbraucht), sind viele Politiker in Zeiten steigender Lebensmittelpreise dagegen, Nährpflanzen zur Herstellung von Treibstoffen zu verwenden. Inzwischen werden aber verschiedene erfolgversprechende Methoden erprobt, um Ethanol mit chemischen Mitteln aus der Zellulose in Non-Food-Kulturen zu gewinnen. Die eine oder andere dieser Techniken könnte den Übergang zur kommerziellen Großproduktion durchaus überstehen. Gleichzeitig experimentieren eine Reihe von Firmen, darunter ExxonMobil, mit der Entwicklung neuer Algenkulturen, die sich rasch reproduzieren und zu Agrosprit verarbeiten lassen. Aber auch hier ist es noch zu früh, um zu sagen, ob und welche Agrotreibstoffe das Rennen machen.

Wasserstoff: Vor zehn Jahren sprachen viele Experten von den ungeheuren Möglichkeiten, die Wasserstoff als Energiequelle besitzt. Er ist in vielen Naturstoffen (wie Wasser und Erdgas) reichlich vorhanden und produziert kein CO_2. Er ist aber in der Natur nicht in reiner Form anzutreffen und muss aus anderen Substanzen gewonnen werden – ein Vorgang, der selbst erhebliche Mengen von Energie verschlingt und deshalb, zumindest bisher, nicht besonders wirtschaftlich ist. Auch die Entwicklung der Methoden, Wasserstoff im großen Maßstab zu transportieren, zu lagern und zu verbrauchen, wirft größere Probleme auf als erwartet. Jedes dieser Probleme wird mit erheblichem Aufwand erforscht, und es könnte in den nächsten Jahrzehnten durchaus zu Durchbrüchen kommen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es aber unwahrscheinlich, dass Wasserstoff im Jahre 2042 zu den Hauptenergieträgern zählt.

Die Unbekannte x: Viele weitere Energiequellen werden weltweit an Universitäten und kommerziellen Laboren erforscht. Manche werden sogar schon in großangelegten Pilotprojekten erprobt. Zu den vielversprechendsten gehören dabei Erdwärme, Wellen- und Gezeitenkraft. Jede von ihnen erschließt gewaltige Naturkräfte und könnte deshalb, wenn es zu den nötigen Durchbrüchen kommt, unbegrenzt nutzbar und gleichzeitig klimaschonend sein. Allerdings stecken die dafür notwendigen Technologien, sieht man von der Erdwärme ab, noch in den Kinderschuhen. Wie lange es dauern wird, sie nutzbar zu machen, weiß niemand. Die Geothermie weckt große Erwartungen, stößt aber auf Probleme, weil man so tiefe Bohrungen vornehmen muss, dass es manchmal zu kleineren Erdstößen kommt.

Aber man sollte die technischen Innovationskräfte der Menschheit nicht unterschätzen. Wie in der Geschichte überhaupt, so kann auch in der Energiegeschichte das Unerwartete eine wichtige Rolle spielen.

Energieeffizienz: Da es unter den konkurrierenden Formen von alternativen oder Übergangs-Energiequellen keinen eindeutigen Sieger gibt, dürfte ein entscheidender Aspekt für den Energieverbrauch von 2042 in einem heute ungeahnten Maße die Effizienz sein – die Möglichkeit, aus möglichst geringem Energieverbrauch den größtmöglichen Ertrag zu ziehen. Die führenden Player dürften in 30 Jahren diejenigen Länder und Unternehmen sein, die es geschafft haben werden, aus möglichst wenig das meiste zu machen.

WENN DER KRIEG ZU ENDE IST

In 30 Jahren wird sich die Welt, ob zum Besseren oder zum Schlimmeren, völlig verändert haben. Es wird wärmer werden, es wird mehr Stürme geben und (aufgrund des ansteigenden Meeresspiegels) weniger Land. Es wird strengere Einschränkungen für CO_2-Emissionen geben, und der Verbrauch fossiler Brennstoffe wird, außer unter besonderen Auflagen, durch negative Anreize eingedämmt. Erdöl wird es für die, die es sich leisten können, immer noch geben, aber es wird nicht mehr der weltweit wichtigste Brennstoff sein. Es wird neue, wirtschaftliche wie andere Mächte in einer Welt neuer Energieträger geben. Natürlich können wir nicht wissen, wer in dieser neuen Welt die Gewinner und die Verlierer sind. Aber der Weg dahin wird voll von Gewalt und Elend sein. Wir können auch heute nicht sagen, welche der konkurrierenden Energieformen im Jahre 2042 und danach vorherrschen wird.

Ich würde auf dezentralisierte Energiesysteme tippen, die sich leicht herstellen und einsetzen lassen und relativ geringe Vorausinvestitionen erfordern. Man vergleiche nur die heutigen Laptops mit den Großrechnern der 1960er und 1970er Jahre. Je näher der Energieversorger dem Laptopmodell kommt, desto größer wird, wie ich annehmen würde, der Erfolg sein.

In dieser Hinsicht dürften riesige Atomreaktoren und Kohlekraftwerke auf lange Sicht schlechtere Karten haben, außer in Ländern wie China, wo immer noch autoritäre Regierungen die Spielregeln bestimmen. Viel erfolgversprechender werden, wenn die nötigen Durchbrüche kommen, erneuerbare Energiequellen und weiterentwickelte Biobrennstoffe sein, die sich mit geringeren Vorausinvestitionen im kleineren Maßstab herstellen lassen und dadurch in das Alltagsleben integriert werden können, auch auf kommunaler und Nachbarschaftsebene.

Die Länder, die diese oder ähnliche Energiepotenziale am schnellsten erschließen, können im Jahre 2042 am ehesten mit einer boomenden Wirtschaft aufwarten – vielleicht gerade noch rechtzeitig, wenn man an den Zustand unseres Planeten denkt.

Aus dem Amerikanischen von Thomas Laugstien

POWERLINKS

MEGAPROJEKTE VERSUS DEZENTRALISIERUNG

MARCEL HÄNGGI

»Wie die Kettenreaktionen auf der Sonne uns Wärme, Licht und Leben bringen«, schrieb Ernst Bloch 1959 in seinem Hauptwerk *Das Prinzip Hoffnung*, »so schafft die Atomenergie, in anderer Maschinerie als der der Bombe, in der blauen Atmosphäre des Friedens, aus Wüste Fruchtland, aus Eis Frühling. Einige hundert Pfund Uranium und Thorium würden ausreichen, die Sahara und die Wüste Gobi verschwinden zu lassen, Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera zu verwandeln« (Bloch 1959, 775). Es ist eine bittere Ironie, dass aus einem der ehrgeizigsten Träume, den Menschen je realistischerweise glaubten träumen zu dürfen, die größte Bedrohung geworden ist, der die Menschheit heute gegenübersteht. Da war der Traum, die Erde nach den eigenen Wünschen zu gestalten, die physischen Fesseln des Daseins für immer zu sprengen und Überfluss für alle zu schaffen. Inzwischen ist der Traum dem Alp gewichen, dass die Pole abschmelzen und das Schmelzwasser, statt unfruchtbare Wüsten zu

bewässern, die dicht besiedelten Küstenregionen der Welt überschwemmt. Wir wissen nicht nur, es ist nicht gelungen, ganz so gottgleiche Kräfte zu entfesseln, wie viele es nach dem Zweiten Weltkrieg für möglich hielten, sondern auch, dass viel geringere Kräfte ausreichen, die Erde eher in eine Hölle als in ein Paradies zu verwandeln. Demut ist angesagt, wäre daraus zu folgern. Oder aber das Gegenteil: dass nur noch mehr Technik uns retten könne.

Ein Kraftwerk heißt auf Englisch *power plant*. Man könnte das als »Machtfabrik« ins Deutsche zurückübersetzen. Energie ist Macht: Macht über die Natur und damit auch Macht über andere Menschen. Die Physikbücher definieren Energie als das Vermögen, Arbeit zu verrichten; (Kapital-)Macht ist das Vermögen, andere für sich arbeiten zu lassen. Der Mensch bedurfte nicht erst einer Energie außerhalb des eigenen Körpers, um Macht auszuüben. Aber solange keine äußere Energie zur Verfügung stand, konnten Menschen Macht immer nur über Menschen ausüben, die sich ihrem physischen Zugriff nicht entziehen konnten. Äußere Energie gab den Mächtigen die Möglichkeit, ihre Macht auszudehnen, sie zu konzentrieren.

Energie befördert Machtkonzentration, weil sie eingesetzt werden kann, um mehr Energie zu gewinnen. Wer in der Antike mehr Sklaven als Energielieferanten einsetzen konnte, um seine Kriegsschiffe zu rudern, konnte mehr Kriegsgefangene machen, die ihm wieder als Sklaven dienten. Größe fördert weiteres Wachstum: Das heißt in der Wirtschaft »Skalenökonomie«.

Es war nicht zufällig die Verfügungsgewalt über Energie oder ihre großen Anwendungen, die zu den steilsten Machtkarrieren in der industrialisierten Welt führte: über die Eisenbahn, das Erdöl, das Auto. Die Superreichen der »Blütezeit des Kapitals« (Eric Hobsbawm) bauten ihren Reichtum auf die Eisenbahn: John Pierpont Morgan, Andrew Carnegie, Cornelius Vanderbilt. Die Geschichte des Kapitalismus dieser Zeit ist eng mit der Eisenbahn verbunden: Kaum sonst wo bestand ein so großer Bedarf nach Kapital. Die Hälfte der an der Berliner Börse 1870 gehandelten Papiere waren Eisenbahnpapiere. Ab dem späten 19. Jahrhundert sorgte das Erdöl für die größten Gewinne und Machtkonzentrationen. Wie die Eisenbahn war das Erdölgeschäft kapitalintensiv. John D. Rockefeller baute sein Erdölimperium so monopolistisch auf, wie er es im Eisenbahngeschäft gelernt hatte. Im 20. Jahrhundert betrat dann mit Henry Ford der erste Automobilbauer die Bühne des »Superkapitalismus« (Robert Reich).

Im Jahr 2011 fanden sich unter den zehn umsatzstärksten Unternehmen der Welt sechs Erdöl- oder Erdgaskonzerne, ein Stromnetzbetreiber und ein Autobauer[1]: Acht der zehn größten Konzerne haben ein Interesse daran, dass der globale Energieverbrauch steigt. Dass gerade Erdöl eine besonders starke Neigung zur Konzentration zeigt, liegt in der Natur dieses Rohstoffs. Das Auffinden der Ölquellen, die Förderung, der Transport und die Verarbeitung erfordern viel Kapital, technisches Know-how und globale Infrastrukturen – sowie militärische oder paramilitärische Sicherung (dasselbe gilt für Erdgas).

Erneuerbare Energien dagegen bieten sich an zur dezentralen Nutzung: Sonnenstrahlen oder Wind kann man, anders als die fossilen Energieträger, fast überall ernten. Doch

erneuerbar heißt nicht zwangsläufig *dezentral*. Die großen Energiekonzerne möchten bei den erneuerbaren Energien mitmischen – möglichst in den ihnen bekannten, zentralistischen Strukturen. Desertec – das Projekt, in Nordafrika riesige solarthermische Kraftwerke zu errichten und den so gewonnenen Strom mit neu zu bauenden Leitungen übers Mittelmeer und die Alpen nach Zentraleuropa zu bringen –, oder die großen Offshore-Windparks sind Versuche, die erneuerbaren Energien »groß« zu denken. Die Kämpfe um die Struktur der künftigen Energieversorgung werden in der Öffentlichkeit aber nur wenig zur Kenntnis genommen: Das dominierende Deutungsmuster unterscheidet zwischen den guten (allenfalls zu teuren oder unrealistischen) und den bösen (aber vielleicht notwendigen) Energien und übersieht dabei, dass es neben der Bruchlinie »erneuerbar versus nicht erneuerbar« die vielleicht noch wichtigere Bruchlinie »groß und zentral versus klein und dezentral« gibt.

»KLEIN« ODER »GROSS«?

Ist es relevant, ob eine wirtschaftliche Leistung von vielen Kleinen oder wenigen Großen erbracht wird? Sind nicht Große, wo die Aufgaben groß sind, besser geeignet, diese zu lösen? Manche argumentieren so: Der Techno-Euphoriker Bill Gates warnt ausdrücklich davor, den Energieumbau mittels »niedlicher« Technik erreichen zu wollen. Er fordert, angelehnt an das Big-Science-Programm *par excellence*, die Mondlandung, ein »Apollo-Programm« zum Systemumbau.

Natürlich ist klein nicht einfach gut und groß nicht schlecht – oder umgekehrt. Aber Größe hat einige gravierende Nachteile, die für eine Gesellschaft problematisch sind. Dabei meine ich mit »groß« Strukturen, Unternehmen und Unternehmungen, die einige der folgenden Charakteristika aufweisen: Sie sind kapitalintensiv und erfordern deshalb Wirtschaftsformen, die das entsprechende Kapital aufzubringen imstande sind; sie sind technisch komplex, sodass sie nur von Spezialisten betrieben, gewartet und auch beurteilt werden können; sie bergen Großrisiken; sie erfordern große institutionelle Arrangements (von Investoren bis zu Aufsichtsbehörden); sie monopolisieren wichtige Versorgungsfunktionen großräumig; sie neigen dazu, die Grenzen zwischen privater und staatlicher Macht zu verwischen; sie tendieren zu zentralistischer und hierarchischer Organisation.

Zwar ist der weitaus größte Teil der Wirtschaft, weltweit und auch in den industrialisierten Ländern, kleingewerblich organisiert und kleine, dezentrale technische Systeme geringer Komplexität haben hinter dem Großen und Spektakulären oft eine verkannte Wirkung. Doch Großes wird nicht nur überproportional wahrgenommen, es vereint auch überproportional viel Macht auf sich. Ein Unternehmen, das eine Milliarde Dollar umsetzt, ist mächtiger als hundert Unternehmen mit je zehn Millionen Umsatz. Wer groß ist, hat mehr Ressourcen frei, um die Überschüsse in Marketing, Lobbying, Kartellbildung, Bestechung und Ähnliches zu investieren (oder, wenn wir nicht von Unternehmen, sondern Staaten sprechen: in Armeen und Geheimdienste). Die größten Konzerne üben weitaus mehr Einfluss aus, als es ihrem Anteil an der gesamten Weltwirtschaft entspräche.

Wer auf dem Markt zu stark ist, verhindert Wettbewerb. Wer in einer Gesellschaft zu stark ist, entzieht sich demokratischer Kontrolle. Deshalb sind demokratische Staatsverfassungen darauf bedacht, allzu große Machtfülle zu verhindern und verschiedene Instanzen einander kontrollieren zu lassen. Größe führt zu Abhängigkeiten. Größe vernichtet Vielfalt, weil das Große dominiert. Vielfalt aber ist ein Grundpfeiler einer Eigenschaft, die in den ökologischen Wissenschaften Resilienz genannt wird: die Fähigkeit von Systemen, mit Veränderungen der Lebensbedingungen fertig zu werden und Störungen zu überleben. Verlust an Vielfalt bedeutet Verlust an Handlungsoptionen.

Einigen Techniken – gerade energieintensiven – ist der Hang zur Größe inhärent. Eine Eisenbahn vom Atlantik zum Pazifik baut man nicht »klein«. Der Flug zum Mond musste »groß« geplant werden. In vielen Fällen aber ist es nicht so sehr die Technik, die zu Größe führt, sondern die Art, wie sie umgesetzt wird. Netze (in den Bereichen Energie, Verkehr und Informationsübermittlung) können Grundlage einer dezentralen, nicht-hierarchischen Struktur sein, sie können aber genauso der Vervollkommnung einer Zentralisierung dienen – je nachdem, wie der Zugang zu den Netzen geregelt ist und ob es Teilnehmer gibt, die ein Netz aufgrund ihrer Macht zu monopolisieren vermögen. Das zeigt sich schön am Beispiel des Internets, das neue, ganz dezentrale Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit, aber auch Quasimonopolisten wie Google, Facebook & Co. hervorgebracht hat.

Visionen einer dezentralen Energieversorgung mit regionalen Stromnetzen, an denen jeder sich als Konsument, Produzent (mit der eigenen Solaranlage auf dem Dach) und Anbieter von Speicher-Dienstleistungen (mit der eigenen Autobatterie) beteiligen kann, erinnern an die Träume, wie sie das Internet ausgelöst hat. »Mit der Möglichkeit der Verfügbarkeit erneuerbarer Energien wird Energie vom bloßen Wirtschafts- und Konsumgut zum Kulturgut. Das ist die Sozio-Logik erneuerbarer Energien: Aus der »passiven Energiegesellschaft«, mit immer weniger und dabei immer größer werdenden Anbietern einerseits und gleichgeschalteten und verplanten Energiekonsumenten andererseits, wird die »aktive Energiegesellschaft«, in der die Energieversorgung in wachsendem Maß autonom erfolgt, in zahlreichen neuen Trägerformaten«, schrieb der 2010 verstorbene Hermann Scheer (2010, 169; vgl. *Luxemburg* 1/2011). Das ist eine schöne Vorstellung. Vielleicht hilft ein genauer Blick auf die Nutzungsgeschichte des Internets, die Gefahren neuartiger Machtkonzentrationen auch in dezentralen Strukturen zu erkennen.

GROSSTECHNOLOGIE ATOM

Wohl das Paradebeispiel für eine inhärent »große« Technik ist die Atomtechnik. »Groß« ist an der Kernspaltung (und erst recht, falls es sie denn je geben wird, die Kernfusion) fast alles: der nötige Forschungs- und Entwicklungsaufwand, der Kapitalbedarf, ihre technische Komplexität, die Kontrollbürokratie, die sie aufgrund ihrer Gefährlichkeit erfordert; und weit jenseits jeglichen menschlichen Maßes ist die zeitliche Dimension des Abfallproblems. An der Atomtechnik lässt sich ein weiteres Charakteristikum großer Technik aufzeigen, auf das bspw. Ivan Illich oder Friedrich E. Schuma-



Protest vor den Vereinten Nationen/New York gegen den Belo Monte Damm, Brasilien, flickr/International Rivers

cher hingewiesen haben: Statt den Menschen zu dienen, zwingt die Technik den Menschen, sobald sie eine gewisse Schwelle überschreitet, ihre Logik auf.

Der Ausbau der Atomtechnik war etwa in Deutschland keineswegs von Anfang an so geplant, wie sie herausgekommen ist. Deutschland besaß zwar seit 1955 ein Atomministerium. Doch Atomminister Franz Josef Strauß sprach sich 1956 gegen ein zentrales Atomforschungszentrum aus, denn die Errichtung eines solchen würde »nicht nur Millionen verschlingen, sondern auch Jahre dauern« (Radkau 1990, 218) – offenbar rechnete Strauß also eher mit Monaten als mit Jahren oder gar Jahrzehnten, eher mit Tausenden als mit Millionen oder gar Milliarden Mark! Nichts, meinte Strauß, sei »gefährlicher als die Herausbildung wissenschaftlicher Monopolzentren. Wenn sich da einmal eine Fehlentwicklung durchgesetzt hat, wird diese jahrelang beibehalten ohne Korrektur und ohne Widerspruch« (ebd.).

Das war fast schon hellsichtig, denn genau das geschah. Das bundeseigene Reaktorforschungszentrum Karlsruhe wurde ein solches Monopolzentrum. 1963 sagte dessen Direktor Wolf Häfele, solche Unternehmungen gehörten »zum Sichbehaupten eines Volkes«, auch dann, »wenn der dafür zu zahlende Preis phantastisch sein wird«. Das ist kriegerisches Vokabular. Doch nun war man sich in der Regierung einig, dass »die unerwartet schnelle Entwicklung der Brutreaktoren eine Wende in der Kerntechnik herbeigeführt hat und zu einer Konzentration des Atomprogramms zwingt« (Radkau 1990, 222f).

Die technische Entwicklung war zum Zwang geworden, dem man sich glaubte unterziehen zu müssen. Die »Fehlentwicklung«, vor der Strauß gewarnt hatte, nahm ihren Lauf und alle machten mit. »In der Ära der vollendeten Fakten«, schreibt der Historiker Joachim Radkau, »war es soweit, dass sich die Kerntechnik ihre Interessenbasis gleichsam selber geschaffen hatte« (1990, 465). Die treibende Kraft hinter der Atomtechnik war mithin (nebst den militärischen Interessen) diese selber.

Und die Geschichte wiederholt sich. Derzeit bauen die EU und sechs weitere Staaten im französischen Cadarache den europäischen Kernfusions-Versuchsreaktor Iter. Ursprünglich (2005) waren fünf Milliarden Euro Baukosten budgetiert, mittlerweile rechnet die Europäische Kommission mit dem Dreifachen. Aber die Übung abzubrechen, kommt nicht infra-

ge – das wäre, sagt der Vorsitzende des Energieausschusses des EU-Parlaments, Herbert Reul, »ein Offenbarungseid, dass Europa zu gar keinen großen Projekten mehr fähig ist«.[2]

PARALLELE STRUKTUREN – ODER GEGENSEITIGE BEHINDERUNG?

Auf das Große zu setzen, birgt also Gefahren. Doch schließen sich zentrale und dezentrale Lösungen aus? Soll, ja muss man nicht beides tun? Die Antwort lautet Nein oder allenfalls Jein, wenn die Ressourcen an Investitionskapital, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten sowie mediale und politische Aufmerksamkeit begrenzt sind. Dann wird man sich für eine Strategie entscheiden müssen: Entweder man tut, was ökonomisch am »effizientesten« ist, also pro investiertem Dollar am meisten abwirft. Das dürfte zunächst das sein, was sich in die bestehenden Strukturen am besten einfügt, wie Offshore-Windparks. Oder man tut, was zu einer Struktur hinführt, die den Ansprüchen und Problemen der Zukunft am ehesten zu genügen vermag. Bis zu einem gewissen Grad können sich zentrale und dezentrale Strukturen gewiss ergänzen; in einer Übergangsphase wird es anders gar nicht möglich sein. Aber in den meisten Fällen dürften sich die beiden Strategien eher gegenseitig behindern. Wenn und so lange es ein Nebeneinander von zentralen und dezentralen Strukturen gibt, muss gewährleistet sein, dass die zentralen die dezentralen nicht dominieren oder ausbremsen. Zumindest »aufmerksamkeitsökonomisch« hat das Großtechnische immer die längeren Spieße.

Hermann Scheer sprach von seiner Vision der »Energieautonomie«. »Die autonome Aneignung erneuerbarer Energien durch eine Vielzahl von Akteuren ist die einzige Erfolg versprechende Methode, den Energiewechsel rechtzeitig und unumkehrbar gegen die Funktionslogik des überkommenen Energiesystems durchzusetzen.« Es gehe »beim Wechsel zu erneuerbaren Energien um nichts weniger als um den tiefgreifendsten und weitreichendsten wirtschaftlichen Strukturwandel seit Beginn der industriellen Revolution« (2010, 13). Streben wir Energieautonomie an, kann es nicht darum gehen, jede erneuerbare Energietechnik nur an dem für sie jeweils geeigneten Standort einzusetzen: Die ökonomische Lehre der komparativen Kostenvorteile verliert in diesem Konzept ihr Gewicht. Energieautonomie würde mit den Zwängen des herkömmlichen Energieversorgungssystems, mit der Erpressungsmacht der großen Energiekonzerne und der Produzentenstaaten aufräumen – aber sie muss sich gegen diese Zwänge erst einmal durchsetzen. Ein Erneuerbaren-Apollo-Programm wäre das Letzte, was wir dafür brauchen können.

Dieser Text ist ein neubearbeiteter Auszug aus »Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance« (Zürich 2011). In seinem nächsten Buch nimmt sich Hänggi der Frage an, was technischer Fortschritt ist.

LITERATUR

Bloch, Ernst, 1959: *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt am Main
Radkau, Joachim, 1990: *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945–1975*. Hamburg
Scheer, Hermann, 2010: *Der Energethische Imperativ*. München

1 Vgl. Fortune-500-Ranking, http://money.cnn.com/magazines/fortune/global500/2011.
2 Zitiert nach: »Das Finanzdebakel der Wissenschaft«, in: *NZZ am Sonntag*, 6. Juni 2010.

PRODUKTIVE ZENTRALISIERUNG?

KOMMENTAR ZU MARCEL HÄNGGI

UWE WITT

Der Umbau des Energiesystems steht nicht vor der Tür, wir befinden uns mittendrin. Erst am Anfang steht aber die öffentliche Debatte darüber, wie der Wandel zur regenerativen Vollversorgung aussehen soll. Zwar ist das Ziel einer CO_2-freien Energieversorgung bis spätestens 2050 parteiübergreifend Konsens. Dies ist nicht nur alternativlos, sondern auch nachweislich ohne Atomkraft oder CO_2-Verpressung möglich und bezahlbar. Viele Konturen des Weges dahin liegen aber noch einem Nebel, in welchem sich einiges an Konflikten zusammenbraut.

Die Diskussion über die praktischen Schritte beim Ausbau von Erzeugung und Netzen verläuft zunehmend gereizt, selbst unter Umweltbewegten. Bei vielen geht die Angst um, falsche Weichen zu stellen und damit Großkonzernen im Umweltsektor das Feld zu eröffnen. Daher lehnen Klimaschützer bisweilen große Offshore-Windparks im Meer ab. Auch Plänen zur großräumigen Vernetzung des künftigen regenerativen Strom-

systems schlägt Widerstand entgegen, weil sie dezentrale Konzepte zerstören und neue Übertragungsnetze notwendig machten.

Dezentralität wird mit bedenkenswerten Argumenten untermauert – auch von Marcel Hänggi. Andere sehen Rot, wenn nur entfernt die Gefahr besteht, dass große Energieversorger oder Kapitalgesellschaften an der Energiewende verdienen könnten – was nicht von Kleinunternehmern und Genossenschaften finanziert werden kann, erscheint inakzeptabel. Wieder andere folgen eher dem Prinzip »nicht in meinem Garten!«, etwa wenn es um eine neue Stromtrasse geht, bei der Anwohnern verdächtig schnell klar ist, die Leitung sei überflüssig für die Energiewende, diene nur der Profitmaximierung von RWE&Co.

Es wäre an der Zeit, die Debatte weniger aufgeregt zu führen. Die Organisation einer postfossilen Wirtschaft ist ein offener Suchprozess. Diskussionen sollten nicht im Keim erstickt, Optionen nicht von vornherein verworfen werden. Eine sichere, bezahlbare und naturverträgliche Versorgung mit regenerativen Energien erfordert ein hochkomplexes System von Erzeugung, Transport, Speicherung und Verbrauchssteuerung. Zweifel, ob eine fast vollständige dezentrale Erzeugung der Königsweg ist oder ob Dezentralität durch größere regenerative Strukturen ergänzt werden muss, sind weder naiv und unpolitisch, noch technikgläubiger Humbug.

Jedes weitere Zurückdrängen von Kohle und Atom wird auf den hartnäckigen Widerstand der überkommenen fossil-atomaren Energieversorger stoßen. Hinzu treten Auseinandersetzungen, deren Konfliktlinien weit weniger scharf zu ziehen sind. Es gibt z.B. ernst zu nehmende Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und anderen Umwelt- und Entwicklungszielen: Wie verträgt sich der rasante und notwendige Ausbau von Windkraft oder Stromtrassen mit dem Natur- und Landschaftsschutz? Welche Haltelinien brauchen wir bei den Agro-Energien, um nicht biologische Vielfalt oder Ernährungssicherheit zu gefährden? Der zerstörerische Import von Agrosprit aus dem globalen Süden z.B. ist eine Scheinlösung, die die Grundlagen der Automobilgesellschaft nicht in Frage stellt.

Andere Probleme berühren stärker strategische Fragen der Energiewende, wie sie Hänggi diskutiert. Erhebliche Unsicherheiten bestehen, weil komplexe technisch-ökonomische Sachverhalte mit einer Vielzahl von Variablen miteinander verschränkt sind. Es geht um Fragen wie: Welcher Anteil zentraler Erzeugung aus Wind und Sonne ist bei einer im Wesentlichen dezentralen Strom- und Wärmeproduktion notwendig bzw. sinnvoll? Wie soll das künftige Stromnetz beschaffen sein? Wie wird aus dem naturgemäß fluktuierenden Ökostrom (v.a. aus Wind und Sonne) eine jederzeit sichere Stromversorgung?

Erste Antworten darauf scheinen auf der Hand zu liegen: Verschiedene erneuerbare Energien sichern sich gegenseitig ab – »Irgendwo weht immer der Wind!« –; Biogas fungiert als Energiepuffer, ansonsten müssen Stromspeicher einspringen. Zeitweilig sind auch Gaskraftwerke notwendig, um Engpässe auszugleichen. Im Grundsatz also alles kein Problem, wenn es den politischen Willen gibt.

Im Detail wird die Gemengelage selbst für Fachleute schnell unübersichtlich. Denn die Elemente des neuen Energiesystems sind bisweilen nicht nur widersprüchlich mitein-

ander verbunden, sondern im Umbruch und damit in ständiger Bewegung. Wer an einem Ende zieht, stößt häufig auf ein Knäuel an Unwägbarkeiten, auch rein technischer Art.

Denken wir uns etwa Deutschland in zehn Jahren, also hoffentlich ohne AKWs. Wie viele Kilometer neuer Stromleitungen werden bis dahin gebraucht? Entscheidend ist, welche Art regenerativer Stromerzeugungsanlagen an welchen Orten und in welcher Dimension aufgebaut wird und wo die Verbraucher sitzen. Ist mit sehr vielen kleinen Anlagen zu rechnen, basierend auf Photovoltaik und zerstreuten Windkraft- und Biogasanlagen; oder auch mit einem maßgeblichen Anteil großer Erzeugungsstrukturen mit zentralisierten Einspeisepunkten und fernen Verbrauchszentren, wie bei Windparks an der Küste oder in der See?

Die Hoffnung, durch Dezentralisierung würden im größeren Umfang Netze überflüssig, trügt. Das neue Energiesystem benötigt den zeitweiligen regionalen Stromüberschuss, der bei gutem Wind und Sonne an Defizitregionen oder in Energiespeicher fließen muss – natürlich übers Netz. Dabei dürften Mini-Stromspeicher im Keller von Einfamilienhäusern im Vergleich mit größeren zentralen Speichern nicht nur teurer sein. Jede Windkraftanlage braucht bis zum Verteilnetz eine Stromleitung, die es vorher nicht gab. Unter dem Strich dürfte eine stark dezentral orientierte Erzeugung – wenn sie auf weitgehende Autarkie ohne Stromverbund setzen würde – einzig jene Netzbeanspruchung vermindern, die bei Hochspannungstrassen für den Ferntransport zwischen größeren Regionen anfällt. Im Gegenzug würde sie aber darauf verzichten, die Ökoenergien vorrangig dort zu ernten, wo sie die Natur zur jeweiligen Zeit besonders günstig bereitstellt. Dieser Aspekt kann zwar hinter anderen Erwägungen an Gewicht verlieren, wie etwa der einer Energieautonomie, regionalen Wertschöpfung und Politik gegen Großkonzerne. Der völlige Verzicht auf solche Art von Effizienz ist teuer und Ressourcen fressend.

Künftig sind Großstädte und Ballungsgebiete komplett mit Ökostrom zu versorgen. Trotz der Unmenge an Windkraft- und Solaranlagen, die bereits jetzt jeden Besucher Brandenburgs oder Sachsen-Anhalts ins Auge stechen, halten Wind und Photovoltaik gegenwärtig zusammen nur 8,1 Prozent am bundesweiten Strommix. Biogas ist hierzulande nur begrenzt, Wasserkraft kaum noch ausbaubar. Zudem gibt es neben der Stromversorgung noch weitere Aufgaben, für die regenerative Energien gebraucht werden: für eine nachhaltige Mobilität oder bei der CO_2-Minderung im Gebäudesektor. Kurzum, es gibt keine Potenziale zu verschenken. Unter einer allzu engstirnigen dezentralen Autarkiepolitik könnte die Akzeptanz von Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen im Land leiden. Zusätzliche Erzeugungsanlagen, die nur die technisch-ökonomischen Ineffizienzen eines solchen Systems ausgleichen sollten, machen die Landschaft nicht schöner.

Zurück zu den Netzen. Die erwähnte mögliche Entlastung des Hochspannungsübertragungsnetzes durch dezentrale Erzeugung kann nur dann zu weniger Trassen führen, wenn leistungsfähige Stromspeicher zur Verfügung stehen. Diese müssen eine Region über mehrere windarme Winterwochen bringen können. Speicher sind deshalb maßgeblich für den Freiheitsgrad einer dezentralen

regenerativen Energieerzeugung. Die naturgegebenen Erzeugungsschwankungen von Wind und Sonne lassen sich in einer vollständig regenerativen Welt nur über zwei Wege ausgleichen: über einen großräumigen Stromverbund, der regionale Unterschiede kompensiert, und/oder die möglichst verlustarme Speicherung von Elektrizität. Wann es jenseits von Pumpspeicherwerken bezahlbare Stromspeicher mit brauchbaren Kapazitäten geben wird, ist eine weitgehend ungelöste Frage der Energiewende. Offen ist, ob Speicher eher zentral (z.B. großtechnische elektrolytische Verwandlung von Überschussstrom in Wasserstoff oder Methan) oder dezentral (etwa über Nutzung von Akkumulatoren aus der E-Mobilität oder von Druckluftspeichern) organisiert sein werden. Eine Rolle spielt dabei auch, ob der Stromverbund so groß gedacht wird, dass die enormen Speicherpotenziale norwegischer Stauseen ins Spiel kommen, wie es dem Sachverständigenrat für Umweltfragen vorschwebt. Dafür bräuchte es verlustarme Hochleistungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen, Speicherkosten würden enorm gemindert.

Länge und Struktur künftiger Stromtrassen hängen auch von der fossilen Stromproduktion ab: Diese wird beim Ausbau erneuerbarer Energien noch (abnehmend) bedeutsam sein, weil sie Backup-Leistungen sowie Regelenergiedienste für die schwankende Einspeisung von Wind und Sonne bereitstellen muss. Wie schnell und in welcher regionalen Reihenfolge verschwinden die trägen großen Kohlemeiler? Und wie viele moderne und flexible Gaskraftwerke werden dafür an welchen Stellen benötigt? Letztere sind wahrscheinlich noch Jahrzehnte notwendig. Um so besser es gelingt, über datengestützte Verbrauchssteuerung und Verträge bei den ortsnahen Verbrauchern die Stromnachfrage so zu steuern, dass möglichst viel davon in die Zeiten der witterungsbedingt höchsten Stromproduktion fällt, um so mehr Speicher und Fernleitungen kann man sich sparen. Allerdings raufen sich die Datenschützer über die dafür notwendigen sekundengenauen Dateninformationssysteme schon jetzt die Haare.

Fazit: Es ist außerordentlich schwierig, die Länge künftiger Netze oder den Grad einer sinnvollen Dezentralisierung voraus zu bestimmen. Für die Zukunft des regenerativen Energiesystems muss offen bleiben, in welchem Ausmaß darin ergänzende zentrale Elemente eine Rolle spielen werden. Denn die langfristige Entwicklung, insbesondere bei künftigen Speichertechniken, aber auch bei den Systemvorteilen und Kosten der unterschiedlichen Erzeugungsarten, sind nur schwer abzuschätzen. Nicht umsonst haben unterschiedliche Forschungseinrichtungen für die Zeit bis 2030 oder 2050 eine Reihe von Szenarien erarbeitet, die eines gemeinsam haben: Eine rein dezentrale regenerative Stromversorgung ist nicht dabei.

Das konzernkritische Ringen um möglichst viel dezentrale Erzeugung sollte daher nicht in einen Schützengraben führen, in dem grundsätzlich gegen Offshore-Anlagen, große Binnenwindparks, neue Stromtrassen oder einen regenerativen Stromerzeugungs- und Speicherverbund gekämpft wird. Die Haltung zu diesen »Großen Techniken« sollte sich vielmehr an dem orientieren, was auch Hänggi schreibt: Die zentralen Strukturen dürfen die dezentralen nicht dominieren oder ausbremsen.

LANDNAHME UND GESCHLECHTER-VERHÄLTNISSE

ZWISCHEN SOZIALER REPRODUKTION UND IN-WERT-SETZUNG DER NATUR

CHRISTA WICHTERICH UND EWA CHARKIEWICZ

Die multiple Krise hat weltweit einen Investitionsboom in Land und andere Ressourcen ausgelöst. Kapitaleigner suchen aus Furcht vor Inflation und dem nächsten Crash nach schnellen Anlagemöglichkeiten jenseits des Finanzmarktes. In der verschärften Konkurrenz vor allem mit den neuen Schwellenländern versuchen EU und nationalstaatliche Regierungen, den Zugang zu den knapper werdenden Ressourcen zu sichern. *Landgrabbing* (vgl. auch Bernau in diesem Heft), der neue Bauboom von Staudämmen (vgl. auch Ayboga in diesem Heft) und der intensivierte Ressourcen-Extraktivismus mit Hilfe neuer Technologien markieren dabei eine marktförmige Zuspitzung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, eine neue Welle der In-Wert-Setzung und der Finanzialisierung von Natur. Die private Aneignung und Nutzung von Ressourcen für globale Verwertungsketten stellt gleichzeitig eine neue Phase des ökonomischen Strukturwandels in ländlichen Regionen dar.

Das Investoreninteresse an Renditen, sprich: der Reproduktion des Kapitals steht dabei den unmittelbaren Interessen der lokalen Bevölkerung, die ihrer Lebensgrundlagen, ihrer Formen der Produktion und der sozialen Reproduktion enteignet werden, gegenüber. Die meisten Konflikte entzünden sich deshalb an der regierungsvermittelten, hochgradig korruptionsanfälligen Verpachtung oder am Verkauf großer Landflächen an in- und ausländische Investoren. Soziale Reproduktion und Sorgeökonomie im Alltag liegen im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in allen Kulturen überwiegend in der Verantwortung von Frauen. Frauen aus indigenen oder lokalen Bevölkerungen übernehmen deshalb häufig eine zentrale Rolle bei der Verteidigung lokaler Ressourcen oder von Gemeingütern gegen Biopiraterie, Landnahme und industrialisierte Ressourcenausbeutung.

Der folgende Blick auf Ressourcenkämpfe fokussiert auf Konflikte an der Basis, die von lokalen Bevölkerungsgruppen ausgehen. Diese Kämpfe werden häufig flankiert oder direkt unterstützt durch Auseinandersetzungen, die zivilgesellschaftliche Kräfte aus urbanen Mittelschichten oder transnationalen Zusammenhängen führen, vor allem Menschenrechts- und Umweltgruppen.

CHIPKO: EIN NUTZUNGSKONFLIKT

Chipko wurde in den 1970er Jahren bekannt mit Bildern von Frauen, die im Himalaya dicke Eichenstämme umarmten, um sie mit ihren Körpern vor den Motorsägen kommerzieller Holzfällertrupps von außen zu schützen. Die »Chipko-Frauen« wurden zu einem Inbegriff des Basiswiderstands gegen die industrielle Abholzung von Wäldern und – aus ökofeministischer Perspektive – für die weibliche Naturnähe.

Beim Kampf zur Rettung der Wälder – und dies ist paradigmatisch für den Umweltaktivismus der Armen – geht es in erster Linie um die Verteidigung von Lebensrechten, weniger um Naturschutz *per se*. Gleichwohl besteht in lokalen Bevölkerungen großer Respekt vor dem Eigenleben und den Eigenrechten der Natur.

Die soziale Reproduktion landarmer und landloser Frauen im Himalaya war vollständig abhängig von der Nutzung der Wälder als Gemeingüter wie auch der Quellen und Wasserläufe in den Bergen. Viele Männer waren bereits zur Lohnarbeit in die Städte oder auf die Weizenfelder nach der Grünen Revolution migriert. Mit dem Sammeln von Feuerholz, Viehfutter und kleinen Waldprodukten versorgten die Frauen die eigenen Haushalte, belieferten lokale Märkte und verdienten ein paar Rupies.

Der Konflikt der Chipko-Frauen entzündete sich, als die Regierung Dorfbewohnern eine Einschlagkonzession zur Herstellung von Werkzeugen verweigerte und diese wenig später an einen Sportartikelhersteller vergab. Es war ein Konflikt über den eingeschlagenen Entwicklungsweg im Allgemeinen und Formen der Naturnutzung im Besonderen: Werden Ressourcen primär für die Selbstversorgung und lokalen Märkte oder für eine Nachfrage von außen, Fremdversorgung und Märkte jenseits lokaler Kontrolle genutzt?

INDIEN: KÄMPFE UMS ÜBERLEBEN

Mit der neoliberalen Wende zu Beginn der 1990er Jahre öffnete Indien den Ressourcen-

zugang ausländischen Investoren – gegen den Widerstand der kleinbäuerlichen Bevölkerung und der Adivasi, der Indigenen Indiens. Der Kampf gegen Coca Cola im südindischen Plachimada stellte hier den ersten Ressourcenkonflikt mit einem ausländischen Konzern dar und war einer der wenigen, bei dem Frauen in der ersten Reihe des Widerstands standen. Coca Cola hatte sich in der wasserarmen Region das Gemeingut Grundwasser für seine Getränkeproduktion angeeignet, verschmutzte umliegende Gewässer, Felder und Nahrungsmittelketten. Da der Grundwasserspiegel sank und die Ernährungssicherung noch stärker gefährdet war als zuvor, protestierten insbesondere die Frauen aus der Region und das erfolgreich. Die Regierung des Bundesstaates Kerala zwang Coca Cola 2004 zur Schließung der Fabrik.

Seit Jahren sind vor allem die rohstoffreichen Berg- und Waldregionen im Bundesstaat Orissa umkämpfte Gebiete. Land, an dem zum Beispiel die Adivasi-Gruppe Dongria Kondh seit Generationen Nutzungsrechte hat, wurde von der Regierung zum Staatsland erklärt und ohne Konsultation mit den Selbstverwaltungsgremien der Adivasi der britischen Firma Vedanta Aluminium übereignet – zum Bau einer Raffinerie und der Infrastruktur von Zugangsstraßen, Bahnkorridoren und Landeplatz. Die Adivasi protestieren teils auf dem Rechtsweg, teils mit Speer und Bogen gegen ihre Enteignung, gegen die Umweltdegradierung durch toxische Stoffe und die Pläne von Vedanta, in den Niyamgiri Hills im offenen Tagebau Bauxit abzubauen.

Die Raffinerie brachte keine neue Existenzsicherheit, sondern zerstörte Umwelt und Kultur. »Wir sind arm, aber wir können uns selbst versorgen. Außer Salz bekommen wir alles, was wir brauchen, aus den Bergen. Wenn wir die Berge verlieren, verlieren wir Nahrungsmittel und Wasser«, sagt eine Dongria-Kondh-Frau über die ökologischen Grundlagen ihrer Subsistenzwirtschaft. Ihre Form des Naturschutzes ist die Verehrung des Berggipfels als Sitz einer Göttin, und das heißt ein Nutzungsverbot der höheren Bergregionen.

Auch die Pläne des südkoreanischen Konzerns Posco, in Orissa ein gigantisches Stahlwerk zu errichten – mit 12 Milliarden US-Dollar das größte ausländische Investitionsprojekt in Indien –, scheitern seit sechs Jahren am Widerstand der Dorfbewohner in Jagatsingpur, die ihr Land nicht verkaufen wollen und trotz massiver Repression weiter protestieren.

Es sind vor allem die Frauen, die die angebotene Kompensation und Umsiedlungsangebote ausschlagen. Geld könne ihnen den Verlust ihrer Lebensgrundlagen (*livelihood*) nicht ersetzen. Einige Männer waren in der Hoffnung auf Jobs und Einkommen im Stahlwerk zur Aufgabe ihres Landes bereit. Das zeigt, wie geschlechtsspezifisch ungleich verteilte Chancen auch verschiedene Handlungsrationalitäten zur Folge haben.

UMWÄLZUNG SOZIALER REPRODUKTION

Investitionsgetriebene Landnahme und der Run auf wertvolle Ressourcen wälzen die lokalen Reproduktionszusammenhänge um. So müssen für den größten offenen Gold- und Silberabbau Europas durch die kanadische Firma Gabriel Resources im Rosia Montana

Tal in Rumänien mehrere Dörfer umgesiedelt, vier Berge abgetragen, Wälder abgeholzt, römische Ruinen und orthodoxe Kirchen dem Boden gleichgemacht werden. Lokale Wirtschaftskreisläufe, Tourismusentwicklung und die Selbstversorgungslandwirtschaft sind nicht aufrechtzuerhalten. Die neu geschaffenen Jobs gehen kaum an Einheimische, erst recht nicht an Frauen. Der Einsatz von hochgiftigem Zyanid bei der Goldwäsche ist für Menschen und Umwelt extrem gefährlich. Die neuen Wohnsiedlungen haben keine Gärten, in denen die Frauen Gemüse anbauen können. Die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung werden prekarisiert, während der natürliche Reichtum der Region außer Landes gebracht wird und die Taschen korrupter Politiker und ferner Unternehmer füllt.

Die Neuordnung der Eigentums- und gesellschaftlichen Naturverhältnisse geht mit einer massiven Verschärfung sozialer Ungleichheiten und der Konstruktion neuer sozialer Klassen und Machtverhältnisse einher: prekäre Einheimische auf der einen Seite, Modernisierungsgewinner aus lokalen Eliten und den Städten, eine korrupte politische Klasse und die globalen Kapitaleigner auf der anderen.

Frauen wie Männer stehen zwischen der (relativen) Sicherheit durch die lokalen Lebensgrundlagen auf der einen Seite und den Heilsversprechungen von Markt und Modernisierung auf der anderen Seite. Egal wohin die Investitionen fließen – in Monokulturen für den Export oder in Viehzucht für den Mittelschichtskonsum, in den Anbau von Agrotreibstoffen oder in Fracking –, aus der Existenzsicherungsperspektive der lokalen Bevölkerung ist zentral, ob ihnen die in Aussicht gestellte Integration in transnationale Wertschöpfungsketten bessere Reproduktionsmöglichkeiten bietet. In der Regel versprechen die Investoren nicht nur Jobs auf den Plantagen, im Bergbau oder in den Industrien, sondern auch die infrastrukturelle Erschließung der Region, Entwicklungsmaßnahmen im Bildungs-, Gesundheits- und Kultursektor und neue Absatzmärkte für lokale Produzenten.



Protest vor den Vereinten Nationen/New York gegen den Belo-Monte-Damm, Brasilien, flickr/International Rivers 🅭🅮🄎

Die Hoffnung auf Chancen in den neuen Marktzusammenhängen (und ihre Realisierung) ist bei Männern größer als bei Frauen, da Männer sich leichter in den Markt integrieren können. Frauen stehen oftmals vor dem Dilemma, dass ihnen in patriarchalen Gesellschaften Wertschätzung entgegengebracht wurde, weil sie für die Ernährung

verantwortlich waren – vor allem in Afrika –; gleichzeitig lockt die Moderne besonders junge Frauen, weil sie die Freisetzung von Landarbeit als Befreiung sehen. Die Konstruktion der Frauenrolle als Ernährerin, als Wahrerin der Biodiversität von Nutzpflanzen und des Saatguts besteht weiter, obwohl viele Bäuerinnen auch einen Großteil der kontinuierlichen Arbeiten auf den *cash crop* (gewerblichen) Feldern der Männer erledigen oder als Vertragsbäuerinnen und Tagelöhnerinnen Gemüse, Obst oder Blumen für den Export produzieren und so in transnationale landwirtschaftliche Verwertungszusammenhänge eingebunden sind. Bei Fördermaßnahmen und staatlicher Subventionierung wie auch bei der Integration in Investitionsprojekte werden Frauen und ihre Nutzungsformen jedoch benachteiligt. Auf Plantagen finden Frauen selten Beschäftigung, beim Vertragsanbau werden die Verträge mit dem Landeigner – den Männern – gemacht. Die Umstrukturierung der lokalen Ökonomien verweist Frauen vor allem in den informellen Dienstleistungssektor. Kleinhandel, Essensstände und Prostitution wuchern am Rand der Investitionsprojekte – alles marginale, prekäre und sozial gering bewertete Tätigkeiten, die weder die soziale Reproduktion leichter machen noch soziale Anerkennung erhöhen.

Weitere Konfliktlinien – vor allem in Afrika – verlaufen entlang der Interessengegensätze zwischen nomadischen und sesshaften bäuerlichen Bevölkerungsgruppen. Dabei setzt sich die Diskriminierung und Diskreditierung nomadischer Nutzungsformen von Land durch staatliche Entwicklungsstrategien mit dem Verweis auf geringe Produktivität fort. Außerdem entzünden sich Basiskonflikte häufig an der korrupten Involvierung von Chiefs oder Politikern – alles Männer – in die Investitionsprojekte.

Investitionen, die sich der »Grünen Ökonomie« und einer Wende von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern durch den Anbau von Palmöl, schnell wachsenden Hölzern oder Jatropha verschreiben, lösen die gleichen sozialen Effekte aus. Denn auch sie sind profit- und verwertungsgetrieben, ausbeutungsorientiert und strukturell rücksichts- und sorglos gegenüber den natürlichen Ressourcen, den Menschenrechten und Versorgungsökonomien der lokalen Bevölkerung.

WEM GEHÖRT DAS LAND?

Indigene, nomadische und lokale Bevölkerungen mit tradierten Nutzungsrechten und Frauen ohne Landtitel haben keinerlei rechtliche Handhabe, sich gegen die großflächig stattfindende Landnahme zur Wehr zu setzen. Frauen besitzen in Bangladesh weniger als drei Prozent der Landtitel, auf den Philippinen elf und in Botswana 33 Prozent. Über eine Preisgabe oder den Verkauf des Landes entscheiden die Männer. Sie besitzen die Landtitel oder haben das Sagen in den Dorfversammlungen, wenn es sich um Gemeinschaftsland mit kollektiven Nutzungsrechten handelt. Ein Stück Land ist an vielen Orten ein soziales Sicherungssystem, das zwischen Bleiben und Migration entscheidet.

Die marktökonomische Legitimierung von Landnahme und Investitionsliberalisierung gegenüber lokalen Bevölkerungen ist, dass es sich überwiegend um »brach« liegendes oder »untergenutztes« Land handele. Aus

der Perspektive sozialer Reproduktion hat so genanntes Brachland als Allmende dagegen eine bedeutende Funktion sowohl in der Regeneration der Natur als auch für Nomaden, die lokalen Wertschöpfungsketten und die Mischökonomie von Sammeln, Anbau, Verarbeitung und Vermarktung, die landarme Frauen betreiben.

Individuelle Land- und Erbrechte für Frauen sind eine Schlüsselforderung der Geschlechtergleichheit. Im Kontext des derzeitigen Landgrabbing wird allerdings kontrovers diskutiert, welche Formen von Landbesitz und Nutzungsrechten Frauen am meisten Sicherheit geben: kollektive Nutzungsrechte und Gemeineigentum oder individuelle Landtitel. Einerseits diskriminieren die lokalen Gemeinschaften Frauen, wenn es um Kontrolle und Entscheidungsmacht über *Commons* geht, andererseits stehen individuelle Landrechte in der Logik der Privatisierung von Land durch Landmärkte, wie die Weltbank sie forciert, und der Liberalisierung, die zur Einhegung durch aus- und inländische Großinvestoren führt, die bäuerliche und nomadische NutzerInnen ausgrenzen.

DIE WIDERSTÄNDIGEN

Frauen sind vielerorts Schlüsselgestalten in sozialen Basiskämpfen gegen die Ressourcenaneignung von außen, weil sie Gegenpositionen zu kommerziellen Entwicklungsstrategien repräsentieren, die autarke Nutzungsformen von Land und Ressourcen, ein überbrachtes Besitzverhältnis und ein Naturverhältnis, das Eigenrechte der Natur respektiert, verbinden. Diese Prinzipien teilen sie häufig mit indigenen und anderen lokalen Bevölkerungsgruppen, deren Reproduktionsformen territorial gebunden und in Naturzyklen und lokale Alltagskulturen eingebettet sind. Sie betrachten Land, Wälder, Gewässer, Biodiversität, Saatgut und überbrachtes Wissen als Erbe der Vorfahren, das es zu bewahren gilt. Wertschöpfung und Versorgungsleistung in diesem Reproduktionszusammenhang sichern indigenen Gruppen wie auch Frauen in lokalen Bevölkerungen soziale Anerkennung und Zugehörigkeit.

Indigene oder Frauen sind keine homogenen Interessengruppen. Solange ihnen die überbrachten Lebensgrundlagen ein Minimum an Ernährungs- und Existenzsicherheit garantieren, sie gleichzeitig über nur wenige Optionen durch Migration und in der Marktökonomie verfügen, liegt es in ihrer ökonomischen und ökologischen Handlungsrationalität, an ihren Ressourcen als Reproduktionsgaranten festzuhalten und sie gegen Aneignung von außen zu verteidigen. Denn die Trennung vom Land und anderen produktiven Ressourcen zieht ihnen im wahrsten Sinne des Wortes den Boden unter den Füßen weg. Die Megainvestitionen in Ressourcen ordnen die Bedürfnisse und Rechte der lokalen Bevölkerung wie auch die Natur und das Klima den Verwertungsinteressen des Kapitals unter. Jede Entscheidung über ihre Köpfe hinweg, jede Enteignung oder Vertreibung bedeutet eine Entwürdigung, existenzielle Verunsicherung und die Verletzung ihrer Souveränitätsansprüche. Dagegen behaupten Frauen, indigene, nomadische und andere lokale Bevölkerungsgruppen in vielerlei Protesten Würde und Eigensinn in Bezug auf ihre lokalen Reproduktionsverhältnisse und gegen die In-Wert-Setzung lokaler Ressourcen.

MEMORANDUM VERSAMMLUNG DER LANDFRAUEN

AN DIE UN-KLIMARAHMENKONVENTION – UNFCCC, DIE REGIERUNG DER REPUBLIK SÜDAFRIKA UND DIE REGIERUNGEN AFRIKAS

8. Dezember 2011

Wir, die Versammlung der Landfrauen im südlichen Afrika, sind anlässlich der 17. Konferenz der UN Klimarahmenkonvention in Durban vom 30.11. bis 5.12.2011 zusammengekommen und fordern die Regierungen auf, umgehend folgende Maßnahmen zu ergreifen, um der Gefahr zu begegnen, die die Klimakrise für die ländlichen Gemeinden schon jetzt darstellt.

1 | Wir fordern ein Klimaabkommen, das wirkliche Schritte zur Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes festlegt. Es müssen diejenigen mit Handels- und Investitionssanktionen belegt werden, die für 75 Prozent der Treibhausgase verantwortlich sind und der Reduzierung nicht nachkommen – besonders von Seiten der afrikanischen Regierungen, da Afrika am wenigsten zum Klimawandel beigetragen hat, aber am stärksten darunter leidet.

2 | Wir fordern, dass die zentrale Rolle von Frauen im Kampf gegen den Klimawandel und für den Schutz der Lebensgrundlagen und der Umwelt anerkannt wird. Sie tun dies, obwohl ihnen gleiche Landrechte verwehrt werden. Als Versammlung der Landfrauen fordern wir, dass die Regierungen mittels radikaler Boden- und Agrarreformen eine gleiche Landverteilung an Frauen sicherstellen. 80 Prozent der Lebensmittel, die in afrikanischen Haushalten konsumiert werden, werden von Frauen produziert. 70 Prozent der 600 Millionen Menschen in Afrika leben auf dem Land.

3 | Wir fordern, dass die finanzielle Unterstützung für Bäuerinnen diesen Zahlen entspricht. Strategien zur Anpassung und zum Abfedern der Klimakrise müssen auf der Ebene der einzelnen Haushalte beginnen. Um Anpassungen an die Klimakrise zu ermöglichen, müssen die Regierungen der Krise in der Care-Ökonomie begegnen. Als Frauen fordern wir 50 Prozent des Geldes, der Ausbildung und anderer Unterstützungen,

die im Agrarbereich bereitgestellt werden; dies muss über spezielle Haushaltsposten im »Klima-Fonds« und den öffentlichen Haushalten abgesichert werden.

4 | Wir fordern, dass bei der Bearbeitung des Klimawandels indigenes Wissen ins Zentrum gestellt wird – von Maßnahmen zur Sicherung der Biodiversität, der Wiederherstellung unserer Ökosysteme und dem Wiederaufbau der durch Kolonialismus, Apartheid und ökonomischen Imperialismus zerstörten Lebensgrundlagen. Landfrauen sind Trägerinnen des indigenen Wissens. Unser Ausschluss von wirtschaftlicher Produktion, wissenschaftlichem Wissen und sozialen Systemen hat dazu geführt, dass Afrika dieses Wissen stetig verliert und wir gegenüber den Folgen des Klimawandels noch verletzlicher sind.

5 | Wir fordern ein Ende der falschen Antworten auf den Klimawandel. Antworten, die unsere Umwelt zerrütten und das Leben im Meer zerstören, durch die Land und Ressourcen angeeignet und die Nahrungsmittelversorgung in die Hände von Großunternehmen und Spekulanten gegeben werden. Wir weisen die Teilnahme von Afrika am Abgashandel, am Handel mit genetisch veränderten Lebensmitteln und an dem Anbau von Biotreibstoff zurück. Nur durch den Wandel unseres nicht nachhaltigen und konsumorientierten Wirtschaftssystems ist dem Klimawandel zu begegnen.

Wir setzen den Kampf fort: gegen Ungerechtigkeit und Klimawandel und für eine starke Bewegung, um die beschämende Marginalisierung von uns Landfrauen zu beenden.

Unser Ziel ist die Wiederherstellung von gerechten und lebendigen, prosperierenden und gesunden ländlichen Gemeinden.

Aus dem Englischen von Christina Kaindl

WESSEN ENERGIEKRISE IN CHILE?

LUCIO CUENCA BERGER

Regierung und Unternehmen in Chile haben in der letzten Zeit den Eindruck erweckt, das Land stehe am Rande einer allgemeinen Energiekrise. Öffentlich finanzierte Kampagnen beschäftigen sich nicht mehr damit, die Sparpolitik zu verteidigen. Vielmehr gibt es eine geschlossene Front der Unterstützung für Großprojekte wie den Staudamm HidroAysén. Die Bürger sollen überzeugt werden, dass solche Energie-Megaprojekte notwendig seien; sonst drohe den Städten der Stromausfall.

Tatsächlich macht Elektrizität jedoch nur 14 Prozent der verbrauchten Energie aus, wovon wiederum nur 16 Prozent von den privaten Haushalten in Anspruch genommen werden. Es stellt sich also die Frage: Was steht hinter dieser Drohung mit der Dunkelheit, welche Unzufriedenheit und soziale Konflikte in allen Regionen des Landes schürt?

Noch beunruhigender wird das politische Szenario, wenn wir auch die aktuelle Wasserkrise mit einbeziehen. Hier ist das Problem real. Viele Gemeinden in Chile sind auf Wasserliefe-

rungen aus LKWs angewiesen – sogar im Süden, wo es reichlich regnet. Kiefer- und Eukalyptusplantagen absorbieren das Wasser und machen es sauer. In den Medien wird diese Krise – eine offensichtliche Folge des extraktivistischen Modells aus den 1980er Jahren – nicht thematisiert.

Zur Stromversorgung sind in Chile im Jahr 1982 eine Reihe von Gesetzen erlassen worden: Der Staat verzichtete auf die direkte Verwaltung und Kontrolle und übernahm lediglich die Rolle, den Wettbewerb zu regulieren. Die Rechte des Privatsektors wurden über die – von anderen Gesetzen geschützten – Rechte der indigenen Völker und bäuerlichen Gemeinschaften gestellt. In Chile gibt es keine territoriale Gesetzgebung, die das Recht auf Lebensqualität für die Bewohner eines bestimmten Gebietes schützen könnte, das erleichterte diese Gesetzgebung. Die Kosten dieses Energiemodells wurden zu Ungunsten der am meisten verletzlichen Bevölkerungsgruppen externalisiert. Das Vorgehen wiederholte sich in der Wasser-, Forst-, Bergbau-, Agrar- und Lebensmittelpolitik. Die politökonomische Logik hinter den Reformen, die während der Diktatur eingeführt und unter den Regierungen der *transición* (des Übergangs zur Demokratie) vertieft wurden, ist offensichtlich: Aus Chile wurde ein Laboratorium des Neoliberalismus.

Dieses Experiment ist jetzt in die Krise geraten – keine Energiekrise, sondern eine Krise der Legitimität eines Systems, das zerstörerische Folgen für viele Lebensformen und Lebensräume hat – zu Gunsten transnationaler und privater Interessen.

DAS ENERGIEMODELL DER DIKTATUR

Der Energie-Endverbrauch besteht zu 71 Prozent in der Nutzung fossiler Energieträger (Erdöl 46 Prozent, Kohle 12 Prozent, Erdgas 9 Prozent); an zweiter Stelle kommt Brennholz, meist für den häuslichen Gebrauch, mit 15 Prozent, und erst an dritter Stelle steht mit 14 Prozent der Stromverbrauch (Energieministerium 2010).

In Chile gibt es vier Stromübertragungsnetze: Das Sistema Interconectado del Norte Grande (SING), das zwischen den Regionen Tarapacá und Antofagasta liegt, das Sistema Interconectado Central (SIC), das von Taltal bis Chiloé reicht, das Sistema de Aysén und das Sistema de Magallanes. Insgesamt haben sie eine Kapazität von 14 848 Megawatt. Davon entfallen 35 Prozent auf Wasserkraft, 62 Prozent auf Wärmekraftwerke (Öl, Kohle und Gas), während nur 3 Prozent auf die neuen erneuerbaren Energien entfallen: Windkraft, Biomasse und kleine Laufwasserkraftwerke.[1]

Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Stromversorgung (Ley General de Servicios Eléctricos, DFL Nr. 1) im Jahr 1982 wurde der Elektrizitätsmarkt in verschiedene Segmente aufgeteilt: Stromerzeugung, Stromübertragung und Stromversorgung. Gleichzeitig übertrug der Staat im Rahmen eines Privatisierungsprozesses das Entscheidungsrecht, wo, wie und wann neue Kraftwerke entstehen sollen, an die privaten Akteure – ebenso wie das Recht, die Stromtarife für die Hauptnutzer festzulegen. Der Staat behielt sich lediglich vor, die Stromversorgung allgemein zu überwachen und Planungsrichtlinien für Investitionen vorzugeben.

Seitdem entscheiden die Privatunternehmen, wie die Stromerzeugung je nach Marktkriterien (Investitionskosten, Umsatz, Rendite) ausgebaut wird. Das Ergebnis dieses Modells: Die Stromerzeugung ist in wenigen

Händen konzentriert, die auf ineffiziente Weise wirtschaften: Die Unternehmen versorgen das Land zwar mit Strom, sind aber nicht dazu verpflichtet, so zu investieren, dass der Bedarf gedeckt wird, und auch nicht dazu, die effizientesten und saubersten Systeme zu verwenden. Die Energiequellen sind kaum diversifiziert. Es gibt einen hohen Grad an Verschmutzung und eine steigende Abhängigkeit von Rohöl, von dessen Derivaten, von Erdgas und von importierter Kohle. Der Anteil dieser Energiequellen bei der Stromproduktion ist von 48 Prozent im Jahr 1990 auf 72 Prozent im Jahr 2004 und auf über 75 Prozent im Jahr 2010 gestiegen (Comité Editorial Comisión Ciudadana-Técnico-Parlamentaria para la Política y la Matriz Eléctrica 2011). Eine weitere Auswirkung sind hohe Strompreise, insbesondere seit 2004, als das argentinische Gas in die Krise geriet.

Auch die Stromübertragung und -verteilung bis zum Endverbrauch ist vollständig privatisiert. Die Stromproduktion ist auf wenige, große Unternehmen aus dem Ausland konzentriert. Sie erzeugen und verkaufen 84 Prozent der Energie des Übertragungsnetzes SIC (Endesa, Colbún und Gener), das insgesamt 69 Prozent der Stromversorgung Chiles abdeckt, und 94 Prozent des SING (E-CL, Gener und Gas Atacama), das 30 Prozent der Elektrizität überträgt. Eines dieser Unternehmen, Endesa-Chile, hat darüber hinaus über 80 Prozent aller Rechte über das Nicht-Brauchwasser[2] in Chile inne – und sogar die Rechte über 96 Prozent dieses Wassers in der Region Aysén (vgl. Orrego 2011). Trotz der Panikmache einer Stromkrise gibt es keine öffentliche Institution mit regulatorischen Kompetenzen: Eine solche Institution könnte etwa die Chronologie der Investitionen überwachen, Kriterien für adäquate Technologien aufstellen, Orte für neue elektrische Infrastrukturprojekte zuweisen, die Diversifizierung der Stromversorgung vorantreiben und dabei erneuerbare Energien entschiedener fördern sowie den territorialen Ungleichgewichten entgegenwirken. Solche und weitere Initiativen wären aber ein Beleg dafür, dass die Regierung tatsächlich die Probleme der Stromversorgung lösen wollte.

Das Ergebnis ist ein System, das weder Sparen, noch Effizienz oder Diversifizierung der Stromversorgung fördert. Es zerstört die Umwelt und ermöglicht enorme Gewinne aus nicht nachhaltigen wirtschaftlichen Aktivitäten. Mit dem Gesetz »Ley Corta II« von 2005 ist es möglich, steigende Kosten in der Stromerzeugung umgehend auf die Preise aufzuschlagen. Seitdem sind die Strompreise in Chile um 57 Prozent gestiegen – und sind damit die höchsten in ganz Lateinamerika. Eine vergleichende Studie der argentinischen Consulting Montamat & Asociados von 2009 zeigt, dass die chilenischen Haushalte einen durchschnittlichen Stromtarif von 119,3 US-Dollar für einen Verbrauch von 150 Kilowattstunden zahlen. Für die gleiche Menge zahlen die Einwohner von Brasilien und Peru nur ein Drittel des Preises, in Kolumbien ein Viertel davon und in Argentinien gar nur 10,3 US-Dollar.

Der Widerstand lokaler Gemeinschaften gegen den Ausbau der Energie-Infrastruktur auf ihrem Gebiet wächst. Von 222 Projekten, die von dem Sistema de Evaluación de Impacto Ambiental (Programm zur Umweltverträglichkeitsprüfung) von 2000 bis 2011 geprüft wurden, haben 153 Projekte einen Konflikt ausgelöst (vgl. Borquez 2011). Die ersten Konflikte

gegen Energie-Großprojekte begannen bereits während der *transicion*. Der Kampf der Mapuche Pehuenche gegen die Staudammprojekte Pangue und Ralco am Biobio-Fluss war ein Vorbild. Heute, 20 Jahre später, sehen sich alle Elektrizitäts-Megaprojekte mit der Opposition der lokalen städtischen, bäuerlichen oder indigenen Bevölkerung konfrontiert. Die aktuellen massiven Proteste gegen das Wärmekraftwerk Castilla und das Staudammprojekt HidroAysén sind daraus erwachsen.

Mit den genannten 222 Energie-Projekten soll eine Stromkapazität von insgesamt 26 248 Megawatt aufgebaut werden. Davon sollen 61 Prozent von Wärmekraftwerken, 25 Prozent von Wasserkraftwerken und 14 Prozent von Projekten erneuerbarer Energie stammen. Bis 2006 sind 88 Prozent dieser Kapazitäten bereits ausgebaut worden (ebd.), was zu einer Verschiebung des Energiemix in der Stromerzeugung geführt hat: Nur noch sechs Prozent der Elektrizität werden durch Erdgas erzeugt (36 Prozent 1999); aber 27 (zuvor 18) Prozent durch Kohle und 24 Prozent durch Diesel, das vorher kaum eine Rolle gespielt hatte (Comisión Nacional de Energía 2009).

Kurz nach den Massenmobilisierungen gegen den Staudamm HidroAysén im Mai ist eine Kommission für die Entwicklung der Stromversorgung eingerichtet worden, ein Beratungsgremium für den Präsidenten, das aus Persönlichkeiten und Experten der Rechten und der Parteien der Concertación besteht. Die Kommission sah keine Notwendigkeit, das aktuelle Modell in Frage zu stellen: »Bekanntlich hat die aktuelle Politik zum Ziel, Anforderungen der Effizienz, Sicherheit und Nachhaltigkeit zu erfüllen, indem die Privatunternehmen durch den Staat reguliert werden.«[3] Die Distanz zur Wahrnehmung der Bevölkerung wird so vertieft. Deren Fragen richten sich nicht darauf, wie die für das aktuelle Wirtschaftswachstum notwendige Energie produziert werden soll. Vielmehr: Für welchen Zweck und für wen wird Energie produziert? Wem nützt das so genannte Wachstum? Für die Beantwortung dieser Fragen ist es nötig, über die nur technischen Problemstellungen der Experten hinauszugehen und die stärker einschließenden soziopolitischen Debatten anzugehen.

EIN DRASTISCHER ENERGIEBEDARF DES BERGBAUS

Zu Beginn der *transicion* waren 70 Prozent des Bergbaus in chilenischer Hand: Zwanzig Jahre später gehören 72 Prozent transnationalen Bergbaukonzernen, die mit 20 Milliarden US-Dollar pro Jahr Gewinne in der Höhe von zwei Dritteln des nationalen Staatshaushalts einfahren. Nach Angaben des Nationalen Geologie- und Bergbaudienstes von 2007 sind inzwischen für 25 Prozent des nationalen Territoriums Schürfrechte erteilt worden. Diese Konzessionen konzentrieren sich insbesondere auf die Region von der Metropole in Richtung Norden (also auf sieben Regionen), hier sind praktisch hundert Prozent dieser Gebiete betroffen.

Dazu kommt, dass sich bis zum Jahr 2014 36 Bergbauprojekte in der Bauphase und kurz vor Beginn des Abbaus befinden sollen. In diese Projekte sollen in den nächsten sieben Jahren 67 Milliarden US-Dollar an transnationalen Investitionen fließen (Vidal 2011). Das ist mehr als das Dreifache dessen, was die internationalen Bergbaufirmen in den letzten 20 Jahren insgesamt in Chile investiert haben.

Darüber hinaus sind 22 Projekte des Goldabbaus in der Exploration.

Diese Expansion des Bergbaus bedroht die alten landwirtschaftlichen Aktivitäten der indigenen Völker in den Tälern der Atacama-Wüste, einer der trockensten Wüsten der Erde. Landwirtschaft ist hier die wichtigste Quelle für Subsistenz und Beschäftigung. Der Zusammenhang zwischen dem geplanten Ausbau des Bergbaus und der Steigerung der Nachfrage nach Energie ist offensichtlich. Nach den Daten der Chilenischen Kupferkommission nutzt die Bergbauindustrie derzeit 37 Prozent der nationalen Elektrizität. Ein großer Teil dieser Energie kommt aus Kohle- und Petrolkoks-Kraftwerken, den am meisten verschmutzenden Stromerzeugungstechnologien weltweit. Der Bergbau ist mit 25 Prozent aller CO_2-Emissionen die Hauptquelle für Treibhausgas-Emissionen (Chile ist das Land mit dem höchsten Anstieg an Treibhausgas-Emissionen in Lateinamerika).

Hinzu kommt noch das Problem der Erschöpfung der regionalen Wasserreservoirs – eine Auswirkung der Bergbauexpansion der letzten zwei Jahrzehnte. Daher setzen die Unternehmen auf Meerwasserentsalzungstechnologien. Damit wollen sie der zukünftigen Nachfrage nach Wasser gerecht werden, die mit den umrissenen Megaplänen absehbar wird. Energie wird künftig also nicht nur für den direkten Abbau, sondern auch für das Entsalzen und Pumpen des Meerwassers vom Niveau des Meeresspiegels auf über 3500 m Höhe gebraucht. Es wird geschätzt, dass in den nächsten Jahren 70 Prozent der zusätzlichen Energienachfrage in Chile aus dem Bergbau kommen wird.[4] Hier liegt der Grund für die Dringlichkeit, mit der die Verdopplung der Kapazität der Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 gefordert wird: nicht damit die Bürger fernsehen können, sondern damit die Zukunftspläne der transnationalen Bergbaukonzerne abgesichert sind.

Der Nachfragedruck ist eine Folge des Projektes, das die Chicagoer Schule vorangetrieben und die Concertación weiter perfektioniert hat; der »Landesenergiebedarf « dagegen ist Fiktion. Ohne die Rede von einer Krise wäre es kaum möglich, etwa auf Atomkraft zu setzen, die von über 80 Prozent der Bevölkerung abgelehnt wird; Verträge zwischen Frankreich, Japan, den USA und einem unternehmerischen Beratergremium sind bereits unterschrieben.[5] Ebenso wenig wäre es denkbar, den Reichtum Patagoniens aufs Spiel zu setzen. Und es wäre kaum möglich, Wärmekraftwerke mit Petrolkoks zu füttern, einem Brennstoff, von dem man weltweit wegen seiner hohen Toxizität längst abgekommen ist.

Die Diktatur lähmte Bestrebungen nationaler Eigenständigkeit mit Angst und Schrecken. Heute haben sich die Methoden geändert; das Kapital setzt aber weiter darauf, das Wirtschaftswachstum des Landes zu seinen Gunsten zu kontrollieren. Die Bevölkerung hat jedoch gelernt, die Angst zu überwinden. Die neuen Generationen, die die Diktatur nicht erlebt haben, wagen mehr und lassen sich nicht bestechen. Sie glauben den Diskursen nicht; sie schließen sich zusammen und entwickeln eigene Diskurse. Verschiedene Kämpfe könnten sich hier ergänzen und bestärken: Die Gemeinden, die seit Jahrzehnten ihre Territorien gegen die extraktivistische Invasion verteidigen – und die jungen Leute, die auf den Straßen ein Ende des Profits und ein Ende der Strukturen fordern, die das aktuelle Wirtschaftsmodell reproduzieren.

DIE TRADITIONELLE LINKE: ABWESEND

Die Frage drängt sich auf, wo denn in diesem Szenario die historischen politischen Kräfte bleiben: Was ist mit den Arbeiterinnen und Arbeitern? Wie verhalten sich die linken Parteien und die Gewerkschaften? Wo sind diejenigen, die Vorbild für die Opposition waren? Die Debatten zur Energiepolitik haben sich in der traditionellen Linken nur langsam entwickelt; inzwischen scheint sich aber etwas zu tun: Seminare, öffentliche Erklärungen, Kommissionen oder Abteilungen für Umweltfragen in einigen Organisationen. Die Themen gelten zunehmend als unumgänglich. Die Massen und die alten politischen Strukturen haben sich in unterschiedliche Richtungen entwickelt. Es ist ein Misstrauen entstanden, eine große soziopolitische Herausforderung für die Wahlen in den nächsten zwei Jahren (2012 Kommunalwahlen; 2013 Präsidentschaftswahl und Parlamentswahl).

Folgende Positionen werden für die Energiedebatte wichtig sein: Dezentralisierung der Energieproduktion; lokale Selbstbestimmung als zentrales Element einer demokratischen Politik; Chile ist Teil eines lebendigen Systems und muss mit Blick auf den Planeten verantwortungsvoll handeln; Entwicklung nach menschlichem Maß; dominante Fortschrittsmythen in Frage stellen und Alternativen sichtbar machen, die derzeit in verschiedenen Nischen entwickelt werden. Diejenigen, die diese Positionen vertreten, sind Dialogpartner für ein Chile, das verstanden hat: Ein unendlich beschleunigtes Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten ist ein Widerspruch in sich.

Präsident Piñera hat versprochen, bis zum Jahr 2020 20 Prozent der Energie mit erneuerbaren Energien abzudecken. Das muss in die Tat umgesetzt werden.[6] Das Potenzial der erneuerbaren Energien muss auf die politische Agenda und damit muss das Projekt einer lokalen Selbstbestimmung gestärken werden. Viele Hindernisse müssen beseitigt werden, damit der Anteil der erneuerbaren Energien am nationalen Energiemix wachsen kann.

Aus dem Spanischen von Susanne Schultz

LITERATUR

Borquez, Rodrigo N., Fundacion Terram, 2011: Actualización de Catastro de Proyectos en Generación Eléctrica en Chile, o.O.

Comisión Nacional de Energía, 2009: Evolución de la generación eléctrica, Series en % de los totales generados entre 1999 y 2008

Comité Editorial Comisión Ciudadana-Técnico-Parlamentaria para la Política y la Matriz Eléctrica (Hg.), 2011: Chile Necesita una Gran Reforma Energética, o.O.

Orrego, Juan Pablo, 2011: *Fundamentos Campana Patagonia sin Represas*, o.O.

Vidal, Vicente Pérez, COCHILCO (Chilenische Kupferkommission), 2011: Inversión en la Minería Chilena, Cartera de Proyectos, o.O.

---

1 Angaben zur aufgebauten Kapazität der Stromerzeugung von Dezember 2010. Die Prozentzahlen beziehen sich auf eine Kapazität von 14 878 Megawatt, vgl. Präsentation des Energieministeriums 2011: Antecendentes sobre la matriz energética en Chile y sus desafios para el futuro, www.cchen.cl/mediateca/PDF/antecedentes_matriz_energetica.pdf.

2 Damit ist Wasser gemeint, das für Fischzucht oder Wasserkraftwerke genutzt wird, nicht aber Trinkwasser oder Wasser für die Bewässerungswirtschaft, Anm. der Übersetzerin.

3 Bericht der Kommission für die Entwicklung der Stromerzeugung: Hacia una Política Energética de Largo Plazo, www.lyd.com/wp-content/files_mf/tp1040informecade.pdf.

4 Vgl. Márquez, Miguel, 2011: Seso, mentiras y termoeléctricas, www.elmostrador.cl/opinion/2011/02/28/seso-mentiras-y-termoelectricas.

5 Vgl. Cuenca Berger, Lucio, 2011: Energía Nuclear en Chile de la Mano de la Expansión Minera Transnacional, http://olca.cl/articulo/nota.php?id=101414.

6 Vgl. Präsident Sebastián Piñera Echeniques Botschaft an die Nation: Del Chile del bicentenario al país de las oportunidades, www.gob.cl/especiales/mensaje-presidencial-21-de-mayo.

KONFLIKTE UM ÖLSANDE

MELINA LABOUCAN-MASSIMO

Ölkatastrophen haben in den vergangenen zwei Jahren für Schlagzeilen gesorgt. Über die Ölpest im Golf von Mexiko, die Ölverschmutzung durch die Enbridge-Pipeline in Michigan und die zwölf Lecks der brandneuen Keystone-Pipeline, mit der aus kanadischem Ölsand gewonnenes Öl in die USA geleitet wird, konnte ich mich aus der Ferne informieren – die Folgen des Austritts von 4,5 Mio. Litern Öl aus der Rainbow-Pipeline in Nordalberta bekam ich ganz direkt zu spüren. Die Katastrophe traf mitten in das angestammte Land meines Volkes, den Lubicon Cree. Luft, Wasser und Boden unserer Gebiete wurden vergiftet. Meine Familie berichtete von brennenden Augen, Kopfschmerzen und Übelkeit noch Tage, nachdem das Öl ausgetreten war. Erst fünf Tage, nachdem die Pipeline gebrochen war, wurde die Gemeinde informiert – als bekannt wurde, dass es sich um eine der größten Ölkatastrophen in der Geschichte Albertas handelte.

Das ist kein Einzelfall. Wir beobachten ständig die negativen und zerstörerischen Auswirkungen der Ölsandförderung auf Land und Menschen. Eine Woche zuvor musste Kinder-Morgan die Trans-Mountain-Ölpipeline in West-Alberta außer Betrieb nehmen, nachdem auf dem Feld eines Landwirts ein Leck entdeckt worden war. Und wenige Tage nach der Rainbow-Katastrophe trat eine große Menge Öl aus der Enbridge-Pipeline in den Nordwest-Territorien aus. Investigativer Journalismus[1] in den USA hatte zuvor aufgedeckt, wie es Pipeline-Betreiberunternehmen durch Finanzierung der Sicherheitsforschung gelungen ist, Forschungsprioritäten zu verschieben und die unterschiedlichen Sicherheitsbestimmungen auf Länder- und Bundesebene in einer Weise zu kombinieren, wie es den Unternehmensprofiten förderlich war – auf Kosten des Schutzes der Allgemeinheit. Der Bericht war derart vernichtend, dass der US-Verkehrsminister Ray LaHood augenblicklich ankündigte, die Regularien für die Finanzierung von Sicherheitsforschung zu ändern, um eine größere Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Auf eine vergleichbare Reaktion der kanadischen Regierung und der Landesregierung in Alberta auf die vielen Pipelinelecks auf unserem Land warten wir noch immer.

WÜSTES LAND

Infrastrukturprojekte wie die oben erwähnten sollen das aus Ölsand extrahierte Öl aus einem der größten Industrievorhaben der Welt zugänglich machen – das dadurch zerstörte Areal wird so groß sein wie England und Wales zusammen. Die Bodenfläche, die als »Ölsand-Verwaltungsgebiet« für Ölsandminen und In-situ-Dampfstimulations-Anlagen vorgesehen ist, könnte bis zu 142 200 km^2 betragen. Täglich werden aus Ölsand 1,6 Mio. Barrel Öl gewonnen. Pro Barrel müssen vier Tonnen Erde und

zwei Tonnen Bitumen gefördert werden. Darüber hinaus werden für die Herstellung eines Barrels Öl durchschnittlich zwei bis fünf Barrel Wasser benötigt, je nach Ölsand-Zusammensetzung und Fördermethode. Jeden Tag werden Millionen von Kubikmetern Wasser aus dem Peace-Athabasca-Delta abgepumpt, einem der letzten unberührten Binnendeltas der Erde (meine Familie, die in einer kleinen indigenen Gemeinde lebt, verbraucht einen halben Kubikmeter pro Monat).

Ölsandförderung ist mit einem außerordentlich hohen Energieverbrauch verbunden. Die Ölgewinnung verschlingt täglich dieselbe Menge Erdgas, wie zum Heizen von 6 Millionen Wohnungen nötig sind, 250 m^3 pro Barrel Öl, bei in-situ-Verfahren sogar 1000 m^3.

Gegenwärtig gibt es in Alberta über 100 bewirtschaftete Ölsandminen, davon über fünf Minen in der Region Athabasca, in der noch eine weitere Mine erschlossen wird. Diese Minen nehmen riesige Flächen ein, jede einzelne so groß wie ganze Städte. Zum Beispiel wird die Mine von Imperial Oil am Ende eine Fläche wie Washington D.C. abdecken. Außerdem machen In-situ-Operationen, Hunderte Kilometer Straßen, Stromleitungen, Pipelines und Bohrfelder erforderlich.

Die Folge ist die Zerstörung eines der letzten unberührten borealen Nadelwälder der Erde mit einer Geschwindigkeit, die nur von der Entwaldung des Amazonasgebiets übertroffen wird. Dieser ursprüngliche boreale Nadelwald hat schon lange vor der Gründung Kanadas Tausenden indigenen Völkern als Heimat gedient. Unsere Familien lebten nachhaltig von dem, was das Land ihnen bot, auch nachdem der kanadische Staat gegründet worden war. Heute können manche Gruppen ihre angestammten Gebiete nicht mehr nutzen, um Arzneipflanzen und Beeren zu sammeln, zu jagen, fischen oder Fallen auszulegen, um für ihre Familien zu sorgen und ihre kulturellen und spirituellen Traditionen zu pflegen. Dies allein ist schon eine Verletzung unserer garantierten Rechte. In der kanadischen Verfassung heißt es in Abschnitt 35, dass die Rechte der indigenen Völker und die Abkommen, die mit ihnen geschlossen wurden, anzuerkennen und zu schützen sind. Diese Rechte werden in den Ölsandgebieten verletzt.

Neben dem hohen Wasser- und Energieverbrauch fallen erschreckende Mengen Giftmülls an. Pro Barrel gewonnenem Öl bleiben 1,5 Barrel giftige Rückstände. Diese Abfallprodukte werden in »Abgangteiche« genannte Aufbewahrungsbecken geleitet, die eine solche Größe erreichen, dass sie aus dem Weltall zu sehen sind.[2] Verstreut über das boreale Waldgebiet nehmen Abgangteiche heute eine Fläche von 180 km^2 ein, seit Jahrzehnten liegen sie in der Landschaft und verunreinigen die Gewässer.

Tiere, die mit diesem kontaminierten Wasser in Berührung kommen, sterben. Der Giftmüll enthält Arsen, Cyanide, Quecksilber, Blei, Schwefel, Benzol, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe und Naphthensäure. Anderthalbtausend Enten verendeten, nachdem sie in einem Abgangteich gelandet waren. Berichten zufolge geraten täglich über 11 Millionen Liter dieser giftigen Rückstände in das Wassereinzugsgebiet Athabascas.

Überall in den Ölsandgebieten klagen Bewohner über Gesundheitsprobleme, insbesondere Atembeschwerden. Diese extreme Umweltvergiftung führt zu alarmierenden und steigen-

den Todesraten und seltenen Formen von Krebserkrankungen in der Gemeinde Fort Chipewyan, die flussabwärts der Ölsandgebiete liegt. Zur Zeit werden gerade einmal 4 Prozent der Ölsandreserven ausgebeutet, wir stehen also erst am Anfang dieses Prozesses – bei dem Gedanken an die Auswirkungen, die eine zukünftige Expansion dieses Industrieprojekts haben mag, wird mir angst und bange. Diese Art der »Energieerschließung« ist ein mit unglaublicher Verschwendung verbundener Versuch, Alberta zu einer Weltmacht im Energiesektor zu entwickeln – auf Kosten der dort lebenden Menschen, der indigenen Völker Nordkanadas. Bei den Treffen der an der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen beteiligten Parteien hat Kanada wiederholt den berüchtigten Fossil-des-Tages-Preis zugesprochen bekommen, der an Länder vergeben wird, die im Klimaschutz hinterherhinken und den Fortschritt der internationalen Klimaverhandlungen blockieren.

TRANSNATIONALER WIDERSTAND

Hinter dem Bauvorhaben der Keystone XL Pipeline steht das kanadische Unternehmen TransCanada, dessen Antrag auf Bauerlaubnis beim US-Außenministerium liegt. Würde der Antrag abgelehnt, wäre das Vorhaben gestorben. Die gigantische Umweltzerstörung durch Ölgewinnung aus Ölsand würde vermutlich weitergehen, aber ohne direkten Zugang zu den Raffinerien und dem US-Markt würde sie verlangsamt werden.

Es war eine strategische Entscheidung, den Widerstand auf dieses Schlüsselprojekt, eine Ölpipeline über 1700 Meilen von Kanada bis nach Texas, zu konzentrieren und den Protest aus den Wäldern heraus vor das Weiße Haus in Washington zu tragen. Die Idee wurde von einem Bündnis von Umwelt- und Klimaaktivisten, von Menschen, die sich in sozialen Bewegungen und für die Rechte indigener Völker engagieren, von Schriftstellern, Schauspielern, Sachbuchautoren und Wissenschaftlern getragen, darunter Bill McKibben, Naomi Klein, Tom Goldtooth, Danny Glover und James Hansen. Hinzu kamen Landwirte und Farmer aus den ökologisch anfälligen Sand Hills in Nebraska. Zusammen veröffentlichten sie einen nordamerikaweiten Aufruf, sich in einem Zeitraum von 14 Tagen an friedfertigen und gewaltfreien Aktionen in Washington, D.C., zu beteiligen. Bei den Protesten wurde ausführlich über die Keystone XL Pipeline, die Probleme mit Ölsand und mögliche Verhaltensweisen informiert, falls es vor dem Weißen Haus zu Festnahmen kommen sollte. Jeden Tag kamen neue Gruppen und Aktivisten hinzu. Über 350.org und andere NGOs wie das Indigenous Environmental Network und National Resources Defence Council weitete sich der Protest schnell auch zu einer Online-Bewegung aus.

Die Amalgamated Transit Union und die Transport Workers Union mit über 300 000 Mitgliedern riefen das Außenministerium dazu auf, den Antrag abzulehnen. »Wir brauchen Arbeitsplätze, aber nicht solche, die uns noch stärker von Ölsand abhängig machen. … Viele Arbeitsplätze könnten auch durch Maßnahmen zur Energieeinsparung, durch Modernisierung der Stromnetze und durch Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel geschaffen werden – Arbeitsplätze, die zugleich dazu beitragen können, Luftverschmutzung und Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Energieeffizienz zu erhöhen.«[3]

Ende August 2011 eskalierten die Proteste in Washing-

ton, als die Polizei rund 1000 Demonstranten verhaftete, darunter zwei Kanadierinnen, die indigene Schauspielerin Tantoo Cardinal (»Der mit dem Wolf tanzt«) und Margot Kidder (Lois Lane in »Superman«), auch der Chefklimaforscher der Nasa, James Hansen, und die Schauspielerin Daryl Hannah, Nobelpreisträger wie der Dalai Lama und Desmond Tutu. In mehreren Leitartikeln sprach sich die New York Times gegen den Pipeline-Bau aus.[4]

Bei der größten Demonstration im Herbst 2011 umzingelten 12 000 Menschen in mehreren dichten Reihen das Weiße Haus. In Folge nicht abreißender Proteste in Washington und entlang der geplanten Streckenführung stoppte US-Präsident Barack Obama am 18. Januar 2012 vorerst den Bau der umstrittenen Ölpipeline. Ein Etappensieg: »Indem sie sich mit einreihen, hoffen diese Anhänger der stolzen Tradition des zivilen Ungehorsams, nicht nur die Pipeline zu Fall zu bringen, sondern auch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen insgesamt, durch die sich der zerstörerische globale Klimawandel weiter beschleunigt.«[5] (Goodman 2011)

Unsere Proteste in Ottawa sollten die Proteste von Washington spiegeln – sie begannen einen Monat später, Ende September 2011. Damit erreichte das Anliegen auch die Treppen des kanadischen Parlaments, so dass nun auf beiden Seiten der Grenze Druck ausgeübt wurde. Die Klimapolitik der Harper-Regierung (bzw. die Abwesenheit einer solchen) sowie ihre ungebrochene Ölsand-Agenda wurden zurückgewiesen.

Das Konsortium zum Bau der Pipeline will einen neuen Antrag stellen und plant eine alternative Route. Das aufwendige Genehmigungsverfahren beginnt von vorn, so dass fraglich ist, ob schon 2014 Öl fließen kann. Die kanadische Regierung arbeitet bereits an einer alternativen Pipeline, die quer durchs Land bis zum Pazifik führen würde. Auch gegen dieses Vorhaben haben bereits 4500 Menschen Einspruch eingelegt. Die Ölproduzenten setzen auf den Export nach Asien, denn am 3. Oktober 2011 schlug die Europäische Kommission im Rahmen der Überarbeitung ihrer »Kraftstoffrichtlinie« vor, aus dem besonders klimaschädlichen Ölsand gewonnenes Öl vom europäischen Markt zu verbannen. China hat schon Interesse angemeldet.

JENSEITS DER HOCHRISIKO-ENERGIE

Wenn wir etwas aus der Ölpest im Golf von Mexiko, der Enbridges Ölkatastrophe in Michigan oder gar dem Fukushima-Unglück lernen konnten, dann, dass »Unfälle« unvermeidlich sind, dabei jedoch wahrscheinlicher eintreten, wenn Profit über Sicherheit gestellt wird, und dass die Folgen immer heftiger werden, je extremere, schwerer zugängliche Brennstoffquellen wir zu erschließen versuchen, sei es Öl aus Ölsand, aus der Arktis oder aus Tiefseebohrungen.

Melina Laboucan-Massimo gehört den Cree in Alberta, Kanada, an.
Aus dem Englischen von Daniel Fastner

1 www.mysanantonio.com/news/local_news/article/Critics-frown-at-industry-s-role-in-pipeline-1430543.php#page-1
2 http://earthobservatory.nasa.gov/Features/WorldOfChange/athabasca.php
3 Presseerklärung zit. n. Amy Goodman, D.C. Protests That Make Big Oil Quake, 23.8.2011; www.truthdig.com/report/item/dc_protests_that_make_big_oil_quake_20110823/
4 http://topics.nytimes.com/top/reference/ timestopics/subjects/k/keystone_pipeline/index.html?scp=1spot&sq=keystone%20xl&st=cse
5 Goodman a.a.O.

WASSERKRAFT IST KEINE ERNEUERBARE ENERGIE

BEWEGUNGEN GEGEN STAUDÄMME

ERCAN AYBOGA

Wasserkraft gilt als saubere und erneuerbare Energie. In Diskussionen um die menschengemachte Klimaveränderung wird sie als eine Alternative neben Solar- und Windkraft gehandelt. Regierungen und Unternehmen preisen sie als unerschöpfliche Energieressource, die sich selbst für Spitzenauslastungen des Stromnetzes bestens eignen würde. Die Diskussion um den Bau von Pumpspeichern hat dieses positive Bild zusätzlich bestärkt. Diejenigen Menschen aber, die von dem Bau der Wasserkraftwerke und der oft dafür notwendigen Talsperren betroffen sind, wehren sich seit Jahrzehnten dagegen.

WASSERKRAFT HEISST TALSPERREN

»Talsperre« ist der Fachausdruck für Staudamm. Gerade für große Wasserkraftwerke müssen fast immer Staudämme und riesige künstliche Seen errichtet werden. Wasserkraftwerke und Talsperren werden in den Industrieländern seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gebaut. Seit den 1950er Jahren werden sie auch in den ökonomisch schwächeren

Ländern des Südens errichtet. Heute sind weltweit etwa 50 000 große Talsperren in Betrieb. Einschließlich aller kleinen Talsperren und Wehre sperren wohl mehrere Millionen Bauwerke Flüsse und Bäche ab.

Oft sind Talsperren Mehrzweckanlagen. Die Stromproduktion und die Bereitstellung von Wasser für die Landwirtschaft sind die Hauptgründe für ihren Bau. Rund 40 Prozent der weltweit bewässerten Flächen beziehen ihr Wasser aus Stauseen. Großanlagen wie die Drei-Schluchten-Talsperre in China, der Itaipú in Brasilien/Paraguay und der Hoover-Damm in den USA sowie die geplanten Belo Monte in Brasilien und Ilisu in Türkisch-Kurdistan dienen aber vor allem der Stromproduktion. Seit vier Jahren wird in der Demokratischen Republik Kongo der Bau des gigantischsten Wasserkraftwerks aller Zeiten vorbereitet. Die Grand-Inga-Talsperren im Kongo-Fluss sollen insgesamt Kapazitäten von bis zu 39 000 MW produzieren – mehr als das doppelte der Kapazität des Drei-Schluchten-Staudamms. Das Projekt soll 80 Mrd. US-Dollar kosten (IR 2005). Dieser Betrag würde genügen, um die schlimmste Armut in ganz Afrika zu bekämpfen.

Wasserkraft macht etwa 16 Prozent der weltweiten Stromproduktion aus. Allerdings deckt ein Drittel aller Staaten mehr als die Hälfte ihres Strombedarfs aus Wasserkraft, darunter Brasilien, Paraguay, Österreich, die Schweiz, Norwegen und Kanada.

NICHT EINGERECHNET: DIE SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN FOLGEN

Von Seiten der Regierungen wird der Bau von Wasserkraftwerken und Talsperren oft damit begründet, dass sie die ökonomische Entwicklung der Region vorantrieben. Sie schafften Arbeitsplätze in Industrie und Landwirtschaft. Oder es heißt, die wachsenden Metropolen bräuchten mehr Wasser und Strom. In nicht wenigen Fällen haben Talsperren tatsächlich zur regionalen sozio-ökonomischen Entwicklung beigetragen – zu einem hohen Preis.

In den Projektkalkulationen werden die Kosten gerne nach unten korrigiert. Die *World Commission on Dams* stellte 2000 fest, dass die meisten Dammbauprojekte im Durchschnitt 56 Prozent mehr Kosten verursachten als ursprünglich geplant (WCD 2000). Häufig werden nicht einmal der Rückbau oder erhöhte Wartungskosten durch Alterung einkalkuliert. Schon diese Mehrkosten muss in der Regel die öffentliche Hand zahlen. Die sozialen und ökologischen Folgen werden gerne ganz übersehen.

Wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Umsiedlung, Partizipation, Natur- und Klimaschutz schlecht, keine oder nur eingeschränkte demokratische Rechte vorhanden und Repression durch Staatsapparate verbreitet ist, sind die Folgen besonders gravierend. In den westlichen Industriestaaten werden betroffene Kommunen und Menschen nicht nur besser entschädigt. Hier werden seit den 1960er Jahren größere Projekte fast ausschließlich in den Hoch- und Mittelgebirgen errichtet. Die Zahl der Umgesiedelten ist gering und manchmal werden diese sogar an den Betriebseinnahmen beteiligt. Die weltweit durch Talsperren »umgesiedelten« bis zu 90 Millionen Menschen sind fast ausschließlich aus dem globalen Süden. Mindestens die Hälfte dieser Menschen wurden in Indien und

China zwangsumgesiedelt. Auch Staaten wie Brasilien, Türkei, Russland und Mexiko haben jeweils mehrere hunderttausend Menschen aus ihren Lebensräumen verdrängt. Sie wurden oft gar nicht oder nur minimal entschädigt, auch weil viele keine offiziellen Landtitel haben. Die Umsiedlung bedeutet für sie den Verlust ihrer Existenzgrundlage. Indigene Bevölkerungen und politisch unterdrückte Kultur- und Glaubensgruppen sind durch die Umsiedlung zudem mit der Gefahr der Auflösung ihrer Kulturen konfrontiert. Hiervon sind z.B. die Adivasi in Indien, Indigene in Brasilien und Kolumbien und Kurden und Lasen in der Türkei betroffen. Beschlossen wird der Bau einer Talsperre durch die Zentralregierung. In wenigen föderalen Staaten wie Indien entscheiden die jeweiligen Provinzregierungen. Die umzusiedelnde Bevölkerung wird an der Entscheidung nicht beteiligt.

Die ökologischen Folgen sind oft erst Jahrzehnte später sichtbar. Talsperren, egal welcher Dimension, unterbrechen den Flusslauf. Die angrenzenden Landflächen werden überflutet. Auch wenn es sich um kleine Projekte handelt, führt dies zu dramatischen Veränderungen der Ökosysteme im und am Fluss. Fische, Krebse und Muscheln werden an der Wanderung gehindert. In der Regel überlebt kaum ein Viertel der Fischarten. Durch die Stauung längerer Flussstrecken verschlechtert sich die Wasserqualität und -quantität. Flüsse erfüllen eine wichtige ökologische Funktion für die gesamte Tier- und Pflanzenwelt einer Region. Große Flüsse bestimmen das Ökosystem ganzer Kontinente.

Wasserkraftwerke erzeugen mehr Treibhausgase als Gaskraftwerke, um eine Kilowattstunde Strom zu produzieren (Andersen, Lee, Torres 2008). Stauseen, besonders in tropischen Gebieten, erhöhen den CO_2-Ausstoß statt ihn zu verringern. Die geflutete Biomasse gärt, was Methan und CO_2 freisetzt. Wegen der Zerstörung der Regenwälder wird weniger CO_2 durch Photosynthese in Sauerstoff umgewandelt. Gerade in Ländern wie Brasilien, Peru, DR Kongo oder Indonesien ist die Wasserkraft keine ökologisch sinnvolle Energiequelle. Dennoch gilt der Bau von Wasserkraftwerken als Klimaschutzinvestition gemäß der Clean Development Mechanism (CDM). Hiernach können Investoren aus Industriestaaten für Klimaschutzinvestitionen in Entwicklungsländern Emmissionsgutschriften erhalten. Im September 2011 registrierte die UN weltweit 477 große Wasserkraftwerksprojekte im Rahmen des CDM. 371 weitere Projekte sind bei der UN eingereicht. Es wird erwartet, dass im Jahre 2020 Wasserkraftwerksprojekte 20 Prozent der gesamten CDM-Zertifikate ausmachen werden (Grüne Liga et al. 2011).

PROTEST UND ERSTE ERFOLGE

In den letzten zwanzig Jahren haben es die »talsperrenkritischen bzw. talsperrenbetroffenen Bewegungen« (*dam affected movements*) geschafft, dass eine Reihe von Talsperren nicht gebaut und ein Teil der bereits Vertriebenen im Nachhinein entschädigt wurde. Am bekanntesten ist wohl die Bewegung gegen die mehreren hundert geplanten Talsperren am Narmada-Fluss in Indien. Der seit den 1980er Jahren anhaltende Widerstand gab wichtige Impulse für Proteste in anderen Weltregionen.

Die Situation der Bewegungen in den einzelnen Ländern ist sehr unterschiedlich. Einige Gründe sind die staatliche Repression, die jeweilige Widerstandskultur des Landes und das Verhältnis der Bewegungen zu professionellen NGOs. In einigen Ländern haben die Bewegungen eigene Netzwerke gegründet (wie z.B. MAB in Brasilien und MAPDER in Mexiko), die sich ausschließlich gegen Talsperren richten. Andernorts arbeiten Bewegungen in Bündnissen zu Energie, Land und Wasser mit anderen Bewegungen zusammen (z.B. in Indien). In manchen Ländern arbeiten die Bündnisse eher punktuell (z.B. Türkei, Iran). In vielen Regionen haben sich länderübergreifende Netzwerke gebildet. Vor einigen Jahren entstanden das African Rivers Network (ARN) und das Lateinamerikanische Netzwerk gegen Talsperren (REDLAR). Auch in Asien haben sich in den Regionen Süd- bzw. Südostasien die Bewegungen in losen Netzwerken zusammengeschlossen. Im Mittleren Osten (Türkei-kurdische Gebiete, Iran und Irak) entsteht ein weiteres regionales Netzwerk. In Europa, Nordamerika und Australien sind derzeit keine größeren Talsperren geplant, weswegen es kaum noch Gegenbewegungen gibt. Lediglich einige NGOs, die zur Renaturierung von Flüssen arbeiten, weisen auf das Thema hin. Eine Ausnahme ist Bosnien, wo mehrere Talsperren gebaut werden sollen.

Die weltweite Vernetzung der einzelnen Bewegungen wird seit 1990 von der US-amerikanischen NGO International Rivers (IR) unterstützt. 1997 fand in Brasilien das 1. Internationale Treffen talsperrenkritischer Bewegungen und ihrer Bündnispartner statt. Zum ersten Mal kamen Bewegungen aus der ganzen Welt zusammen. Anlass war neben dem Widerstand an der Narmada in Indien auch der Baubeginn der riesigen Drei-Schluchten-Talsperre in China. Für diesen gewaltigen Eingriff in die Natur wurden mindestens 1,3 Mio. Menschen zwangsumgesiedelt (IR 2009).

Ergebnis des Treffens war eine gemeinsame Erklärung mit Forderungen an die westlichen Industriestaaten, die Großbanken und die Weltbank. Die großen Talsperren und Wasserkraftwerke können nur mit ihren Krediten und Garantien realisiert werden. In der Erklärung wurde gefordert, dass beim Bau von Talsperren hohe soziale und ökologische Kriterien einzuhalten sind. Auf eine Forderung nach dem Baustopp aller Projekte



Protest gegen den Sardar-Sarovar-Damm am Marmada-Fluss
flickr/Joe Athialy

konnten sich die Bewegungen jedoch nicht einigen. Der gemeinsame Nenner war, dass große Talsperren und Wasserkraftwerke wegen der zu großen sozialen, kulturellen und ökologischen Schäden generell abgelehnt werden.

Die wachsenden Proteste gegen Talsperren führten dazu, dass 1998 die World Commission on Dams (WCD) ins Leben gerufen wurde. In ihr waren Mitglieder der Bau- und Wasserkraftlobby, Regierungsvertreter, Wissenschaftler und Aktivisten vertreten. Ende 2000 verabschiedete die Kommission einen Bericht, der die bisher umfangreichste Untersuchung zu den sozialen und ökologischen Folgen von Talsperren darstellt. Der Bericht enthält eine Liste von Prinzipien für den Bau von Talsperren, in die viele Forderungen der talsperrenkritischen Bewegungen aufgenommen wurden. Maßnahmen, die das Einhalten dieser Prinzipien sicherstellen sollten, scheiterten jedoch am Widerstand der Unternehmen und Regierungen. Nur in einigen wenigen Ländern wie Südafrika konnte erreicht werden, dass die Prinzipien zur Grundlage für staatliche Programme wurden. Die allermeisten Regierungen ignorieren den WCD-Bericht, darunter die führenden Talsperren bauenden Staaten China, Indien, Brasilien, Mexiko, Iran und die Türkei.

NEUE KONFLIKTFELDER

Im Oktober 2010 fand in Mexiko das 3. Internationale Treffen der Bewegungen um Talsperren und ihrer Bündnispartner statt. Es kamen Aktivistinnen und Aktivisten aus über 60 Staaten, um über die aktuellen Entwicklungen zu Talsperren und Wasserkraft zu diskutieren und Strategien für die kommenden Jahre auszuarbeiten. Die alten Argumente reichten für die neue Situation nicht mehr aus. Seit 2003 haben die westlichen Wasserkraft- und Baukonzerne Konkurrenz aus den Schwellenländern, allen voran China, bekommen. Chinesische Unternehmen bauen mit Unterstützung eigener Exportkreditversicherer weltweit Talsperren, viele davon in Afrika. Indien und Brasilien finanzieren und bauen vor allem Projekte in ihren Nachbarstaaten. Diese neuen Akteure setzen viel geringere soziale und ökologische Standards an als die westlichen Staaten. Sie verhalten sich wie die westlichen Konzerne vor 20, 30 Jahren. Allerdings zeigt sich in China, dass hier die wachsenden ökologischen Probleme und Proteste die Regierung zwingen werden, mittelfristig die Standards der westlichen Staaten zu übernehmen. Der Politikwechsel ist teilweise schon sichtbar. So sind chinesische Exportkreditversicherer und Unternehmen nicht eingesprungen, als die BRD, Schweiz und Österreich im Juli 2009 ihre Kreditgarantien für das Ilisu-Projekt zurückzogen. Die türkische Regierung hatte sich nicht an die vereinbarten sozialen und ökologischen Standards gehalten.

Seit 2007 ist die Wasserkraftlobby dabei, eine Alternative zu den WCD-Kriterien zu erarbeiten. Das Hydropower Sustainability Assessment Forum (HSAF), das hiermit betraut werden soll, wurde von der International Hydropower Association (IHA) in Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen wie WWF und The Nature Conservancy (TNC), zu denen die talsperrenkritischen Bewegungen Abstand halten, vorbereitet. Das Forum soll die »soziale, umweltrelevante und ökonomische

Leistung der Wasserkraft« beurteilen (IHA 2009). Angeblich soll ein breiter Kreis von sozialen und Umwelt-NGOs in den Prozess einbezogen werden. Doch letztendlich ist das Ziel, den WCD-Bericht auszuhebeln. Die Bewegungen gegen Talsperren und die mit ihnen zusammenarbeitenden NGOs haben beschlossen, sich hieran nicht zu beteiligen.

Ein weiteres neues Konfliktfeld ist die Privatisierung von ganzen Flüssen und Bächen. In Chile und in der Türkei ist diese am weitesten fortgeschritten. In Chile wurde bereits zur Zeit der Militärdiktatur in der Verfassung festgeschrieben, dass Wasser eine Handelsware ist. Anschließend wurden die wasserreichen Flüsse im Süden des Landes an internationale Energiekonzerne verpachtet. Damit wurden alle Rechte im und am Fluss den Unternehmen übertragen. Bislang wurden dort nur wenige Talsperren mit Wasserkraftwerken gebaut; einige Großprojekte sind in Planung. Nach Protesten und Demonstrationen mit zehntausenden Teilnehmern konnten die Projekte durch einen gerichtlichen Beschluss vorübergehend gestoppt werden. In der Türkei werden seit 2007 kleinere Flüsse und Bäche an Unternehmen verpachtet. 2000 neue Wasserkraftwerke sollen hier gebaut werden. Die meisten dieser privaten Projekte werden eine Kapazität von nur 40 MW haben, aber große Fluss- und Bachgebiete gravierend verändern. Bislang ist keiner der Anträge abgelehnt worden, über 100 Projekte sind schon realisiert. Auch hier regt sich massiver Widerstand in allen Teilen des Landes und besonders am niederschlagsreichen Schwarzen Meer – mit ersten Erfolgen: Mehrere hundert Projekte ruhen. Die Bewegungen gegen die Wasserkraftwerksprojekte und Talsperren bilden derzeit die größten sozialen Bewegungen in der Türkei.

Die Bewegungen stehen vor der Aufgabe, die globale Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Wasserkraft keine erneuerbare Energie ist. Hierzu müssen sie sich in die Diskussionen um die Energiewende und den Klimawandel einschalten. Das Wissen darum, wie wichtig natürliche Flüsse für die Biodiversität und die Kultur und Lebensweise der an ihren Ufern lebenden Gemeinden sind, muss in der Gesellschaft verbreitert werden. Wasserkraftwerke und Talsperren sind die falsche Investition für die sozio-ökonomische Entwicklung dieser Regionen. Um hier ein Umdenken zu erreichen, müssen wir mit sozialen Bewegungen und NGOs, die zur Landwirtschaft, Energiepolitik, Privatisierung, Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit arbeiten, noch enger kooperieren als bisher.

LITERATUR

Andersen, M. E., H. E. Lee und R. A. Torres, 2008: *Compilation of Published Reservoir and Lake Greenhouse Gas Emission Data and Preliminary Assessment of Potential Annual GHG Emissions from the Oroville Facilities*, Hydrovision, Sacramento/USA

Grüne Liga, Forum Umwelt und Entwicklung, WECF, Gegenströmung, Living Lakes, Netzwerk Unser Wasser, International Rivers, Global Nature Fund u. Bodensee Stiftung, 2011: *Water for Life* – Grüne Liga Policy Paper on the UN Water for Life decade and the Water, Energy and Food Security Nexus, www.wrrl-info.de, Berlin

IHA – International Hydropower Association, 2009: www.hydropower.org/sustainable _hydropower/hsaf.html

IR – International Rivers, 2005: *Grand Inga, Grand Illusions?* Terri Hathaway, www. internationalrivers.org/en/africa/grand-inga-grand-illusions, Berkeley

Dies., 2009: *China's Three Gorges Dam – A Model of the Past*, Berkeley

WCD – Weltkommission für Staudämme, 2000: *Staudämme und Entwicklung: ein neuer Rahmen zur Entscheidungsfindung – Ein Überblick*, Gland/Schweiz

LANDGRABBING IM ZEICHEN DER VIELFACHKRISE

OLAF BERNAU

Spätestens seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 gehört es zum guten Ton, von der Vielfachkrise zu sprechen, also die zahlreichen Verbindungslinien zwischen Klimakrise, Energiekrise, Finanzkrise und weiteren Krisendyanmiken ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Doch was theoretisch längst begriffen ist, übersetzt sich viel zu selten in praktische Bündnisse zwischen den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen bzw. bewegungspolitischen Akteuren. Der Bereich energiepolitischer Kämpfe ist hiervon keineswegs ausgenommen. Prominentes Beispiel ist der in den letzten vier Jahren explosionsartig angewachsene Ausverkauf fruchtbarer (Acker-)Böden an Banken, Investmentfonds und Konzerne – eine Entwicklung, die nicht zuletzt mit der agrarindustriellen Produktion von Energie- bzw. Agrospritpflanzen zusammenhängt. Denn obwohl die Kämpfe gegen »Landgrabbing« (vgl. *Luxemburg* 2/2009) vielfältige Anschlussstellen haben, gibt es lediglich punktuell Brückenschläge zu anderen Konfliktfeldern.

Es lohnt also genauer hinzusehen. Nicht nur weil der Kampf gegen Landgrabbing akut und dringend auf Bündnispartner angewiesen ist, sondern auch weil hiesige Energie- und Klimakämpfe von der Kooperation mit bäuerlichen Bewegungen im Süden programmatisch und strategisch profitieren können.

EINE KURZE BESTANDSAUFNAHME

Es ist kein Zufall, dass in der politischen Arena nicht neutral von der Umnutzung großer Wald-, Agrar- und Weideflächen zugunsten kommerzieller Landwirtschaft die Rede ist, sondern polemisch von Landgrabbing bzw. Landraub. Denn gemeinhin erfolgt der Eigentümerwechsel zu grotesk günstigen Konditionen: niedrigste Pachtzinsen bzw. Kaufpreise, jahrzehntelange Steuernachlässe (*tax holiday*), Befreiung von Importzöllen für Baumaterialien oder geheime Vertragsabschlüsse ohne Umwelt und Sozialverträglichkeitsprüfung. Offiziell wird dies damit begründet, dass die Pächter bzw. Käufer mit ihren Investitionen einen allgemeinen Beitrag zur Entwicklung der Gastländer leisten würden. Diese Behauptung entpuppt sich bei näherer Betrachtung als wenig stichhaltig, wie selbst die Weltbank eingeräumt hat. Denn der Bau von Kanälen oder Straßen dient in erster Linie dem Abtransport der agrarischen Rohstoffe, nicht aber der Entwicklung lokaler Ökonomien – von zusätzlichen Arbeitsplätzen auf den riesigen Plantagenkomplexen ganz zu schweigen. Geographisch finden 75 Prozent des Landgrabbing derzeit in Afrika statt, aber auch in Lateinamerika, Asien und Osteuropa boomt das Geschäft mit dem Acker. Hinzu kommt, dass 20 der 25 in Afrika und Asien betroffenen Länder zugleich Empfänger der Welthungerhilfe sind – darunter zahlreiche Staaten mit Bürgerkriegshintergrund oder autoritären bzw. korrupten Regierungsstrukturen wie zum Beispiel Äthiopien, DR Kongo, Süd-Sudan, Pakistan oder Kambodscha.

Als Investoren fungieren zum einen staatliche oder private Investmentfonds, zum anderen national bzw. transnational operierende Unternehmen, häufig aus dem Agrobusiness-Sektor. Entsprechend breit ist auch die Palette der Nutzung der Flächen: Auf 35,2 Prozent werden Energiepflanzen angebaut – dahinter steht die Entscheidung insbesondere der USA und der EU, den Anteil von Agrotreibstoffen durch so genannte Beimischungsquoten in den nächsten zehn Jahren massiv zu erhöhen. Ebenfalls bedeutsam ist Exportgetreide mit 32,4 Prozent (*Offshorefarming*), hier sind vor allem Investmentfonds aus finanzkräftigen Ländern mit unzureichender landwirtschaftlicher Nutzfläche tätig, etwa aus China, Südkorea oder den Golfstaaten. Weitere Posten sind Forstwirtschaft mit 15,1 Prozent sowie Viehhaltung, Schnittblumen oder exotische Früchte im jeweils einstelligen Prozentbereich.[1]

Investoren und Regierungen bemühen sich zwar, Landgrabbing als Win-win-Situation darzustellen, die Konsequenzen sind für die Mehrheit der betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen aber dramatisch. Denn es handelt sich keineswegs um »leere« oder »ungenutzte« Flächen. Vielmehr kommt es in großem Stil zu Vertreibungen ganzer Dörfer bzw. zum Durchzugsverbot für mobile Viehhirten – und somit zu Hunger, zur Zerstörung lokaler (Subsistenz-)Strukturen und zu erzwungener Migration. Zudem führt die agrarindustrielle

Bearbeitung des geraubten Landes zu massiven ökologischen Schäden: unter anderem zur Forcierung des Klimawandels, zu Biodiversitätsverlusten und zur Senkung der Fluss- und Grundwasserspiegel (*watergrabbing*) – alles Entwicklungen, von denen besonders stark Kleinbauern betroffen sind.

Landgrabbing ist kein neues Phänomen, das zeigt ein kurzer Blick in die Geschichte des Kolonialismus. Und es gibt andere Ursachen, etwa Bergbau, Infrastrukturprojekte oder Tourismus. Doch weshalb haben sich die Landverkäufe in den letzten Jahren verzehnfacht? Allein zwischen Oktober 2008 und Juni 2009 sind weltweit mindestens 47 Millionen Hektar unter den Hammer gekommen – was einem Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der EU entspricht. Drei Aspekte scheinen ausschlaggebend: Zunächst gab es einen ohnehin steigenden Flächenbedarf durch Bevölkerungswachstum, Ernterückgänge im Zuge des Klimawandels und steigende Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten. Diese Entwicklung ist durch die Finanzkrise extrem dynamisiert worden, teils durch die reale Erfahrung spekulationsbedingter Preisschwankungen bei Grundnahrungsmitteln, teils durch freigesetztes Finanzkapital, das neue Anlagesphären gesucht hat (darunter zahlreiche Pensionsfonds). Schließlich handelt es sich um langfristige Prozesse, deren Anfänge bereits in den 1990er Jahren liegen. Damals bemühten sich vor allem Weltbank und IWF darum, im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen neue (Land-) Rechtssysteme zu implementieren – quasi als strukturelle Voraussetzung der nunmehr mit Hochdruck forcierten Integration ländlicher Gebiete in den Weltmarkt (In-Wert-Setzung). Landgrabbing ist also »gleichermaßen als Reaktion und als Lösungsstrategie eng in die multiple Krise der kapitalistischen Verwertung eingebunden« (Hoering 2011).[2]

Auch Proteste gegen die Privatisierung kollektiv genutzter Flächen sind keineswegs neu: Erinnert sei an die zahlreichen Landbesetzungen der brasilianischen Landlosenbewegung MST oder den Umstand, dass der Aufstand der Zapatistas 1994 nicht zuletzt eine Reaktion auf die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Unverkäuflichkeit von (Ejido-)Gemeindeland war. Entsprechend führt auch der aktuelle Boom immer wieder zu massiven Auseinandersetzungen mit Investoren und staatlichen Sicherheitskräften. Die Verträge werden meist ohne Konsultation mit der lokalen Bevölkerung abgeschlossen. Die betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen erfahren oft erst durch die anrückenden Bulldozer davon, dass ihr Land verkauft wurde. Um so wichtiger ist, dass auch international eine Koordinierung der zahlreichen meist lokal verankerten Proteste erfolgt. Erwähnt sei vor allem eine von dem weltweiten Kleinbauern-Netzwerk V*ia Campesina* maßgeblich initiierte Konferenz im November 2011, zu der rund 250 Delegierte aus über 30 Ländern nach Nyéléni nahe der malischen Kleinstadt Sélegué gekommen sind.

BÄUERLICHE KÄMPFE UM LAND

Die Entscheidung für das westafrikanische Land als Konferenzort fiel keineswegs zufällig. Ausschlaggebend war, dass bäuerliche Organisationen aus Mali maßgeblichen Anteil daran hatten, Landgrabbing beim 10. Weltsozialfo-



Demonstration von La Via Campesina zum COP 16 in Cancun, flickr/Archivo de Proyectos

rum in Dakar (2011) als zentrales Gegenwartsproblem sichtbar zu machen – mit dem von hunderten Organisationen weltweit unterzeichneten Dakar-Appell gegen Landgrabbing als konkretem Ergebnis.[3] In Nyéléni ging es auch darum, den in Dakar begonnenen Austauschprozess unter praktischen Vorzeichen zu vertiefen. Dabei wurde deutlich, dass viele bäuerliche AktivistInnen ihre eigenen Regierungen als zentralen Gegner begreifen, weil die staatlicherseits verfügten bzw. sanktionierten Landenteignungen gemeinhin jeder gesetzlichen Grundlage entbehren. So sind es selbst im vergleichsweise demokratisch regierten Mali wahlweise der Präsident persönlich oder zwei eigens von ihm bestimmte Beamte, die ohne Kontrolle sämtliche Land(-grabbing)verträge abschließen – nicht einmal das Landwirtschaftsministerium ist eingebunden. Entsprechend rückt die Abschlusserklärung der Konferenz dreierlei ins Zentrum – was als eine Art Blaupause für den globalen Widerstand gegen Landgrabbing gelesen werden kann: **1 |** Stärkung der materiellen Infrastruktur des kleinbäuerlichen Widerstands – nicht zuletzt mit Blick auf juristische Auseinandersetzungen, **2 |** öffentlichkeitswirksamer Druck auf Investoren, Regierungen und Institutionen im Norden sowie **3 |** Bündnisarbeit, unter anderem zwischen Süd und Nord.

Das von Via Campesina seit 1996 schrittweise entwickelte Konzept der *Ernährungssouveränität* war ein programmatischer Bezugspunkt: Das Konzept will zugleich eine Antwort auf die eng verzahnten Krisen der Ernährung, des Bodens und des Klimas geben. Ernährungssouveränität zielt auf ein Ernährungssystem, in dessen Zentrum nicht Konzerninteressen, sondern der ungehinderte Zugang zu Land, Wasser und Saatgut für kleinbäuerliche ProduzentInnen steht. Es geht also um die Umstellung auf kleinbäuerliche und somit klimaschonende Landwirtschaft (bzw. deren Verteidigung) sowie die Dezentralisierung der Lebensmittelversorgung mit kurzen Versorgungsketten zwischen Produktion und Konsumtion. Interessant sind die zahlreichen Parallelen zu einer dezentralen Stromversorgung, die ebenfalls auf einem System kleiner Kraftwerke ohne lange Übertragungswege fußt. Und inspirierend ist, dass Dezentralisierung und Demokratie eng zusammengehören, so wie es im Begriff der Souveränität bereits angelegt ist. Es ist daher kaum überraschend, dass für kleinbäuerliche Bewegungen konsensuale bzw. partizipative Kommunikations- und Entscheidungsprozesse oftmals zum alltäglichen Werkzeug gehören. Hinzu kommt, dass das Konzept der Ernährungssouveränität auch als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Strategie begriffen wird und insofern eine wichtige Herausforderung für AktivistInnen aus dem Norden darstellt, etwa wenn Vandana Shiva nicht ohne Hintersinn darauf hinweist, dass Kuba 1989 40 000 Traktoren durch 385 000 Ochsengespanne ersetzt hat.

Erwähnt sei schließlich noch, dass Migration im Widerstand gegen Landgrabbing geradezu omnipräsent ist – weil die Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen notgedrungen mit Landflucht bzw. Migration einhergeht und einer gesamtgesellschaftlichen Destabilisierung Vorschub leistet, so der malische Via Campesina-Aktivist Ibrahima Coulibaly. Es ist folgerichtig, dass das aus migrationspolitischen Kämpfen hervorgegangene

Netzwerk *Afrique-Europe-Interact* im Frühjahr 2012 mit rund 30 afrikanischen und europäischen AktivistInnen ländliche Gemeinden in Mali besuchen wird, um die Möglichkeiten gemeinsamer, transnational verankerter Aktivitäten gegen Landgrabbing auszuloten.

BRÜCKEN RICHTUNG NORDEN

Landgrabbing hat vielfältige Verbindungen: Nicht nur zu Auseinandersetzungen rund um Bankenmacht, Migration oder Privatisierung, sondern auch zu energie- bzw. klimapolitischen Kämpfen, wie an zwei Beispielen abschließend gezeigt werden soll:

Als (ideelle) Bündnispartner im Kampf um Land drängen sich zum einen Projekte auf, die – mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – für klimafreundliche und solidarische Mobilitätsformen eintreten, unter anderem das Bündnis »Bahn für alle!«, die zahlreichen Sozialticket- bzw. Umsonstinitiativen oder diverse Fahrradclubs. Hintergrund ist, dass mit Agrosprit vor allem der automobile Individualverkehr mit seinen desaströsen Konsequenzen aufrechterhalten werden soll – eine der vielen falschen bzw. widersprüchlichen Lösungen des grünen Kapitalismus. Bemerkenswert ist , dass Agrosprit selbst auf seinem (vermeintlich) ureigensten Feld versagt. Laut einer bislang unter Verschluss gehalten EU-Studie ist die Klimabilanz so genannter Biotreibstoffe insgesamt negativ, was vor allem mit indirekten Landnutzungsänderungen zu tun hat, also der Umwandlung von Wäldern, Grünland, Torfland und anderen üblicherweise als CO_2-Senke fungierenden Ökosystemen in zusätzliche Ackerflächen. Als politischer Referenzpunkt drängt sich daher vor allem die EU-Biodieselrichtlinie auf, wonach die EU bis 2020 mit milliardenschweren Subventionen den Anteil an Agrotreibstoffen auf 10 Prozent erhöhen will (was ca. 15 Prozent ihrer Ackerflächen entsprechen würde); die USA streben einen Anteil von 30 Prozent an, bereits heute landet ein Fünftel der US-Maisernte im Tank. Die hierzulande durchaus breit aufgestellten Initiativen für eine andere Landwirtschaft sind der zweite »natürliche« Bündnispartner für den Widerstand gegen Landgrabbing im Süden. Im Januar sind im zweiten Jahr in Folge rund 20 000 Menschen unter dem Motto »Wir haben es satt! Bauernhöfe statt Agrarindustrie« auf die Straße gegangen. Landwirtschaft trägt durch ihren agrarindustriellen, d.h. energieintensiven Zuschnitt mit ca. einem Drittel zu den weltweiten CO_2-Emissionen bei. In den Energie- und Klimakämpfen wird das viel zu wenig beachtet; kleinbäuerlichen Organisationen verweisen darauf mit dem Slogan *Small Farmers cool the planet*.

Wie können die Brückenschläge – jenseits der praktischen Unterstützung kleinbäuerlicher Anti-Landgrabbing-Proteste – konkret aussehen? Gegner gibt es viele, ob Biodieselunternehmen, diverse Landinvestoren oder die europäische Agrospritpolitik. Afrique-Europe-Interact hat bereits Schritte eingeleitet: Geplant sind Aktionen unter dem Motto – Bertolt Brecht sei Dank – »Bankraub statt Landraub«.

1 Vgl. Thomas Fritz, Das große Bauernlegen, Berlin 2010
2 *Peripherie* Nr. 124, 31. Jg. 2011, Münster
3 dokumentiert auf www.afrique-europe-interact.net

ATOMKRAFT – NEIN DANKE!

WARUM DIE FAHNEN NICHT IM SCHRANK BLEIBEN

URSULA SCHÖNBERGER

Seit 2007 erlebt die Anti-AKW-Bewegung eine Renaissance. Der Skandal in der Asse II, die Brände in Brunsbüttel und Krümmel und die Besorgnis erregenden Ergebnisse der Kinderkrebsstudie an Atomanlagen hatten die Bevölkerung aufgerüttelt. Die Debatte um die Laufzeitverlängerung tat ein Übriges. Längst war die Ablehnung der Atomenergie in der Mitte der Gesellschaft angekommen und ökonomische und Arbeitsplatz-Interessen mit den Alternativen verbunden. Und so war die Bundesregierung mit den vier großen Energiekonzernen und einigen anderen Konzernmanagern im Herbst 2010 allein mit ihrem Bekenntnis zur Laufzeitverlängerung.

Während nach dem Jahreswechsel 2010/2011 noch über die weitere Strategie nach der Laufzeitverlängerung diskutiert wurde, erschütterte die Katastrophe von Fukushima das Land. Ohne große Mobilisierung kamen Hunderttausende Menschen am 26. März zu den Demonstrationen in Berlin, Hamburg, München und Köln. Weitere Großdemonstrationen am 25. April und 28. Mai folgten. In Baden-Württemberg wurde die CDU nach 58 Jahren aus der Regierung gejagt. Stuttgart 21 hatte den Grundstein für den Machtverlust gelegt, seine Pro-Atom-Politik wurde Mappus zum Verhängnis.

Doch die Bundeskanzlerin hatte gelernt. In einem beispiellosen Kehrtschwenk verdonnerte sie ihre Regierungskoalition zur Abschaltung von acht Atomkraftwerken und einer Rücknahme der Laufzeitverlängerung. Die Koalitionsbasis murrte, doch die Revolte blieb aus. Gekrönt wurde ihre taktisch kluge Politik durch die Zustimmung der Grünen. Ihr Segen half, das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem neuen Kurs der Regierung – zumindest teilweise – zu besänftigen.

Die Bewegung fiel mitnichten in sich zusammen,

wie Merkel und andere vielleicht gehofft hatten: 23 000 DemonstrantInnen in Dannenberg – das waren mehr als noch 2009. Auffällig der Farbwechsel: 2010 dominierten grüne Parteifahnen das Bild, diesmal war es das Gelb der Anti-AKW-Bewegung.

Nicht nur die Zahl, auch die Konsequenz der Proteste war vergleichbar. Tausende vor allem junge Menschen waren unterwegs in den wendischen Wäldern, auf Schienen und Straßen. Die massiven Versuche des niedersächsischen Innenministers Schünemann, die Bewegung in »gut« und »böse« zu trennen, scheiterten. Der gegenseitige Respekt und die Solidarität in der Bewegung war zwar kein Selbstläufer, doch es gelang, Distanzierungen zu verhindern. Und das zeigte Wirkung. Nach einigen sinnlosen Provokationen an den ersten Protesttagen gab die Polizeiführung ihren harten Kurs im Wesentlichen wieder auf.

Nach dem Hype im Frühjahr 2011 und den Aktionen rund um den Castor-Transport steht die Anti-AKW-Bewegung erneut vor der Frage nach ihrer weiteren Strategie. Großaktionen scheinen derzeit nur in bestimmten Regionen Erfolg versprechend. Dazu gehören neben dem Wendland auch das Münsterland mit Gronau als Zentrum der Uranindustrie und das Braunschweiger Land, wo am 11. März 2012 eine 70 km lange Lichterkette von der Braunschweiger Atomfirma Eckert&Ziegler über die ASSE II bis zu Schacht KONRAD stattfinden wird. Es wäre jedoch fatal, Bewegung auf Großaktionen zu reduzieren. Bewegung ist mehr als ein DemonstrantInnen-Reservoir, das öffentlich in Erscheinung tritt, wenn es von den »Managern der Massen« gerufen wird. Eine Bewegung ist dann stark, wenn sie im ganzen Land von vielen dezentralen Gruppen getragen wird, wenn Menschen tagtäglich gegen das Geschäft mit der Atomenergie arbeiten, wenn nicht nur mediale Großaktionen in den Zentren, sondern auch phantasievolle Aktionen auf vielen Marktplätzen stattfinden. Die Anti-Atom-Bewegung ist gegenwärtig stärker, als sie sogar zum Teil selbst denkt: In Münster mussten kurzfristig größere Raume für die Urankonferenz angemietet werden und zur Informationsveranstaltung über Eckert&Ziegler in Braunschweig erschienen 2000 Menschen.

Regierung und Opposition versuchen derzeit, die Frage des Atommülls zum Standortproblem zu bagatellisieren. Die Auseinandersetzung im Rahmen des Endlagersuchgesetzes soll darauf reduziert werden, ob Gorleben »im Topf« bleibt oder nicht. Es scheint, als ob Umweltverbände auf diese Diskussion aufspringen. Die Atommüllstandorte Gorleben, Morsleben, Asse II und Schacht KONRAD haben in ihrer Stellungnahme deutlich gemacht, dass es nicht um eine Standort-, sondern eine Konzeptdiskussion gehen muss. Wie sich die Bewegung hier insgesamt positioniert, ob man sich damit »zufrieden« gibt, dass das Projekt Gorleben weiter verzögert wird, oder ob man einen radikal anderen Umgang mit dem strahlenden Müll und die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen durchsetzen will, wird eine wichtige Auseinandersetzung in diesem Jahr sein.

Ursula Schönberger ist aktiv bei der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

VERGESELLSCHAFTUNG VON ENERGIE

REVOLUTIONÄRE REALPOLITIK IN DER VIELFACHKRISE

HANNAH SCHUSTER,

SELANA TZSCHIESCHE UND

MICHELLE WENDERLICH

Kaum eine Minute in unserem Leben vergeht, in der wir nicht wie selbstverständlich auf sie zurückgreifen: beim Griff zum Lichtschalter, der warmen Dusche, dem Anschalten des Computers, dem Kochen einer Mahlzeit etc. Die Bedeutung von Energie in unserem Alltag ist so groß, dass wir nicht entscheiden können, *ob* wir Energie verbrauchen wollen, sondern bestenfalls, woraus die Energie gewonnen wird und von wem wir sie kaufen.

Ohne Energie stünden auch die Apparate der Unternehmen still. Der fossilistische Kapitalismus führte zur Entwicklung mächtiger Konzernstrukturen, zu einer räumlichen Konzentration und zu einer zeitlichen Beschleunigung der Produktion, die nur möglich waren mithilfe der ort- und zeitunabhängig verwendbaren fossilen Energieträger (Altvater 2005, 72ff). Die Folge dieser Entwicklung ist die industriell verursachte Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse, ständig intensiviert durch Prozesse von Inwertsetzung und Privatisierung ehemals öffentlicher, vor allem kommu-

naler Güter. Werden Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge der demokratischen Kontrolle entzogen, sind sie nicht mehr unabhängig vom Einkommen zugänglich. Die sozialen Folgen einer privatisierten kommunalen Energieproduktion können als »Energiearmut« bezeichnet werden: Jährlich werden 800 000 Haushalte vom Stromnetz abgeklemmt[1], weil die Rechnungen nicht bezahlt werden. Viele Familien verschulden sich aufgrund der hohen Energiekosten; hohe Grundgebühren und Beschaffungspreise von energieeffizienten Geräten führen dazu, dass für einkommensschwache Haushalte die Energiepreise proportional zum Haushaltseinkommen weit mehr gestiegen sind. Erhebliche Einschnitte an Lebensqualität und eine Prekarisierung der Verhältnisse einkommensschwacher Personen sind die Folge. Natürlich sind steigende Strompreise *auch* eine Folge der Investitionen in erneuerbare Energien, allerdings nicht nur: Preisfestlegungen innerhalb der Monopolstruktur der »Großen Vier« und steigende Rohstoffpreise tragen ihren Teil dazu bei.

Erhöhte Produktionskosten von Energie müssen nicht dazu führen, dass der Zugang zu Energie verwehrt wird. Auch die Umlegung von Kosten ist eine politische Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Eine ökologische wie sozial gerechte Bearbeitung der steigenden Energiekosten kann auch in Energiesparmaßnahmen liegen – doch an einer drastischen quantitativen Senkung der Energiekonsumption haben die Privateigentümer der Energieproduktion kein Interesse. Im Gegenteil, aus steuerlichen Gründen sowie zur Gewährleistung von Reservekapazitäten, die nur für Großkraftwerke notwendig sind, haben Großkonzerne ein Interesse an der Produktion von Überkapazitäten.[2] Der Umstellung auf erneuerbare Energien stimmen sie nur zu, solange die Umstellung nicht zu Ungunsten von bereits bestehenden Großkraftwerken geschieht. Eine sozial-verträgliche Verantwortungsübernahme für die globalen Folgen des fossilen Zeitalters ist nur möglich, wenn die Energieproduktion, -verteilung und -konsumption wieder der öffentlichen Kontrolle unterstellt wird. Nur dann kann Energie sowohl für alle zugänglich als auch bezahlbar sein. Die Frage der Energiewende ist eine Frage der Macht, da sie eine Frage der Eigentumsform ist.

Die Einleitung dieses Transformationsprozesses erfordert Bewegung und Politik auf der lokalen Ebene. Stadtwerke, aber auch Kooperativen und Genossenschaften werden daher eine zentrale Rolle im zukünftigen Energiesystem spielen (müssen). Vielerorts entstehen Kampagnen, die für die Rekommunalisierung der Energie und die Gründung neuer Stadtwerke kämpfen. Viele kleinere und mittlere Beispiele für eine kommunale Energiewende gibt es bereits – von den Stromrebellen in Schönau, über das 100-Prozent-Erneuerbare-Energie-Dorf Jühnde oder den Ausstieg von Stadtwerken aus Kohlekraftwerksprojekten in Brunsbüttel. Beim Berliner Energietisch geht es, wie bei der Hamburger Kampagne »Unser Hamburg – Unser Netz« um eine neue Größenordnung: sozial-ökologische Energieproduktion für fast 3,5 Millionen Menschen. Der Berliner Energietisch ist eine Plattform[3] aus Nichtregierungsorganisationen, Umweltverbänden und antikapitalistischen Gruppen für die Rekommunalisierung der Stromnetze und die Gründung eines Stadtwerks. Die Konzessionsverträge über die Berliner Stromnetze mit

Vattenfall laufen aus; das öffnet ein Fenster für die Wiederaneignung kommunaler Infrastruktur. Ziel der Initiative ist ein Volksentscheid über einen Gesetzesentwurf zur Gründung einer Netzgesellschaft und eines Stadtwerkes in Berlin. Dabei geht es auch um die Stärkung basisdemokratischer Demokratie: Der Verwaltungsrat soll sich mehrheitlich aus Vertretern der Beschäftigten und direkt von der Bevölkerung gewählten Mitgliedern (13 von 15) zusammensetzen. Der Verwaltungsrat bestimmt u.a. die täglichen Leitlinien der Geschäftspolitik und benennt die Geschäftsführer. Auf jährlich stattfindenden Versammlungen auf der Ebene der Berliner Bezirke kommen die KundInnen des Stadtwerks und andere Interessierte zusammen und werden von einem Mitglied aus dem Verwaltungsrat über vergangene und zukünftige wichtige Entscheidungen des Energie Stadtwerks informiert. Die Versammlungen sind nicht nur ein Ort, an dem der Verwaltungsrat direkte Rechenschaft ablegen muss; hier können sich Initiativen gründen, um eine Entscheidung des Verwaltungsrats zu blockieren bzw. Vorschläge zu erarbeiten, mit denen sich der Verwaltungsrat befassen soll. Dies bedeutet nicht, dass die Bevölkerung alleinige Entscheidungsinstanz bei Fragen der Energieversorgung ist. Doch es wird ein kollektiver und öffentlicher Raum geschaffen, in dem Fragen der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung verhandelt werden. Durch diese Verschiebung vom Privaten zum Öffentlichen, vom Individuellen zum Politischen bilden diese Versammlungen eine entscheidende Voraussetzung für Energiedemokratie.

Aber Demokratie ist auch eine Frage von Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Das Berliner Energie Stadtwerk wird daher allen Berlinern einen möglichst kostengünstigen Zugang zu Energie ermöglichen und dafür Sorge tragen, dass es unmöglich ist, den Strom abzuklemmen. Einer Verschwendung von Energie soll durch nach Verbrauch gestaffelte Preise entgegengewirkt und so der Energieverbrauch reduziert werden. Nicht zuletzt in ökologischen Fragen kann das Berliner Stadtwerk einen Meilenstein darstellen. Woraus soll Energie für Berlin gewonnen werden, woher stammt diese und wie wird sie erzeugt? Um den Klimawandel nicht weiter anzuheizen und unserer Verantwortung Rechnung zu tragen, soll die Berliner Energieversorgung schnellstmöglich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern stammen und dezentral und lokal gewonnen werden. Dazu gehört, dass die Energieversorgung Berlins nicht aus Ländern des globalen Südens gespeist werden darf. Andernfalls droht eine Rekolonialisierung, z.B. wenn Rohstoffe eher exportiert werden, anstatt sie für das Wohl der lokalen Bevölkerung zu nutzen. Vattenfall, der Hauptenergieerzeuger für Berlin, praktiziert das anders. Sein ohnehin magerer Anteil an erneuerbaren Energien stammt u.a. aus Holzhackschnitzeln aus Liberia. Das Holz wird gewinnorientiert nach Deutschland exportiert, anstatt die lokale Bevölkerung zu versorgen, und immer mehr Menschen werden in Nutzungskonflikten von ihrem Land vertrieben.[4]

Auch das Berliner Energie Stadtwerk wäre eingebunden in die kapitalistische Wirtschaft und muss daher Gewinne machen. Diese Gewinne sollten ausschließlich für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen und eine soziale

Ausgestaltung der Energieversorgung (z.B. kostenfreie Grundversorgung und mit dem Energieverbrauch progressiv ansteigende Energiepreise) genutzt werden. Wir schaffen somit die Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaft dem guten Leben aller dient und nicht den Profitinteressen von Konzernen wie Vattenfall.

Diese Maßnahmen sind keine Beseitigung des kapitalistisch Organisierten. Insbesondere ändert sich wenig am warenförmig organisierten Zugang zu Energie, und das Stadtwerk wird auch weiterhin in kapitalistischer Konkurrenz zu anderen Anbietern stehen. Dennoch können sie im Sinne eines »radikalen Reformismus« Schritte hin zu einer emanzipatorischen und sozial-ökologisch gerechten Gesellschaftsordnung sein.

Die Einbeziehung von und der Austausch mit den ProduzentInnen der Energie wird wohl erst in Zukunft eine Rolle spielen können. Durch die Forderung, dass Energie regional und dezentral erzeugt werden soll, lassen sie sich nicht beliebig erweitern. Es wird sich also die Frage stellen, wofür der erzeugte Strom und die Wärme genutzt werden sollen.

Das Berliner Beispiel zeigt, dass Forderungen nach und Kämpfe für eine Rekommunalisierung der Energieproduktion auch Anknüpfungspunkte für linke Debatten und Kämpfe um *commons*, Vergesellschaftung und »soziale Infrastruktur« bieten. Diese Ansätze betonen die Notwendigkeit von Selbstverwaltung und kollektiven Entscheidungsprozessen bei der Verteilung dieser Güter als Voraussetzung für deren sozial und ökologisch gerechte Nutzung, eine Transformation des öffentlichen Raumes sowie der Veränderung des Charakters des Gutes an sich.

Verbindendes Element der Kämpfe ist, dass sie sich um Güter drehen, die so zentral für den individuellen und gesellschaftlichen Erhalt sind, dass sie nicht in Warenform, sondern als Grundgut zur Verfügung gestellt werden müssen. Ebenso lassen sie sich als Kampf um die Wiederaneignung und Transformation des öffentlichen Raumes verstehen, der seit Einzug des Neoliberalismus enteignet wurde: »Reclaim the State!« (Wainwright 2009 u. 2011).

Auf der anderen Seite gibt es Initiativen für die Rekommunalisierung der Energieversorgung, es entstehen Energiegenossenschaften oder Gemeinden, die energiesubsistent produzieren, die oftmals keine radikal andere Gesellschaft wünschen, wie sie in den Kämpfen und Bewegungen zu *commons* und Vergesellschaftung angedacht wird. Dennoch zeigen sich hier Unzufriedenheit, Vertrauensverluste in die Energiepolitik der Herrschenden und der Versuch, dieser alternative Modelle entgegenzustellen. Eine revolutionäre Realpolitik muss beide verbinden können.

LITERATUR

Altvater, Elmar, 2005: *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen*, Münster
Wainwright, Hilary, 2009: *Reclaim the State: Experiments in Popular Democracy*, London
Dies. und John Holloway, 2011: Kapitalismus aufbrechen oder den Staat zurückfordern?, in: *Luxemburg* 3/11, 146ff

1 www.vzbv.de/mediapics/eckpunktepapier_energiearmut_14_04_2008.pdf.

2 Vgl. Antrag der Gruppe PDS zur Neuordnung und Demokratisierung der Elektrizitätswirtschaft vom September 1997, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/085/1308553.asc (unter Begründung Punkt 7).

3 Die vorgestellten Maßnahmen und ihre Bewertung bilden nicht die Meinung aller im Energietisch vertretenen Gruppen gleichermaßen ab.

4 http://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2011/07/HOLZ-aus-AFRIKA_2.AuflageWeb050911.pdf

DIE NIGERIANISCHE REVOLUTION HAT BEGONNEN

SOKARI EKINE

12.1.2012. Es ist der neunte Tag des nigerianischen Aufstands, und die bloße Energie und das Tempo der Stimmen, die im Sekundenabstand zu Hunderten über den Bildschirm twittern, sind atemberaubend. Der Generalstreik (4. Tag) ist immer noch voll im Gang, und bisher hat die Arbeiterbewegung zur allgemeinen Erleichterung, vielleicht auch zur allgemeinen Überraschung, nicht kapituliert, trotz aller Gerüchte über Angebote von hohen Bestechungssummen.

In einer der ermutigendsten und bedeutsamsten Aktionen hat die Ölarbeitergewerkschaft PENGASSAN ihre Unterstützung für den unbegrenzten Streik erklärt und alle Förderplattformen angewiesen, sich auf eine völlige Einstellung des Betriebs vorzubereiten: »Alle Nigerianer sollten wissen, dass die Frage der Benzinsubventionen nur eine Spitze des Eisbergs in einer Unmenge von Problemen ist, die dringend gelöst werden müssen. Wir rufen auf diesem Wege alle Nigerianer dazu auf, nicht nachzulassen, sondern auf den

gemeinsamen Willen des Volkes zu vertrauen, uns von dieser Misswirtschaft zu befreien.«

Die Benzinversorgung ist der Funke, der das Feuer entfachte, aber es ging nicht nur um die Benzinversorgung. Die Abschaffung der Subventionen ist eine schreckliche Belastung für die Nigerianer, für die große Mehrheit, die damit weder materiell noch emotional fertig wird.

Tatsache ist, dass Nigeria Millionen Dollar mit dem Verkauf von Rohöl verdient. Das Öl wird exportiert, und weil unsere Raffinerien ständig kaputt sind, müssen wir dann Benzin importieren. Eine Clique privater Händler hat dafür die Lizenzen bekommen. Sie lügen, sie betrügen, sie stehlen und sie werden dafür subventioniert, und wir alle müssen dafür bezahlen. Hinzu kommen die Milliarden Dollar, die von Politikern und Regierungsbeamten verschwendet und unterschlagen wurden, von Leuten, die ein Land regieren, das seit fünfzig Jahren nicht dazu in der Lage ist, sein eigenes Öl zu verarbeiten. Zu dieser Verschwendung gehören auch die schamlosen Personalausgaben von Politikern, die sich, wie wir erfahren, nicht einmal ihre Lebensmittel kaufen müssen.

Ich bin keine Revolutionshistorikerin, aber ich möchte hier zusammenfassen, was bisher geschehen ist, und anhand einiger Fakten und Analysen Fragen aufwerfen.

EINHEIT

Eines der Hauptnarrative des Protests ist »Einheit«. Nigerianer aller Religionen und Ethnizitäten versammeln sich. Abuja und Lagos waren zwar die Epizentren, aber die Demonstrationen fanden im gesamten Südwesten und in einigen Großstädten des Nordens statt, in weit geringerem Maße auch in einzelnen Teilen des Nigerdeltas.

Nigeria ist ein Militärstaat und war dies auch während der größten Zeit seines Bestehens gewesen. Militarisierung erzeugt eine Kultur der Gewalt, die vom Staat wie auch von den Bürgern zur Lösung der Probleme eingesetzt wird. Wenn die Regierung ihre militaristische Reaktion des »Schießbefehls« praktiziert und manche Bundesstaaten Ausgangssperren verhängen, kann Gewalt zu einem Dauerzustand werden. Als nächstes wird die Regierung im ganzen Land den Ausnahmezustand verhängen, um gegen das nigerianische Volk die Armee einsetzen zu können.

Von der Polizei wurden bisher 25 Menschen getötet und Hunderte verletzt, unter anderem bei blutigen Polizeiübergriffen in Kano, wo Christen und Muslime gemeinsam demonstriert hatten. In Minna im Bundesstaat Niger steckten randalierende Demonstranten den Amtssitz des Gouverneurs und andere Gebäude in Brand; ein Polizeibeamter wurde getötet. Es kursieren Geschichten, dass manche Demonstranten dafür bezahlt werden, die Regierung zu unterstützen, während andere von regierungsfeindlichen Eliten oder früheren Politikern dafür bezahlt werden, gegen die Regierung zu demonstrieren.

Vor dem Hintergrund der Demonstrationen und der ethnisch-religiösen Einheit gab es eine Reihe weiterer schlimmer und gewaltträchtiger Ereignisse. Dazu gehört das immer dreistere Auftreten der Boko-Haram-Sekte, die nach den abscheulichen Bombenanschlägen auf Kirchen am Weihnachtstag weiter ungestraft tötet und Blut

vergießt. Man hat sich immer gefragt, wer die Boko-Haram-Leute eigentlich sind und ob sie nicht von Eliten aus dem Norden unterstützt werden. Wenn man der Erklärung von Goodluck Jonathan glaubt, wäre es durchaus möglich, dass es letztlich darum geht, ihn als Präsidenten zu stürzen. Also ein verkappter Staatsstreich.

Wir dürfen aber nicht übersehen, dass Jonathan diese Enthüllung während eines Aufstands publik gemacht hat. Will er damit Sympathien gewinnen oder uns warnen, dass es noch schlimmer kommen könnte? Wir wissen, dass Leute aus dem Norden den Südosten verlassen und dass gleichzeitig Leute aus dem Süden den Norden verlassen. Die Parallelen zu den Ereignissen in den Jahren 1966/67, die damals zum Bürgerkrieg führten, sind offensichtlich.

AMBIVALENTE UNTERSTÜTZUNG IM NIGERDELTA

Die Frage bleibt auch, warum es relativ wenige Streiks und Demonstrationen im Nigerdelta und in den dortigen Igbo-Staaten gab. Es ist ja nicht so, dass die Abschaffung der Benzinsubventionen dort populärer war als anderswo. Aber: »Die Arbeiter wurden gekauft«, erklärt der Umweltaktivist Fidelis Allen in Bezug auf den Nigerian Labour Congress (den Nigerianischen Gewerkschaftsbund) und zitiert die Worte eines Ogoni-Landsmanns: »Wir haben im Bundesstaat Rivers geglaubt, als Zivilgesellschaft könnten wir mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, aber sie sind in Rivers eingeknickt. Aufgrund der Abschaffung der Ölsubventionen machen sich schon zunehmende Risse im Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft, dem Nigerian Labour Congress und dem Trade Union Congress bemerkbar, was die Kampfstrategien betrifft. In Lagos, Kaduna, Abuja und anderen Städten gab es riesige Demonstrationen, aber nicht in Port Harcourt in Rivers, wo NLC und TUC jetzt beschuldigt werden, sie hätten sich kaufen lassen.«

Noch komplizierter wird die Lage im Nigerdelta dadurch, dass der mächtige und inzwischen etablierte Ijaw Youth Council, der seine Hochburg im Bundesstaat Bayelsa hat, bisher keine offizielle Erklärung zur Abschaffung der Benzinsubventionen oder zu den landesweiten Streiks abgegeben hat. Der IYC wurde 1998 in der Stadt Kaiama gegründet, in einer Periode starker Militarisierung der Kernstaaten der Deltaregion – mit der Zerstörung der Stadt Odi durch die nigerianische Armee, der Ausplünderung von Kaiama und anderen Angriffen auf Zivilisten.

Das Agieren des IYC steht jedenfalls im Widerspruch zu Erklärungen anderer Jugendorganisationen der Deltaregion, zum Beispiel der Niger Delta Youth Coalition, die nicht nur die Streiks unterstützt, sondern auch damit gedroht hat, die Ölförderung zu sabotieren. »Wir sagen Nein zur Abschaffung der Benzinsubventionen, weil die Nigerianer nicht an dieser Entscheidung beteiligt waren. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht. Wir haben bisher tausend Naira [knapp 5 Euro] für die Fahrt von Warri in unsere Dörfer in der Bucht bezahlt, aber jetzt zahlen wir zehntausend. Man kann nicht sagen, dass die Abschaffung der Benzinsubventionen den Armen hilft, die Armen haben darunter zu leiden. [...] Wir geben Präsident Jonathan 24 Stunden Zeit, den Benzinpreis wieder auf 65 Naira [ca. 30 Cent] zu senken, und wenn



© ddp images/AP

er das nicht tut, gehen wir wieder in unsere Gemeinschaften zurück und [...] werden [...] dafür sorgen, dass alle Ölförderanlagen in der Bucht nicht mehr funktionieren.«

Interessanterweise hat eines der Gründungsmitglieder des IYC, Isaac Osukoa, Direktor von Social Action Nigeria, zum Ausdruck gebracht, wie enttäuscht und abgestoßen die Bewohner des Nigerdeltas seiner Meinung nach vom jetzigen Präsidenten sind. Viele Nigerianer hätten anfangs geglaubt, dass Goodluck Jonathan »einen erfrischenden Wandel gegenüber der Vergangenheit darstellt«, aber dann festgestellt, »dass er nicht der Wandel ist, den das Land braucht. Jonathan ist eigentlich der schlechteste Präsident, den die herrschende Klasse je in Nigeria eingesetzt hat.«

Eine weitere Gruppe, die sich bisher nicht einordnen lässt, sind die früheren Aktivisten aus den verschiedenen Zweigen der »Bewegung für die Emanzipation des Nigerdeltas« (MEND) und der »Freiwilligenarmee der Nigerdelta-Bevölkerung« (NDPVF), die vielfach enge Gefolgsleute Jonathans, der Bundesstaats-Gouverneure und einflussreicher Ölhändler sind. Die Führungshierarchie unter den Aktivisten befindet sich selbst wieder in einem Konflikt mit der Basis, die sich vielfach betrogen und im Stich gelassen fühlt. Da sie nicht in ihre Heimat zurückgehen können, wo man sie entweder fürchtet oder verstoßen hat, und weil sie trotz der Ausbildung, die sie erhalten haben, keine Arbeit finden, bleiben sie desillusionierte junge Männer und Frauen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Deutlich wird, dass die Occupy-Nigeria-Bewegung über keine wirklich sozioökonomische oder geschlechterpolitische Analyse verfügt (kein Wunder in diesen Männerzirkeln). Es gab keine Diskussion über die Folgen der massiven Preissteigerungen für Frauen und Kinder; bei den Demonstrationen selbst, bei dem, was außerhalb der Versammlungen und Plakate passiert, gibt es Probleme wie Sexismus, Homophobie und Jagden auf Frauen und Mädchen. Es ist unklar, ob überhaupt Frauenorganisationen offiziell an den Demonstrationen beteiligt oder in den Gewerkschaften vertreten sind. Zwar haben sich ein paar prominente Frauen den Demonstrationen angeschlossen oder sie unterstützt. Aber eine Bewegung von Frauen gab es kaum.

Nigeria hat eine reiche Geschichte sozialer Proteste. Sie wurde zum großen Teil auch von Frauen geschrieben, und wir können aus dieser Geschichte viel lernen, um Bildung, Erziehung und sozialen Protest zusammenzubringen.

Es gab auch keine Diskussion über die massiven Ungleichheiten von Arm und Reich. Bei der Organisation der Occupy-Bewegung standen junge, aufstrebende Upper-Class-Unternehmer, NGO-Funktionäre, Prominente und Künstler im Vordergrund, die arbeitenden und beschäftigungslosen Massen schlossen sich an. In Lagos treten jetzt schon Spannungen zwischen den dortigen Area Boys, den Einheimischen und »ihren« Musikern einerseits und den vielfach aus wohlhabenderen Stadtteilen kommenden Occupy-Demonstranten andererseits auf. Werden die Eliten der Bewegung die Kontrolle über sie behalten? Was passiert, wenn die Subventionsentscheidung zurückgenommen wird? Werden sie dann eine kohärentere Diskussion entwickeln, die Fragen wie Korruption, Governance, soziale und ökonomische Gerechtigkeit mit einbezieht? Und wird soziales Medien-Engagement dafür ausreichend sein?

Die Frage der Einheit ist vielschichtig. Ich glaube, dass die Mehrheit des Landes nicht nur hinter den Streiks, sondern auch hinter der Occupy-Bewegung steht, die den Status quo ernsthaft in Frage stellt und mit der Herrschaft der Kleptokratie ein für allemal Schluss machen will. Es gibt aber noch andere, kleine, aber äußerst mächtige Interessengruppen, die für oder gegen die Regierung arbeiten: Boko Haram und wer auch immer dahintersteht, Jonathan und vielleicht manche der früheren Nigerdelta-Aktivisten, Senatoren und Gouverneure, die um ihre Macht und um ihren Reichtum fürchten, die Gewerkschaftsbewegung und insbesondere die Ölarbeiter – wie sehr kann man auf sie zählen? – oder die Ölhandelsmafia. Und es gibt natürlich den religiösen Faktor, die Kumpanei zwischen einem allmächtigen Staat und einer Reihe äußerst einflussreicher religiöser Institutionen.

In Nigeria geht es um Öl, um nichts anderes. Vergessen wir nicht, dass die multinationalen Ölkonzerne schon jetzt gewaltige Verluste erwarten und dass es zu einer völligen Stilllegung des gesamten Sektors kommen kann. Und was ist am Ende dieser Ölspur mit den USA und anderen Importeuren von nigerianischem Rohöl?

Das Original »See, the Nigerian revolution has begun« ist publiziert unter www.pambazuka.org. Aus dem Englischen von Thomas Laugstien





Beide Fotos: © ddp images/AP

UND NOCH EIN GIPFEL

MÖGLICHE NEUORIENTIERUNGEN UND FALSCHE VERSPRECHEN

ULRICH BRAND

Der 20. Jahrestag der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung ist Anlass, wie schon bei »Rio+5« in New York und »Rio+10« in Johannesburg über Erfolge und Misserfolge zu beraten. Jenseits der diplomatischen Kreise und wissenschaftlichen wie publizistischen Optimisten wurde der »Rio-Typus von Politik« schon lange kritisiert, weil damit die vielfältigen Konflikte um die Aneignung der Natur und die politische Ökonomie von Umwelt- und Ressourcenpolitik in Form eines tief verankerten industriell-fossilistischen Kapitalismus unterschlagen werden. Internationale Politik diesen Typus basiert darauf, dass die unterschiedlichen »nationalen Interessen« heterogener Bevölkerungen homogenisiert werden könnten, um sodann von Regierungen repräsentiert und durch harte Verhandlungen mit »Menschheitsinteressen« kompatibel gemacht zu werden. Da gesellschaftlich breit verankerte Orientierungen an Wirtschaftswachstum, Automobilität oder Fleischkonsum hegemonial bleiben, schottet sich dieser Politiktypus gegen

mannigfaltige alternative Anliegen, Erfahrungen und Interessen ab. Die Problemdeutungen (»Menschheitsprobleme« wie Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit, Armut) und die davon ausgehenden Politiken sind einer westlich-rationalistischen, naturwissenschaftlichen und männlich-bürokratischen Perspektive verhaftet. Wenn es dennoch wie etwa in der Biodiversitätskonvention zur Anerkennung des Wissens lokaler Bevölkerung und indigener Gemeinschaften kam, war dieses Wissen nie relevant für die politischen Prozesse.

Die neoliberale Globalisierung bedeutete nicht nur eine Schwächung von Staaten in sozial- und umweltpolitischen Fragen, sondern eine Intensivierung der ökonomischen und imperialen Konkurrenz, welche die kooperative Bearbeitung von Umweltfragen in den Schatten stellte. In den Post-Rio-Prozessen spielte die Auseinandersetzung mit diesen wirkungsmächtigen Prozessen der neoliberalen Globalisierung, die sich politisch-institutionell in der Gründung der WTO 1995 äußerten, keine Rolle. Ganz im Gegenteil: Der diplomatische Optimismus wurde vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan 2002 zur »Rio+10«-Konferenz in Johannesburg auf die Spitze getrieben: »Wir müssen die Globalisierung für nachhaltige Entwicklung nutzen.« Derlei Formen des globalen Umweltarrangements kommen an die imperiale Produktions- und Lebensweise des fossilistischen Kapitalismus nicht heran. Es sind letztlich die miteinander konkurrierenden privat-kapitalistischen Unternehmen, welche die Produktions- und damit Konsumnormen setzen. Die Orientierung an grünen Lebensstilen und Leitbildern wie etwa attraktiver Mobilität oder Ernährung greift zu kurz.

Diese Strukturblindheit des Rio-Prozesses ist eine Konstante. Ab 2000 führt der Aufstieg der »Schwellenländer« den Modus von Einsicht und Kooperation vollends *ad absurdum*. Die internationalen umweltpolitischen Institutionen sind zu Terrains geworden, auf denen geopolitische und geoökonomische Konflikte ausgetragen werden (Wissen 2010). Die Versprechen auf globales Umweltmanagement verlieren an Überzeugungskraft. Die indische Regierung etwa pocht auf ihre Verschmutzungsrechte in Sachen CO_2-Emissionen, die sich auf ein Recht auf »Entwicklung und Wachstum« gründen. Die EU verschärft ihre Ressourcenpolitik, damit die stofflichen Grundlagen des europäischen Industriekapitals gesichert bleiben. Vorrangig gehe es um Umwelt- und Ressourcenschonung in jenen (ökonomisch weniger entwickelten) Ländern und Regionen, in denen der »Grenznutzen« höher sei. Dass die Senkung der CO_2-Emissionen hier vor allem dadurch erreicht wird, dass schmutzige Produktion profitabel in andere Länder verlagert wird, wird ausgeblendet. Die vermeintliche Zauberformel von »Effizienzrevolution« und »technologischer Innovation« hat bisher nicht ausgereicht, den CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Mit dem Ausstieg Kanadas aus dem Kyoto-Protokoll ist deutlich geworden, dass der »Rio-Typus von Politik« gescheitert ist.

NUR EINE SHOW?

Ob »Rio 2012« mehr als eine Show der vor politischem und wirtschaftlichem Selbstbewusstsein strotzenden brasilianischen Regierung werden wird, muss sich zeigen. Die Delegationen und wahrscheinlich einige Staatschefs treffen sich nur drei Tage, das ist

in der Welt der Diplomatie ein Zeichen für geringen Stellenwert. Unwahrscheinlich, dass Debatten über das Scheitern des Rio-Prozesses bzw. über Alternativen geführt werden, z.B. über eine sozial-ökologische Reform der internationalen Institutionen. *Umweltpolitik* im Sinne einer drastischen Senkung des Ressourcenverbrauchs wird ein »schwaches« Politikfeld bleiben, solange bürgerlich-kapitalistische Umgangsweisen mit Natur auf deren Beherrschung und Inwertsetzung zielen. *Ressourcenpolitik* ist Wirtschafts-, Außen- und zunehmend Finanzpolitik. Das macht Politiken gegen steigende Emissionen und Klimawandel oder gegen die Erosion der biologischen Vielfalt nicht unmöglich, aber sie finden im Schatten mächtigerer Politiken und Interessen statt, die von wachsenden Konkurrenzen um Ressourcen und Verschmutzungsrechte auf dem Weltmarkt geleitet sind. Aus Sicht des politischen und wissenschaftlichen Establishments sind die institutionellen Fragmentierungen ein Hauptproblem unzureichender Umweltpolitik. Seit Jahren wird daher diskutiert, ob die vielfältigen Umweltinstitutionen in einer »Weltumweltorganisation« zusammengefasst werden sollten, die mehr Durchsetzungsfähigkeit entfalten kann.

Zwei Entwicklungen könnten Rio 2012 dennoch Bedeutung verleihen: das Scheitern des Kyoto-Protokolls und die Dynamik, mit der die Strategie einer grünen Ökonomie gefördert wird.

Wird also nach dem bisherigen Scheitern noch stärker auf technologische Innovationen als Treiber kapitalistischer Konkurrenz gesetzt? Könnten regionale Kooperationen eine stärkere Rolle spielen? Oder wird ein öko-autoritärer Diskurs gestärkt, in dem innergesellschaftlich Verzicht (der Massen) und international offene Gewalt salonfähig werden? Falls die Zersetzung des Kyoto-Protokolls als zentralem Baustein der Klimarahmenkonvention weitergeht, dürfte in Rio um eine – zumindest symbolische – Neuorientierung gerungen werden, bei der diese Optionen eine Rolle spielen werden.

VERSPRECHEN »GRÜNE ÖKONOMIE«

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP startete im Jahr 2009 eine *Green Economy Initiative*, an die inzwischen zahlreiche Akteure anknüpfen: OECD, ILO, Weltbank, viele nationale Regierungen, Think Tanks, Stiftungen und einige grüne und sozialdemokratische Parteien. Es sollen politische Rahmenbedingungen für eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft und die Schaffung »grüner« Jobs gesetzt werden. Diese sollen durch Einpreisung der Kosten ökologischer Schäden »Marktversagen« korrigieren. Ökologische Steuerreformen sollen vorangetrieben, strategische Investitionen und nachhaltige Infrastrukturen gefördert werden. Um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen, werden auch begrenzte Verteilungs- und Sozialpolitiken aufgerufen.

Der Begriff der Grünen Ökonomie ist ein relativ offener Container-Begriff, der vielfältige Perspektiven und Strategien zulässt (vgl. Brunnengräber/Haas 2011). Grüne Ökonomie ist ein Versprechen, eine orientierende große Erzählung, um in Zeiten der (multiplen) Krise produktive Lösungen anzubieten, das Wirtschaftswachstum – »grün« ausgerichtet – wieder anzukurbeln und Verteilungsspielräume zu erweitern (Candeias/Kuhn 2008).

Die ökonomistische Semantik der Grünen *Ökonomie* löst die – im Begriff der Nachhaltigkeit noch enthaltene – Spannung zwischen »Ökologie« und »Ökonomie« auf. UNO-Chef Ban Ki-Moon z.B. behauptet, es handle sich um einen »Mythos, dass Wirtschaft und Umwelt Gegensätze« sind. Ideologiekritisch betrachtet ist das Unsinn. Hinter der Verheißung verbirgt sich jedoch eine reale Dynamik: Die Produktivkräfte sind weiter entwickelt als zu Beginn der 1990er Jahre. Zugleich macht die Aussicht auf lukrative Investitionsmöglichkeiten in Zeiten der »große Krise« Anlegern Hoffnung. Wirtschaftspolitische Strategien einer Grünen Ökonomie erhalten damit eine neue materielle Grundlage, besonders bei Energieerzeugung und -verwendung, bei Antriebsmotoren oder auch der Effizienzsteigerung durch intelligente Informatisierung der Produktion, des Verkehrs.



flickr/emerille

WIRKUNGSMACHT – AUF DEM WEG IN EINEN GRÜNEN KAPITALISMUS

Die Akzeptanz, welcher eine Politik der grünen Ökonomie bei den globalen Eliten bedarf, kann durch die Rio+20-Konferenz verstärkt werden. Großprojekte wie Desertec oder Offshore-Windkraft werden damit in einen globalen Kontext gestellt, umstrittene Projekte wie Geo-Engineering oder CO_2-Abscheidung und Speicherung als Beitrag zu Nachhaltigkeit und Grüner Ökonomie gerechtfertigt. Damit könnte die *Strategie* einer Grünen Ökonomie Wirksamkeit entfalten, obwohl sie – wie schon die Strategie »nachhaltiger Entwicklung« – am eigenen Anspruch eines grundlegenden Umbaus scheitern muss. *De facto* läuft die Strategie auf die Herausbildung eines *grünen Kapitalismus* hinaus. Ein solcher würde eine neue Periode der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse einleiten, ohne die ökologische Degradation zu stoppen. Er wird, wie alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter Bedingungen der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise, selektiv sein, vielen Menschen zu mehr Einkommen und einem höheren Lebensstandard verhelfen, andere Menschen und Regionen ausschließen oder gar ihre Lebensgrundlagen zerstören. Die »oligarchische« oder »imperiale« Lebensweise in den Ländern des »globalen Nordens« wird sich zwar ausweiten, sie ist aber nicht verallgemeinerbar. Auch innerhalb der wohlhabenden Gesellschaften finden weiterhin Ausschlüsse statt, die in den Strategien der grünen Ökonomie kaum erwähnt werden (Wichterich 2011).

Bleibt unter solchen Bedingungen realpolitisch nur übrig, grüne Kapitalfraktionen zu stärken und sich ihren zweifelhaften Steuerungsoptimismus zu eigen zu machen? Welche Veränderungen können so initiiert werden? Gesellschaftliche Veränderungen reduzieren sich nicht auf die vermeintlich richtigen politischen Rahmenbedingungen, und Politik kann nicht voluntaristisch gegen herrschende Interessen und tief verankerte Produktions- und Lebensweisen vorgehen. Grundlegende Alternativen entstehen aus praktischer Kritik an den Verhältnissen und konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heraus, die sich keineswegs auf eine Art Grüne Ökonomie reduzieren lassen. Und sie entwickeln sich politisch häufig von den Rändern her – das behagt einer aufgeklärten Management-Perspektive nicht. In Ländern wie Deutschland oder Österreich könnten sich mittelfristig grün-kapitalistische Entwicklungsmodelle durchsetzen, wenn sich unterschiedliche Kräfte um dieses Projekt gruppieren. Auch in den USA und China deuten staatliche Krisenpolitiken darauf hin, dass Interessen an ökologischer Modernisierung wichtiger werden. In Großbritannien wiederum ist eine Diskussion um eine grüne Ökonomie eng mit dem Finanzsektor und der Frage von Finanzdienstleistungen – etwa im Bereich des Emissionshandels – verbunden. Noch sind diese Akteursgruppen im kapitalistischen Kräftefeld in aller Regel subaltern, fragmentiert und widersprüchlich. Sie sind kein hegemonialer Block, aber sie sind politikfähig, weithin legitim und imstande, sich in Teilbereichen durchzusetzen und dort Übergangsprozesse nicht nur zu initiieren, sondern auch zu kontrollieren. Sie können auch – wie etwa die energiepolitische Auseinandersetzung in den USA zeigt – dem fossilistischen Block Öffnungen zu einem Politikwechsel aufzwingen, ohne ihn aber dominieren zu können. Diese Strategien und die sie tragenden Kräftekonstellationen könnten »Staat werden«, wenn sie Kräfteverhältnisse verdichten helfen und sie unter Führung von bestimmten ökonomischen und politischen Machtgruppen ein solches Projekt vorantreiben und staatlich absichern. Inwiefern das »Rio+20«-Treffen ein Kristallisationspunkt für die Verallgemeinerung einer solchen orientierenden Erzählung wird, ist angesichts von Krise und Konflikten offen.

LITERATUR

Candeias, Mario, und Armin Kuhn, 2008: Grüner New Deal. Ein kapitalistischer Weg aus der Krise?, in: *Das Argument* 279, 50. Jg., 805–12

Brand, Ulrich, 2012: Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development, in: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society,* März, (i.E.)

Ders., und Markus Wissen, 2011: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: A.Demirović u.a. (Hg.), VielfachKrise, Hamburg, 78–93

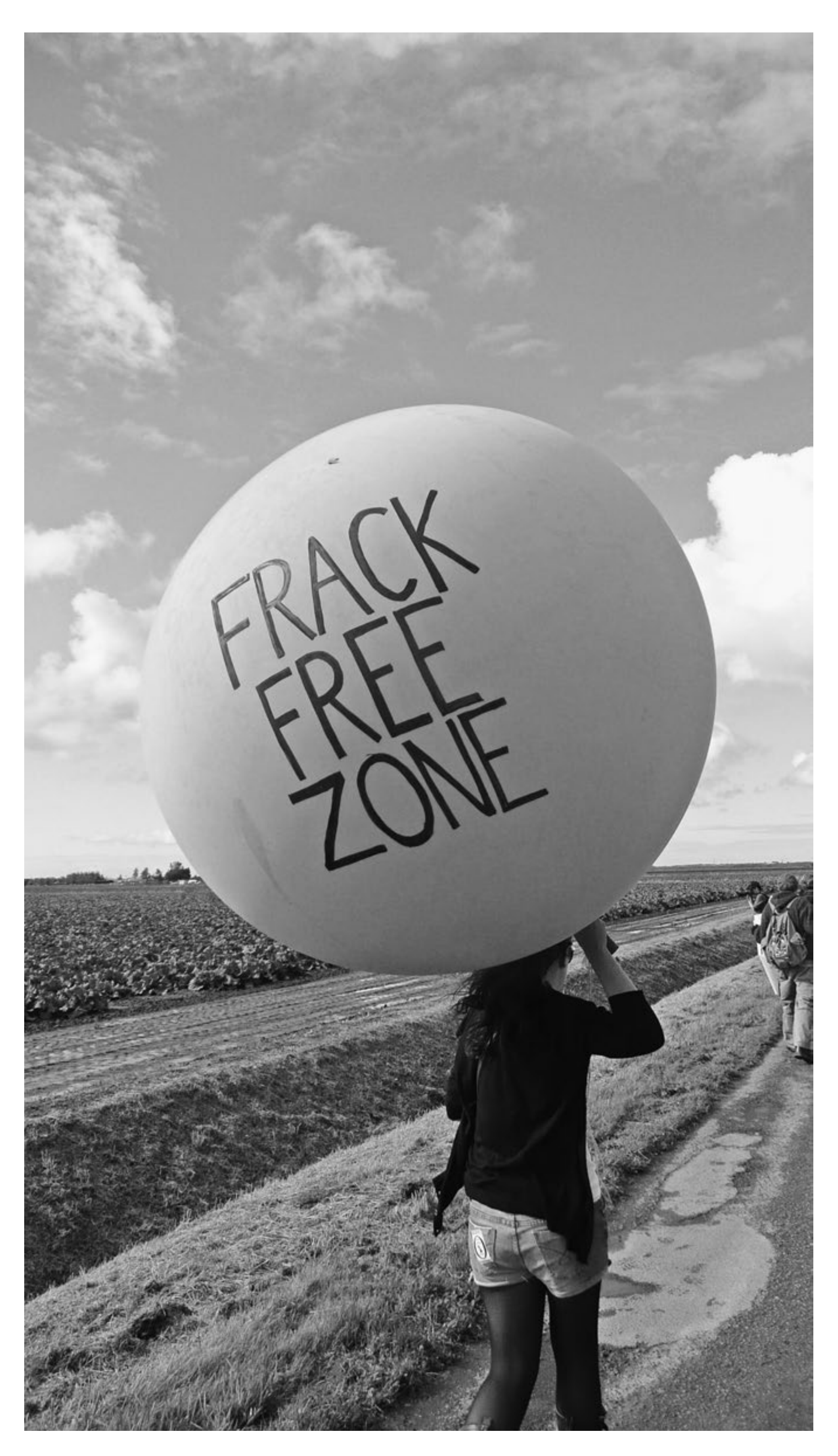
Brunnengräber, Achim, und Tobias Haas, 2011: Green Economy – Green New Deal – Green Growth: Occupy Rio plus 20, in: *Wirtschaft&Entwicklung-Hintergrund*, November, 1–3; www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org

BUKO – Bundeskoordination Internationalismus, 2008: Vergesst Kyoto! Die Katastrophe ist schon da, in: *Widerspruch* 54, 28. Jg., 41–52

Görg, Christoph, und Ulrich Brand (Hg.), 2002: *Mythen globalen Umweltmanagements. »Rio+10« und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung*, Münster; www.univie.ac.at./intpol

Wichterich, Christa, 2011: Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy, in: *informationen für die frau*, Oktober, Berlin, 5–7

Wissen, Markus, 2010: Klimawandel, Geopolitik und imperiale Lebensweise: Das Scheitern von »Kopenhagen« und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik, in: *Kurswechsel*, H. 2, 30–8



flickr/Justin Woolford

FUCK FRACKING

GEGEN GASBOHREN

JÖRN KRÜGER

Bilder von brennenden Wasserhähnen, Berichte über vergiftetes Grundwasser und das Wort »Fracking« schrecken seit dem letzten Jahr die Bevölkerung in vielen Regionen Deutschlands auf. In den USA, Australien, Südafrika und Frankreich kämpfen bereits hunderte Bürgerinitiativen gegen die rücksichtslosen Methoden großer Konzerne und einer wenig unabhängigen Politik. In Deutschland formierte sich der Widerstand im September 2010, als ExxonMobil ankündigte, im kleinen münsterländischen Dorf Nordwalde nach Erdgas bohren zu wollen.

Seit einigen Jahren laufen in Deutschland Experimente, schwer zu erschließendes Schiefer- und Kohleflözgas zu gewinnen. Diese so genannten unkonventionellen Gasvorkommen enthalten große Mengen Methan, fest eingeschlossen in unterirdischen Gesteinsschichten. Mit dem Verfahren des Hydraulic »Fracking« Fracturing sollen diese Vorkommen erschlossen werden. Millionen Liter eines Wasser-Chemikalien Gemisches werden dafür bei über 1000 bar Druck in den Untergrund verpresst. Dadurch entstehen Risse in den gasführenden Schichten, entlang derer für kurze Zeit Gas gefördert werden kann. Für einen wirtschaftlichen Betrieb sind zehntausende Bohrungen notwendig. Doch mit der steigenden Anzahl an Bohrungen steigen auch die Risiken und Probleme. Milliarden Liter sauberen Oberflächenwassers werden fürs Fracking mit giftigen, krebserregenden und hormonverändernden Substanzen versetzt. Die genaue Zusammensetzung dieses Chemikaliencocktails ist ein Geheimnis der Industrie. Im Untergrund reichert sich das Wasser zusätzlich mit großen Mengen an Salzen, radioaktiven Isotopen, Schwermetallen und Kohlenwasserstoffen an, bevor es wieder an die Oberfläche gelangt.

Die Entsorgung dieses belasteten Wasser ist schwierig. In den USA wird es in offenen Teichen gesammelt, in Flüsse abgeleitet oder an städtische Klärwerke übergeben, die mit der Reinigung überfordert sind. Ganze Städte müssen schon mit Trinkwasser versorgt werden, weil das Oberflächen-

wasser oder Brunnen von Anwohnerinnen und Anwohnern zu stark belastet sind. In Deutschland wird es vor allem in Versenkbohrstellen unter Aufsicht der Industrie im Untergrund »entsorgt«. Der Oscar nominierte Dokumentarfilm »Gasland« von Josh Fox zeigt eindrucksvoll, wie hilflos die US-Bevölkerung den Risiken gegenüber steht. In Deutschland sei so etwas nicht möglich, so einhellig die Industrie, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und die zuständigen Behörden der Bundesländer. Zu streng seien die Gesetze und zu sicher die Verfahren der Industrie.

Doch stimmt das? Die Verfahren sind die gleichen wie in den USA und werden teils von denselben Unternehmen wie Halliburton durchgeführt. Die Gasförderung in Deutschland wird nach dem Bundesbergrecht aus preußischen Zeiten kontrolliert. Für Genehmigungen und Überwachung sind alleine spezielle Behörden der Bundesländer zuständig. Weder die Kommunen vor Ort, noch die Landkreise, Wasser- oder Umweltverbände und schon gar nicht die Bürger haben dabei ein grundsätzliches Mitspracherecht. Alleiniger Auftrag dieser Bergämter ist die Erschließung von Bodenschätzen. Dazu arbeiten sie eng mit den Unternehmen zusammen, in Nordrhein-Westfalen zuletzt zu eng. Nachdem das Landesbergamt mit »Info-Material« der Industrie als »neutrale Information« warb, wurden erstmals Konsequenzen gezogen. Die Behörde wurde umstrukturiert und ein Moratorium für weitere Fracking-Genehmigungen erlassen.

In Niedersachsen ließen sich Vertreter des Landesbergamtes vom Erdgas-Lobbyverband WEG über die Folgen der Gasförderung aufklären. Die Argumente der Behörde ähneln in frappierender Weise denen der Industrie. Der niedersächsische Wirtschaftsminister Bode (FDP) besuchte mit Cowboyhut die Exxon-Mobil Zentrale in Texas. Dort zeigte er sich begeistert über die »hervorragende und transparente Informationspolitik« des Unternehmens, welches in Niedersachsen für hunderte Millionen Euro Steuergelder sorgt.

Kein Wunder also, dass Bürger und Wasserversorger in ganz Deutschland auf die Barrikaden gehen. Kaum eine Bohrung kann momentan begonnen werden, ohne dass sich vor Ort eine Bürgerinitiative bildet. Hunderte Menschen tragen in ländlichen Regionen die Proteste auf die Straße. Im nordrhein-westfälischen Dorf Nordwalde fand die größte Demonstration seit 30 Jahren statt. Vom Chiemsee bis Bremen finden Informationsveranstaltungen statt, die die weniger schönen Seiten der Gasförderung jenseits der bunten Werbebilder der Industrie darstellen.

Momentan ist der Energiekampf um die unkonventionelle Gasförderung in Deutschland vor allem ein »Informationskrieg«. Die Unternehmen schließen Gefahren gleich ganz aus oder verniedlichen sie durch geschickte Formulierungen ihrer PR-Abteilungen. Bürgerinitiativen sorgen für mediale Aufmerksamkeit und belegen ihre Kritik mit Berichten über die Auswirkungen der Gasförderung aus der ganzen Welt. Ein möglicher Kompromiss ist momentan nicht erkennbar.

Jörn Krüger ist Sprecher der IG »Gegen Gasbohren« aus Nordwalde.
www.gegen-gasbohren.de

DIE LINKE IN BRANDENBURGER ENERGIEKÄMPFEN

DIETER KLEIN

Die Brandenburger Linkspartei hat die Chance, in der Regierung unmittelbar Energiepolitik zu gestalten. Sie stellt mit den Ministern für Umwelt, Wirtschaft und Finanzen Schlüsselressorts, die sich mit Energiepolitik befassen. Damit ist die Brandenburger Linkspartei allerdings auch direkt der Wucht der Widersprüche ausgesetzt, mit denen linke Politik umzugehen hat. Nicht zuletzt ist sie damit konfrontiert, dass die SPD als der größere Partner in Brandenburg auf längere Kohleverstromung setzt.

Zunächst einige Fakten: Der Anteil der Braunkohle am Primärenergiebedarf betrug im Jahr 2010 im Durchschnitt der Bundesrepublik 10,7 Prozent. In Brandenburg liegt dieser Anteil bei 55 Prozent. Die Brandenburger Kraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe gehören zu den klimaschädlichsten in der EU. Über 1400 Zulieferer und Dienstleister mit mehr als einer halben Milliarde Euro Lieferantenumsatz in der Lausitz sind vom Vattenfall-Konzern abhängig. Vattenfall

bietet dort direkt und indirekt etwa 17 000 Arbeitsplätze. Brandenburg nimmt unter den Bundesländern einen Spitzenplatz beim Übergang zu erneuerbaren Energien ein (Keppler/Nölting 2011, 99ff) und hat doch aufgrund der Braunkohleverstromung und der geringen Einwohnerzahl eine weit höhere Pro-Kopf-Emission klimarelevanter Gase (25 t CO_2 eq pro Einwohner) als im Durchschnitt der Bundesrepublik (12 t CO_2 eq). Auf dem Weg zu einem mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle bis etwa 2040 gibt es bemerkenswerte Erfolge. Das Klimaschutzziel, bis 2020 die CO_2-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, war 2010 mit 38,6 Prozent schon fast erreicht. Eine der Ursachen ist allerdings die Deindustrialisierung in Teilen des Landes. Der volle Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bedarf noch eines nachhaltigen Strukturwandels.

Dieser Herausforderung entsprachen die energiepolitischen Versprechungen der Partei Die Linke im Landtagswahlkampf 2009. Die Partei unterstützte das Bürgerbegehren »Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik«. Sie lehnte die Verpressung von CO_2 in die Erde ab, mit deren Hilfe Vattenfall, SPD und CDU die weitere Kohleverstromung legitimieren und durch den Bau neuer Kraftwerke für Jahrzehnte verlängern wollen. Die Partei versprach ferner, mit allen Kräften für den Vorrang erneuerbarer Energien zu wirken.

Aber das Bürgerbegehren scheiterte. Nur rund 25 000 statt der erforderlichen 80 000 Stimmen wurden erreicht. Die Partei konnte sich nicht auf eine starke außerparlamentarische alternative Energie- und Klimabewegung stützen. In der Partei, in ihrer Führung und bei vielen ihrer Mitglieder war zudem die Bedeutung eines zugleich sozialen und ökologischen Umbaus nicht mit aller Konsequenz erfasst. Bewegungs- wie Parteilinke waren ökologisch schwach.

Die Linke entschied sich 2009 für eine Regierungsbeteiligung. Die Führung der Partei sah sich dabei im Zwang, abzuwägen, ob Kompromisslosigkeit in der Braunkohlefrage, die ggf. zur Ablehnung einer Regierungsbeteiligung geführt hätte, höher zu bewerten sei als die Chance, in der Regierung trotz ungünstiger Haushaltslage für die Priorität von Bildung, Sozialem und Wissenschaft, für den Vorrang der erneuerbaren Energien und für öffentlich geförderte Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zu wirken, zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses im Bundesrat beizutragen und linke Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die Bürgerinitiativen gegen neue Kohlekraftwerke und gegen CCS fühlten sich im Stich gelassen, als klar wurde, dass Die Linke eine ganze Reihe der genannten Positionen aus dem Wahlkampf bei den Koalitionsgesprächen nicht durchsetzen konnte. Die Partei verlor an Glaubwürdigkeit. Dass Abgeordnete Der Linken in der Fraktion den Koalitionskompromiss mittragen und zugleich in Bürgerinitiativen aktiv sind, die die eigene Fraktion zu kompromissloserer Energie- und Klimapolitik drängen, ist eine Stärke im Umgang mit der widersprüchlichen Lage.

Ohne die Regierungsbeteiligung Der Linken hätten SPD und CDU die Braunkohleverstromung und CCS ungehindert vorangetrieben. Die Linke setzte im Koalitionsvertrag mit der SPD die Verpflichtung auf den Vorrang und beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Ener-



flickr/jedrzejb

gien durch. Neue Braunkohlekraftwerke soll es nach dem Koalitionsvertrag nur unter der Bedingung geben, dass die Reduktionsziele für CO_2 um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 und um weitere 35 Prozent bis 2030 erreicht werden. Für das laufende Jahrzehnt bedeutet dies de facto allerdings eine Stagnation bei der CO_2-Reduktion. Während die Bürgerinitiativen gegen die Endlagerung von CO_2 in der Erde, die Grüne Liga als Netzwerk ökologischer Bewegungen und die KlimaaktivistInnen von *gegenstromberlin* die CCS-Technologie ablehnten und gegen sie mobilisierten, stimmte die Brandenburger Linke der Erprobung und Demonstration dieser Technologie unter bestimmten Bedingungen zu. Diese waren aber Bedingungen, die – belegt durch Expertengutachten – kaum einlösbar sind: »Die Sicherheit der Bevölkerung muss dabei oberste Priorität haben. Die Speicherung von CO_2 muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden.« (Koalitionsvertrag 2009, 25) Zudem lehnte der Parteitag der Brandenburger Linken vom 5. März 2011 eine »Lex Brandenburg«, d.h. eine Verpressung von CO_2 allein in Brandenburg im CCS-Gesetzentwurf der Bundesregierung, ab.

Im Dezember 2011 gab Vattenfall mit Verweis auf das Fehlen politischer Akzeptanz eines CCS-Gesetzes die Arbeit an der Planung eines Demonstrationskraftwerks auf CCS-Basis in Jänschwalde auf. Die Förderung des Projektes durch die EU war nicht mehr gesichert, weil ein CCS-Gesetz fehlte. Der Widerstand hat zu einem ersten Erfolg geführt. Aber Vattenfall schließt nicht aus, das Verfahren von Unternehmen zu kaufen, die es an anderen EU-Standorten entwickeln, um auf dieser Grundlage nach 2020 doch noch ein neues Kraftwerk in Jänschwalde zu bauen und das CO_2 womöglich in Norwegen in die Erde verpressen zu lassen. Der Einsatz von CCS würde die Kohleverstromung in Brandenburg weit über 2040 verlängern. Rund 8000 Menschen würden beim Aufschluss neuer Tagewerke ihre Heimat verlieren. Die Kohlekraftwerkskapazität, deren Auslastung aus Rentabilitätsgründen nicht beliebig hoch- oder heruntergefahren werden kann, würde den Ausbau der Erneuerbaren bremsen und so auf jeden Fall den klimapolitischen Zielen entgegenstehen.







Oben:
flickr/jedrzejb
Unten: flickr/
gruenenrw

WACHSTUM MIT BRAUNKOHLEVERSTROMUNG ODER NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Im Januar 2012 hat das brandenburgische Wirtschaftsministerium den Entwurf einer »Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg« vorgelegt. Diese enthält Festlegungen, um die Energieeffizienz zu erhöhen, Energie zu sparen, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch zu erhöhen, einen intelligenten Stromnetzausbau zu beschleunigen, die Forschung zu Speichertechnologien zu verstärken, deren Einsatz voranzutreiben und die Akzeptanz von erneuerbaren Energien durch die Bevölkerung zu erhöhen. Brandenburg soll »Modellregion für dezentrale Energieversorgung und Energietechnologie«, eine »Region der Energiewende« werden.

Aber auch in diesem Entwurf rumort ein Widerspruch, der die gesamte Brandenburger Energiepolitik durchzieht. Es ist der Widerspruch zwischen starker Zuwendung zu erneuerbaren Energien und gleichzeitigem Festhalten an der Braunkohleverstromung über einen Zeitrahmen hinaus, den das Brandenburger Umweltamt, der BUND, die Grüne Liga und andere Akteure für erforderlich halten.

Im Widerspruch selbst zum Bundesumweltministerium, das bis 2030 außer den im Bau befindlichen Anlagen in Neurath und Boxberg keine neuen Braunkohlekraftwerke in Deutschland vorsieht (Bundesministerium für Umwelt 2011), soll bis 2030 ein Nachfolgebraunkohlekraftwerk in Jänschwalde gebaut werden (Ministerium für Wirtschaft 2012, 33). Das bedeutet Braunkohleverstromung bis etwa 2070! Dass dieses Vorhaben alle fünf Jahre geprüft werden soll, ist keine Garantie für eine Korrektur. Das ursprüngliche Ziel für 2030, die CO_2-Emissionen um 75 Prozent auf 22,8 Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr zu senken, wird nach der neuen Strategie mit einer Senkung um 72 Prozent knapp verfehlt. 2,2 Millionen Tonnen CO_2 mehr als von der rot-schwarzen Regierung ursprünglich vorgesehen würden jährlich in die Atmosphäre geblasen, allerdings auch durch die geplanten notwendigen Gaskraftwerke Premnitz und Wustermark. An CCS soll durch Brandenburgs Engagement für eine europaweite CO_2-Transportinfrastruktur festgehalten werden. Eine Senkung der CO_2-Emissionen in Brandenburg bis 2030 um 72 Prozent gegenüber 1990 im Vergleich zu einer EU-weiten Zielmarke von 20 Prozent und zu 55 Prozent in der gesamten Bundesrepublik – das sind Maßstäbe einer Modellregion. Aber ein neues Braunkohlekraftwerk Jänschwalde, die Minderung des ursprünglichen Ziels und das Beharren auf CCS – dies sind zu große Abstriche davon.

In den Differenzen des Wirtschaftsministers mit der Fraktion Die Linke und erst recht mit Umweltbewegungen und Bürgerinitiativen spiegeln sich Widersprüche zwischen dem Festhalten unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte an der Braunkohle als Wertschöpfungssektor und einer nachhaltigen Entwicklung, die mindestens mittelfristig den Rückbau besonders umweltschädlicher Branchen gebietet.

Das unmittelbarste Interesse haben private Unternehmen, die eine Wachstumspolitik vom Wirtschaftsministerium verlangen – nicht zuletzt der Vattenfall-Konzern. Die Steuereinnahmen des Landes sind von den Gewinnen und Löhnen in Brandenburg

abhängig. Umwelt- und klimapolitisch engagierte Kräfte erwarten eher vom Ministerium für Umwelt entsprechendes staatliches Handeln, fordern dies aber natürlich auch vom Wirtschaftsministerium. Mit Poulantzas lässt sich das als Verdichtung unterschiedlicher gesellschaftlicher Diskurse in den verschiedenen Staatsapparaten verstehen (2002, 61). In Abhängigkeit von der Bedeutung der in verschiedenen Apparaten und Bürokratien repräsentierten politischen Felder für das gesamte Herrschaftssystem, von den Interessen unterschiedlicher Kapitalfraktionen und alternativer Kräfte, von der Heftigkeit oder Schwäche politischer Kämpfe auf den verschiedenen Feldern und von der Intensität der Betroffenheit der jeweiligen Sachgebiete durch Krisen und andere Probleme sind die einzelnen Apparate (Ministerien, Behörden) im unterschiedlichen Maße für Druck empfindlich (Bretthauer 2006, 93) und offen für verschiedene Interessengruppen.

TRANSFORMATION DENKEN TROTZ ALLTAGSDRUCK

Führung und Fraktionsspitze der Linkspartei müssen im Bewusstsein (und trotz) solcher Zusammenhänge »ihre« Minister zu einer stärker koordinierten und radikalen Energie- und Klimapolitik drängen, wenn es um die Entscheidung zwischen pfadabhängigem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung geht. Investitionen in erneuerbare Energien und andere Umwelttechnologien können die Folgen des Ausstiegs aus der Braunkohle für Arbeitsplätze und Steuern kompensieren. Eine Atempause bis zu einer wachstumslosen nachhaltigen Entwicklung wird gewonnen, auch für die Zuwendung zu nachhaltigen, umweltschonenden Lebensweisen (vgl. zu Konversion und »gerechten Übergängen« *Luxemburg* 1/2011).

Eine alternative Energiewende könnte mehr als der Abschied vom vorherrschenden fossilistisch-technischen Regime werden. Es bleibt eine Herausforderung für linke Akteure und eine offene Frage für Transformationsforschung und -politik, ob die Ansätze einer Energiewende in Ostdeutschland zum Kern eines sozialökologischen Umbaus, zu einem wesentlichen Teil des Einstiegs in die Überwindung des neoliberalen Kapitalismus werden können und in einen emanzipatorischen Transformationsverlauf einmünden werden. Linke Realpolitik muss stets die Radikalität dieser möglichen Perspektive in ihre Maßstäbe einbeziehen.

LITERATUR

Bretthauer, Lars, 2006: Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas, in: ders. u.a. (Hg.): *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*, Hamburg

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 2011: *Das Energiekonzept der Bundesregierung 2010 und die Energiewende 2011*; Stand: Oktober 2011, www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/energiekonzept_bundesregierung.pdf

gegenstromberlin, 2011: *Energiepolitische Thesen – Gegen den fossil-nuclearen Wahn: Energiedemokratie JETZT!*, www.linksblogs.de/hiksch/2011/067energiepolitische-thesen

Keppler, Dorothee, und Benjamin Nölting, 2011: Stand der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland, in: D. Keppler u.a. (Hg.): *Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs*, Frankfurt/M

Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages, 2009: *Gemeinsinn und Erneuerung. Ein Brandenburg für alle*, Potsdam

Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, 2011: *Kurzgutachten zu Klimaschutzeffekten möglicher Varianten der Energiestrategie 2030*, Potsdam

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten, 2012: *Entwurf. Energiestrategie 2030*, Potsdam

Poulantzas, Nicos, 2002 (1978): *Staatstheorie, Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg

KEINE CO_2-ENDLAGER

WEDER HIER NOCH ANDERSWO!

HARDY FELDMANN

»Saubere Kohle« als Antwort auf den Klimawandel, so dachte es sich Vattenfall. Pressen wir das CO_2 aus der Kohleverstromung doch einfach in den Untergrund. Ob es dort dauerhaft bleibt und welche Schäden es anrichtet, war nicht von Interesse. Wichtig war, an den alten Strukturen der Braunkohleverstromung festzuhalten. Die Bevölkerung in den Verpressungsregionen wehrte sich – erfolgreich. Das erforderliche Gesetz zur CO_2-Verpressung wurde vom Bundesrat gestoppt. Vattenfall sagte die geplanten Projekte in Brandenburg ab.

Der Anfang war ein echter Punkt Null. Wer hatte sich in dieser ländlichen Gegend schon groß mit Klimapolitik oder der CO_2-Problematik beschäftigt oder eine Ahnung davon, was sich hinter CCS, Carbon Capture and Storage, verbirgt? Vor diesem Hintergrund war es möglich, dass CCS-Befürworter, Konzernvertreter wie Politiker, mit der geschüttelten Selterflasche überzeugen wollten. Auf bestehende »politische« Gruppierungen wie in Berlin konnte kaum zurückgegriffen werden, bestenfalls auf Heimat- oder Kulturvereine. Wie bei der Anti-AKW-Bewegung stand am Anfang das Selbststudium und Weiterverbreitung. »Unser Widerstand besteht nicht aus diffuser Angst, sondern basiert auf konkretem Wissen« – das war die Aufgabe.

Frühe Basisarbeit war Grundlage des Erfolgs. Am Anfang will keiner der Erste, aber nach Erreichen der kritischen Masse auch keiner mehr der Letzte sein: Selbst die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) hat sich gegen die CO_2-Verpressung ausgesprochen. Nur eine Kleinstadt mit von Vattenfall gesponsertem Sportverein steckt immer noch mit dem Kopf im Sand. Ein Appell an den Bundesrat zum CCS-Gesetz ist annähernd flächendeckend von den Kommunalvertretern unterschrieben worden. Früh wurde klar, dass die CCS-Problematik nicht isoliert von anderen Energie-Fragen betrachtet werden kann. Die Gefahr einer NIMBY-Bewegung – »nicht in meinem Vorgarten« – wurde so umgangen. Die Vernetzung mit den Bewegungen gegen die Braunkohle-Tagebauerweiterung bot sich an, wie auch die Diskussion über die Alternative Erneuerbare Energien und die Macht der Konzerne.

Die Einführung des Begriffs »CO_2-Endlager« statt »Speicher« – Speicher bedeutet zwischenzeitliche Lagerung mit dem Ziel der Wiederverwertung – und der Slogan »Keine Asse für Vattenfall« knüpfte eine Verbindung zur Anti-Atom-Bewegung. Die Übernahme ihres Protest-Symbols – das gelbe X – setzt neben den vielen Bannern wohl das deutlichste sichtbare Zeichen des Widerstandes in der Region. Kaum ein Dorf, hinter dessen Ortseingangsschild nicht das zwei Meter große gelbe Holz-X mit der Infotafel steht. Das gemeinsame Werken dafür auf dem Dorfplatz macht nicht nur Spaß, es bietet auch denjenigen Möglichkeit zum En-

gagement, die sich für andere Protestformen nicht geeignet sehen. Einige hundert dieser Xe in den Hauptstraßen einer Stadt angebracht, zwangen die Stadtoberen, sich mit dem Thema und den Fragen ihrer Bürger auseinanderzusetzen.

Eine weitere effektive, weil öffentlichkeitswirksame Handlungsmöglichkeit ergriffen private und kommunale Landeigentümer, Verbände und Kirchen, um ihre Entschlossenheit zu zeigen: Sie verboten Vattenfall und Dritten, ihre Grundstücke für die Erkundungsarbeiten zu betreten. Über 80 Landeigentümer haben das mit einer Klage gegen die Erkundung und die Initiierung eines geologischen Gutachtens untermauert.

Widerstand soll Spaß machen: Zweimal fand das Fresh Air Festival gegen CO_2-Endlager statt – und bot gleichzeitig Raum für die bundesweite Vernetzung der Initiativen auf persönlicher Ebene. Die monatliche Mahnwache in Letschin ist über zwei Jahre unter ständiger Pressebegleitung zu einer Instanz geworden. Dem Versuch, die Bewegung durch die Einrichtung eines so genannten Erkundungsbeirats zu vereinnahmen, hat sie sich weitgehend entzogen: Kaum jemand hat dort teilgenommen. Öffentliche Auftritte und Veranstaltungen – besonders von Die Linke – fanden hingegen reges Interesse. Denn diese hatte ihr Wahlversprechen gebrochen: Statt »konsequent gegen CO_2-Endlager« vorzugehen, beförderte sie mit Ralf Christoffers einen Befürworter der Braunkohleverstromung und des CCS zum Wirtschaftsminister. Dieser schoss immer wieder selbst über den Koalitionsvertrag hinaus, wie beim Versuch, den Klageweg zu verkürzen, oder bei der voreiligen Genehmigung des Hauptbetriebsplans zur Erkundung in Beeskow.

Auch die Kausalitätskette »kein CCS – kein neues Kohlekraftwerk – keine neuen Tagebaue und folglich keine Abbaggerung weiterer Dörfer« legte Christoffers beiseite, kaum hatte Vattenfall die CO_2-Verpressung in Brandenburg abgesagt. Stattdessen zog er das geplante europäische CO_2-Pipeline Netz mit angeblich zugesagter CO_2-Verpressung in Norwegen hervor, um den Neubau des Kraftwerks Jänschwalde auch ohne CO_2-Verpressung in Brandenburg durchzudrücken. Ihn interessiert wenig, dass damit die in der Energiestrategie 2020 festgelegten CO_2-Minderungsziele auf den Müllhaufen geschmissen werden.

Der Kampf ist noch lange nicht gewonnen, das wissen auch die Bürgerinitiativen. Die anvisierte CO_2-Verpressung unter die Nordsee oder die im »Kompromissvorschlag« der Bundes-Grünen enthaltenen »kleinen« Forschungsendlager von 100 000 Tonnen werden weiter bekämpft. Genauso wie neue Braunkohle-Tagebaue und -kraftwerke. In puncto CCS bleibt das Ziel ein Unterlassungsgesetz.

Dass Vattenfall auf die CO_2-Verpressung in Brandenburg verzichtet und die Kraftwerkspläne aufgegeben hat, ist ein Teilerfolg. Und den darf und sollte man als solchen feiern. Schon allein um zu zeigen, dass mit Engagement etwas erreicht werden kann. Gegen die weit verbreitete Meinung »die da oben machen eh, was sie wollen«. Dass die Gegenseite unseren Erfolg nicht als ihre Niederlage bekanntgibt, war zu erwarten. Das ist nicht die Sprache der Konzerne und Politiker.

Hardy Feldmann ist aktiv in der Bewegung gegen CO_2-Endlager

LINKS SCHLÄGT NOCH KEIN GRÜNES HERZ

DAGMAR ENKELMANN

UND JÖRG STAUDE

Griffige Bilder für das sperrige Wort sozialökologische Transformation hat Die Linke inzwischen gefunden. »Rotes Herz und grüne Lunge« gehört dazu. Ganz selbstverständlich heißt es immer wieder: »Man kann grün sein, ohne links zu sein, aber nicht links, ohne grün zu sein.« Was so logisch und unvermeidlich erscheint, gehört aber bisher nicht zum Markenkern der Partei. Es ist noch nicht gelungen, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu verbinden – weder im Selbstverständnis der Partei noch in ihrer politischen Praxis.

Dabei hat Die Linke gerade im Osten einen langen Weg zurückgelegt. Für die technikgläubige Staatspartei SED waren mit der Macht- und Eigentumsfrage auch alle Fragen der Beherrschung von Technik scheinbar mitgelöst – bis Tschernobyl dieser Illusion ein bitteres Ende bereitete. Und als nach der Wende Millionen von Arbeitsplätzen wegbrachen, als Braunkohlekumpel in Brandenburg um ihre Arbeitsplätze kämpften, schien kaum

Platz für Ökologie. Die sozialen Ängste der Bergleute – gestern noch hofiert, tags darauf in Vorruhestand abgeschoben – waren mit den Händen zu greifen. Aus dieser Perspektive ist es nicht hoch genug einzuschätzen, dass Die Linke mittlerweile nicht nur einen klaren Anti-Atom-Kurs fährt, sondern mehrheitlich auch den mittelfristigen Ausstieg aus der Kohleverstromung befürwortet und sich für den schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien einsetzt.

Offensichtlich gibt es Risikotechnologien, deren Einsatz aufgrund der unkalkulierbaren Folgen in keiner Gesellschaft befürwortet werden kann: Atomkraft, z.T. Gentechnik, unterirdische CO_2-Verpressung und auch der Einsatz fossiler Energien über die Mitte dieses Jahrhunderts hinaus. Eine »linke« Kohle kann es zukünftig nicht geben. Die Veränderung der Verhältnisse in der Gesellschaft und zur Natur bilden eine Einheit. Und es ist das Mindeste für Politiker Der Linken, Technologien wie CCS nicht gegen den Willen der Betroffenen durchsetzen zu wollen, auch nicht durch die Hintertür.

Trotz aller Wandlung wird der Partei keine große ökologische Kompetenz zugeschrieben. Schwerpunkte ihres Profils sind soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Demokratie. Seit langem wird in Programmen und Grundsatzreden der Linken die Notwendigkeit, ja Unverzichtbarkeit einer sozialökologischen Transformation betont. Wort und Tat fallen jedoch allzu oft auseinander. In der Praxis der Partei bleiben gerade die ökologischen Fragen meist ein Hobby von wenigen Politikern und Aktivisten; in Landesregierungen werden ökologische Fragen nicht ins Zentrum gerückt. Die in der Mitregierungszeit in Mecklenburg-Vorpommern geleistete ökologische Arbeit fand nicht genügend Aufmerksamkeit. Vorzeigebeispiele wie die Stadt Prenzlau, wo die kommunale Energiewende unter einem Bürgermeister Der Linken schon vor Jahren startete, werden nicht breit propagiert oder von der Parteispitze aktiv befördert. Unter den Aktivisten, die Bürgerkraftwerke gründen oder als »Energierebellen« gelten, sind in der Regel kaum Mitglieder Der Linken zu finden – oder sie sind nicht als solche bekannt.

Als die PDS sich energiepolitisch auf den Weg machte, war ihr vermutlich nicht klar, welche Sisyphusarbeit zu leisten ist. Die Energiefrage gehört seit jeher zu den großen Fragen der Zivilisation. Energie als Vermögen, Arbeit zu verrichten, dient als preiswerter Ersatz menschlicher, zunächst körperlicher und neuerdings auch intellektueller Arbeitskraft. Energie wird zum Bauen und Heizen, für Mobilität, zur Herstellung von Kleidung und Ernährung gebraucht, für Kultur, Kunst, Freizeit – und Medien. Rund 60 Prozent des Stromverbrauchs in privaten Haushalten und in Büros gehen bereits auf Geräte zur Information und Kommunikation zurück (BMWT 2009, 93). Energie berührt alle Lebensbereiche, ihr Gebrauch ist eine existenzielle Grundbedingung.

Das Zeitalter billiger Energie geht zu Ende. Sie droht zum Luxusgut der globalen Ober- und Mittelschichten zu werden. Neben Hunger und Mangel an frischem Wasser wird Energiearmut zur alltäglichen Bedrohung – als fehlendes Brennholz, mangelnder Zugang zu Elektrizität oder Mobilität.

Verschärft wird diese Entwicklung dadurch, dass die knapper werdenden Ressour-

cen weitgehend durch private oder privat-öffentliche Großkonzerne kontrolliert werden. Wie kaum ein anderer Bereich der Wirtschaft ist die Energiebranche weitgehend monopolisiert. Sie hat Übung darin, ihre Interessen als die der gesamten Gesellschaft auszugeben. Warnungen, bei zu starken Eingriffen würden die Lichter ausgehen, verfehlen ihre Wirkung nicht. So wurde die Einverleibung der DDR-Energiewirtschaft durch drei Stromkonzerne »begründet«, so wurde der Atomausstieg immer wieder hinausgezögert und so wird die Notwendigkeit erklärt, fossile Großkraftwerke müssten eine »Brücke« bei der Energiewende sein. Die Linke als sozialistische Partei greift folgerichtig die Energiemonopole und ihre uneingeschränkte Macht an. Im Parteiprogramm heißt es, die Grundversorgung mit Energie dürfe »nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen« und müsse »öffentlich organisiert und garantiert« werden, vornehmlich regional und kommunal (Die Linke 2011, 30).

Wenn die soziale und die ökologische Frage zusammengebracht werden sollen, muss die Macht der Energiemonopole gebrochen werden: durch Re-Kommunalisierung, Neuvergabe der Netzkonzessionen an Stadtwerke oder andere öffentliche Unternehmen, durch den Aufbau genossenschaftlicher Versorger oder dadurch, dass sich immer mehr Familien Solarzellen aufs Dach oder ein Blockheizkraftwerk in den Keller bauen lassen und Mitglieder von Energiegenossenschaften oder Lieferanten kommunaler Anbieter werden. Lokal erzeugen und lokal verbrauchen, heißt die nachhaltige Devise. Landkreise erklären sich zu energieautonomen Regionen. Die Notwendigkeit von Stromtransporten über große Entfernungen hinweg und damit der umstrittene Bau großer Stromtrassen entfällt. Die Preise bleiben unter Kontrolle, die Wertschöpfung und die Steuereinnahmen verbleiben in der Region. Bei diesen Entwicklungen ist Die Linke in vielen kommunalen Vertretungen und den Parlamenten aktiv.

Einer solchen Politik stehen teilweise ideologische Hemmnisse entgegen. Linkes ökologisches Engagement wird in der Partei nicht selten mit dem Hinweis diskreditiert, es könne keinen »grünen Kapitalismus« geben. Dies verkennt den Zusammenhang von sozialer und ökologischer Frage, von Macht und Eigentum einerseits und Umgestaltung des Energiesystems: Jeder Schritt hin zu einer demokratisch-ökologischen Umgestaltung des bestehenden Energiesystems ist auch einer hin zu einer sozial gerechten Gesellschaft. Die gegenwärtigen Energiekämpfe stehen, so banal es klingt, im Zentrum um die soziale Zukunft der Erde.

Die Veränderung der Verfügung über Energie reicht nicht aus. Mitbestimmung und demokratische Kontrolle sind notwendig und unverzichtbar. Damit ist aber die soziale Frage nicht beantwortet. Die Gleichung »öffentliches Eigentum = bezahlbare Energie« geht nicht auf. Dazu muss man nicht einmal auf die fossile Politik des Staatskonzerns Vattenfall verweisen. Demokratisch geführte kommunale oder genossenschaftliche Energieversorger müssen zwar keine Extra-Profite erzielen, schwarze Zahlen aber schon. Es steht außerhalb ihrer Macht, zum Zeitalter billiger Energie zurückzukehren. Die Frage steht, wie der Übergang zu erneuerbaren Energien unter Kontrolle der öffentlichen Hand, der Regionen





Alle Fotos:
Anti-Atom-
Demonstration,
Berlin, 2011,
© Gregor
Fischer

und Kommunen, der Bürger finanziert werden kann, ohne die soziale Spaltung auf neuer Grundlage zu vertiefen.

Um hier eine Analogie zu ziehen: Bei der Bewältigung der Finanzkrise verlässt sich Die Linke nicht allein darauf, Großbanken und andere Finanzkonzerne zu verstaatlichen oder anders unter demokratische Kontrolle zu bringen. Dies wird flankiert von Forderungen nach einer Finanztransaktionssteuer, der Bankenabgabe und Millionärssteuer. Eine solche Kombination von Umverteilung und Umgestaltung gibt es bei der angestrebten Energierevolution noch nicht.

Das einzige steuerpolitische Instrument, das Die Linke gegenwärtig im Energiebereich hochhält, ist die Kerosin(Flugbenzin-)steuer. Dies ist völlig unzureichend. Die rotgrüne Ökosteuer wurde von Der Linken abgelehnt. Sie kritisierte, dass diese nicht zu besserer ökologischer Lenkung tauge, die Einnahmen größtenteils in die Rentenversicherung fließen, die Wirkungen sozial unausgewogen sind: »Die steuerliche Belastung durch höhere Energiepreise traf alle, die Entlastung kam aber über niedrigere Sozialversicherungsbeiträge nur Unternehmen und gutbezahlten Beschäftigen zugute, nicht aber Geringverdienerinnen und -verdienern oder den Empfängerinnen und Empfängern von Sozialhilfe oder ALG II, nicht den Studierenden und den Rentnerinnen und Rentnern.« (Die Linke 2007, 5)

Mit der Forderung, die Einnahmen sollten in erster Linie in einen ökologischen Investitionsfonds gehen, wollte sich die Partei von Rot-Grün abgrenzen und eigenes Profil gewinnen. Dieser Kurs wurde in den letzten Jahren nicht mit der nötigen Energie fortgesetzt. Demokratisierung, Dezentralisierung und öffentliche Kontrolle sind Mittel gegen Monopolpreise und Großkonzerne. Gegen die Verteuerung der Ressourcen können sie wenig ausrichten und sie sind auch noch kein überzeugendes Programm für den finanziellen und strukturellen Umbau des Energiesystems. Das Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS spricht davon, zu einem »grünen Sozialismus« gehöre auch die Stoff- und Ressourcenplanung mit der die globalen Grundlagen für sozial gerechte und sichere Versorgung mit Energie und Rohstoffen geschaffen werden können (IfG 2011, 17).

Hinter den Debatten um Energie steht weiter: Die Linke hat ihr Verhältnis zum Wachstum nicht geklärt (vgl. *Luxemburg* 1/2011). Die Bandbreite der Auffassungen in der Partei ist erheblich: Sie reicht von der Forderung, mithilfe von Wachstum auch den ökologischen Umbau zu finanzieren, bis zu ökoradikalen Auffassungen, die Wirtschaft müsse schrumpfen. Das konzeptionelle Kräftemessen geht in der Regel so aus, dass die ökologischen Belange »hinten runter fallen«. Kurzfristig scheint das politisch von Vorteil zu sein, aber es zementiert überholte Strukturen und spaltet die Linken entlang der sozialen und ökologischen Frage.

Hans Thie schlägt bei der Wachstumsfrage ein Zwei-Phasen-Modell vor. Zunächst gehe es um »massive Umverteilung von Einkommen und Arbeit«, Korrektur der Vermögensverhältnisse und Belegschaftseigentum in den Unternehmen, um »Durchgrünung« des Steuersystems, den Ausbau des öffentlichen Sektors und um massive Investitionen in die

Ökologisierung von Energiewirtschaft, Gebäudebestand, Verkehr und Ernährung: Ziel ist eine Wirtschaftsordnung mit reduzierten ökologischen Lasten und egalitärer, garantierter Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. »In der Phase II«, die »gesamtökologischer Rationalität verpflichtet ist, wäre jede Ersparnis von Arbeit als zivilisatorischer Fortschritt willkommen« (2011, 9). Maßstab des Wohlstands ist dann ganz nach Marx die verfügbare, freie Zeit.[1]

Die Linke muss die Frage der Energiewende mit dem aktuellen Kampf gegen Energiearmut verbinden. Soziale Armut ist immer auch Energiearmut: unzureichende Ernährung, schlechte Wohnverhältnisse und kalte Räume, eingeschränkte Mobilität oder Kommunikation. Umgekehrt bedeutet die Möglichkeit, über viel Energie verfügen zu können, in der Regel einen Gewinn an Zeit- und Lebensqualität. Energiegerechtigkeit ist Teil sozialer Gerechtigkeit. Die Vorschläge zu Sozialtarifen sollen Ökologie, den Umbau der Produktions- und Lebensweise und Gerechtigkeit zusammenbringen. Im Parteiprogramm wird verlangt, dass der Basisverbrauch »erschwinglich für alle bleiben« muss und mit einer Mehrzahlung der Vielverbraucher kofinanziert werden soll (Die Linke 2011, 6). Wie hoch dieser Basisverbrauch sein muss und kann, wie er sich bestimmt und wie Mehr- oder besser Luxusverbrauch im Sinne der Umverteilung besteuert werden soll, für diese konkreten Fragen gibt es bisher nur einzelne Untersuchungen, aber keine ausgereiften Umsetzungskonzepte.

2011 ist die ökologische Frage und vor allem die Frage der Energiewende auch für Die Linke stärker in den Fokus ihrer Arbeit geraten – im Parteiprogramm wie in der Arbeit der Bundestagsfraktion, in den Ländern und Kommunen. Aber überzeugen kann sie damit bisher nicht: Fragen von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie, der Sicherung der Arbeitsplätze in Zeiten der Krise und der Steuereinnahmen der Länder und Kommunen unter den Bedingungen der »Schuldenbremse« müssen von links beantwortet werden – konzeptionell wie auch praktisch. Sie ist aufgefordert, die soziale und ökologische Machbarkeit einer Energierevolution aufzuzeigen und gemeinsam mit anderen praktisch umzusetzen. Hierzu sollte Die Linke grün durchatmen und ihr Herz mutig in beide Hände nehmen. Die Zeit dafür ist reif.

LITERATUR

BMWT, 2009: *Abschätzung des Energiebedarfs der weiteren Entwicklung der Informationsgesellschaft*. Abschlussbericht an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin/Karlsruhe

Die Linke, 2011: *Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteiages am 21. bis 23. Oktober 2011*, Erfurt

Die Linke, 2007: *Energiewende – sozial, ökologisch, friedlich*. Thesenpapier zur Konferenz »klima & energie – macht – arbeit« vom 2.-4. November, Hamburg

Institut für Gesellschaftsanalyse – IfG, 2011: *Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte*, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf

Thie, Hans, 2011: Exit statt Exitus, Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_09-2011.pdf

1 *»Aber free time, disposable time, ist der Reichtum selbst – teils zum Genuß der Produkte, teils zur free activity, die nicht wie die labour durch den Zwang eines äußren Zwecks bestimmt ist …« (Karl Marx, MEW 26.3, 253)*

DAS VENEZOLANISCHE ENTWICKLUNGSMODELL

WANDEL UND GRENZEN

LUISMI UHARTE

Das aktuelle Entwicklungsmodell in Venezuela ist Ergebnis eines mehr als 20 Jahre dauernden Wandels, der mit der Krise des Neoliberalismus seinen Anfang nahm. Es folgten der Volksaufstand vom Februar 1989 (*Caracazo*), die Militärrevolte gegen die Regierung Pérez 1992 und der Wahlsieg des »national-populistischen« Blocks, geführt von Hugo Chávez im Dezember 1998.

Diese Ereignisse ermöglichten der bolivarianischen Bewegung, die Macht in der Exekutive zu übernehmen, und zeigten die Unterstützung, die ein neues Entwicklungsmodell und eine neue politische Struktur bei der Mehrheit der Bevölkerung genoss. Was sind die strategischen Achsen des neuen Entwicklungsmodells, besonders im Umgang mit den natürlichen Ressourcen? Was sind Erfolge, Grenzen und grundsätzliche Widersprüche?

PROGRAMMATISCHER ENTWURF

Vom ersten Regierungsjahr an (1999) bis Anfang 2005 zielte der theoretisch-program-

matische Ansatz der Regierung Chávez auf ein neues Entwicklungsmodell und eine Stärkung der Souveränität des Staates (durch eine größere Kontrolle transnationaler Erdölunternehmen). Ab 2005 kommt es zu einem qualitativen Sprung: Die Rede ist nun davon, dass das kapitalistische System in Richtung Sozialismus überwunden werden muss. Strategische Fehler, die im vergangenen Jahrhundert zum Scheitern des Sozialismus geführt hatten, sollten vermieden werden (politischer Autoritarismus, völlige Verstaatlichung der Wirtschaft, anti-ökologische Entwicklungspolitik usw.).

Durch den dritten Sieg in Folge bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 blieb die bolivarische Bewegung an der Macht und erarbeitete daraufhin einen der neuen Richtung entsprechenden Entwicklungsplan, den *Plan Nacional Simón Bolívar – Primer Plan Socialista* (2007–2013). Der neue Entwicklungsplan kritisiert den Kapitalismus als ein System, das auf Ausgrenzung basiert und »einen irrationalen und ökologisch nicht nachhaltigen Gebrauch der natürlichen Ressourcen aufzwingt«. Folglich wird für ein »neues Produktionsmodell, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt«, plädiert, bei dem der Mensch ein Gleichgewicht in »seiner Beziehung mit der Umwelt« herstellt. Die Empresas de Producción Social (Unternehmen Sozialer Produktion – EPS) sollten eine zentrale Rolle gegenüber den privaten und staatlichen Unternehmen einnehmen (vgl. Azzellini in *Luxemburg* 3/11).

Der umweltpolitische Duktus wird jedoch wieder in Frage gestellt, wenn das Ziel »einer globalen energetischen Großmacht« als Vision des Wandels benannt wird. Venezuela solle zu einem der größten Energie-Exporteure weltweit werden, wofür im Wesentlichen die Erdölproduktion im Orinoco-Gürtel erhöht werden müsse.

SCHRITTE ZUM NEUEN ENTWICKLUNGSMODELL

Die bolivarische Verfassung aus dem Jahr 1999 brach mit der neoliberalen Philosophie, sprach dem Staat eine zentrale Rolle in der Wirtschaft zu und betonte das Konzept sozialer Rechte. 2001 wurde das *Ley Habilitante* (Ermächtigungsgesetz) verabschiedet, das eine Reihe post-neoliberaler Gesetze ermöglichte: die Aneignung des Erdöls als strategische nationale Ressource im Rahmen des *Ley de Hidrocarburos* (Erdölgesetz) und den Kampf gegen den Großgrundbesitz und für Ernährungssouveränität im Rahmen des *Ley de Tierras* (Landgesetz).

Die bürgerliche »Revolte« (Staatsstreich, Streiks von Unternehmerverbänden, Sabotage im Erdölsektor) gegen diese Neuerungen wurde von der Bevölkerung und einem Großteil der Armee abgewehrt. Die Regierung antwortete mit einer Vertiefung der Revolution. Erdöl wurde zum wichtigsten Werkzeug einer expansiven Sozialpolitik, die den öffentlichen Sektor aufwertete, die Sozialausgaben auf größere Bevölkerungsschichten ausdehnte und so das Konzept sozialer Rechte wieder einführte. 1998 waren noch 43,9 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen; diese Zahl sank bis 2010 auf 27 Prozent. Im selben Zeitraum sank die Anzahl der von extremer Armut Betroffenen von 17,1 auf 9,1 Prozent. Zudem verringerte sich die Ungleichheit um mehr als zehn Punkte und das Land zählt jetzt zu den Ländern mit einem hohen menschlichen Entwicklungsindex. Prozentual hat sich der für Sozialausgaben



vorgesehene Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verdoppelt und die Arbeitslosenrate ist von 16,1 Prozent im Jahr 1999 auf 8,3 Prozent im Jahr 2010 zurückgegangen.

Das sozialistische Entwicklungsmodell vertiefte die Prozesse der Verstaatlichung, sowohl der natürlichen Ressourcen als auch strategisch wichtiger Sektoren: Die Absicherung des Erdöls als öffentliches Gut, die Enteignung von mehr als zwei Millionen Hektar Großgrundbesitz, die Entprivatisierung des Elektrizitäts- und Fernmeldesektors, die Rettung der zum Konsortium Corporación Venezolana de Guayana (CVG) gehörenden, Mineralien verarbeitenden Industrien in Guayana, die teilweise Verstaatlichung des Bankensektors (Santander etc.), die Rettung Dutzender Industrie- und Handwerksbetriebe und, in einigen Fällen, die Übertragung der Leitung an die Arbeiter, die Schaffung neuer staatlicher Unternehmen (Mobiltelefonie, Automobile, Luftfahrt, Lebensmittel usw.). Eine »Ökonomie des Volkes« wurde gefördert und Betriebe in Selbstverwaltung durch die Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützt. Selbstverwaltete Betriebe sollen staatliche und private Unternehmen als führenden Sektor in der Wirtschaft ablösen.

Doch die Realität ist noch weit vom neuen Paradigma für Produktion und Entwicklung entfernt. Víctor Álvarez schätzt das Gewicht der EPS in der Gesamtwirtschaft als verschwindend gering ein (mit einem Anstieg von 0,5 Prozent im Jahr 1998 auf 1,6 Prozent im Jahr 2008). Gleichzeitig sei der Anteil des Privatsektors am BIP von 64,7 Prozent im Jahr 1998 auf 70,9 Prozent im Jahr 2008 angestiegen – und dies trotz des seit 2005 im Gang gesetzten Verstaatlichungsprozesses. Folglich hat sich der Anteil des öffentlich-staatlichen Sektors am BIP von 34,8 Prozent 1998 auf 29,1 Prozent im Jahr 2008 verringert.

Das hohe Wachstum des BIP von durchschnittlich fast zehn Prozent zwischen 2003 und 2008 sei nicht in den strategischen Sektoren Landwirtschaft und Industrie erwirtschaftet worden, »auf denen die produktive Souveränität jedes Landes beruht«, sondern im tertiären Sektor (vor allem in den Bereichen Telekommunikation, Importwesen, Finanzen und Versicherungen). Im Agrarbereich hat die Regierung Anstrengungen unternommen, die nationale Produktion im Interesse einer besseren Ernährungssouveränität zu steigern und den hohen Prozentsatz





Alle Fotos:
© Sigenari Honda, Tokio

an Lebensmittelimporten zu senken, wie er für Rendite-Ökonomien wie die venezolanische typisch ist. Die Unterstützung für die Bildung von *Fundos Zamoranos* für genossenschaftliche Agrarkooperativen war sowohl finanziell wie technisch enorm. Die Produktion einiger Grundnahrungsmittel, z.B. Reis und Mais, konnte erhöht werden. Tendenziell jedoch sinkt die Produktivität pro Hektar, während das Volumen der Nahrungsmittelimporte unverändert hoch bleibt (mehr als 7 Milliarden US-Dollar 2008). In der Industrie besteht eines der Hauptprobleme darin, dass »die anhaltende Überbewertung des Bolívar produktive Investitionen hemmt« und die Importlogik im Rahmen eines Entwicklungsmodells stärkt, das weiterhin de facto der Wettbewerbslogik des Kapitalismus unterliegt.

Trotz der Schwierigkeiten sind zwei Elemente positiv: Erstens die Zunahme der Verstaatlichungen im vergangenen Jahr. Nach Angaben des Handelsverbandes (*Fedecámeras*) wurden 2011 mehr als 400 Unternehmen verstaatlicht, also fast die Hälfte der in den letzten fünf Jahren enteigneten 988 Unternehmen. Zum anderen die vielfältigen Erfahrungen der Arbeiterselbstverwaltung, sowohl in verstaatlichten wie in öffentlichen Unternehmen: Der Fall des erwähnten Konsortiums CVG mit mehr als 15 000 Beschäftigten verdient dabei besonderes Augenmerk.

ÖKOLOGISCHE AUSWIRKUNGEN

Das auf Erdöl basierende Entwicklungsmodell verfolgt eine – mehr oder weniger kohärente – post-neoliberale (auf den Staat) und auf Souveränität setzende Strategie. Dabei handelt es sich um ein paradoxes Modell von Souveränität: Auf der einen Seite werden die transnationalen Konzerne einer größeren steuerlichen Kontrolle unterworfen und bei den Herkunftsländern stärker diversifiziert (begrenzter Multilateralismus), auf der anderen Seite wird die Rolle der Rohstoffgewinnung und des Rohstoffexports gestärkt, wodurch sich das Land noch mehr den (alten und neuen) Großmächten des kapitalistischen Weltsystems unterordnet.

Eine »globale energetische Großmacht« zu werden, ist nicht mit einer »ökologischen und nachhaltigen Nutzung« in Einklang zu bringen, wie sie im Plan Nacional Simón Bolívar festgeschrieben ist – nicht nach der Entdeckung von enormen Reserven im Orinoco-Becken, die Venezuela zum Land mit einem der größten Erdölreserven weltweit gemacht hat. Der Entwicklungsplan für die Erdölindustrie sieht vor, die Produktion von derzeit rund 3 Mio. Barrel in weniger als zehn Jahren auf fast 6 Millionen Barrel zu verdoppeln. Nach Angaben des Netzwerks ARA, eines Zusammenschlusses von Umweltschutz-NROs würde das einen Anstieg der klimaschädlichen Emissionen von etwas über 30 Mio. Tonnen pro Jahr auf fast 80 Mio. Tonnen pro Jahr bedeuten. Deutlichstes Zeichen hierfür sind die in Zusammenarbeit mit transnationalen Konzernen aus verschiedenen Ländern vorangetriebenen Großprojekte im Orinoco-Gürtel.

Die Erdölpolitik umfasst auch die Unterstützung verschiedener Länder der Region: Etwa mit dem Programm *Petrocaribe*, das praktisch alle Staaten der Karibik und Mittelamerikas zu Sonderkonditionen mit Erdöl versorgt. Ein weiteres Beispiel ist die Finan-

zierung sozialer Projekte in den ALBA-Staaten (Bolivien, Nicaragua etc.), etwa die *Misión Milagro* (Mission Wunder), durch die mehr als eine Million Menschen dank kostenloser Operationen das Augenlicht wiedererlangten.

Auch der Bergbau ist mit Blick auf die ökologischen Folgen kritisch zu sehen. Beim Goldabbau ist das Hauptproblem die unkontrollierte und massive Verwendung von Quecksilber im Kleinbergbau. Das Schwermetall führt zu schweren Umweltverschmutzungen und gefährdet die Gesundheit der Bergarbeiter und der lokalen Gemeinden. Man schätzt, dass im Bergbaugebiet El Callao (Bundesstaat Bolívar) jährlich 12 Tonnen Quecksilber in die Umwelt gelangen. Dadurch haben mehr als 90 Prozent der Bevölkerung Quecksilberwerte, die weit über den empfohlenen Grenzwerten liegen. Es wird sich zeigen, ob die Verstaatlichung des Goldes (2011) – entscheidend für die Festigung der Souveränität – sich positiv auf die Umwelt auswirkt.

Auch der Abbau von Kohle in traditionell von Indigenen bewohnten Gebieten ist konfliktreich. Der Kampf der Barí, Yukpa und Wayuú in den Bergen der Sierra del Perijá zur Verteidigung ihrer Gebiete und gegen die Kohleförderung hatte Symbolcharakter.

Über den Umgang mit der natürlichen und strategischen Ressource Wasser gibt es Positives wie Negatives zu berichten: Einerseits wurde die Trinkwasserversorgung auf mehr als 95 Prozent der Bevölkerung ausgeweitet. Zum anderen hat die Regierung die Bürgerbeteiligung durch die Bildung der *mesas técnicas agua* (»technischer Wassertische«) gefördert, einer Organisationsform in den Stadtvierteln, in denen die Bewohner zusammenkommen, um das Problem des Wassers zu diskutieren. Durch die Wassertische wurden rund 1 500 Wasser- und Sanitärprojekte im Land durchgeführt. Allerdings ist die Versorgung auf dem Land und in den Städten häufig unterbrochen und das Wasser mit den Abfällen aus Erdölindustrie, Bergbau und Hausmüll verseucht.

Bei den Forstressourcen verweisen Umweltorganisationen auf den hohen Grad der Abholzung, der mit fast 290 000 Hektar pro Jahr im letzten Jahrzehnt zu den höchsten in der Region gehört. Holzeinschlag und Fischwirtschaft sind nicht an nachhaltigen Kriterien orientiert. 2009 wurde eine Verordnung erlassen, die das Fischen mit Schleppnetzen verbietet, sowie ein massiver Wiederaufforstungsplan (*Misión Árbol*), mit dem seit 2008 pro Jahr 20 000 Hektar wieder angepflanzt werden sollen.

Um das venezolanische Entwicklungsmodell einzuschätzen, muss die historische Dimension des Wandels der letzten zehn Jahre mit in Betracht gezogen werden. Offensichtlich ist die Logik der Rohstoffförderung weiterhin intakt und sie ist eine der größten Herausforderungen für die bolivarische Revolution. Dennoch ist das Entwicklungsmodell neu und versucht mit kleineren und größeren Maßnahmen, strategische Achsen des alten Modells zu überwinden: die neoliberale Logik, die imperiale Unterordnung und den Autoritarismus. Das Modell ist als Vorschlag zu sehen, mit dem eine post-neoliberale, proto-sozialistische Perspektive mit Bürgerbeteiligung und Souveränität verbunden werden kann.

Aus dem Spanischen von Bettina Hoyer

ENERGIEREVOLUTION STATT GRÜNER KAPITALISMUS

BODO RAMELOW

Die Linke erhielt bei den Wahlen 2009 in Thüringen über 27 Prozent der Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Sie muss eine alternative linke Landespolitik entwickeln und darin zentrale soziale und ökologische Fragen verbinden. Die Energiewende ist eine solche Herausforderung. Mit Blick auf den Wahlkampf des Jahres 2009 hat die Landespartei ein Konzept entwickelt, das unter der Überschrift »Energierevolution« eine solche Alternative ausarbeitet.

Am Anfang der Arbeit an diesem Konzept standen ein Waldspaziergang im Hainich und der Kontakt mit jenen in Thüringen, die zu einer Energierevolution vor allem beitragen können – linke Konzepte sollten nicht in Hinterzimmern von Parlamenten und geschlossenen Expertenrunden entstehen, sondern v.a. vor Ort, im Gespräch, in direkter Anschauung.

Manches scheint ganz einfach: Jedes Energiethema muss mit Einsparung beginnen. Dies verlangt finanzielle Anreize. Das Projekt »Energiesparfüchse« als Modell für

Schulen stellte deshalb für uns einen wichtigen Ausgangspunkt dar – eine energetische Erneuerung jedes Schulgebäudes unter Beteiligung von Eltern und Schülern, die einerseits Ressourcen spart und andererseits Geldeinnahmen generiert, mit denen in der Schule wiederum Projekte gefördert werden können.

Das Potenzial Thüringens für eine Energierevolution ist beträchtlich. Das Land hat die bundesweit größte Buchenwaldfläche als geschützten Nationalpark – den Hainich – und verfügt über einen Waldbestand, der bei nachhaltiger Bewirtschaftung zur Energiewende beitragen kann – und einen höheren Wertschöpfungsertrag für Betriebe und die Sicherung von Arbeitsplätzen bieten kann. Anstelle des sogenannten Energiemais kann mit der Energiepflanze »Durchwachsene Silphie« eine neue, bodenschonende Energieressource erschlossen werden. Im Wahlkampf 2009 haben wir holzbetriebene Kraftwerke besucht, Pelletsproduzenten kontaktiert und Großsägewerke (für Energiegewinnung durch Holzabfallverbrennung) einbezogen.

Der größte regenerative Energieproduzent Thüringens ist kein Stromproduzent, sondern ein Zellulose-Werk in Blankenstein. Aus Sicht des Energieeinspeisegesetzes (EEG) bringt der Betrieb zu viel regenerative Energie (als Abfallprodukt) an den Markt. Könnte der Strom zu den vollen EEG-Werten eingespeist werden, würde sich die Wertschöpfung umdrehen: Der Betrieb wäre ein Stromproduzent mit anhängender Zellulose-Aufbereitung. Ähnlich bei einem großen Glaswerk, das mit einer 600 Grad heißen Abwärme die Luft nutzlos erwärmt. Diese Abwärme kann direkt in Strom gewandelt werden – ein entsprechendes Projekt ist entwickelt worden. Und: Einige landwirtschaftliche Betriebe haben ihre Produktpalette um die Energieproduktion erweitert (Stichwort: Biogasanlagen). Der Forschungsverbund Thüringen spielt eine wichtige Rolle, um im ländlichen Raum die Wertschöpfungskette mit Biomasse zu verbessern und den Ertrag der Agrarbetriebe zu verstärken.

Die konkrete Analyse der Potenziale zeigte, dass die ökonomische Frage der Steigerung der regionalen Wertschöpfung, die soziale Frage von guter Arbeit und Bezahlung und von demokratischer Mitbestimmung einer ökologischen Energiewende nicht widersprechen, sondern dass in der Energiewende eine ungeheure Chance liegt – auch eine Chance, die Steuereinnahmen des Landes zu erhöhen.

Thüringen ist vom Energieimport abhängig. Anders als Nachbarländer wie Bayern oder Hessen verfügt es über keine fossilen oder atomaren Großkraftwerke. Das Endkundengeschäft liegt einerseits in der Hand des Energieversorgers E.ON Thüringer Energie AG, der zu 47 Prozent im kommunalen Besitz ist, und beruht andererseits auf Stadtwerken, an denen der Mutterkonzern dieses Energieversorgers in hohem Maße beteiligt ist. Die Verbindung stellt eine fast kartellartige Vernetzung dar, die sich auf das Geschäftsmodell der Endversorgung mit Energie konzentrierte. Über zwei Milliarden Euro Umsatz wickeln die Energieversorger in Thüringen mit der Zulieferung von Primärenergie (Strom, Gas, Wärme) ab. Der Eigenproduktionsanteil ist einer der geringsten in ganz Deutschland. Dem Land entgehen dadurch Einnahmen an Löhnen, Gewinnen und Steuern.

Die Veränderung der Energieabhängigkeit wurde zum Ausgangspunkt der linken Strategie. Transformation der Wirtschaftsstruktur und Übergang zu den erneuerbaren Energien sollen Hand in Hand gehen. Nicht einfach strukturkonservative Umverteilung des Vorhandenen, sondern der Umbau, die Umgestaltung und die Demokratisierung stehen im Vordergrund. Die Produktionsbasis der Wertschöpfungskette soll erhöht und verlängert werden. Wir wollen den regionalen Kapitalstock einschließlich der Produktionsanlagen erweitern und dies durch eine Wende in der Energieproduktion, der Energieverteilung (der Netze) und der Energiekonsumtion erreichen – regenerativ, regional und dezentral. Auf dieser Grundlage erst lassen sich die sozialen und wirtschaftlichen Ziele realisieren – Verhinderung von Energiearmut genauso wie Energiesicherheit und kommunale bürgernahe Energiedemokratie.



Ansatzpunkt für unsere Positionsentwicklung war die praktische Position, Arbeitsplätze zu schaffen und die Regionalwirtschaft zu stärken. Bei Besuchen an der Technischen Universität Ilmenau wurde deutlich, dass eine Energiewende andere Energienetze braucht; auch die elektronische Steuerung von Stromversorgung, -verteilung und Energielenkung ist Teil der Energierevolution. Aus Erfahrungen in Baden-Württemberg konnten wir lernen, wie sich das »Einsparkraftwerk« und das »virtuelle Kraftwerk« mit Forschungsansätzen der TU Ilmenau mit intelligenter Netzsteuerung verbinden ließen.

Offshore-Windanlagen werden mit staatlichen Anreizen besser gestellt als z.B. dezentrale und regionale Windanlagen im Lande; offensichtlich sollen anstelle bisheriger Großkraftwerke neue Großlieferanten geschaffen werden. Im Ergebnis wird die gesamte Bundesrepublik mit einem Meer von Kupferkabeln überzogen. In Thüringen wird eine 380 kV-Leitung mitten durch den Thüringer Wald gelegt. Diese Hochspannungsleitung wird von Norden nach Süden durch Deutschland getrieben und mehrfach an bestehenden Stromleitungen vorbei gebaut, ohne die vorhandenen Netze sinnvoll zu nutzen. Aus dem Kampf gegen die 380 kV-Leitung ist in der Landtagsfraktion und mit der Bürgermeisterin Petra Enders aus Großbreitenbach eine Auseinandersetzung begonnen worden. Aus dem »Nein zu einer 380 kV-Leitung durch Thüringen« wurde ein »Ja zu einem Kraftwerk







Alle Fotos: »Chevron ist schuldig« Rainforest Action Network,

in der Gemeinde«; aus dem »Nein zur Verkupferung der Landschaft« ein »Ja zu einer Vielfalt an direkter, wohnortnaher Energieproduktion«! Mit der Solargemeinde Viernau wurde unter dem Bürgermeister Manfred Hellmann, Energiepolitischer Sprecher der Linken im Landtag, ein praktischer Anfang gemacht.

Ein erster Schritt ist, die E.ON Thüringer Energie AG mehrheitlich in öffentliche Hand zu überführen. Die Linke schlägt eine gemeinsame Besitzgesellschaft vor, an der sich vor allem die Thüringer Stadtwerke beteiligen. So würde ein gemeinsames regionales Stromnetz mit einer gemeinsamen intelligenten Energiesteuerung aus einer Hand entstehen. In einem nächsten Schritt könnten gemeinsam mit den Sparkassen und den Stadtwerken dezentrale und regenerative Kleinkraftwerke finanziert und aufgebaut werden, an denen sich die Bürger mit Anteilsscheinen oder in Form von Sparbriefen beteiligen. Für jede Gemeinde müssten eine Energiebilanz entwickelt und ein Entwicklungsplan aufgestellt werden. Ziel ist, die Wärme, die in der Gemeinde verbraucht wird, durch regenerative Produktion wohnortnah zu erzeugen. Der Strom, der zur Verfügung gestellt wird, wäre dann »Abfallprodukt«. Über Biogas, Holz, Solarenergie, Geothermie oder Wasserwirbelkraftwerke könnte ein ganzes Netz von kleineren und kleinen Produktionsorten geschaffen werden. Der regionale Kapitalstock würde in einem breiten Verbund durch die Bürgerschaft gehalten. Wenn das Monopol der vier Großen gebrochen wäre, würde eine zehntausendfache Besitz- und Produktionsstruktur in der Hand der Bürgerschaft gestärkt.

Ein größeres Projekt wären die Pumpspeicherwerke (PSW). Dies ist in Thüringen möglicherweise an zehn bis zwölf Standorten relevant. Durch sie soll die Stabilität der Energieversorgung in Spitzenzeiten gesichert werden. Hier wird viel Kapital benötigt, das durch Firmen in der Hand der Stadtwerke aufgebracht werden könnte. Schon ein bis drei solcher Pumpspeicherwerke würden eine massive Kapitalverbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ermöglichen.

Wie die Stromnetze geraten die Gasnetze zunehmend unter den Einfluss von Kapitalgesellschaften. Die in Leipzig angesiedelte Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft (VNG) gehört bundesweit zu den drei größten Gasversorgern. An der VNG halten ostdeutsche Stadtwerke etwas mehr als die Sperrminorität von 25 Prozent (treuhänderisch von der VUB GmbH gebündelt), so dass der Hauptsitz der VNG derzeit gegen den Willen dieser Stadtwerke nicht aus dem Osten Deutschlands verlegt werden kann. Der gesamtdeutsche Energiemarkt ist so in Bewegung, dass im Moment die VNG in Gefahr ist, zwischen den Kapitalanlegern EnBW Baden-Württemberg und EWE Oldenburg zerrieben zu werden.

Die Gasleitungen sind nicht nur zentrales Verbindungsglied zwischen den Regionen, sie stellen einen Energiespeicher mit enormem Potenzial dar. Mit dem Atomausstieg ist Erdgas zur zentralen Brückentechnologie geworden. Durch den Aufbau von Mini-Blockheizkraftwerken könnten entlang jeder Erdgasleitung Kleinkraftwerke in Bürgerhand Wärme und Strom auf regenerativer Basis produzieren. Außerdem könnten die großen Windkraftanlagen im Onshore-Bereich – sie haben derzeit Überkapazitäten, weil im Stromnetz kein Absatz vorhanden ist – Wasser-

stoff produzieren, der sich in das Erdgasnetz einspeisen lässt. So würde neben der Vielfalt von regenerativen Produktionsformen eine durchgehende Struktur auf der Basis des Gasnetzes entstehen. Deshalb ist es zentral, ob die Erdgasnetze weltweit über den Kapitalmarkt gehandelt oder dem öffentlichen Auftrag – der Energiesicherheit – untergeordnet werden. Wenn ein einzelner Gasproduzent über die Einspeisemöglichkeiten ins Gasnetz entscheiden kann, hätte das negative Auswirkungen auf die intelligente Nutzung des Gasnetzes.

Strom- und Gasnetze müssen zusammengedacht werden, um die Veränderung der Produktionsarchitektur von Großkraftwerken hin zu den Minikraftwerken zu ermöglichen. Würde man deutschlandweit die gesamte Abwärme der derzeitigen Stromproduktion auffangen (sie also nicht über Kühltürme in die Luft blasen) und als Wärme an die Endverbraucher leiten, könnte man die ganze Bundesrepublik kostenlos heizen – und es wäre gerade einmal die Hälfte der Wärmeenergie verbraucht! Will man über effiziente Energieproduktion reden, muss man Wärme und Strom als gleichberechtigte Elemente der Energieeffizienz betrachten. Deshalb müssen die Energiekartelle in der Hand von wenigen strategischen Großinvestoren in die Bürgerhand überführt werden. Im Zweifelsfall muss auch mit dem Mittel der Verstaatlichung in einen Markt eingegriffen werden, der ansonsten nur der Kapitalmarktlogik folgt und nicht den Umweltzielen, den sozialen Entwicklungen und dem Postulat der demokratischen Teilhabe der Bürger. Effizientere, intelligente und deshalb gegebenenfalls teurere Geräte müssen auch für sozial schlechter gestellte Menschen erschwinglich und nutzbar gemacht werden; nur so können sie Strom sparen.

Als Antrieb für den Energieerzeuger werden häufig Verbrennungsmotoren eingesetzt, die auf Technologie der Automobilwirtschaft basieren; die Produktion von Mini-BHKW sichert hier Arbeitsplätze in der Automobilwirtschaft, denn als Antrieb für den Energieerzeuger werden häufig Verbrennungsmotoren eingesetzt, die auf deren Technologie basieren. Eine technologisch-industrielle Revolution wäre so verbunden mit einer sozialen Erneuerung: Am Gemeinwohl orientierte Eigentumsstrukturen ermöglichen, dass der Mehrwert der heimischen Energieproduktion auch als Mehrwert in der Region verbleibt. Das wäre wirkliche Energierevolution statt grüner Kapitalismus und eine Absage an einen neoliberal orientierten »Green New Deal«, der zur Demokratisierung der Wirtschaft und zur sozialen Gerechtigkeit keine Konzepte hat.

Regionale Energiepolitik, wie sie Die Linke in Thüringen entwickelt hat, überwindet die proklamierten Gegensätze des Sozialen und des Ökologischen, von Effizienz und Demokratie, von modernster Technik und Bürgerbeteiligung. Das Konzept stellt die Eigentums- und Machtfragen auf dem Feld der Energie und überwindet Kapitaldominanz, stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in der Region, setzt soziale Gerechtigkeit durch und macht Demokratie durch wirklichen Strukturumbau erst möglich. Diese Politik verbindet die Energierevolution mit einer sozialen und demokratischen Erneuerung. Die Politische Ökonomie erneuerbarer Energie würde zu einer Politischen Ökonomie einer solidarischen Wirtschaft.

ERFAHRUNGEN EINER NIEDERLAGE

PROJEKT EINES RICHTUNGSWECHSELS

UND DIE ENERGIEFRAGE IN HESSEN

ANDREA YPSILANTI

»Wer seiner Zeit voraus ist,
muss manchmal in unbequemen Unterkünften
auf sie warten.«
Stanisłav Lec

Stanislav Lec war Hermann Scheers Lieblingsautor. Mit diesem Aphorismus hat er mich versucht zu trösten, nachdem der Versuch einer rot-grünen Koalitionsbildung in Hessen unter Tolerierung durch die Partei Die Linke im Jahr 2008 gescheitert war. Hermann Scheer wusste, wie sich das anfühlt. Er hatte über Jahrzehnte seine Vorstellungen zu einem Ausstieg aus der Atomenergie und dem Umstieg auf eine dezentrale und erneuerbare Energie- und Ressourcenwirtschaft in die politische Diskussion eingebracht. Dafür bekam er viel Anerkennung, aber auch viel Häme und Spott. Ich bin überzeugt, dass nach Fukushima der Ausstieg aus der Atomenergie bis ins bürgerliche Lager nur vermittelbar war, weil Menschen wie Hermann die Alternativen aufgezeigt haben. Vielen Erfolgen gehen

bittere Niederlagen voraus. Auf eine dieser Niederlagen will ich eingehen, da sie hoffentlich den Keim der Zukunft in sich trug.

DER HESSISCHE WAHLKAMPF 2008 – REALE PRAXIS EINER ANDEREN ENERGIEPOLITIK

Im Wahlkampf 2008 in Hessen wurde erstmals der radikale Umbau hin zu erneuerbaren Energien und die Abkehr von der Atomenergie auf Landesebene ins Zentrum eines angestrebten Regierungswechsels gestellt. Es ging dabei nicht nur um die Übernahme der Regierungsämter und auch nicht »nur« um eine neue Energiepolitik, sondern es ging – nach der Auseinandersetzung mit der Agenda 2010 – um einen echten Politikwechsel. Innerparteilich und gesellschaftlich wurde die Idee der »Sozialen Moderne« entworfen und als Leitidee ins Zentrum gerückt. Dieser neue Begriff hatte eine politische, ökonomische, ökologische und eine kulturelle Dimension. Dahinter stand ein kritischer gesamtgesellschaftlicher Ansatz, der sich deutlich von der Linie der Bundes-SPD zu dieser Zeit unterschied. Schon deshalb war er sowohl der veröffentlichten Meinung als auch dem Willy-Brandt-Haus suspekt. Die Bürger jedoch sowie große Teile der hessischen SPD waren offen für einen neuen Politikansatz, der ausdrücklich mit dem neoliberalen Mainstream brach und »reale Utopie« nicht scheute: eine »Erzählung« (vgl. Klein in *RLS-Standpunkte* 34/2011), wie Hessen in fünf oder zehn Jahren aussehen und wie dieses Modell auf andere politische Ebenen wirken könnte.

Die SPD in Hessen – man mag das heute gar nicht mehr glauben – war der Motor eines neuen Diskurses, spannend auch für Grüne und Die Linke, vor allem eben auch durch die Verbindung der Energie- und Ressourcenfrage mit dem Ziel einer grundsätzlicheren gesellschaftlichen Umgestaltung. Motor deshalb, weil Bündnis 90/Die Grünen unser Energieprogramm »Ausstieg aus der Atomenergie in Hessen bis 2012« als zu ambitioniert und in dem von uns angegebenen Zeitraum nicht für umsetzbar hielten. Motor für die Partei Die Linke, weil sich die hessische SPD mit den Themen Mindestlohn, mit einem Programm gegen Kinderarmut, mit einem verlässlichen Sozialbudget und der Rücknahme von Kürzungen in diesem Bereich sowie einer verbindlichen Geschlechterpolitik und vor allem durch die Absage an weitere Privatisierung auf Landesebene von der Agenda 2010 absetzte.

Der Ausgang der Landtagswahl 2008 (CDU 36,8 Prozent, SPD 36,7 Prozent, FDP 9,4 Prozent, Grüne 7,5 Prozent, Linke 5,1 Prozent) war eine Sensation. Dies bedeutete für die SPD einen Zuwachs von 210 000 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl, das entsprach 7,6 Prozent. Seit 2001 war dies – neben dem Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz – der einzige Zuwachs bei einer Landtagswahl. Mit diesem Ergebnis lag die hessische SPD auch über dem hessischen Ergebnis der vorhergegangenen Bundestagswahl. Dabei konnte die SPD Stimmen aus fast allen Lagern gewinnen: 90 000 Stimmen (netto) von der CDU, 66 000 von den Grünen und immerhin 68 000 Nichtwähler.

Die Ausrichtung auf einen energetischen Umbau war ein wesentlicher Baustein in diesem Programm, der hier beschrieben wird. Es wäre aber zur Erklärung der Dynamik im Wahlkampf verkürzt, nur diesen Programmpunkt zu nennen. Zur Erklärung dieses Wahlerfolges

müssen viele Aspekte benannt werden – auch weil sich in den Erfolgen die Widerstände spiegeln, die teilweise überwunden werden konnten, aber eben auch Teil des Scheiterns wurden. Vor allem aber, weil schon damals klar wurde, dass Energiepolitik in ihrem Kern nicht eine bloße Umstellung von Technik darstellt, sondern Gesellschaftspolitik ist.

TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION

Das Wahlprogramm der SPD entstand innerhalb der Partei und mit den politischen AkteurInnen außerhalb der Partei in einem transparenten und partizipatorischen Prozess. Es gelang, einen gesellschaftlichen Diskurs anzustoßen und alle politischen Ebenen und alle Teile der Partei in den Prozess der Entwicklung einzubinden. Dazu gehörten Landtagsfraktionsmitglieder mit ihren jeweiligen Kompetenzen, die KommunalpolitikerInnen, Landräte, BürgermeisterInnen, Kreistagsmitglieder, Stadtverordnete und GremienpolitikerInnen, die vor allem auch die regionalen und praxisbezogenen Blickwinkel einbringen konnten. Hinzu kamen die Facharbeitskreise der Partei in Süd- und Nordhessen sowie die Arbeitsgemeinschaften wie die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Juristen (AsJ), BildungspolitikerInnen (AfB), Lesben und Schwule, die Arbeitsgemeinschaft 60 Plus und die Jusos.

In dem Diskurs kamen unterschiedliche Akteure zusammen, die ihre Kompetenzen einbringen konnten. In der ersten Runde wurde der Prozess bewusst nicht sofort von Finanzpolitik begrenzt. Erst in der zweiten Runde wurden die Prioritäten bestimmt, um sie dann finanziell zu untersetzen.

Den verschiedenen programmatischen Kreisen war aufgetragen, mit den politischen AkteurInnen außerhalb der Partei zu kommunizieren. Es fanden also Gespräche statt mit Gewerkschaften, Mittelstand, IHK, Umweltverbänden, Schülerorganisationen, Kirchen und Sozialverbänden und seit langer Zeit auch wieder: mit Wissenschaft und Kulturschaffenden. Es ist wichtig anzumerken, dass diese Gespräche im Vorfeld und während des Prozesses der Erstellung des Wahlprogramms stattfanden, damit die Vorstellungen dieser gesellschaftlichen Kräfte in den Diskurs einfließen konnten. Vielleicht war dies der erste, zarte Versuch eines neuen »Cross-Over«. Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese partizipative Methode nicht wirklich eingeübt war. Sie war Neuland, ein Versuch. Alle Wahlprogramme der vorhergehenden Wahlen waren Programme der Fraktion und des Landesvorstandes. Deshalb war der Prozess nicht reibungslos. Es brauchte oft »ernsthafte« Gespräche mit einigen FachpolitikerInnen, sie zur Kommunikation mit ExpertInnen oder Beteiligten außerhalb der Partei zu bewegen.

Der zweite Schritt bestand darin, dass der Entwurf des Wahlprogramms ins Netz gestellt wurde und alle interessierten politischen Gruppen innerhalb und außerhalb der Partei Änderungsvorschläge machen konnten. Es wurde ein Referent für diesen Prozess abgestellt, der die Eingaben sichtete, die Vorschläge prüfte und sie an die jeweiligen Arbeitsgruppen zur Diskussion weiterleitete. So erfuhr das Programm eine erneute Überarbeitung.

Demokratie braucht Zeit. Wir hatten den Mut, sie uns zu nehmen. Aber der Nutzen für die Partei bestand darin, dass sich im

Wahlkampf viele Gruppen beteiligten, weil sie vorher am Zustandekommen der politischen Ziele beteiligt waren und sich mit der Programmatik identifizierten.

Der schwierigste Teil des Prozesses bestand darin, das Wahlprogramm so zu entwickeln, dass die verschiedenen politischen Felder nicht äußerlich nebeneinander stehen, sondern sich aufeinander beziehen und somit gegenseitig verlässlich werden. Dies war schwierig, weil dieser Schritt bei den handelnden Personen häufig an Grenzen stieß. Die eingeübte »Ressortzuständigkeit« musste aufgebrochen werden und die Ängste um die »Besitzstände« waren unübersehbar. Abgrenzungen mussten überwunden werden, was zu Irritationen führte. Deshalb ist dieser gesamtgesellschaftliche interdisziplinäre Ansatz dann im geschriebenen und dokumentierten Wahlprogramm leider nicht ausreichend sichtbar (»Die Zeit ist reif – für eine neue Politik in Hessen. Sozialdemokratisches Regierungsprogramm 2008–2013«). Dennoch ist es im Wahlkampf gelungen, das Gesamtanliegen zu kommunizieren, weil sich das Verständnis dafür entwickelt hatte. So konnten wir herausarbeiten, dass Familie und Bildung in Bezug gesetzt werden müssen zu Arbeit und Bezahlung; dass Wirtschaftspolitik mit Umwelt und Energie und Ressourcenpolitik eine Einheit bilden, und dass Arbeit und Bildung Teil eines gesellschaftlichen Umbaus sind. Das »Fachidiotentum« wurde teilweise »überwunden«. So sehr die Ideenskizze der »Sozialen Moderne« Schwerpunkte in der Energie- und Wirtschaftspolitik, der Bildung und sozialen Gerechtigkeit hatte, so wenig vergaß sie, die Auswirkungen auf andere Bereiche mit einzubeziehen.

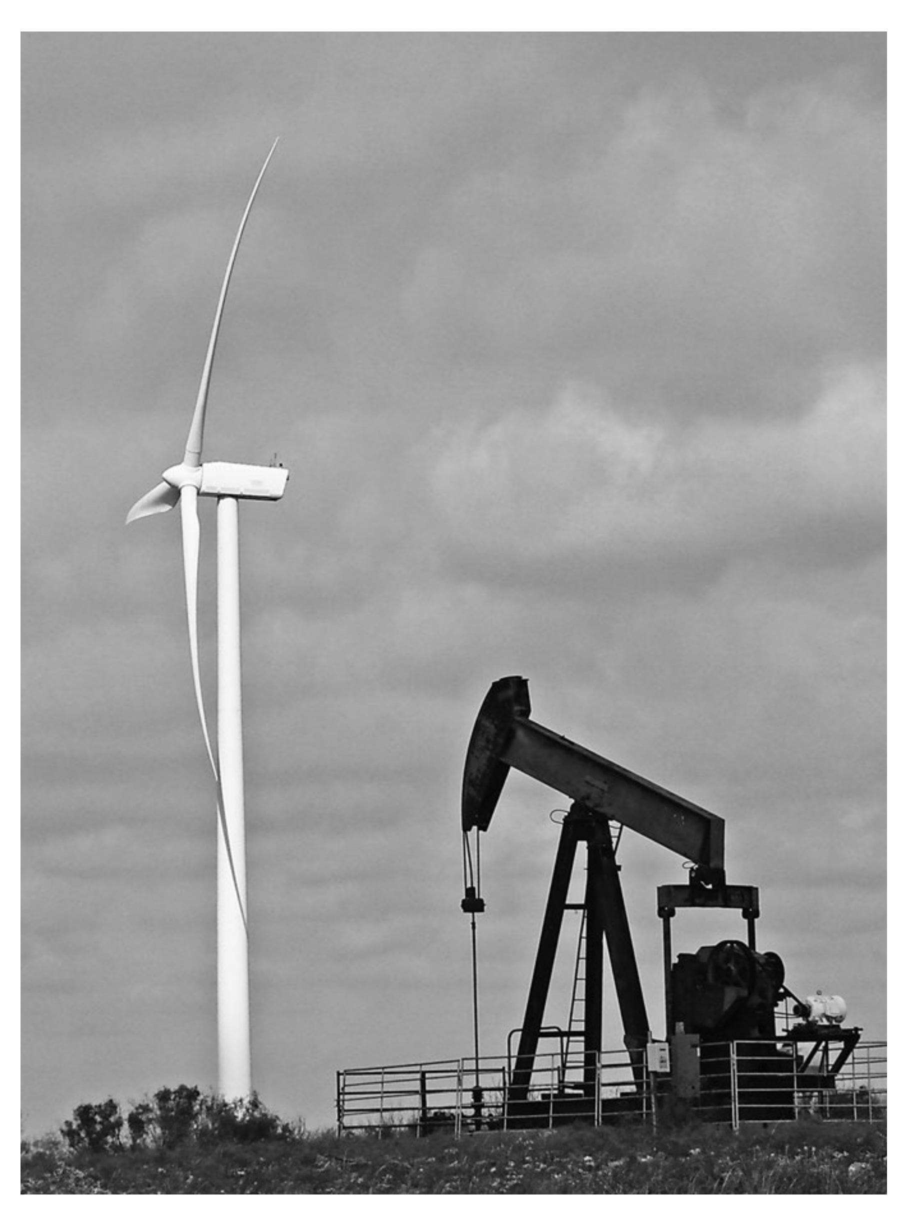
WIRTSCHAFT, ENERGIE- UND RESSOURCENWIRTSCHAFT

Ein wichtiger Faktor der wahlpolitischen Auseinandersetzung zwischen der hessischen rechtslastigen konservativen CDU-Regierung unter Koch und einer reformwilligen und selbstbewussten SPD war auch die Eindeutigkeit in politischen Aussagen und der Mut zur Zuspitzung. So hat die SPD in Hessen schon 2006 eine Studie »Neue Energie für ein atomfreies Hessen« vorgelegt. In ihr wurden die Voraussetzungen für ein Abschalten der alten Atommeiler Biblis A und Biblis B geklärt und gezeigt, dass es keiner neuen fossilen Groß-Kraftwerke bedarf, um die Energienachfrage zu sichern – eine Tatsache, die sich inzwischen bestätigt hat. Zunächst wurde in der Studie exemplarisch aufgezeigt, wie eine dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien entwickelt werden könnte. Für jeden Landkreis sowie die kreisfreien Städte in Hessen wurde der notwendige Anteil an Solarstrom, Bioenergie, Windkraft, Geothermik und Windenergie berechnet. Es wurden Bedingungen für eine solche dezentrale Energieproduktion und -versorgung geklärt wie Raumplanung, Netzmanagement, gesetzgeberische Notwendigkeiten in der Bauplanung und Abfallentsorgung sowie das Zusammenwirken zwischen Hochschule und mittelständischer Wirtschaft.

Schon diese Studie war eine Kampfansage an die Energie-Oligopole EON und RWE, die in Hessen aktiv sind, denn zu dieser Zeit war das neue Groß-Kraftwerk Staudinger im Main-Kinzig-Kreis schon im Genehmigungsverfahren. Nachdem die hessische SPD die Studie als Grundlage für die Programm-

arbeit verabschiedete, schlugen die Wellen hoch. Hermann Scheer, ich selbst und mit uns die hessische SPD mussten sich wüste Beschimpfungen der Regierungsfaktionen bieten lassen, aber selbst die Grünen haderten mit unserem Engagement und hielten es für zu »ambitioniert«. Dies war für den Mainstream der hessischen Medienlandschaft ein gefundenes Fressen. Das blieb auch innerhalb der SPD nicht ohne Folgen, denn es gab nicht nur Befürworter dieses Kurses. Es war deshalb keine leichte Aufgabe, die Kommunikation mit und zwischen den verschiedenen AkteurInnen in Gang zu setzen. Erstaunlicherweise jedoch ist dies in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Energie gelungen. Die Federführung hatte Hermann Scheer. Als designierter Wirtschafts- und Energieminister war es ihm gelungen, neben der übergeordneten Diskussion um den Klimawandel, der Unabhängigkeitsfrage in der Energieversorgung, dem Friedensaspekt auch die lokalen und regionalen Faktoren und Vorteile zu kommunizieren. Die Landräte und Bürgermeister, die Vertreter in den Kreisen und Kommunen überzeugte vor allem das Argument der Wertschöpfung und höherer Steuereinnahmen, die bei der Erzeugung der eigenen Energie in die kommunalen Kassen fließen und dort für soziale und wirtschaftliche Infrastruktur genutzt werden konnten. Für die BürgerInnen wurde das Versprechen abgegeben, dass die öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisiert, sondern darauf hingearbeitet würde, z.B. Stadtwerke und lokale Netze wieder in öffentliches Eigentum zu überführen. Die Umweltverbände und Teile der sozialen Bewegung aus dem Anti-Atom-Spektrum konnten mit dem unbedingten Willen zum Atomausstieg überzeugt werden. Die Gewerkschaften unterstützten unser Konzept, weil es mit großen zukunftsfähigen Innovationen und nachhaltigen Arbeitsplätzen verbunden war. Die Fachhochschulen und Universitäten konnten Teil dieses Umbaus sein, sowohl im Bildungssektor als auch im Bereich des Technologietransfers. Für die Landwirtschaft bedeutete es, neue Einnahmequellen zu generieren – durch Windräder auf ihren Ackerflächen, durch Solardächer auf ihren Scheunen, mithilfe der Förderung nachhaltiger Landwirtschaft oder auch mit dem Anbau von Energiepflanzen. Und last but not least konnten große Teile der mittelständischen Wirtschaft überzeugt werden, dass Energieeffizienz Aufträge und Arbeitsplätze bei Modernisierung von Wohnungen bedeuten würde. So wurden gesellschaftliche Mehrheiten geschaffen durch die Verbindung von Kräften, die unter anderen Bedingungen nie zusammengefunden hätten.

Mit der Verlagerung der Entscheidung auf die lokale Ebene konnte vielen BürgerInnen die Skepsis für dieses Projekt genommen werden. Die angestrebte Dezentralisierung bedeutete, dass diese Entscheidungen auch mit einem »Mehr« an demokratischer Einflussnahme einhergingen. Es war sehr erstaunlich festzustellen, wie gut die politisch interessierte Bevölkerung, vor allem die jungen Menschen, informiert waren, wie kompetent und wie fachkundig die Diskussionen vor Ort geführt werden konnten. An diesem Projekt des energetischen und damit auch ökonomischen und ökologischen Umbaus konnte exemplarisch festgestellt werden: Die Bevöl-



kerung war in großen Teilen der politischen Klasse voraus. Umgestaltung, Umverteilung und Demokratisierung konnten im Projekt der »Sozialen Moderne« verbunden werden. In transformatorischer Perspektive können Interessen, die sonst gegensätzlich zueinander erscheinen, Bündnisse eingehen.

WIDERSTÄNDE UND SKEPSIS

In der Nachbetrachtung würde ich sagen, wir haben uns von der Euphorie der Ereignisse, der positiven Resonanz im progressiven Spektrum der Gesellschaft, zu sehr tragen lassen. Es hat uns kämpferisch gemacht gegen die offenen Widerstände aus dem Spektrum, von dem wir es erwartet haben, den konservativen und neoliberalen Akteuren und den Energie-Oligopolen, aber es hat uns auch unvorsichtig gemacht gegenüber den latenten, nicht offen artikulierten Widerständen in den »eigenen Reihen«, die sich später zu einer feindlichen Atmosphäre entwickelten.

Zu den erwarteten Widerständen gehörten die Angriffe von CDU und FDP, die die Ängste in der Bevölkerung bedienten. »Windkraftmonster«, die wie ein großer Airbus hinter den Häusern der Menschen rotieren, die die Landschaft »verspargeln« und die Natur verschandeln, die die Vögel massakrieren (wie heuchlerisch sind die Argumente im Lichte des Flughafenausbaus, durch den diese Flugzeuge nun 300 Meter über den Dächern der Menschen fliegen und ihnen den Schlaf rauben!). Die konservativen Mainstream-Medien, die diese »Gefahr« gerne transportierten, feiern heute, etwa in der Ausgabe zum Jahreswechsel 2011/2012 (*FAZ* v. 31.12.2011), die Windräder als »Hoffnungsträger«. Hinzu kamen der Widerstand der Gewerkschaft IGBCE, die den Chemiestandort Hessen am Abgrund wähnte und damit die Arbeitsplätze von Tausenden von Menschen, bis hin zu offenen Appellen von Energielobbyisten, allen voran Wolfgang Clement, damals noch Mitglied der SPD, die drei Wochen vor der Wahl sogar ungestraft zur Nichtwahl der hessischen SPD aufrufen konnten; aber eben auch die eigenen Genossen vor allem auf Bundesebene, die in Hintergrundgesprächen mit der Presse die Wirtschafts- und Energievorstellungen in Hessen als absurd und abwegig darstellten, wohl ahnend, dass ein hessischer Erfolg mit einer so progressiven Programmatik auch zu Diskussionen über den Kurs der gesamten SPD führen könnte. Aus dieser Kritik nehme ich den damaligen Parteivorsitzenden Kurt Beck aus. Sein eigenes politisches Schicksal in der Bundespartei ist bekannt.

Aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Hessen gab es Widerstände, zwar nicht in der Frage des »energetischen Umbaus« an sich, wohl aber mit Blick auf die Geschwindigkeit des Umstiegs. Sie warnten vor Alleingängen und vor allem davor, dass sich die SPD dieses Themas überhaupt angenommen hatte. Wie selbstverständlich ging man in Hessen von der Arbeitsteilung aus, wie sie auf Bundesebene bis heute gilt: Die SPD hat den Grünen in der Frage Umwelt und Energie nicht die Show zu stehlen. Diese Arbeitsteilung hat die hessische SPD nicht akzeptiert, was nicht ohne Irritationen blieb. Das mäßige Abschneiden der Grünen mit 7,5 Prozent belastete das Verhältnis zwischen SPD und Grünen nicht unerheblich.

FAZIT UND AUSBLICK

Bei allen Fehlern, die auch von mir und von Seiten der hessischen SPD gemacht wurden, muss die massive Kampagne, welche nach der erfolgreichen Wahl gegen den Weg der hessischen SPD insgesamt losgetreten wurde, vor diesem Hintergrund massiver Widerstände gegen einen wirklichen Politikwechsel reflektiert werden. Die massiven Widerstände haben im Endeffekt dazu beigetragen, dass eine Atmosphäre geschaffen wurde, in der der individuelle politische Verrat möglich wurde.

Was bleibt von dieser Niederlage, sind zunächst sicher Verletzungen und Irritationen innerhalb der SPD, auch mangels Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse, aber auch verlorene Hoffnungen, Abwendung und Frust der Wähler, die auf eine andere politische Kultur und einen echten Politikwechsel gesetzt haben. Die Pläne, einen dauerhaften Diskurs in einem »Forum Soziale Moderne« einzurichten, der eine Partizipation über den Wahlkampf hinaus sicherstellen sollte, wurden in der Opposition nicht umgesetzt.

Was bleibt, ist die Erfahrung der Partizipation und der daraus entstandenen Dynamik im Wahlkampf und, nicht zu vergessen, die inhaltlichen Ergebnisse des partizipativen Prozesses, die kaum an Aktualität verloren haben.

Was bleibt, ist die Erkenntnis vieler politischer Akteure und BürgerInnen, sich im Bereich einer neuen Energie- und Ressourcenwirtschaft auf den Weg zu machen. Seit dem Wahlkampf 2008 haben sich viele Kommunen – nicht mit Hilfe der CDU/FDP-Landesregierung, sondern oft im Widerstand gegen sie – begonnen (die Landesregierung beschränkt immer noch per Gesetz die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen), selbst in die Produktion von Energie zu investieren, weil sie den finanziellen Vorteil erkannt haben. In Nordhessen schließen sich Kommunen zusammen, um gemeinsam lokale Netze zurückzukaufen. BürgerInnen schließen sich zu Genossenschaften zusammen und bestimmen selbst über die Energieversorgung in ihren Kommunen.

Was bleibt, ist die Bewegung und die Erkenntnis, dass der Umbau notwendig ist. Dabei kann die hessische SPD in der neu entfachten Diskussion über die konkrete Praxis der Energiewende auf die Vorarbeiten durch Hermann Scheer zurückgreifen, z.B. auf ein fertiges Gesetz »Vorrang für erneuerbare Energie«, in dem alle Politikfelder vom Baurecht über die Raumplanung und die Abfallentsorgung bis hin zur wirtschaftlichen Bestätigung der Kommunen der Energiefrage zugeordnet werden.

Was bleibt, ist schließlich eine konkrete politische Erfahrung von Kämpfen, Allianzen und Widerständen bei dem Versuch einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation. Aus diesen Erfolgen, Fehlern und der vorläufigen Blockade in einer spezifischen historischen Situation ist für die Zukunft zu lernen. Es kann gezeigt werden, dass die »Soziale Moderne« eine »Ökologische Moderne« mit einer dezentralen demokratischen Energieproduktion, -verteilung und -konsumtion ist. Denn die Krise des Neoliberalismus hat auch einen Raum für neue politische Konzepte geöffnet – ja, sie schreit geradezu danach. In dieser Situation könnten viele ihre unbequemen Unterkünfte verlassen, um Neues entstehen zu lassen.

(BIO-)ENERGIEDÖRFER ALS INNOVATION

PERSPEKTIVEN FÜR STRUKTURSCHWACHE REGIONEN?[1]

RAINER LAND UND

MARIO NEUKIRCH

Seit den 1990er Jahren befindet sich der ländliche Raum Mecklenburg-Vorpommerns in einer tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krisenlage. Hintergründe sind eine weitgehende Deindustrialisierung infolge einer verfehlten Strategie des »Aufbau Ost durch Nachbau West«[2] sowie ein genereller Struktur- und Funktionswandel der Landwirtschaft. Die Folgen sind hohe Arbeitslosigkeit, unterdurchschnittliche Einkommen und Einnahmen der Haushalte und Sozialversicherungsträger. Die Bevölkerung wandert massiv und selektiv ab, vor allem jüngere Alterskohorten und Menschen mit guten Leistungspotenzialen, hoher Flexibilität und Mobilität. In einigen Regionen des Landes ist die Bevölkerung um mehr als 30 Prozent zurückgegangen. Gemeinsam mit der verringerten Geburtenrate Anfang der 1990er Jahre hat dies zu einer schwierigen sozialen und demographischen Konstellation geführt. Sozial-, wirtschafts- oder bildungspolitische Konzepte, die Perspektiven zur Überwindung der Misere bieten, sind nicht in Sicht.

Eine mögliche Lösung könnte sein, durch Bioenergiedörfer Klimaschutz, regionale Wertschöpfung und Teilhabe der lokalen Bevölkerung miteinander zu verbinden. Dieser Gedanke hat seit kurzem beachtlichen Zuspruch erhalten. Ein vielschichtiges Netzwerk, bestehend aus der Akademie für Nachhaltige Entwicklung, regionalen Planungsbüros, Wirtschaftsverbänden, Landespolitikern und Pionieren unterstützt circa 100 interessierte Kommunen bei dem Ziel, Bioenergiedörfer zu werden.

(BIO-)ENERGIEDÖRFER – LOKALE WERTSCHÖPFUNG DURCH DEMOKRATISCHE ENERGIEWENDE

Für ein (Bio-)Energiedorf gelten gewisse Standards bezüglich lokaler Wertschöpfung, Teilhabe und Naturschutz. Anders als bei den vorhandenen Bioenergiedörfern handelt es sich nicht nur um die Aktivitäten einzelner Dörfer, sondern um einen koordinierten Prozess, in dem gemeinsame Ziele verfolgt werden:

Erstens geht es um Beiträge zu einer dezentralen Variante der Energiewende, d.h. um die Ersetzung fossiler durch erneuerbare Energien, auch im Interesse des *Klimaschutzes*. Als Maßstab für ein (Bio-)Energiedorf gilt eine Stromproduktion in Höhe von wenigstens 100 Prozent des Verbrauchs und eine Wärmeversorgung aus eigenen Ressourcen in Höhe von mindestens 75 Prozent. Angestrebt ist, dass sich die Pläne nicht auf den Betrieb von Biogasanlagen beschränken, sondern sich auch auf Energieeinsparung und andere regenerative Energien beziehen. Das wird vielfach realisiert: durch Photovoltaikanlagen, Heizwerke mit Holzhackschnitzeln, Gebäudesanierung und energieeffiziente Straßenbeleuchtung. Mancherorts gelangen auch Windenergie, Erdwärme und Wasserkraft zum Einsatz. Zweitens soll die entstehende Wertschöpfung regional erfolgen. Bedingung dafür ist, dass die erforderlichen Investitionen im Wesentlichen durch lokale Akteure getätigt werden. Bisher wird ein beachtlicher Teil des Dorf-Gesamt-Einkommens für den Bezug von Öl, Gas und Strom aufgewendet. Nutznießer sind überwiegend international agierende Energiekonzerne. Die Folge ist ein Kaufkraftverlust der Region. Stattdessen soll die Heizwärme vom ansässigen Landwirt oder der Kommune bezogen werden. Durch die Stromproduktion mit Biogas-, Solar- oder Windanlagen können zusätzliche Einnahmen generiert werden. Drittens wollen die Akteure des Kooperationsnetzwerkes diese Entwicklung durch *Teilhabe* der lokalen Bevölkerung an den wirtschaftlichen Effekten organisieren und mit einem Zuwachs an Lebensqualität und Kultur verbinden. Teilhabe umfasst mehrere Aspekte: relativ niedrige, stabile Energiepreise, Versorgungssicherheit sowie die Möglichkeit, Miteigentümer der neuen Energiesysteme zu werden und damit Einfluss auf die Verwendung der Erlöse zu nehmen. Viertens wollen die Akteure zeigen, dass erneuerbare Energien und insbesondere Bioenergie auf eine *ökologisch* vernünftige Weise gestaltet und entwickelt werden können, also nicht notwendig zu Maiswüsten, Monokultur und Belästigung mit Gestank, Lärm und beschädigten Kulturlandschaften führen müssen. Der global orientierte Klimaschutz soll mit regionalem Umwelt- und Naturschutz sowie der Erhaltung der Lebensqualität ein-



hergehen. Es geht um kleinere, bedarfsorientierte Anlagen, die Ausweitung der Abfall- und Reststoffverwertung, einen diversifizierten Energiepflanzenanbau und neue Anbaumethoden wie Agro-Forst-Systeme.[3]

DAS (BIO-)ENERGIEDORF-NETZWERK

Seinen Ursprung hat das Netzwerk in der Gemeinde Bollewick an der Müritz. Ein erster Versuch als Bioenergiedorf in den Jahren 2006 bis 2008 war gescheitert: Die Zusammenarbeit mit einem der großen Energieversorger hatte sich als Irrweg erwiesen. Sie hätte in neue Abhängigkeiten geführt und den Dorfbewohnern kaum Erlöse gebracht. Auch der zweite Anlauf, eigenständig und ohne externe Investoren, ließ sich nicht ohne Weiteres realisieren. Es fehlte den regionalen Akteuren nicht nur an Finanzkraft, sondern auch an Know-how und Risikobereitschaft. Vor diesem Hintergrund kam die Idee auf, eine regionale Kooperation mit anderen Kommunen, Unternehmen und Organisationen aufzulegen, um Kräfte zu bündeln und auf dieser Basis kompetente Partner und Berater zu finden. Die aus Landes- und Stiftungsmitteln finanzierte Akademie für Nachhaltige Entwicklung trat hinzu. Sie stellte Mittel bereit, um Beratungs- und Koordinierungsaktivitäten sowie Workshops und Exkursionen[4] mit Akteuren der interessierten Kommunen durchzuführen: das »(Bio-)Energiedorf Coaching«. Das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) an der Universität Trier und das Thünen-Institut für Regionalentwicklung übernahmen zunächst die wissenschaftliche Begleitung, insbesondere hinsichtlich techno- bzw. sozioökonomischer Potenziale der angestrebten Veränderungen. In diversen Vorträgen überzeugten die Mitarbeiter viele Gemeindevertreter und Verwaltungsangestellte, die zuvor skeptisch waren. Ein wichtiger Akteur ist auch der »Runde Tisch der Ingenieure«. Die ungefähr zehn regionalen Planungsbüros haben sich bei der Durchführung von Machbarkeitsstudien in den Dörfern auf gemeinsame Richtlinien geeinigt.[5]

STAND DER DINGE

Das Netzwerk konnte nur vereinzelt auf Erfahrungen anderer Bioenergiedörfer im Land zurückgreifen.[6] Die Resonanz war nach kurzer Zeit umso erstaunlicher. Die Landesregierung setzte sich als Ziel, bis zum Jahr

2020 mindestens 500 (Bio-)Energiedörfer zu realisieren.

Von gut 100 Kommunen, die bis September 2011 Interesse äußerten, (Bio-)Energiedorf zu werden, haben mehr als 60 entsprechende Beschlüsse getroffen. Knapp die Hälfte davon lässt derzeit eine Machbarkeitsstudie durchführen. Im nächsten Schritt geht es darum, konkrete Planungs- und Investitionsentscheidungen zu treffen. Diesen Punkt hatten bis 2011 erst wenige erreicht.

HEMMNISSE

Neben Schwierigkeiten, deren Auftreten in erster Linie auf lokale Gegebenheiten[7] zurückzuführen ist, gibt es allgemeine Hemmnisse, mit denen alle (Bio-)Energiedörfer konfrontiert sein können.

Praktisch alle Gemeinden sind verschuldet. Einigen wurden »Haushaltssicherungskonzepte« auferlegt, um sie zur Einhaltung strengster Haushaltsdisziplin zu verpflichten. Im kommenden Jahr werden mehrere Gemeinden aus der Vorbereitung in die Planung und Durchführung der Investitionen übergehen. Eine kommunale Schuldenbremse kann das Ende für die Pläne bedeuten.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern fördert die Machbarkeitsstudien der Kommunen zu 50 Prozent. Je nach Umfang der Studien geht es meist um Beträge zwischen 2 000 und 10 000 Euro; gerade so viel, dass sich praktisch alle Interessenten dafür entscheiden, die Mühen der Antragstellung in Kauf zu nehmen. Die Kommunikation mit den zuständigen Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und Umweltschutz (StÄLU) ist oft schwierig. Es kommt zu Verzögerungen – besonders, wenn die ehrenamtlichen Bürgermeister/innen nicht durch Fachleute aus den lokalen Amtsverwaltungen unterstützt werden bzw. sich die Regionalbehörden als restriktiv erweisen.[8]



Beide Fotos: Bolivien, »World People's Conference on Climate Change and the Rights of Mother Earth« flickr/cityprojecta

Ein weiteres Problem liegt in den *mangelnden Kapazitäten der Stromnetze*. Zwar sind die Netzbetreiber laut dem Erneuerbare-Energien-Gesetz grundsätzlich zum Netzausbau verpflichtet, um Photovoltaik-, Windanlagen etc. anschließen zu können. In der Praxis müssen die Interessenten oft jahrelang warten. Teilweise wird die erforderliche Netzverstärkung grundsätzlich abgelehnt. Der Gemeinde S. im Landkreis Parchim-Ludwigslust wurde seitens des Netzbetreibers angeboten, die elf Kilometer fehlende Leitung zum Umspann-

werk auf eigene Rechnung legen zu lassen. Angesichts der zu erwartenden Kosten von voraussichtlich mehr als 500 000 Euro hätten sich die Vorhaben (eine Biogas- und zwei Photovoltaikanlagen) nicht mehr amortisiert. Das Projekt wurde daraufhin nicht weiter verfolgt. Andere Kommunen hatten bei vergleichbaren Auseinandersetzungen mit den Netzbetreibern bisher mehr Erfolg. Zu erwarten ist, dass die Entwicklung der (Bio)Energiedörfer insgesamt durch Netzengpässe verzögert wird.

Abschließend soll das Problem der *Konkurrenz um vorhandene Flächen* diskutiert werden. Die hohen Investitionssummen für Windparks und Photovoltaik-Freiflächen übersteigen im Allgemeinen die Möglichkeiten lokaler Akteure; diese treten daher nicht oft als Konkurrenten gegen Großinvestoren an. Dies wird sich ändern, wenn in Zukunft ein relevanter Teil der Windkraft- und der größeren Solaranlagen durch lokale Akteure errichtet und betrieben werden soll. Eine Vorrangregelung für lokale Investoren wird erforderlich, damit sie gegen Großinvestoren eine Chance haben.

Im Bereich Biogasanlagen (BGA) gibt es in Mecklenburg-Vorpommern ähnlich wie in Niedersachsen die Tendenz zu Großanlagen, die von externen Investoren errichtet werden. Deren Geschäftsmodell beruht darauf, mit möglichst vielen Landwirten der Umgebung des Standorts langfristige Verträge über die Lieferung von Substraten (vornehmlich Mais) abzuschließen. Höhere Kosten durch längere Anfahrtswege des »Inputs« werden durch Skaleneffekte kompensiert. Diese Entwicklung wirkt sich für die betroffenen Regionen nachteilig aus: Ein Landwirt, der Getreide an den Investor verkauft, hat sich (und dem anliegenden Dorf) die Möglichkeit genommen, eine eigene dezentrale BGA zu betreiben. Ebenso entfällt die Chance zum Bau eines Nahwärmenetzes, um die im Verstromungsprozess entstehende Abwärme zu nutzen. Mögliche Wertschöpfung durch lokale Energiekreisläufe bleibt ungenutzt. Auch eine Teilhabe der Einwohner, bspw. über niedrige Wärmepreise, ist dadurch ausgeschlossen. Große BGA weisen eine schwache Umwelt- und Klimabilanz auf. Durch weite Anfahrtswege kommt es beim Transport zu erhöhten CO_2-Emissionen. Rund um den Standort bilden sich Mais-Monokulturen heraus. Gewerbesteuereinnahmen erzielt nur die Gemeinde, auf deren Gebiet sich der Standort befindet. Benachbarte Kommunen, deren Straßen durch häufige Transporte in Mitleidenschaft gezogen werden, gehen leer aus. Hinzu kommt die Lärmbelästigung durch Transporte. Anrainer sind daher nicht erfreut über Pläne zur Errichtung neuer BGA. Zum Nachteil der (Bio-)Energiedörfer differenzieren die meisten Betroffenen nicht zwischen extern finanzierten Großanlagen und dezentralen Planungen ansässiger Landwirte.

VORSCHLÄGE ZUR REGULIERUNG

Bei den Biogasanlagen handelt es sich um eine Technologie, die sich ökologisch vernünftig nur dezentral anwenden lässt. Daraus ergeben sich drei Handlungsempfehlungen für die Politik auf Bundes- und Landesebene: Erstens sollten große BGA ab 1000 kW nicht länger gefördert werden. BGA sind klimapolitisch sinnvoll, wenn ihre Abwärme sinnvoller Nutzung zugeführt werden kann und die Inputstoffe nicht über weite Strecken zu

transportieren sind.[9] Im Moment kann eine Gemeindevertretung entsprechende Planungen auf ihrem Gebiet kaum verhindern, wenn der Investor gesetzeskonform handelt. Daher sollte den Kommunen zweitens ein umfassendes Einspruchsrecht gegen den Bau großer Industrieanlagen zukommen. Drittens wären Vorrangregelungen für lokale Investoren sinnvoll, und zwar für die Nutzung jedweder regional begrenzten Ressourcen wie Boden, Wald, Standorte für Windkraftanlagen usw.

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN ALS SOZIALE INNOVATION

Die meisten Kommunen könnten (Bio-)Energiedörfer werden: Die erforderlichen Technologien sind hinreichend erprobt, auf dem Markt verfügbar, und sie sind unter gegebenen legislativen Rahmenbedingungen wirtschaftlich. Doch in vielen Dörfern herrscht allgemeines Desinteresse an Veränderung, Perspektivlosigkeit, Ohnmachtsgefühl. Aktivismus entsteht manchmal erst, wenn es darum geht, mögliche (Bio-)Energiedorf-Pläne zu verhindern.

Vielerorts bestehen solche Probleme nicht (mehr) – hier sind Energiegenossenschaften gegründet worden oder in Vorbereitung.[10] Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft bedeutet aktive Partizipation. Die Mitglieder entscheiden selbst darüber, wie investiert wird und was mit den Einnahmen aus dem Energieverkauf geschieht. Von dem Gedanken, mit den Rückflüssen aus der eigenen Investition zum Bau von Kindergärten, Schulen und kulturellen Einrichtungen beizutragen oder über die Verbesserung der Infrastruktur (mit)entscheiden zu können, lassen sich viele inspirieren. Erweist sich die lokale Energiewende verbunden mit kollektiven Entscheidungs- und Eigentumsformen als diffusionsfähig, besteht die Chance, dass sie sich zum Ausgangspunkt einer umfangreichen sozioökonomischen Transformation entwickelt.

---

1 Die Autoren führten Gespräche und Interviews mit Akteuren des (Bio-)Energiedorf-Netzwerks und den beteiligten Dörfern in Mecklenburg-Vorpommern und haben als Mitarbeiter des Thünen-Instituts die Strategien des (Bio-)Energiedorf-Netzwerks (mit)gestaltet.
2 Vgl. Ulrich Busch u. Rainer Land, 2010: Ostdeutschland: Vom staatssozialistischen Fordismus in die Entwicklungsfalle einer Transferökonomie, in: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch*, 153–184, Wiesbaden.
3 Ein Agro-Forst-System kombiniert Getreide- und Holzanbau, etwa schnell wachsende Weiden und Pappeln. Das Holz kann als Energierohstoff selbst genutzt oder verkauft werden.
4 Immer wieder wird von Teilnehmern die Reise zum österreichischen Bioenergiedorf Güssing (im Jahr 2009) als wichtiges motivationales Ereignis geschildert.
5 Vgl. http://regionale-energie-mv.de/download/Merkblatt_Machbarkeitsstudie.pdf.
Weitere Akteure sind das »Netzwerk Regionale Energie«, die Landkreise Parchim-Ludwigslust und Nordwestmecklenburg, das Amt Zarrentin und der Genossenschaftsverband.
6 Im Zeitraum der Etablierung des Netzwerks 2009f gab es unseres Wissens landesweit nur fünf Bioenergiedörfer.
7 Bspw. keine/mangelhafte Standorte; zerstrittene Gemeindevertretungen; desinteressierte Einwohner; Anordnung der Häuser für Wärmenetz ungeeignet.
8 Ein eklatantes Beispiel: Eines der StÄLU hatte über mehrere Monate keinen Mitarbeiter zur Bewältigung der Anträge eingesetzt. Während des Zeitraums hatte es das Amt nicht für nötig befunden, die betreffenden Kommunen über diesen Umstand in Kenntnis zu setzen.
9 In den (Bio-)Energiedörfern wird häufig mit 500kW geplant. Bei einer thermischen Leistung von 600 bis 1000kW genügt diese Anlagengröße zur Wärmeversorgung eines Dorfs oder Ortsteils durchschnittlicher Größe.
10 Unseres Wissens gab es im September 2011 vier Energiegenossenschaften in MV, drei davon mit kommunaler Beteiligung. Weitere zehn sind in Vorbereitung, ebenso viele sympathisieren mit einer genossenschaftlichen Perspektive.

DEMOKRATISCHER STROM?

DAS BEISPIEL SACRAMENTO

JAN LATZA

Mit der Liberalisierung des deutschen Strommarktes Ende der 1990er Jahre privatisierten viele Kommunen ihre Stadtwerke und gaben die Kontrolle über die Stromnetze aus der Hand. Mittlerweile hat sich der Wind gedreht: Immer mehr Städte und Gemeinden machen den großen Stromkonzernen die Netze streitig und wollen sie rekommunalisieren. Ein Beispiel für eine demokratische und gemeinwohlorientierte Stromversorgung findet sich im kalifornischen Sacramento.

Der *Sacramento Municipal Utility District* (SMUD) ist ein öffentlich geführtes Unternehmen, gegründet als kommunaler Energieversorger durch eine Volksabstimmung 1923. Über 23 Jahre konnte der vorherige Netzbetreiber, die *Pacific Gas and Electric Company* (PG&E), die Übernahme des Stromnetzes verhindern. Das 1974 von SMUD in Betrieb genommene Atomkraftwerk *Rancho Seco* wurde dann in den 1980er Jahren zum Ausgangspunkt für Kämpfe um Bürgerbeteiligung und eine Energiewende. Es ist das weltweit einzige

Atomkraftwerk, das durch eine öffentliche Abstimmung abgeschaltet wurde – 20 Jahre vor Ende der Betriebserlaubnis. Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie wurde SMUD in den 1990er Jahren zum Pionier im Ausbau regenerativer Energien und bei innovativen Energiesparprogrammen.

Mit ca. 1,1 Millionen Verbrauchern ist SMUD der sechstgrößte kommunale Versorger in den USA und der zweitgrößte in Kalifornien (Vaze 2010). Die Tarife sind zwischen 10 und 30 Prozent günstiger als die der umliegenden Energieversorger (SMUD 2011, 5). Außerdem bietet SMUD Sozialtarife an, die 30 Prozent unter dem Normaltarif liegen. Dieser Tarif gilt für alle Haushalte, deren Einkommen 200 Prozent der bundesweiten Armutsgrenze nicht übersteigt (SMUD 2011a). Darüber hinaus bietet SMUD Einspeisevergütungen an, um die Stromproduktion in kleinen, privaten Einheiten zu fördern und so den Anteil an regenerativer Energie zu erhöhen. Bei Untersuchungen zur Kundenzufriedenheit belegt das Unternehmen regelmäßig die besten Plätze – bei privaten und Firmenkunden. Die von SMUD vertriebene Energie stammte 2010 zu 56 Prozent aus Erdgaskraftwerken. Große Wasserkraftwerke sowie andere erneuerbare Energien[1] lieferten jeweils 22 Prozent der Gesamtstrommenge. Zum ersten Mal wurde 2010 weder auf Kohle- noch auf Atomenergie zurückgegriffen (alle Angaben: SMUD 2010).

Gegenüber der Kommunalverwaltung ist SMUD organisatorisch wie finanziell unabhängig. Der siebenköpfige Vorstand wird, aufgeteilt nach Bezirken, alle vier Jahre von den dort Wahlberechtigten direkt gewählt. Die Unternehmensgewinne fließen nicht in die kommunalen Kassen, sondern werden nach gemeinnützigen Kriterien reinvestiert.

DER WEG ZUR KOMMUNALEN ENERGIEVERSORGUNG

Im Juli 1923 votierten die Bewohner Sacramentos mit 87 Prozent für die Gründung eines Energieversorgers in Gemeineigentum (Wolfe o.J.). Die politische Initiative und die große Zustimmung für eine nach Gemeinwohlkriterien organisierte Stromversorgung kamen unter dem Eindruck hoher Tarife und schlechter Leistungen des privaten Energieversorgers *Pacific Gas and Electric Company* (PG&E) zustande. Sie standen in der Tradition des Agrarpopulismus des späten 19. Jahrhunderts (vgl. Wolfe o.J.; Priester 2007, 78ff). Besonders die *People's Party*, die ihre Hochphase zwischen 1890 und 1896 hatte, trat für eine Ausweitung öffentlichen Eigentums und demokratischer Kontrolle zugunsten des Gemeinwohls ein. In Opposition zu großen Monopolunternehmen und den gesellschaftlichen Eliten forderte sie als erste Partei massive staatliche Regulierung gegen private Wirtschaftsmacht und Korruption (vgl. Kutschera 2010, 28), u.a. die Abschaffung des nationalen Bankensystems und die Überführung von Eisenbahn und Energieversorgern in öffentliches Eigentum (vgl. Wolfe o.J.). Sie setzte sich für die »Einführung von Referenden und Volksinitiativen mit dem Ziel direkter politischer Partizipation« ein (Priester 2007, 85f). Zwar verlor die Partei ab 1897 an Bedeutung, doch die Impulse wirkten in die Politik der Demokraten, der *progressiven Ära* (1896-1916) und des *New Deal* hinein.



»Tar Sands« Proteste bei Occupy Vancouver flickr/Ouno Design

Unter der progressiven Regierung des republikanischen Gouverneurs Hiram Johnson wurden 1911 weitreichende Instrumente direkter Demokratie in die kalifornische Verfassung aufgenommen (Volksentscheid, Referendum, Abberufung).[2] Artikel XI, Absatz 9 überträgt den Kommunen – bei entsprechendem Wählervotum – das Recht, kommunale Versorgungsbetriebe in öffentlichem Eigentum und unter lokaler Kontrolle zu gründen. Diese können dann entscheiden, ob sie auch das jeweilige Versorgungsnetz übernehmen wollen.

Im März 1946 entschied das Oberste Gericht in Kalifornien, dass PG&E das Stromnetz übergeben musste. In den 23 Jahren der Auseinandersetzung hatte PG&E nicht in das Netz investiert, sodass die SMUD-Beschäftigten nach der offiziellen Übernahme mit dem Wiederaufbau beginnen mussten (Wolfe o.J.).

Ab Ende der 1940er Jahre stieg die Einwohnerzahl in Sacramento schnell. Bis zum Ende der 1950er Jahre war die Zahl der SMUD-Kunden von 65 000 im Jahr 1947 auf 170 000 gewachsen und der Stromverbrauch hatte sich verdreifacht (SMUD 2011b). Trotz hoher Investitionen in die Infrastruktur reduzierte SMUD 1961 zum dritten Mal die Stromtarife, die zu den niedrigsten in den USA gehörten. Zu diesem Zeitpunkt war das Stromnetz so ausgebaut, dass es jederzeit ausreichend und zuverlässig Energie für alle Privathaushalte und Betriebe liefern konnte.

Mitte der 1960er Jahre waren 95 Prozent des Netzes neu aufgebaut (SMUD 2011c).

Bei der Übernahme 1947 musste SMUD Strom von anderen Versorgern und Agenturen einkaufen. Für die eigene Produktion orientierte man primär auf Wasserkraftwerke, 1948 wurde mit den Planungen für das *Upper American River Project* und 1957 mit dem Bau begonnen (SMUD 2008). Schon während der Bauphase der elf Staudämme und sechs Kraftwerke – zehn Jahre – wurde Strom zu ähnlichen Kosten produziert, wie sie bei PG&E in den großen Ölkraftwerken entstanden. Ende der 1990er Jahre war Wasserkraft die günstigste Stromquelle im SMUD-System (Smeloff/Asmus 1997, 12f).

DEMOKRATISCHE TRANSFORMATION

Zivil genutzte Atomenergie galt in den 1960er Jahren als saubere und kosteneffiziente Energiequelle; SMUD plante ab 1964 den Bau eines Atomkraftwerks (AKW). 1974 wurde das AKW *Rancho Seco* (»trockener See«) in Betrieb genommen. Die ursprünglich angesetzten Kosten von 180 Millionen US-Dollar verdoppelten sich in der Bauphase (Smeloff/Asmus 1997, 14). Die gesamte Betriebszeit war von Sicherheits- und Funktionsproblemen – und mindestens 100 Ausfällen – begleitet (Weiser 2009).

In den 1970er Jahren entwickelte sich die Umweltbewegung zu einem politischen Akteur, doch die Proteste gegen die Kernkraftnutzung blieben marginal. Im März 1979 sorgte allerdings die partielle Kernschmelze im baugleichen Atomkraftwerk *Three Mile Island* in der Nähe von Harrisburg/Pennsylvania in Sacramento für Aufruhr. Mehrfach nahmen hunderte Einwohner an Vorstandssitzungen



Gegen Investitionen in Ölsand-Förderung, Rainforest Action Network

von SMUD teil und stellten Fragen zur Sicherheit von *Rancho Seco* (Smeloff/Asmus 1997, 28f). Ein Störfall 1985 konnte nur knapp unter Kontrolle gebracht werden. Die *Nuclear Regulatory Commission* ordnete eine vollständige Revision der Hauptsysteme an, die unzählige Probleme in der baulichen Ausführung und der Qualifikation der Beschäftigten zu Tage förderte (25ff). SMUD hielt weiter an dem Plan fest, *Rancho Seco* wieder ans Netz zu bringen. Bis zur Wiederaufnahme des Betriebs 28 Monate nach dem Störfall hatte SMUD über 400 Millionen US-Dollar für die Reparatur ausgegeben und die Stromtarife waren in die Höhe geschossen (Smeloff 2001).

Obwohl der Vorstand durch direkte Wahlen bestimmt wurde, war SMUD lange

Zeit in den Händen eines Teils der lokalen Wirtschaftselite (ebd.). Bis 1976 verlor kein Amtsinhaber oder vom Vorstand benannter Kandidat eine Wahl. In diesem Jahr traten zwei junge Aktivisten zu den Vorstandswahlen an und wurden in den Vorstand gewählt, obwohl sie kaum über Mittel für Wahlkampagnen verfügten. 1984 hatte die Wirtschaftselite alle Sitze zurückerobert, indem sie ihren Kandidaten Wahlkampfkampagnen mit bis zu 100 000 US-Dollar finanzierte (ebd.). Eine Vorstandsmehrheit für eine Energiewende bei SMUD kam erst durch die Zuspitzung der Auseinandersetzungen 1985ff zustande.

Vier Monate nach dem Störfall in *Rancho Seco* ereignete sich die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Im folgenden Volksbegehren der *Sacramentans for Safe Energy* (SAFE) wurden über 50000 Unterschriften für die Abschaltung des Atomkraftwerkes gesammelt, mehr als doppelt so viele wie benötigt wurden (Ameloff/Asmus 1997, 33). Die Abstimmung wurde im Juni 1988 mit 49 zu 51 Prozent hauchdünn verloren; *Duke Power*, ein Energieversorger, der das Werk übernehmen wollte, und das *Nuclear Energy Institute* hatten insgesamt 3 Millionen US-Dollar für die Gegenkampagne gesammelt (jeder Energieversorger in den USA, der ein Atomkraftwerk betrieb, spendete 10 000 Dollar). SMUD versprach die Sicherheit von *Rancho Seco* zu verbessern und ein Jahr später eine zweite Abstimmung durchzuführen. 1989 stimmten 53 Prozent für die Stilllegung von *Rancho Seco*. Am nächsten Tag wurde der Reaktor abgeschaltet – ein weltweit einzigartiger Vorgang (Weiser 2009). Dies konnte nur durch drei Faktoren zustande kommen:

1 | die öffentlichen Eigentumsverhältnisse, die es ermöglichten, dass die Bewohner über die Nutzung *ihres* Eigentums abstimmen konnten;
2 | die direktdemokratischen Formen der Volksabstimmung und der Vorstandswahl, mit denen die Bewohner ihren Einfluss geltend machen konnten;
3 | die politische (Basis-)Initiative, die in der Krise der Atomenergienutzung diese Instrumente mit Leben füllte.

ENERGIEEFFIZIENZ UND REGENERATIVE ENERGIEN

Tarife und Stromversorgung blieben nach der Abschaltung stabil. Die neue Unternehmenspolitik wurde – mit einer progressiven Mehrheit im Vorstand – auf Diversifizierung und Dezentralisierung der Energiequellen und Energiesparprogramme ausgerichtet: Die Atomenergie wurde zu zwei Dritteln ersetzt durch Strom aus Erdgaskraftwerken und zu einem Drittel aus Wind- und Solarenergie sowie Energie aus Photovoltaikanlagen (Berman/O'Connor 1996, 92). Ab 1990 pflanzte SMUD in Kooperation mit der *Sacramento Tree Foundation* über 200 000 Schattenbäume, um den hohen Energieverbrauch für Klimaanlagen in den heißen Sommerphasen zu reduzieren, und betreibt heute zahlreiche Programme zur Energieeinsparung sowie zum Klima- und Umweltschutz.[3]

Im Bereich der erneuerbaren Energien brachte SMUD Forschungen voran: Technologien zur Energiegewinnung durch Solar, Wind, Brennstoffzellen, Gasturbinen und Biomasse wurden weiterentwickelt (SMUD 2011d; Wassermann 2001). Auch die lokale Ökonomie profitierte hiervon: Zwischen 1995

und 2009 verdoppelte sich die Zahl »grüner Arbeitsplätze« im Raum Sacramento.[4]

Die wechselhafte Geschichte von SMUD zeigt mögliche Probleme in demokratisierten, öffentlichen Unternehmen: Weder eine Überführung in öffentliches Eigentum noch direkt-demokratische Prozesse verändern automatisch die ungleiche Verteilung von Macht und Einfluss. Zudem haben öffentliche Unternehmen in den letzten 30 Jahren häufig selbst auf Profitmaximierung und Wettbewerbsfähigkeit als leitende Maxime umorientiert (vgl. Candeias/Rilling/Weise 2009). Eine Strategie der Energiedemokratie muss mit der Demokratisierung von Eigentum einhergehen. Energiekämpfe, die bisweilen durch Katastrophen und individuelle Betroffenheit verstärkt werden, können dabei das Feld neu strukturieren. Um solche Situationen und Institutionen für institutionelle Veränderung zu nutzen, ist politische Mobilisierung unerlässlich.

LITERATUR

Berman, Daniel M., u. John T. O'Connor, 1996: *Who Owns the Sun? People, Politics and the Struggle for a Solar Economy*, White River Junction

Candeias, Mario, Rainer Rilling u. Katharina Weise (Hg.), 2009: *Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen*, RLS-Texte Bd. 53, Berlin

Kutschera, Claudia, 2010: *Die amerikanische Präsidentschaft in der Progressive Ära, 1896–1916, William McKinley bis Woodrow Wilson*. Diplomarbeit, Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät, Universität Wien, http://othes.univie.ac.at/9746

Next 10, 2010: *Many Shades of Green: Regional Distribution and Trends in California's Green Economy*, www.next10.org/next10/publications/pdf/2011_Many_Shades_of_Green_FINAL.pdf

Priester, Karin, 2007: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt/M

Smeloff, Ed, 2011: »An energy plan for S.F.« (Interview), in: *Bay Guardian*, 17.08.2011, http://web.archive.org/web/20050227103758/http://www.sfbg.com/News/35/46/46int.html

Ders. u. Peter Asmus, 1997: *Reinventing Electric Utilities. Competition, Citizen Action, and Clean Power*, Washington, D.C.

SMUD [Sacramento Municipal Utility District], 2010: *Power Content Label*, www.smud.org/en/about-smud/company-information/documents/Power%20Content%20Label.pdf

Dies., 2011: *2010 Annual Report*, www.smud.org/en/about-smud/company-information/document-library/documents/2010-SMUDAnnualReport.pdf

Dies., 2008: *Upper American River Project History*, http://hydrorelicensing.smud.org/project/proj_his.htm

Dies., 2011a: *Low-income assistance*, www.smud.org/en/residential/customer-service/rate-information/low-income-assistance.htm

Dies., 2011b: *The 1950s: Sacramento booms like never before*, www.smud.org/en/about-smud/company-information/history/history-1950.htm, 31.01.2012

Dies., 2011c: *The 1960s: Smart planning pays off*, www.smud.org/en/about-smud/company-information/history/history-1960.htm, 31.01.2012

Dies., 2011d: *The 1990s: Moving into leadership on green energy, conservation*, www.smud.org/en/about-smud/company-information/history/history-1990.htm

Vaze, Prashant, 2010: *Repowering Communities case study: Going to California*, http://climateanswers.info/2010/07/repowering-communities-case-study-going-to-california, 1.9.2011

Wassermann, Harvey, 2001: »California's Deregulation Disaster«, in: *The Nation*, 12.2.2001, www.thenation.com/article/californias-deregulation-disaster

Weiser, Matt, 2009: »20 Years After Sacramento Voted to Shut Rancho Seco, SMUD Has Diversified Energy Sources«, in: *The Sacramento Bee*, 7.6.2009, www.nukefree.org/news/20YearsAfterSacramentoVotedtoShutRanchoSeco,SMUDHasDiversifiedEnergySources

Wolfe, Eric, o.J.: *A job for linemen: Union linemen remember the early days of the Sacramento Municipal Utility District*, www.ibew1245.com/history-pages/historySMUDintro.html, 21.8.2011

1 Zusammengesetzt aus Biomasse und Abfällen, Erdwärme, kleinen Wasserkraftwerken sowie Solar- und Windenergie.

2 http://ballotpedia.org/wiki/index.php/History_of_Initiative_and_Referendum_in_California

3 Vgl. www.smud.org/en/about-smud/environment/

4 Es entstanden 7.100 neue Jobs. Die Zuwachsrate von 103 Prozent liegt um 40 Prozent über dem kalifornischen Durchschnitt in den grünen Sektoren und ist fast viermal so hoch wie der durchschnittliche Beschäftigungszuwachs im Raum Sacramento (Next 10 2010, 22f).

ENERGIESOUVERÄNITÄT FÜR ECUADOR

ALBERTO ACOSTA

Im Jahr 2009 wurde der Strom in Ecuador wieder rationiert. Ende desselben Jahres betrug das Energiedefizit 4000 Megawattstunden. Der Strommangel wirkt sich auch auf das Bruttoinlandsprodukt des Landes aus – was leicht vorauszusehen war: Der Bedarf wuchs ständig, das Angebot blieb nahezu gleich. Die Energiekrise war abzusehen: Eine heftige Dürre, die auch andere südamerikanische Staaten traf, ließ die Situation eskalieren, besonders im Süden Ecuadors. Die Rationierungen legten die Produktion lahm; eilig wurden Geräte zur Erzeugung thermischer Energie gekauft – jene Apparate, die riesige Mengen Diesel verbrauchen; Energie muss immer noch teuer aus Kolumbien und Peru besorgt werden. Ähnliche Situationen erlebte das Land schon in den Jahren 1992, 1995, 1996 und 1997. Besorgniserregend ist, dass in Kenntnis der Risiken nicht die notwendigen Vorkehrungen ergriffen worden sind, obwohl Ecuador ein enormes Potenzial an Wasserkraft und alternativen Energiequellen birgt.

In den letzten 20 Jahren wurde der Energiesektor der Logik des freien Marktes überlassen. Privates Kapital sollte angelockt werden, um die notwendigen Investitionen zu tätigen. Stromunternehmen wurden entlang von Produktion, Übertragung und Verteilung von Energie in getrennte Einheiten aufgespalten, was ihre Finanzierungsmöglichkeiten schmälerte und zu Reibungs- und Konkurrenzverlusten führte. Zugleich musste der Strom zu einem Verkaufspreis von 0,08 US-Dollar angeboten werden, unterhalb des Einkaufs-/Erzeugerpreises von 0,14 US-Dollar. Die dafür notwendigen öffentlichen Investitionen blieben aus. All dies lief schließlich auf eine Begünstigung der Wärmekraftwerke hinaus, die sich mehrheitlich in Privatbesitz befanden. Die Folge war der Niedergang staatlicher Stromunternehmen, insbesondere im Bereich der Energieversorgung, und der Abzug von Kapital. Hinzu kamen bedeutende Verluste technischer und nicht technischer Art, v.a. durch den Diebstahl von Strom, der bis zu 25 Prozent ausmachte. Wirtschaftliches, administratives, soziales und ökologisches Missmanagement war an der Tagesordnung. Insgesamt führte dies zur Zersetzung des Energiesektors.

Das strukturell größte Problem ist der Mangel an Investitionen, um den steigenden Energiebedarf decken zu können. Eine Anpassung des Energiebedarfs an die Verfügbarkeit von Ressourcen in Ecuador oder eine angemessene Effizienz bei Produktion und Verbrauch von Energie wurde politisch nie verfolgt. Hinzu kommen erhebliche Verzögerungen bei den wenigen geplanten Maßnahmen.

ES BLEIBT BEI GUTEN ABSICHTEN…

Die Energiepolitische Agenda (Agenda Energética 2007-11), im Juni 2007 vom Energie- und Bergbauministerium vorgestellt, benannte rechtzeitig alle strukturellen Defizite und schlug kurz-, mittel- und langfristige Lösungen vor. Daran anknüpfend arbeitete die Regierung von Rafael Correa von Beginn an auf einen Wechsel im Energiemix hin. Die Energiegewinnung durch Wasserkraft sollte auf 43 Prozent im Jahr 2010 und langfristig auf 86 Prozent bis 2017 steigen, ergänzt durch acht Prozent aus erneuerbaren Energien wie Solar- und Windenergie oder Biomasse. Schätzungen zufolge nutzt Ecuador derzeit lediglich acht Prozent seines energetischen Potenzials aus Wasserkraft. Die energiepolitische Agenda warnt, ein großer Teil der Kraftwerksanlagen müsse unverzüglich ersetzt, saniert oder umgebaut werden, da die Wärmekraftwerke die Zeit ihrer Wirtschaftlichkeit bereits überschritten hätten. Laut einer intermen Studie des Energie- und Bergbauministeriums war unverzüglich der Bau von vier Wärmekraftwerken mit einer Kapazität von 430 MW nötig, als Zwischenlösung, bis das verfügbare Potenzial an Wasserkraft entwickelt ist.

Während der Ausbau des Energieangebots nicht vorankommt, steigt der Bedarf fast exponentiell. In den Jahren 2000 bis 2008 stieg der Stromverbrauch um 49,3 Prozent, durchschnittlich erhöhte sich der Bedarf jedes Jahr um 5,6 Prozent. Dank eines besseren Energiemanagements konnten Energieverluste immerhin von durchschnittlich 25 Prozent auf 17,6 Prozent reduziert werden. Die Regierung Correa ergriff auch Maßnahmen, um die Energieeffizienz zu verbessern, etwa durch

den Austausch herkömmlicher Glühlampen durch Energiesparlampen.

HEKTISCHE REAKTIONEN

Auf die Energiekrise wurde mit einer Reihe von Maßnahmen reagiert. Ein Krisenplan des Ministeriums für Elektrizität und Alternative Energien suchte den landesweiten Verbrauch um fünf bis zehn Prozent zu senken. Eine Rationierung der Energieversorgung in Wohngebieten sollte verhindern, dass es Handels- und Industriezonen an Strom mangelt. Doch die sinkende Energieproduktion durch die enorme Trockenheit traf schließlich auch diese Bereiche und verstärkte damit die Wirkungen der schweren internationalen Wirtschaftskrise auf Ecuadors Wirtschaft.

Mit Peru wurde ein Energieverbund geschlossen, das Angebot aus Kolumbien sollte weiter im selben Umfang genutzt werden. Darüber hinaus beschränkte man sich darauf, mit Hilfe des Wärmekraftwerks Central Térmica Victoria II und sieben bei General Electric erworbenen Turbinen das Stromangebot zu vergrößern (154 MW). Zu den Kosten für die neuen Generatoren in Höhe von rund 176 Mio. US-Dollar sind Kosten für wachsende Importe von Derivaten wie Diesel in Höhe von 84 Mio. US-Dollar, für den Kauf von Strom aus Kolumbien und Peru (180 MW) und die Ausgaben für die Anmietung verschiedener Module für Wärmekraftwerke in Höhe von 104 Mio. US-Dollar (175 MW) hinzuzurechnen. Insgesamt wurde angesichts der Notlage nur getan, was ohne Eile und ohne derart hohe Kosten längst hätte getan werden können. Doch gefordert sind nicht allein konjunkturelle Maßnahmen, sondern ein struktureller Wandel im Energiemix. Das hektische Agieren verhindert, dass das enorme Energiepotenzial Ecuadors genutzt wird, allen voran die Wasserkraft.

WASSER: SCHLECHT VERTEILT UND SCHLECHT GENUTZT

Ecuador steht genügend Wasser zur Verfügung: vier Mal mehr Oberflächenwasser pro Kopf als im globalen Durchschnitt. »Das Problem ist, dass es schlecht verteilt ist, die Verschmutzung zunimmt und die Zerstörung der Wasserquellen immer schneller vonstatten geht.« (Gaybor 2009) So wird v.a. im agrarischen Exportsektor enorm viel Wasser zu besonders niedrigen Preisen verbraucht, während die Nahrungsmittelproduktion für den eigenen Verbrauch sinkt – Ecuador ist sogar zum Nahrungsmittel-Importeur geworden. Mit der Ausbreitung der Agroindustrie breiten sich Monokulturen aus, die für die wachsende Kontaminierung des Wassers zu einem erheblichen Maße verantwortlich sind.

Auch im Bergbau werden große Mengen an Wasser verbraucht und kontaminiert. Obgleich die Tür für Tagebau im großen Stil noch nicht geöffnet wurde, führt schon jetzt eine Reihe von dort eingesetzten Produkten zu erheblichen Umweltschäden. Ungelöst sind auch Probleme der Wasserverschmutzung durch die Erdölförderung und den Umgang mit deren Abfallprodukten in der Amazonas-Region. Alles in allem hat die Kontaminierung einen immensen Grad erreicht: Alle 72 bestehenden Wassereinzugsgebiete sind betroffen.

WASSER ALS MENSCHENRECHT

Durch die Entscheidung der ecuadorianischen Bevölkerung ist in der neuen Verfassung die

effektive Wiedererlangung der gesellschaftlichen und staatlichen Kontrolle über das Wasser festgeschrieben. Konkret heißt es in Artikel 12: »Das Recht auf Wasser ist grundlegend und unverzichtbar. Wasser ist ein nationales, strategisches und öffentliches Gut, unveräußerlich, unantastbar, unpfändbar und essenziell für das Leben.« Gleichzeitig wird von der Schaffung anderer Hoheitsrechte im Plural gesprochen, etwa von der Ernährungssouveränität, der wirtschaftlichen Souveränität, der Energiesouveränität, der regionalen Souveränität etc. Unter diesen erhält das Recht auf Wasser Priorität in der Verfassung. Artikel 413 ergänzt: »Der Staat wird die Energieeffizienz und die Entwicklung und Verwendung von Praktiken und Technologien fördern, die umwelttechnisch sauber und gesund sind, ebenso wie diversifizierte erneuerbare Energien mit geringen Umweltauswirkungen, die weder die Ernährungssouveränität und das ökologische Gleichgewicht der Ökosysteme noch das Recht auf Wasser gefährden.«

Die Bestimmungen der Verfassung sind eindeutig. Doch eine Verfassung macht noch keine Gesellschaft, ihre Ausfertigung garantiert nicht ihre Gültigkeit und Erfüllung. Eine Verfassung muss, jenseits ihrer juristischen Bedeutung, ein politisches Projekt des gemeinschaftlichen Lebens sein, das unter aktiver Beteiligung aller erarbeitet werden muss und so zu seiner Gültigkeit gelangt.

AUF DEM WEG ZUR ENERGIESOUVERÄNITÄT

Ecuador ist zum Umdenken aufgefordert. Es ist nicht ratsam, weiterhin ohne strategische Planung mit isolierten Einzelmaßnahmen zu agieren. Erdöl und Erdgas, Wasserkraft sowie die diversen Formen erneuerbarer Energien sind gemeinsam in einer umfassenden Perspektive der Transformation des Energiesystems zu betrachten. Zudem ist ein effizienter Umgang mit der verfügbaren Energie (bei Herstellung und Verbrauch) nötig sowie eine Politik, die zur Entwicklung einer Kultur der Sparsamkeit ermutigt.

Der Energieverbrauch einer Wirtschaft ist eng verbunden mit dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Das ist vor allem bei Ökonomien der Fall, die ihr Wachstum als Maßstab ihrer vermeintlichen Entwicklung begreifen. Um eine sozial-ökologische Transformation hin zur Energiesouveränität zu definieren, muss das Konzept des ökonomischen Wachstums selbst anders gefasst werden. Wenn man akzeptiert, dass die Verfügbarkeit eines zuverlässigen und sicheren Energieangebots helfen soll, den Produktionsapparat auszuweiten, sollte diese Erhöhung v.a. aus alternativen Energiequellen gespeist werden. In Ecuador muss die Schaffung einer postfossilen Ökonomie erst begonnen werden.

In einer von wirtschaftlichen Ungleichgewichten und Konzentration von Reichtum charakterisierten Gesellschaft muss die Energiepolitik selbst zu einem Mechanismus der Umverteilung werden, um großen Bevölkerungsteilen einen Weg aus Informalität und Marginalisierung zu eröffnen. Dies bedeutet weder, die Rolle des Marktes bei der Festsetzung einer Preispolitik zu leugnen, noch dass die Ungleichgewichte mittels einer nicht diskriminierenden Subventionspolitik überwunden werden können. Die Schwierigkeit besteht darin, Mechanismen zu finden,

um die Verzerrungen zu korrigieren, indem Kriterien sozialer Gleichheit und ökologischer Verträglichkeit bei der Konzeption von Energiestrategien einbezogen werden.

Es ist wichtig, sich dabei zu vergegenwärtigen, dass die Art der Nutzung der Energie-Ressourcen die politische und soziale Struktur eines Landes beeinflusst, nicht allein die wirtschaftliche Struktur. So war das Vorhandensein des Erdöls, von den indigenen Bevölkerungen zum Teeren ihrer Boote oder für Heilzwecke genutzt, für sich genommen keine hinreichende Bedingung zur massiven Ausbeutung des Erdöls; diese hängt letztendlich von der technologischen Entwicklung der Gesellschaft ab, hat aber erhebliche Konsequenzen. Denn jede Nutzung bestimmter Energiequellen erfordert eine bestimmte Form sozialer und politischer Organisation. Die Verwendung von Energiequellen wie Erdöl oder große Staudämme mit Wasserkraftwerken erfordern eine enorme Konzentration finanzieller Mittel und befördern die Schaffung autoritärer, zentralisierter Systeme – oft auch Rentier-Systeme.

Die Aufgabe besteht darin, eine möglichst große Zahl dezentralisierter Prozesse mit einem steigenden Grad an gesellschaftlicher Kontrolle zu initiieren, ohne dadurch den adäquaten Rahmen und die nationale – oder gegebenenfalls regionale – Kontrolle zu minimieren. Das bedeutet, die Rolle dezentraler Regierungen und der Landgemeinden und Städte bei der Steuerung des Energiesektors zu stärken. Die Energie zu dezentralisieren, heißt Dezentralisation und Entflechtung von Macht; letzten Endes ist dies ein Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Der Energiesektor kann nicht einfach als ein zusätzlicher Produktionsfaktor betrachtet werden. Im Falle Ecuadors darf das Erdöl auch nicht einfach als zusätzliche Quelle finanzieller Ressourcen angesehen werden. Vielmehr gilt es, entlang der Energiekette Nischen der technischen Entwicklung zu schaffen, deren Nutzung es erlaubt, ein Konglomerat von produktiven Aktivitäten und Dienstleistungen hervorzubringen, die die binnenwirtschaftliche Wertschöpfung steigern. Insofern der Energiesektor nachhaltige Verkettungen mit anderen Produktionsbereichen fördert, treibt er die Entwicklung voran; tritt das Gegenteil ein, ergäbe sich – wie bisher – lediglich ein einfaches quantitatives Wachstum, dessen Beitrag zu einer Transformation in Richtung einer postfossilen Wirtschaft gering wäre. Eine nachhaltige Energieentwicklung sollte sich an den folgenden Aspekten ausrichten: energetische Sicherheit und Selbstversorgung; Effizienz bei der Gewinnung, Umwandlung und Verwendung von Energie; Diversifizierung der Energiequellen und -technologien; wirtschaftliche Rentabilität des Energiesystems; »Harmonie« mit Umwelt und Gesellschaft – Wahrung sozialer und ökologischer Kriterien; gesetzliche und institutionelle Absicherung eines solchen Energiesystems.

Die Kapazitäten zur Stromgewinnung müssen durch eine ausgewogene Kombination von großen Wasserkraftprojekten und Wasserkraftwerken mittlerer und geringer Kapazität erhöht werden. Es wäre naiv, nur das eine oder andere zu tun. Eine Orientierung wäre: so viele Großprojekte wie nötig, so viele mittlere und kleine Projekte wie möglich. Die wirtschaftliche Bedeutung der Wasserkraftwer-



»Nach der Ölkatastrophe«, © Roy Brown

ke ist hervorzuheben: Ihr Bau erfordert aufgrund der Kosten und der Zeit größere Mittel, doch ihr Betrieb ist wesentlich wirtschaftlicher. Während die Stromerzeugung aus Wasserkraft durchschnittlich 0,03 US-Dollar pro kWh kostet, fallen bei Wärmekraft 0,15 US-Dollar pro kWh an, d.h. 500 Prozent mehr.

Wenn das vorhandene Potenzial an Wasserkraft genutzt wird, ist zentral zu respektieren, welcher Nutzung die Verfassung Vorrang eingeräumt hat: Zu allererst muss die Sicherung des Wassers für den menschlichen Konsum und die Ernährungssouveränität gewährleistet und der Lebenszyklus der Flüsse garantiert sein, dann kann die Ausbeutung der Wasserkraft in Betracht gezogen werden. Vor allem für die dezentrale Errichtung kleiner und mittlerer Wasserkraftwerke muss die Partizipation von Provinz- und Bezirksregierungen sowie der Gemeinden gewährleistet sein. Bei Großprojekten bedarf es intensiver Abstimmungsprozesse mit Lokalregierungen und Gemeinden, die garantieren, dass letztere direkt von den Projekten profitieren. So ist z.B. die Errichtung isolierter Camps – Enklaven – bei den Bauarbeiten keine gute Lösung, ebenso wenig wie der »Import« von Arbeitern aus anderen Regionen. Auf keinen Fall akzeptabel ist die »Partizipation« der Gemeinden durch deren Kooptation als Aktionäre, um auf diese Weise ihren möglichen Widerstand angesichts von Bedrohungen durch ein Projekt auszuschalten. Selbstverständlich ist gerade bei großen Projekten ein Fonds zur Abfederung von sozialen und Umweltkosten unerlässlich.

Wir müssen uns vor Augen halten, dass die sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Großprojekte desaströs sein können, und zwar womöglich ohne dass die erhofften wirtschaftlichen Gewinne eintreten (vgl. Ayboga in diesem Heft). Die Globale Kommission zu Wasserkraftwerken (Comisión Mundial de Represas) kommt zu dem Schluss, dass »Großprojekte generell eine Vielzahl von gewaltsamen Folgen hervorrufen«, die »eher negativ als positiv sind und in vielen Fällen zum unwiederbringlichen Verlust von Arten und Ökosystemen geführt haben«. Darüber hinaus haben Wasserkraftprojekte oft Menschenrechtsverletzungen zur Folge, etwa gesundheitliche Beeinträchtigungen, Verlust von Ernährungsquellen und Formen des traditionellen Lebens, gewaltsame Vertreibungen, unzureichende bis betrügerische Evaluationen der sozialen und ökologischen Auswirkungen, Einschränkungen bei Konsultationen und öffentlicher Teilhabe, geringer oder völlig fehlender Zugang zu Informationen, das Übergehen von Rechten der indigenen Völker und Nationalitäten, die Kriminalisierung sozialer Proteste.

Darüber hinaus ist es notwendig, Prozesse der Raumordnung und -planung in Gang zu setzen, um jene Gebiete zu identifizieren, in denen keinesfalls Projekte entwickelt werden dürfen. Dies bedeutet, der Produktion geographische Grenzen aufzuerlegen, etwa das Erdöl-Moratorium im zentralen Süden Amazoniens (zusätzlich zur Nichtausbeutung des Öls im Nationalpark Yasuní) in die Tat umzusetzen, so wie es der Regierungsplan von Movimiento País für die Jahre 2007-11 vorsah. In diesem Zusammenhang müssen jene gefährdeten Gebiete abgesteckt und geschützt werden, in denen die Möglichkeit zur Wassergewinnung verloren gehen kann,

etwa in den Páramos (Hochmoorgebiete der Anden). Dort darf u.a. keinerlei Bergbauaktivität in der Nähe von Wasserquellen erlaubt sein. Außerdem sollte das »Säen von Wasser« (etwa durch Wiederaufforstungsprogramme) auf breiter Basis erfolgen. Doch zuvor müssen die negativen Auswirkungen durch Bergbau, Abholzung, unkontrollierte Besiedelung, Monokulturen und Ähnliches minimiert werden.

Es muss klar sein, dass komplementär zu den Wasserkraftprojekten und zusätzlich zu den wichtigen erneuerbaren und nicht konventionellen Energiequellen (Gezeitenenergie) auch Wärmekraftwerke mit einem hohen Effizienzgrad auf Erdgas-Basis notwendig sein werden. Darüber hinaus sind viele weitere Anstrengungen vonnöten, um eine rationale Energienutzung zu erreichen, die praktisch als eine Art weiterer Energiequelle angesehen werden sollte. In Ecuador gibt es noch kaum Vorstellungen zur Veränderung des Energiekonsums. Eine aktive Preispolitik könnte hilfreich sein, Änderungen im Energiemix herbeizuführen. Gleichwohl wird Strom seit langer Zeit, und um die Auswirkungen der hohen Kosten auf die ärmsten Teile der Bevölkerung zu vermeiden, sowohl direkt als auch indirekt subventioniert (was seine Berechtigung hat). Eine kreative Prüfung dieser Subventionen ist eine weitere Aufgabe. Dabei geht es nicht darum, die Subventionen einfach nach neoliberaler Art zu streichen (vgl. Ekine in diesem Heft). Sie müssen für marginalisierte und verarmte Gruppen bestehen bleiben, jedoch nicht für Wohlhabende.

Für das Ziel der Energiesouveränität ist die Intervention des Staates – sowohl der Zentralregierung als auch der dezentralen Regierungen – und der Gemeinden dringend erforderlich. Die dringliche Lage der Energiearmut in Ecuador (und vielen anderen Ländern des globalen Südens) erfordert Lösungen, die nicht notwendigerweise die effizientesten auf kurze Sicht sind, aber langfristig effektive Alternativen darstellen: die Entwicklung eines nachhaltigen Energiesystems, das sich besonders auf die Nutzung von im Land vorhandenen erneuerbaren Energieressourcen stützt und eine Versorgung garantiert, die wirtschaftlich, zuverlässig, qualitativ hochwertig und sozial gerecht ist.

Gekürzte und verbesserte Fassung eines Beitrags aus *Agua y políticas públicas* (Wasser und öffentliche Politik), hgg. v. Foro de Recursos Hídricos (Forum zu Wasserressourcen), Quito 2011.

Aus dem Spanischen von Bettina Hoyer.

LITERATUR

Acosta, Alberto (Hg.), 2010: *Análisis de Coyuntura – Una lectura de los principales componentes económicos, políticos y sociales de Ecuador durante el año 2009*, FLACSO und ILDIS, Quito

Ders., 2011: Alternativen zum Extraktivismus, in: *Luxemburg* 1, 3. Jg., 124–29

Asociación Interamericana para la Defensa del Ambiente (AIDA), 2009: *Grandes represas en América, ¿peor el remedio que la enfermedad? – Principales consecuencias ambientales y en los derechos humanos y posibles alternativas*

Comisión Mundial de Represas, 2000: *Represas y desarrollo: un nuevo marco para la toma de decisiones*, London, www.unep.org/dams/WCD/report.asp

Gaybor Secaira, Antonio, 2009: *El despojo del agua y la necesidad de una transformación urgente*, Foro de Recursos Hídricos, Quito

Verschiedene Autoren, 2006: *Plan de Gobierno del Movimiento País 2007–2011*, Quito

Villavicencio, Arturo, u. Alberto Acosta (Hg.), 2007: *Agenda Energética 2007–2011*, Ministerio de Energía y Minas, Quito



PETER SCHMIDT PUTZMUNTER

Peter Schmidt erschafft eine Miniaturwelt. Die Putzkräfte arbeiten im Dunkeln, in leeren Büros und Waschräumen, vor erleuchteten Fenstern mit Blick auf den Golfplatz. In den Fotografien wirkt die Modellwelt gespenstisch echt, die Räume weiten sich. Betonte Männlichkeiten im U-Bahnhof, Motivationsstrategien in der Putzkolonne: Unsichtbar, neu positioniert in den Klassenverhältnissen, führt kein Weg nach oben.

























FEENSTAUB UND HISTORISCHE BRÜCHE

THE FREE ASSOCIATION[1] DAVID HARVIE

Alles beginnt mit der Selbstverbrennung eines in die Arbeitslosigkeit Gedrückten, dem man auch noch das armselige Straßengeschäft verbieten will, das ihn am Leben hält, und den eine Polizistin ohrfeigt, damit er begreift, was in dieser Welt gilt. Sein Aufschrei schwillt an, über Tage und über Wochen, bis Millionen auf einem fernen Platz ihre Freude herausschreien und das Ende mächtiger Potentaten einleiten.
Alain Badiou[2]

Früher habe ich Fernsehen geschaut, jetzt schaut das Fernsehen auf mich.
Ein ägyptischer Rebell, 2011[3]

In den 1980er Jahren beschrieben westliche Experten die Bedrohung, die sie in den sozialen Bewegungen Mittelamerikas sahen, als Domino-Effekt. El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Honduras: Die US-Regierung befürchtete, ein Sieg »kommunistischer« Kräfte gefährde ihre eigenen strategischen Interessen. Dem lag die lächerliche Vorstellung zugrunde, dass Agitatoren von außerhalb auf irgend eine Weise (in diesem Fall von Moskau oder Kuba ausgebildete Revolutionäre) für das Anschwellen breiter nationaler Befreiungsbewegungen verantwortlich wären. Gleichzeitig ordnet sich die Domino-Theorie in eine ganze Anschauung, die sozialen Bewegungen mit mechanistischem und linearem Denken beizukommen versucht: An diesem Ereignis entzündet sich jene Bewegung, jene Bewegung führt zu diesem Aufstand.

30 Jahre ist es her, dass eine Serie von Unruhen durch alle großen Städte des Vereinigten Königreichs fegte. In einem Zeitraum von zehn Tagen im Juli 1981

fand der Aufruhr, der in London, Liverpool, Birmingham und Leeds losgebrochen war, seinen Widerhall in den Straßenkämpfen an weniger glanzvollen Schauplätzen wie Cirencester, Market Harborough und Dunstable. Die Heftigkeit der Ausbrüche war verblüffend. Schockierender – für den Staat – war die Geschwindigkeit, mit der sie sich verbreiteten. Zeitungen sprachen von Aufrührern, die von außen kamen und auf Motorrädern durchs Land fegten, ihre Warnungen vor dem »Nachahmereffekt« waren vielsagend. 30 Jahre später sahen wir im Arabischen Frühling Oppositionsbewegungen entstehen und sich mit überwältigender Geschwindigkeit verbreiten. Und ihre Wirkung blieb nicht auf Nordafrika beschränkt (am 26. März wurde in London gerufen: »Gehen wie ein Ägypter«, »Streiken wie ein Ägypter«, »Kämpfen wie ein Ägypter«). Eine Animation auf Youtube zeigt, wie sich die Proteste und Aufstände in den drei Monaten vom Dezember 2010 bis zum März 2011 über den Globus verbreiteten.[4] Kommunikationsplattformen im Internet wie Twitter und Facebook spielten für die Ausbreitung dieser Bewegungen offensichtlich eine Rolle, und die Geschwindigkeit des gegenseitigen Austauschs war bedeutsam. Doch für sich genommen genügt das nicht, um die Wucht dieser Ereignisse zu erklären. Austausch über Kämpfe hat es in der einen oder anderen Form *immer* gegeben: In den 1790er Jahren konnten die aufständischen Schwarzen in Haiti und die Revolutionäre in Paris nicht auf Tweets zurückgreifen, dennoch überquerten Nachrichten in beide Richtungen auf Schiffen den Atlantik. Wieso werden also manche Ereignisse andernorts aufgenommen, reinterpretiert und neu aufgeführt? Was verbindet einen Selbstmord mit dem Freudenschrei von Millionen?

Kapital und Staat behandeln Bewegungen von unten meist als eine Art Erreger, von dem das System gereinigt werden muss. Auch wir haben viel zu oft von dieser Metaphorik Gebrauch gemacht: Aufstände sind ansteckend, und im kollektiven Nein, in der Weigerung, die Welt zu akzeptieren, wie sie ist, steckt eine Freude, die auch andere infiziert. Bleiben wir bei den Bildern aus der Medizin, können wir von einem Virusmodell sprechen: Eine Praxis, die sich an einem Ort entwickelt hat, kann auf der ganzen Welt reproduziert werden. Protest kann als ein Mem angesehen werden, das sich in verschiedensten Umgebungen vervielfältigt. In Ägypten, Tunesien, Bahrain und anderswo war die Besetzung eines öffentlichen Platzes von zentraler Bedeutung für die Bildung einer Opposition gegen diese Regime. Von hier lässt sich eine Verbindung zu anderen schlichten Verweigerungs- oder Widerstandshandlungen ziehen, die schnell um sich griffen – wie Rosa Parks' Weigerung, in den hinteren Teil des Busses zu gehen, oder die Massenweigerung, Wahlgebühren zu zahlen. Solche Handlungen sind häufig niedrigschwellige Eintrittspunkte in eine Bewegung: Leute können die Handlung ohne Umstände kopieren und ohne allzu großes Risiko Teil einer »Bewegung« werden

(um der Bewegung gegen Wahlgebühren beizutreten, genügte es, einfach nicht zu zahlen, was sich viele von uns ohnehin nicht leisten konnten).

Doch die Rede von Memen und Viren führt nicht weit genug. Als Menschen, die sich in soziale Bewegungen einbringen, sind wir keine neutralen Übermittler von Informationen und Praktiken. Solche Praktiken müssen uns sinnvoll erscheinen. Statt sich die Ausbreitung von Bewegungen als Ansteckung zu denken, ist es nützlicher, sie als Resonanz zu denken.

»Ein Aufstand breitet sich nicht aus wie eine Seuche oder ein Waldbrand – wie ein linearer Prozess, der sich vom ersten Funken an Stück um Stück ausdehnt. Er nimmt eher wie Musik Gestalt an, vergleichbar mit etwas, dessen Ausstrahlungszentren, obschon in Zeit und Raum zerstreut, den Rhythmus ihres eigenen Pulses durchsetzen können. Um immer mehr an Dichte zu gewinnen.«[5]

Wie findet ein Aufstand Resonanz? Wie verdichtet sich eine Erhebung? Unmittelbar nachdem sich Mohamed Bouaziz in Sidi Bouzid in Brand gesteckt hatte, kam es in Tunesien zu Krawallen. Wenige Tage später stieg Hussein Nagi Felhi auf einen Hochspannungsmast und schrie »Nein zum Elend, Nein zur Arbeitslosigkeit« und nahm sich mit einem Griff in die Leitung das Leben. Dieser Aufschrei ergriff die tunesische Arbeiterklasse – er ergab für sie Sinn, wie er nie Sinn für das Regime Ben Alis ergeben konnte. In derselben Weise ergriff eine wütende, entfremdete und junge Arbeiterklasse die Gelegenheit des Bruchs, der durch den Aufruhr im Juli 1981 entstand, weil sie seine Bedeutung spürte: In Luton beispielsweise begann die Menge mit einem Angriff auf einen Pub, in dem häufig Rassisten verkehrten, und wandte sich dann der Polizei und der lokalen Parteizentrale der Konservativen zu. Ein Beteiligter an den Randalen in Brixton erklärte später: »Das musste einfach getan werden.« Über die Reaktion italienischer Arbeiter auf die Nachricht von der Russischen Revolution im Februar 1917 schreibt Wu Ming: »Jene Proletarier fragten sich: »Wie *ist* dieses weit entfernte Ereignis? Wie *fühlt* es sich *an*?« Und ihre Antwort war: »Es fühlt sich an wie etwas, das ich gerne selbst machen würde!««[6]

Leicht lässt sich Geschichte in dieser Weise rückwärts lesen, als ob Handlung X unvermeidlich zum Resultat Y führen müsste. Doch zu jedem Zeitpunkt gibt es unendlich viele mögliche Fortgänge, und nicht in allen Fällen treffen Ereignisse so deutlich oder schnell auf Resonanz. Wir erinnern uns an Rosa Parks, aber nicht an Claudette Colvin. Die Geschichte ist voller weggeworfener Flugblätter, versandeter Kampagnen, ins Leere gelaufener Aktionen. Mit Samuel Beckett: »Immer versucht. Immer gescheitert. Einerlei. Wieder versuchen. Wieder scheitern. Besser scheitern.«[7]

Wenn Aufstände mit Musik zu vergleichen sind, kann uns Musik vielleicht lehren, besser zu scheitern. 1960 geriet die Band The Troggs bei einem Streit im Studio ins Fluchen. Der Toningenieur stoppte die Aufnahme nicht und hielt dadurch



flickr/La república de mis fotos es bananera

den Versuch der Band fest, zu fassen zu kriegen, wodurch ein Lied zu einem Hit wird. Das Ergebnis: »Du musst ein bisschen beschissenen Feenstaub über den Mist streuen.« Wenn wir über das hinauswollen, was möglich scheint, dann kommen wir mit der Analyse gerade bis zu diesem Punkt. Die Idee des Feenstaubs steht für das Zufallselement im politischen Handeln. Vielleicht haben The Troggs etwas Allgemeines an Schaffensprozessen erfasst und das Problem des schwer zu greifenden Musikhits lässt sich so von der Popmusik in die revolutionäre politische Analyse übersetzen: *Wie verdichten sich isolierte Widerstandshandlungen zu Massenaufständen? Welche Bedingungen erhöhen ihre Erfolgschancen, und wenn auch nur für kurze Zeit?*

Ereignisse wie die Krawalle von 1981 und der Arabische Frühling von 2011 sind so machtvoll, weil sie die Normalität aufreißen. Die Grenzen unserer Vorstellung, was möglich ist, werden durch die »Wirklichkeit« unseres alltäglichen Lebens bestimmt. Manchmal bedarf es eines Akts der Fantasie (sogar Fantasterei), um zu enthüllen, was wirklich möglich ist. Die 2007 ausgebrochene Wirtschaftskrise hat tiefe Dellen in die »Natürlichkeit« der neoliberalen Weltsicht geschlagen. Durch die Serie von Revolten, von Athen bis London und von Tunis bis Kairo, konnten wir einen Blick auf eine andere, mit neuen Möglichkeiten erfüllte Welt erhaschen.

Der Neoliberalismus ist nicht tot; er ist ein beharrlicher Zombie. Unsere Eliten aus Politik und Medien verbreiten weiter ihre alte Weltsicht, als ob es diese Ereignisse nie gegeben hätte. »Politiker im parlamentarisch-demokratischen System (oder verwandten Systemen) sind völlig verfangen in der mit Kapitalismus verbundenen Logik, die Politik zu ersticken. Diese Logik zielt auf eine »Naturalisierung« – und damit Automatisierung und Entpolitisierung – politischer Entscheidungen.«[8] Diese Naturalisierungslogik wird benutzt, um Kürzungspolitik zu rechtfertigen. Die in der Krise freigelegten politischen Möglichkeiten verschwinden hinter einem Schleier angeblicher Notwendigkeiten. Das neoliberale Mantra bleibt dasselbe: Es gibt keine Alternative.

Diese Maske der Natürlichkeit zu zerbrechen ist alles andere als einfach. Politiker (und alle anderen) sind nicht frei wählende Akteure, wie die liberale Ideologie unterstellt. Sie sind in der Logik verfangen, die Politik zu ersticken, und selbst wenn sie ihr entkommen wollten, wüssten sie nicht, wie: »Die moderne bürgerliche Gesellschaft [...] gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.« (MEW 4, 467) Kapitalismus ist nicht einfach habgierig oder auf schändliche Pläne einzelner Kapitalisten oder Politiker zurückzuführen. Er ist ein System von Logiken, in denen wir alle verfangen sind, der Fortgang eines abstrakten Kräftespiels, das heraufbeschworen worden ist, aber in seinem Wirken als natürlich und ewig erscheint. Lässt sich das nicht als kapitalistische Hexerei verstehen?

Wir sind Kräften unterworfen, die wir nie ganz zu fassen kriegen. Wenn Politiker Markt- und Konkurrenzverhältnisse in immer weiteren Bereichen unseres Lebens durchsetzen, wenn uns Situationen aufgezwungen werden, in denen wir andere als Konkurrenten betrachten müssen, wenn wir Handlungen endlos wiederholen, dann ist immer schwieriger auszumachen, wo Kapital aufhört und wir anfangen. Die Band Gang of Four hat formuliert: »Jeder Tag sieht aus wie eine Naturtatsache.« Das Paradoxon ist, dass die Wirkungen des Kapitals unsichtbar und ungreifbar werden und doch ganz konkret unser Leben beschränken.

In antikapitalistischer Politik geht es darum, diese Schranken einzureißen, die Welt wieder mit ihren Möglichkeiten aufzuladen. Doch für die meisten Leute ergibt antikapitalistische Politik meistens keinen Sinn. Ihre Elemente mögen im Einzelnen nachvollziehbar sein, doch als Ganzes genommen scheint sie schlicht nicht gangbar. Es ist schließlich doch eine »unnatürliche« Position, die man damit einnimmt, angesichts all der Einsprüche, die unser alltägliches Leben dagegen hervorbringt. Ereignisse und Krisen aber stellen den Fortgang unseres vorherigen Alltags in Frage. Wenn die »Natürlichkeit« der Verhältnisse an Haftung verliert, dann öffnet sich der Raum für »übernatürliche« Lösungen.

Obwohl die Krise hinter dem Schleier der Notwendigkeit verborgen wird, spüren wir, dass sich 2008 etwas verändert hat. Es ist schwer zu fassen, worin dieses Etwas besteht; ist es doch bislang weitgehend stumm geblieben. (Dennoch berichten Meinungsumfragen selbst in Ländern wie den USA weiterhin von beträchtlichen Bevölkerungsteilen, die die freie Marktwirtschaft nicht für »das beste System« halten.) Wir können die Konturen erahnen: Der »natürliche« Lauf der Dinge schien einst das Versprechen auf ein besseres Leben zu enthalten, wenn nicht für uns, so wenigstens für unsere Kinder. Heute erscheint dieses Versprechen als hohl und der »natürliche« Lauf der Dinge wie eine Falle. Wenn der Weg versperrt ist zu dem, was wir heute unter »gutem Leben« verstehen, dann können wir auch zu der Frage gelangen, ob das überhaupt ein so »gutes Leben« wäre. Deshalb ist, was sich verändert hat, so schwer zu erfassen: Es ist eine Veränderung in der untergründigen Begehrensstruktur. Was wir uns einst wünschten, die Mechanismen, die diese Wünsche hervorbrachten, haben ihren inneren Zusammenhalt verloren.

Neues Begehren entsteht und damit neue politische Möglichkeiten. Dies lässt sich an den Veränderungen der jüngsten Kämpfe erkennen. Wir konnten beobachten, wie frühere marginalisierte Ideen unerwartet große Resonanz fanden. Wir konnten Ereigniskaskaden beobachten, die einen vierzigjährigen Stillstand aufbrachen. Noch wissen wir nicht, wie weit die neuen Möglichkeiten reichen, denn sie sind noch nicht voll zum Ausdruck gekommen. Nur kollektives politisches Handeln kann das vollbringen, und unsere Aufgabe, wenn wir eine haben, besteht darin zu versuchen, ein solches Handeln anzustoßen. Auch wir sind mehr oder weniger im gegenwärtigen Sinnzusammenhang verfangen. Somit sind auch wir als antikapitalistische Aktivisten Zauberer: Wir versuchen etwas heraufzubeschwören, das uns übersteigt, etwas, das wir in seiner Gänze nicht kennen können, etwas jenseits der »natürlichen« Grenzen der bestehenden Gesellschaft; etwas »Übernatürliches«.

Unter solchen Bedingungen füllen sich Begriffe wie Feenstaub mit Sinn. Feenstaub verlangt, sich auf ein Spiel, auf einen Würfelwurf, ein Experiment einzulassen. Wir müssen dafür den sicheren Bereich verlassen. »»Wir wissen es nicht« lässt uns aus der Sicherheit des Reichs der festen Urteile heraustreten und in das des Risikos eintreten, des Risikos zu scheitern, das jeden schöpferischen Vorgang begleitet.«[9] Doch sich auf ein gewisses Zufallselement einzulassen, heißt nicht, auf sein Glück zu vertrauen. »Ein bisschen beschissenen Feenstaub über den Mist« zu streuen, können wir uns als eine Art Beschwörung denken, die vergangene Erfahrungen heranzieht, um über sie hinauszugelangen. Selbst The Troggs wussten, dass der Pfad zum Feenstaub zwischen Wissen und Klischee liegt: »Ich weiß, dass man Streicher braucht, soviel weiß ich.«

So können wir die Besetzung der Millbank Towers während der Demonstration gegen Studiengebühren als Beschwörung sehen. In der jubilierenden Zurschaustellung von Trotz kristallisierte sich eine neue Stimmung von Militanz. Dadurch wurde eine Bewegung heraufbeschworen, mit der niemand gerechnet hatte. Dennoch ist diese Bewegung ins Stocken geraten, weil sie nicht verallgemeinert werden konnte. Ein anderes Beispiel für feenbestäubte Aktionen lässt sich bei UK Uncut entdecken. Wer hätte voraussehen können, dass die Besetzungen von Vodafone-Läden so breite Resonanz finden und sich so schnell verbreiten würden? Lag es an glücklichen Umständen? Oder haben besondere Formulierungen in ihren Beschwörungsformeln ihre Verbreitung befördert?

Bei UK Uncut sehen wir einige der Elemente, die für eine zeitgemäße Beschwörung politischen Handelns notwendig sind. Zunächst gelingt es der Bewegung, den zunehmenden Wunsch nach Beteiligung an direkten Aktionen aufzugreifen. Es gibt ein tief empfundenes Bedürfnis nach einer neuen kollektiven und partizipatorischen Politik, die sich dem Ersticken der Politik im parlamentarisch-demokratischen System widersetzt. Doch die Aktionen von UK Uncut verbreiten sich auch deshalb, weil sie leicht zu kopieren sind. Die Teilnahme ist niedrigschwellig. Die Risiken sind nicht sonderlich hoch. Zweitens ergeben die Aktionen, obwohl sie ein »übernatürliches« Element enthalten, unmittelbar Sinn: Sparen ist eine politische Entscheidung und nicht das Ergebnis eines »Naturgesetzes«. Es ist die politische Entscheidung, Unternehmen und Reiche nicht so stark zu besteuern wie uns andere und die Kosten der Krise den Ärmsten der Gesellschaft und denen, die am wenigsten dafür verantwortlich sind, aufzubürden. Die Aktionen von UK Uncut und die dadurch provozierten Reaktionen der Polizei lassen einige der kapitalistischen Dynamiken sichtbar werden, die der Neoliberalismus zu leugnen versucht. Sie machen zum Beispiel sichtbar, dass Kapital verschiedene und gegensätzliche Interessen enthält und dass Politiker, Polizei und die gegenwärtigen Machtstrukturen sich hinter die einen und gegen die anderen Interessen stellen. Das ist ihre politische Entscheidung.

Eine Gefahr liegt darin, dass weil Aktionen unmittelbar verständlich sein müssen, sie viele der verborgenen Denkvoraussetzungen unserer Gesellschaft mitschleppen. Wenn die Aktionen keine Dynamik entfalten, die immer ein Stück weiter treibt und weiter verallgemeinert, dann läuft die Bewegung Gefahr, in das alte Sinngefüge zurückzufallen. Wir kennen das nur zu gut. »Natürlich würden wir gern die Banker besteuern«, sagt die Regierung, »aber wenn wir das täten, würden sie einfach nach Genf ziehen«. Jede Bloßstellung einer politischen Entscheidung soll mit einer neuen »Naturalisierung« verdeckt werden.

Jetzt können wir das dritte notwendige Element unserer Beschwörungen ausmachen. Unsere Aktionsformen müssen Mechanismen oder Momente einschlie-



»Sie greifen in meine Kasse«, flickr/La república de mis fotos es bananera

ßen, die die Bedingungen für eine kollektive Analyse herstellen. Vielleicht müssen sie Räume und Zeiträume einbauen, in denen die Kollektivität erhalten bleibt und gleichzeitig die Intensität nachlassen kann. Wir brauchen diesen bekannten Rhythmus zwischen der hohen Intensität von Aktionen und der gemächlicheren Gangart von Diskussionen und Analysen. Nur wenn wir diesen Rhythmus aufrechterhalten, können wir die kapitalistischen Dynamiken, die unser Leben einschränken, immer weiter durchbrechen. In der Studierendenbewegung spielten die Besetzungen eine ähnliche Rolle, aber sie allein reichten nicht aus. Damit eine Bewegung vorankommt, muss sie die Bedingungen ihrer eigenen Entstehung hinter sich lassen. Wenn auch eine kleine Gruppe eine funktionierende Formel entdecken mag, so muss sie doch Kräfte heraufbeschwören, durch die sie selbst überflüssig wird. Das Ziel muss sein, die Masse zu ihrem eigenen Analytiker zu machen und Führungsfähigkeit über das ganze Kollektiv zu verbreiten. Wenn ein Flaschengeist dir drei Wünsche gewährt, sollte dein letzter Wunsch immer der sein, drei weitere gewährt zu bekommen.

NACHTRAG

Der arabische Frühling war zum Zeitpunkt der ersten Textfassung noch jung und die Bewegung der Empörten beschritt in Spanien und Griechenland neue Wege. Es schien, als gäbe es überall, wohin unser Blick fiel, Brüche oder wenigstens Ansätze dazu. Der Text braucht kaum Aktualisierung: Protest hat sich seitdem verstärkt: Im Sommer 2011 war England mit heftigen Krawallen und Plünderungen in ungekanntem Ausmaß konfrontiert; Ende November streikten über 2 Millionen Angestellte des öffentlichen Dienstes, sie schlossen Schulen, Krankenhäuser, Gerichte, Passstellen und Häfen; und zwischen diesen beiden Ereignissen brach sich nach Aktionen an der Wall Street die Occupy-Bewegung überall auf der Welt Bahn.

Gleichzeitig zeigen die drei Beispiele die Schwierigkeiten, mit denen soziale Bewegungen konfrontiert sind, also wie schnell unsere Handlungen in die bestehenden »natürlichen« Grenzen der Gesellschaft zurückfallen können. Paul Mason beschreibt die soziale Zusammensetzung der Proteste und findet hauptsächlich die Armen der Städte, die organisierten Arbeiter und die »Hochschulabsolventen ohne Zukunft«.[10] Was dem Arabischen Frühling seine besondere Schlagkraft verlieh, war die Weise, wie diese Kräfte ineinander griffen, sich verbanden und dann etwas Neues hervorbrachten, das über sie selbst hinausreichte. In den Monaten danach fehlten solche magischen Momente des Bruchs und des Feenstaubs. Die Streiks des öffentlichen Sektors folgten einem bekannten Muster: symbolische eintägige Streiks, geordnete Zurschaustellung der Unzufriedenheit und dann Rückkehr an den Arbeitsplatz. Die Krawalle im Sommer flammten kurz auf, konnten

aber schnell durch Repression und von den Medien aufgepeitschte Empörung marginalisiert werden: Die so genannten EMA-Jugendlichen, die in den Studierendenprotesten eine entscheidende Rolle gespielt hatten, fanden sich plötzlich isoliert und dämonisiert.[11]

Vielleicht kam die Occupy-Bewegung dem glitzernden Feenstaub am nächsten. Sie bot eine innovative Form, die sich leicht kopieren ließ; sie brachte einen Slogan hervor – »Wir sind die 99%!« –, der unmittelbar verständlich war und doch gleichzeitig auf die Klassenmacht als möglichen Weg, aus dieser Welt herauszukommen, hindeutete. Dies mag die außerordentliche Verbreitung der Bewegung im Herbst 2011 erklären und wieso sie für die Menschen »Sinn ergab«. Doch es erwies sich als wesentlich schwieriger, mit nachlassender Intensität die Kollektivität aufrecht zu erhalten, zumal in Anbetracht der Schwierigkeiten, einen Platz für lange Zeit besetzt zu halten. Statt einen Raum für Strategiefindung und Entwicklung einer gemeinsamen Analyse zu schaffen, engte sich die Bewegung vielfach mit dem Konsensprinzip für Entscheidungen und ihrem zur dominanten Ausdrucksform gewordenen Assamblea-Modell ein. Im Kern ist die Occupy-Bewegung nicht in der Lage gewesen, den Bedingungen zu entkommen, die sie hervorgebracht haben. Sie hat noch nichts heraufbeschwören können, das über sie hinausgeht – noch nicht.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

1 The Free Association ist ein fortlaufendes Experiment mit Mittelpunkt in Leeds im Norden Englands, auch wenn wir eigentlich nirgendwo (und überall) zu Hause sind. Wir sind eine Lesegruppe, eine Schreib-Maschine, eine Bezugsgruppe… *Moments of Excess: Movements, protest and everyday life*, eine Auswahl unserer Texte aus den letzten zehn Jahren, ist bei PM Press erschienen. www.freelyassociating.org.

2 Badiou, Alain, 2011: »Tunisie, Egypte: quand un vent d'est balaie l'arrogance de l'Occident«, *Le Monde*, 18.2.2011, www.lemonde.fr/idees/article/2011/02/18/tunisie-egypte-quand-un-vent-d-est-balaie-l-arrogance-de-l-occident_1481712_3232.html, deutsche Übersetzung in *Grundrisse* 37 (2011), 7ff, www.grundrisse.net/grundrisse37/alain_badiou__tunesien.htm.

3 Zitiert nach Badiou, ebd.

4 Vgl. www.youtube.com/user/SwampPost.

5 Das unsichtbare Komitee, *Mise au point*, 2009, www.bloom0101.org/miseaupointcireduit.pdf.

6 Vgl. Harman, Mike, 2007: Like a Summer with a Thousand Julys, http://libcom.org/library/summer-thousand-julys-other-seasons, (22.7.2007) und Wu Ming 2011: »We're all February of 1917« (8.4.2011).

7 Beckett, Samuel, 1989: *Westward Ho. Aufs Schlimmste zu*, Frankfurt/M, 7.

8 Pignarre, Philippe und Isabelle Stengers, 2011: *Capitalist Sorcery: Breaking the Spell*, London.

9 Ebd.

10 Mason, Paul, 2012: *Why It's Kicking Off Everywhere: The New Global Revolutions*, London.

11 Bei der Educational Maintenance Allowance (EMA) handelt es sich um eine wöchentlich gezahlte staatliche Unterstützung für 16- bis 19-Jährige aus Familien mit niedrigem Einkommen, die weiterhin Vollzeit zur Schule gehen. Im Oktober 2010 kündigte die Regierung an, dass sie dieses Programm im Zuge ihrer allgemeineren Sparpolitik beenden würde.

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

ALBERTO ACOSTA Wirtschaftswissenschaftler, tätig an der Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales (FLACSO), war 2007/8 Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors und 2007 Minister für Energie und Bergbau. V: Das »Buen Vivir«. Die Schaffung einer Utopie, in: *juridikum* 4 (2009)

ERCAN AYBOGA Promovend an der Bauhaus-Universität Weimar, aktiv in der »Initiative zur Rettung von Hasankeyf« gegen den Ilisu-Staudamm, 2009 beteiligt an der Organisierung des Alternativen Weltwasserforums Istanbul

OLAF BERNAU tätig im Bereich Antidiskriminierung, aktiv mit NoLager Bremen bei Afrique-Europe-Interact, www.afrique-europe-interact.net

ULRICH BRAND Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. V: *Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates: Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive* (Hg., 2010)

EWA CHARKIEWICZ Politikerin, Mitglied der Grünen Partei Polens. V: *Women, the Environment and Sustainable Development: Towards a Theoretical Synthesis* (Mitverf., 1994)

LUCIO CUENCA BERGER Ingenieur für Geowissenschaften, Universidad de Santiago de Chile – Usach; Direktor des Observatorio Latinoamericano de Conflictos Ambientales – OLCA (Lateinamerikanisches Observatorium für Umweltkonflikte) V: Wie die Atomkraft in Chile eingeführt werden soll, Nuklearenergie in Chile für den Ausbau des transnationalen Bergbaus, in: ILA, November 2011

SOKARI EKINE Aktivistin und Journalistin, u.a. für pambazuka.org. V: *Blood and Oil: Testimonies of Violence from Women of the Niger Delta* (2001)

DAGMAR ENKELMANN Politikerin, parlamentarische Geschäftsführerin Der Linken im Bundestag

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Mitglied der Gruppe [pæris]

HARDY FELDMANN Umwelttechniker, aktiv in der Bewegung gegen Co_2-Endlager

MARCEL HÄNGGI Wissenschaftsjournalist und Buchautor (Zürich). V: *Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance* (2011)

DAVID HARVIE Senior Lecturer für Politische Ökonomie an der University of Leicester, Mitglied der Free Association, Redakteur von *turbulence*. V: *Moments of Excess: Movements, Protest and Everyday Life* (Mitverf., 2011)

BETTINA HOYER Ethnologin (M.A.), freie Autorin, Journalistin und Übersetzerin u.a. für den Nachrichtenpool Lateinamerika e.V. V: Cuba – Identidad entre revolución y remesas (mit S. Landsberger, 2009)

MICHAEL T. KLARE Professor für Friedens- und Sicherheitsforschung am Hampshire College, Korrespondent von *The Nation* sowie Vorstandsmitglied von Human Rights Watch. V: *Blood and Oil. How America's Thirst for Petrol Is Killing Us* (2005)

DIETER KLEIN Ökonom, Mitarbeiter und Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hg. der Reihe einundzwanzig, Mitglied des Willy-Brandt-Kreises. V: Zahnlos-fulminante Wachstumskritik, in: *Luxemburg* 1/2011, 66ff

JÖRN KRÜGER Softwareentwickler, Sprecher der IG »Gegen Gasbohren« aus Nordwalde, www.gegen-gasbohren.de

MELINA LABOUCAN-MASSIMO Aktivistin, aus der Cree Nation, Greenpeace Kanada

RAINER LAND Soziologe, Vorstandsmitglied desThünen-Instituts für Regionalentwicklung, Redakteur der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial* und Mitgründer des Netzwerkes Ostdeutschlandforschung. V: Ökologische Wirtschaftsentwicklung und soziale Teilhabe, in: *Berliner Debatte Initial 3/2011*

JAN LATZA Student der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin

THOMAS LAUGSTIEN Freier Lektor und Übersetzer (VdÜ), 1981–1998 Redaktionssekretär und Redakteur von *Das Argument*

TADZIO MÜLLER Referent für Klima- und Energiepolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, Redakteur von *Luxemburg* und *turbulence*. V: *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums* (mit Stephan Kaufmann, 2009)

MARIO NEUKIRCH wiss. Mitarbeiter der Abteilung für Organisations- und Innovationssoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart. V: Windenergienutzung in der Pionierphase (1973–1991). Technische und sozioökonomische Innovation im Wechselspiel, in: *Berliner Debatte Initial* 21 (2010)

BODO RAMELOW Fraktionsvorsitzender Der Linken im Thüringer Landtag, Vorstandsmitglied der RLS

PETER SCHMIDT freischaffender Künstler, www.oma-maier.de

URSULA SCHÖNBERGER Politikerin (Bündnis 90/Die Grünen), aktiv in der Anti-Atom-Bewegung, Mitglied der AG Schacht KONRAD

SUSANNE SCHULTZ Politikwissenschaftlerin, Redakteurin des Gen-ethischen Netzwerks Berlin sowie Lehrbeauftragte an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Schwerpunkte: Biopolitik, Staatstheorien, Feminismus, Migration, Lateinamerika

HANNAH SCHUSTER Klimaaktivistin, organisiert bei FelS (Für eine linke Strömung)

JÖRG STAUDE Journalist, wiss. Mitarbeiter im Bundestag bei Dagmar Enkelmann (MdB, Die Linke)

SELANA TZSCHIESCHE Klimaaktivistin, organisiert bei gegenstromberlin

LUISMI UHARTE wiss. Mitarbeiter im Bereich Lateinamerikastudien an der Universität des Baskenlandes, Diss. zur Sozialpolitik Venezuelas, war ehrenamtlich tätig in verschiedenen Bildungsprogrammen

MICHELLE WENDERLICH Klimaaktivistin, organisiert bei gegenstromberlin

CHRISTA WICHTERICH Soziologin und Publizistin, Mitglied im wiss. Beirat von attac und bei Women in Development Europe (WIDE). Schwerpunkte: neoliberale Globalisierung und Gender, Frauenbewegungen, internationale Frauenpolitik v.a. in Süd- und Südostasien, Ost- und Südafrika. V: *Gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung* (2009)

UWE WITT Baggerfahrer, Volkswirt und Journalist, Mitarbeiter von Eva Bulling-Schröter, MdB (Die Linke). Schwerpunkte: Klimaschutz, Umwelt- und Ressourcenökonomie

ANDREA YPSILANTI Politikerin, ehem. Vorsitzende des hessischen Landesverbandes der SPD (2003–09) sowie Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag (2007–09), Mitbegründerin des Institutes Solidarische Moderne. V: *Im Aufbruch in die Soziale Moderne* (2009)

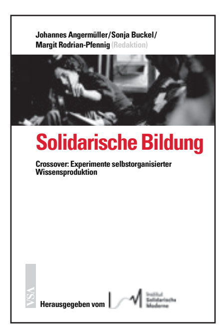
VSA: 40 Jahre Links!

Die aktuellen Bücher & ein wenig Geschichte auf: www.vsa-verlag.de





Egon Bahr
Ostwärts und nichts vergessen!
Kooperation
statt Konfrontation
Herausgegeben und bearbeitet von Dietlind Klemm
200 Seiten | Klappenbroschur | mit Fotos | € 16.80
ISBN 978-3-89965-504-9



J. Angermüller/S. Buckel/
M. Rodrian-Pfennig (Red.)
Solidarische Bildung
Crossover: Experimente selbstorganisierter Wissensproduktion
Herausgegeben vom Institut Solidarische Moderne
336 Seiten | € 22.80
ISBN 978-3-89965-498-1



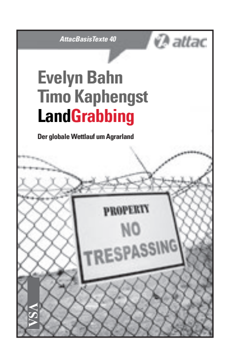
michael jäger/
thomas seibert
alle zusammen.
jede für sich.
die demokratie der plätze.
48 Seiten | € 6.00
ISBN 978-3-89965-502-5
Von den Manifesten der Empörung zu einer Flugschrift für Aktive.



Y. Müller/B. Winkler
Gegen Nazis sowieso.
Lokale Strategien gegen rechts. Crashkurs Kommune 6 | Hrsg. von Katharina Weise. In Kooperation mit der Kommunalakademie der Rosa Luxemburg Stiftung. 112 Seiten | € 7.50
ISBN 978-3-89965-483-7



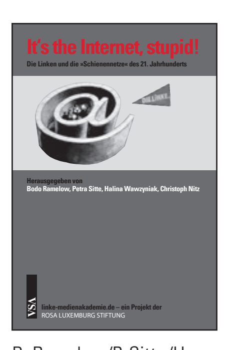
Freerk Huisken
Der demokratische Schoß ist fruchtbar...
Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus
232 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-89965-484-4
Warum Demokraten (Neo-) Faschisten nicht wirklich kritisieren können.



E. Bahn/T. Kaphengst
LandGrabbing
Der globale Wettlauf
um Agrarland
AttacBasisTexte 40
96 Seiten | € 7.00
ISBN 978-3-89965-481-3



Romeo Rey
Solidarity
Entwürfe zu einer
neuen Gesellschaft
320 Seiten | € 24.80
ISBN 978-3-89965-505-6



B. Ramelow/P. Sitte/H. Wawzyniak/C. Nitz (Hrsg.)
It's the Internet, stupid!
Die Linke und die »Schienennetze« des 21. Jahrhunderts. 152 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-89965-470-7

Vier linke Zeitschriftenprojekte:



monatlich 64 Seiten + jeden 2. Monat ein Supplement. Abo: 62,- € (erm.: 44,- €); 3 Hefte als Probeabo: 10,- €. Und: brandaktuelle Kommentare & Analysen auf der Website:

www.sozialismus.de



Eine linke Denkwerkstatt:

Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaftliche Studien organisiert die **WISSEN**schaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und politischen Linken fördern: **www.wissentransfer.info**

Außerdem:

4x jährlich: **LUXEMBURG**, das aktuelle Heft haben Sie in der Hand, mehr: **www.zeitschrift-LUXEMBURG.de**

3x jährlich: **prager frühling**, Magazin für Freiheit & Sozialismus: **www.prager-fruehling-magazin.de**

2x jährlich: **transform!**, eine Zeitschrift der europäischen Linken: **www.transform-network.org**

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de

15 Euro, 288 Seiten, Blätter Verlag, ISBN: 978-3-9804925-6-0



Seit dem Crash von Lehman Brothers im September 2008 hat sich die Welt radikal verändert. Was als Finanzkrise begann, hat sich längst zu einer Staats- und Demokratiekrise ausgeweitet.

Wie aber ist dieser Krise zu begegnen? Wie sehen wirksame politische Alternativen zum realexistierenden Kapitalismus aus?

Mit Beiträgen von: Elmar **Altvater**, Samir **Amin**, Colin **Crouch**, Tim **Jackson**, Tony **Judt**, Birgit **Mahnkopf**, Robert **Misik**, Antonio **Negri**, Kate **Pickett**, Harald **Welzer**, Ellen **M. Wood** u.v.a.

Ab sofort im Buchhandel und auf www.blaetter.de

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

295 Zukunft aus der Vergangenheit? Zum künstlerischen und kulturellen Erbe der DDR

I. Hammer: Mattheuers Horziont
M. Bircken & F. Haug: Erinnerungen an Christa Wolf
D. Schlenstedt: Volker Brauns neue Erzählung »Die hellen Haufen«
V. Braun: Die Mansfelder Artikel
K.H. Götze: Gespräche mit dem toten Heiner Müller
D. Kannapin: Die Gegenwärtigen. DDR-Bild verfehlt
R. Ullrich: Zur Geschichte des Theaters der DDR
H.-C. Stillmark: Ende des Geschichtsdramas
U. Schröter: Das Wunder drüben waren die Frauen
D.X. Noack: Muammar al-Gaddafi – Ende eines Herausforderers
M. Paetau: Piraten am Kreuzweg der Wissensordnung
H. Sander: Der Republikanische Klub: Ein Ort mit Dichte
D. Dehm: Franz Josef Degenhardt 1931-2011

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de · 10999 Berlin Reichenberger Str. 150 · Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270
Redaktion Das Argument · c/o Elske Bechthold · 76149 Karlsruhe Kanalweg 60 · Tel: +49-(0)721-7501-438 · argument@inkrit.org



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Angesichts der aktuellen Protestaktionen und Kampagnen von BürgerInnen und ihren Forderungen nach Teilhabe an politischen Entscheidungen richten die Beiträge des Heftes ihre Aufmerksamkeit auf die – je nach ökonomischem, kulturellen und symbolischen Kapital – ungleichen Voraussetzungen realer Einflussnahme. Sie diskutieren diesen Sachverhalt zum einen im Kontext einer demokratie- und machttheoretischen Auseinandersetzung und zum andern in kritischer Reflexion von Partizipationspraxen in Feldern Sozialer Arbeit.

März 2012 - ca. 130 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-983-0



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE


zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie
lunapark21
Heft 16
Vergnügungsparks der Zukunft*
LUNA PARK
72 Seiten · Einzelheft 5,50 Euro · Abo BRD/Österreich: Normalabo 22 Euro (4 Hefte/ Jahr) · Abo-Plus 29 Euro (4 Hefte plus 2 Extrahefte/ Jahr) // Ab Mitte Dezember im Bahnhofsbuchhandel // Probeheft oder Abo per Mail abo@lunapark21.net // per Post Lunapark21 · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf // per Telefon 033205-44694
www.lunapark21.net
*Das Foto wurde in Thessaloniki, Griechenland, aufgenommen.
Auch unsere 16. Ausgabe liefert die lesbare und nachprüfbare Kritik einer Welt, die zum Lunapark derer geworden ist, die haben. Rolf Becker


Querstellen statt querlesen
ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
Jetzt testen:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de


Sex sells? Sex sold.
12
prager frühling
Fuck ...
Nation
Eva Illouz und Sven Lewandowski zum Wandel von Sexualität im Kapitalismus. Laura Mérrit über queere Bildpolitiken und neue Verwertungsketten in der Sexindustrie.
Außerdem: Intimchirurgie, Polyamorie, Sex und Altern; „Wildes Referendum“ für Europa.
Bestellen: www.prager-fruehling-magazin.de


iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd
Poverty
Discriminati
veloping
iz3w
329
Alles so schön bunt hier –
Globales Lernen mit Defiziten
Außerdem: ▶ Streit in Bolivien ▶ Bewegung in Burkina Faso ▶ Diskriminierung im Sudan ▶ Dauerkrise in Pakistan… 56 Seiten, Einzelpreis €5,30
auch als PDF-Download
iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org

14. April 2012

taz.lab

DAS GUTE LEBEN

ES GIBT ALTERNATIVEN

Diskutieren Sie mit unseren Gästen über DAS GUTE LEBEN und die Alternativen in mehr als 25 Veranstaltungen. Aus dem Programm:

Wie wird Schleswig-Holstein eine grüne Wirtschaftsmacht?
Ein Streitgespräch mit dem Grünen-Spitzenkandidaten Robert Habeck

No-go-Areas nur für Neonazis
Warum Menschenrechte wichtiger sind als ökologische Erwägungen, Diskussion mit Anetta Kahane

Eine Alternative zu Hollywood?
Very-Low-Budget-Filme aus Berlin
Eine Werkstatt mit Patrick Banush, Tom Lass und Heiko Pinkowski

Aufessen oder streicheln
Hilal Sezgin, Christian Rätsch und Antoine Goetschel debattieren darüber, ob es menschlich sein kann, Tiere zu essen.

Was nützt es, persönlich gut zu leben?
Über limitiertes Denken und die Kunst, das Naheliegende für machbar zu nehmen
Diskussion mit Birgit Recki

Was ist für Sie ein gutes Leben, Herr Ministerpräsident?
Ein Gespräch mit Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg

TAZ.LAB AM 14. 4. 2012 AB 9 UHR IM HAUS DER KULTUREN DER WELT, BERLIN
PROGRAMM UND EINTRITTSKARTEN UNTER WWW.TAZLAB.DE | T (030) 2 59 02 138
DIE EINTRITTSKARTEN KOSTEN 10, 20 ODER 30 EURO, FREI WÄHLBAR.

taz.genossenschaft · 20 Jahre ·

MEDIENPARTNER
perlentaucher.de
der Freitag
Das Meinungsmedium
LE MONDE
diplomatique

taz.die tageszeitung

IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-860-6
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310 404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Michael Brie, Bernd Brouns, Malte Daniljuk, Barbara Fried,
Sebastian Horn, Horst Kahrs, Steffen Kühne, Vanessa Lux und Tadzio Müller.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres

Kontoverbindung für Abonnements: VSA: Verlag Hamburg GmbH,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Beilagenhinweis: der Freitag

Titelbild: Protestaktion: Abseilen vom Kühlturm des Braunkohlekraftwerkes Jänschwalde
Foto: Greenpeace

Graphik und Satz: Studio Kaiser Matthies – Ausstellungs- und
Kommunikationsdesign, www.kaisermatthies.com
Druck: Druckerei Conrad GmbH, Berlin



4/2011 RE:ORGANISIEREN
Die Forderungen von Occupy und den neuen Bewegungen spiegeln sich in ihren Organisationsformen: horizontale Partizipation, »wirkliche« Demokratie. Das ist auch ein Weckruf an linke Parteien und Gewerkschaften, die bislang kaum neue Formen hervorgebracht haben, kaum als Vertreter einer anderen Zukunft wahrgenommen werden. Neue Beteiligungsformen, Streikmethoden, transformatives Organisieren werden im Heft diskutiert. Kein Teil der pluralen Linken kann eine Führungsrolle allein beanspruchen, eine Reorganisierung zur Gegen-Hegemonie muss gemeinsam erarbeitet werden.

Mit Beiträgen von Mimmo Porcaro | Ai-Jen Poo | Horst Kahrs | Bernd Riexinger
Corinna Trogisch | Tasos Koronakis | Jeffrey Raffo | Christina Kaindl | Rainer Rilling
Richard Wolff | Jan Rehmann | Nik Theodore u.a.
Dezember 2011, 160 Seiten



3/2011 DEN BETRIEB ÜBERNEHMEN
Konjunkturprogramme und »Rettungsschirme« haben Mittel für Unternehmen und Banken mobilisiert, die durch Lohnverzicht und Kürzungen der öffentlichen Leistungen eingespielt werden müssen. Dabei könnte die Krise genutzt werden, um gesellschaftliche Teilhabe und Wirtschaftsdemokratie durchzusetzen. Fragen der alltäglichen Produktion des Lebens rücken wieder ins Zentrum, als Fragen der Demokratie: Was wird produziert? Wie wollen wir arbeiten? Wie überschreiten die geteilten Interessen der Wenigen den Horizont des eigenen Betriebs? Erfahrungen aus Lateinamerika, Afrika, Europa, USA werden reflektiert.

Mit Beiträgen von Heinz Bierbaum | Dario Azzellini | Petra Brangsch | John Holloway | Christoph Spehr | Cornelia Möhring | Jörg Roesler | Hilary Wainwright
Immanuel Ness | Vishwas Satgar | Jessica Gordon Nembhard | Emily Kawano u.a.
September 2011, 160 Seiten



2/2011 RÜCKKEHR DER KÄMPFE?
In den USA wird das Landesparlament von Wisconsin besetzt, in Nordafrika werden Despoten aus dem Amt gejagt, in Spanien und Griechenland formiert sich Protest. In Deutschland dagegen scheint alles ruhig. Die Erfolge des Exportmodells und Angst vor Prekarisierung wirken de-mobilisierend. Wie nehmen Beschäftigte die Krise wahr? Wie denken die Reichen? Wie können Alltagserfahrungen mit Perspektiven auf Transformation verbunden werden, wie ist eine auf Emanzipation gerichtete Politik denkbar, die aus der Perspektive der Subjekte, nicht über sie spricht?

Mit Beiträgen von Oskar Negt | Erik Olin Wright | Steffi Richter | Firoze Manji
Élisabeth Weissman | Au Loong Yu | Karl Heinz Roth | Irene Dölling | Frigga Haug
Gisela Notz | Sean Sweeney | Ueli Mäder | Oliver Bukowski u.a.
Juni 2011, 160 Seiten



1/2011 GERECHTE ÜBERGÄNGE
Lange trennte die Gegenüberstellung von Ökologie und Ökonomie: gewerkschaftliche, ökologische, feministische Linke. Heute wird kaum bestritten, dass eine sozial-ökologische Wende notwendig ist, über Ziele und Wege aber wird weiterhin gestritten: soziales oder qualitatives Wachstum, Schrumpfung, Konsumverzicht, Green New Deal usw. Was wären gerechte Übergänge, mit denen viele für einen Einstieg in den Umstieg gewonnen werden könnten?

Mit Beiträgen von Alberto Acosta | Nicola Bullard | Irmi Seidl | Rosa Luxemburg
Hermann Scheer | John Bellamy Foster | Ho-Fung Hung | Leida Rijnhout
Mario Candeias | Eduardo Gadynas | Hans-Jürgen Urban | Stefanie Graefe u.a.
März 2011, 160 Seiten